

Inhaltsverzeichnis (Seiten E I – E VIII)

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1– E 67

- 01) Welche roten Linien? Die Methoden der Huthis erinnern stark an die Taliban. Und der Westen? Lässt sie weiter die Spielregeln definieren.
Von Constantin Grund
- 02) Loslösung vom Ziehvater. Um zu gewinnen, muss Kamala Harris die Wähler in den USA überzeugen, dass sie ihre Sorgen ernst nimmt – und mit Bidens Wirtschaftspolitik brechen. Von Michael R. Strain
- 03) Maduros geopolitischer Poker. Venezuelas Machthaber will mithilfe seiner weltweiten Partner den Wahlbetrug aussitzen. In Südamerika wird er hingegen zunehmend als Gefahr gesehen. Von Sandra Weiss
- 04) Genug ist genug. Während Superreiche immer mehr horten, kämpfen Demokratien mit leeren Kassen. Die Zeit ist reif für eine Milliardärssteuer.
Von Gabriel Zucman
- 05) Wenn zum Schaden der Spott kommt. Treffen sich Musk und Trump zum Pläuschchen, rauchen in Europa die Köpfe. Warum EU-Kommissar Thierry Breton sich gewaltig vergaloppiert hat. Von Marco Bitschnau
- 06) Wut im Bauch. In vielen Ländern Afrikas geht die Jugend auf die Straße. Warum von einem Afrikanischen Frühling noch nicht gesprochen werden kann. Von Henrik Maihack
- 07) Don't worry. Die Staatsschulden der USA sind so hoch wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Grund zur Sorge besteht jedoch nicht.
Von Dean Baker
- 08) „Teil der psychologischen Kriegsführung“. Hanna Voss im Libanon über israelische Flugmanöver, den Rückhalt der Hisbollah in der Bevölkerung und die Angst vor einem möglichen Krieg mit Israel.
Interview. Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis
- 09) Geheimwaffe aus dem Mittleren Westen. Kamala Harris setzt auf Tim Walz als Vize. Der Ex-Footballtrainer punktet mit Erfahrung, doch seine Gouverneursbilanz könnte den Wahlkampf belasten.
Von Ross Barkan
- 10) „Das System war seit langem im Kern instabil“. Südasien-Experte Leo Wigger über den Sturz von Bangladeschs Premierministerin Sheikh Hasina, die Rolle des Militärs und die Reaktion Indiens.
Die Fragen stellten Alexander Isele und Konstantin Hadži-Vuković
- 11) Amerikas Geschlechterkampf. Frauen wählen eher links, Männer rechts – doch so einfach ist es nicht. Was Geschlechterrollen über die Parteipräferenz aussagen. Von Derek Thompson

- 12) Mehr als die Rettung der Demokratie. Es reicht nicht, vor Trump zu warnen. Um zu siegen, braucht Kamala Harris eine politische Agenda, die auf die realen Sorgen der Amerikaner eingeht. Von Michael J. Sandel
- 13) Angst vor der völligen Eskalation. Schon lange spitzt sich der Konflikt zwischen Israel und seinen Gegnern zu. Die Tötung von Hamas-Chef Haniyeh könnte die Region in den Abgrund reißen. Von Marcus Schneider
- 14) Der Sündenfall. Von Ed Koch
- 15) Bankrotter Erdölsozialismus. Maduro hat im Machtkampf mit der Opposition erstmals die schlechteren Karten. Der Weg dorthin war ein harter Lernprozess: Fünf Lehren aus Venezuela. Von Sandra Weiss
- 16) Ursachen und Folgen. Von Ed Koch
- 17) Krise der liberalen Ordnung. Globale Institutionen wie der Internationale Strafgerichtshof stehen in der Kritik. Dabei braucht es diese in Zeiten der Großmachtrivalität besonders. Von Rolf Mützenich
- 18) Angriff von allen Seiten. Ein vom Iran gesteuertes Netzwerk mit separaten Zellen durchzieht den Nahen Osten. Israel kann den Mehrfrontenkrieg militärisch nicht gewinnen. Von Andreas Krieg

E. b) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a.

Seite E 68

Keine Berichte

E. c) Europa, Europa und die Welt

Seite E 69

Keine Berichte

E. d) Europäische Union (EU)

Seiten E 70 – E 77

- 01) Gefährlicher Kurs. In der EU wird häufig mit der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten geliebäugelt. Damit macht sich Brüssel Erpressbar. Von Olivia Sundberg Diez
- 02) Dringend gebraucht. Millionen ukrainische Flüchtlinge mussten vor dem russischen Angriffskrieg fliehen. Die EU sollte ihnen dabei helfen, in ihre Heimat zurückzukehren. Von Yuriy Gorodnichenko & Daniel Gros

E. e) Mitteleuropa

Seite E 97

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 98 – E 111)

- 01) KW 34 (19. – 25.08.2024) – Es nimmt kein Ende. Von Ed Koch
- 02) Alles hat seine Zeit. Immer wieder wird zur Verständigung mit Russland eine Rückbesinnung auf die Ostpolitik gefordert. Doch diese ist keine Blaupause für die Gegenwart. Von Bernd Rother
- 03) Grüße aus der Goldenen Stadt. Von Ed Koch
- 04) Unser täglich Donald. Von Ed Koch
- 05) Nicht normal. Von Ed Koch
- 06) Pulsmesser
- 07) Das bisschen Haushalt. Von Ed Koch
- 08) Nach Hamburg wird die Strecke lang. Von Ed Koch
- 09) KW 32 (05. – 11.08.2024) – Dabei sein ist fast alles. Von Ed Koch
- 10) Von wegen Sommerloch. Von Ed Koch
- 11) Mehr als ein Partner. Deutschland ist nun Teil der UN-Schutzmission an der Grenze zu Nordkorea. Damit sendet Berlin ein Signal, das weit über Asien hinausgeht. Von Eric Ballbach
- 12) Es reicht meint Ed Koch
- 13) Woher kommst Du. Von Ed Koch
- 14) Mission Frieden. Eine friedliche Koexistenz mit Russland erscheint unerreichbar. Die Rückkehr zur ursprünglichen Ostpolitik könnte helfen, dem Ziel näherzukommen. Von Hans Kundnani
- 15) Never ever. Von Ed Koch
- 16) Schurkenstück
- 17) Der Fluch der Gerechtigkeit. Von Ed Koch

B e r l i n u n d L a n d B r a n d e n b u r g (Seiten E 108 – E 121)

- 01) Kritisches Erinnern. Von Ed Koch
- 02) Was würdest Du tun? Von Ed Koch
- 03) „Wir werden die Stadt umgraben.“ Von Ed Koch
- 04) Franziska Giffey: „So kann es nicht bleiben!“ Von Ed Koch
- 05) KW 33 (06. – 11.08.2024) – Santa Maria. Von Ed Koch
- 06) Die Stachelschweine werden 75! Von Ed Koch
- 07) Es sind Ferien und keiner ist weg!
- 08) KW 31 (29.07. – 04.08.2024) – Innere Ansichten. Von Ed Koch
- 09) Zweiradideologie. Von Ed Koch
- 10) Au revoir. Von Ed Koch

E. g) Ostmitteleuropa

Seiten E 122 – E 130

P o l e n (Seiten E 122 – E 128)

01) Warschau: „Ein großer deutscher Tatort“. Von Ed Koch

T s c h e c h i e n (Seiten E 129 – E 130)

01) Umfrage: "Eid-Bewegung" und Kommunisten im Aufwind

E. h) Osteuropa

Seiten E 131 – E 137

U k r a i n e (Seiten E 131 – E 137)

01) Kursk-Änderung. Die ukrainische Offensive markiert ein neues Kapitel des Krieges, doch Ziele und Erfolgsaussichten bleiben weiter unklar. Wie reagiert Moskau? Von Alexey Yusupov

02) Mut zum Lückeschließen. Koordinierte Bemühungen zum Beenden des Krieges in der Ukraine gibt es bislang nicht. Höchste Zeit, dieses Manko zu beheben. Von Christos Katsioulis & Walter Kemp

E. i) Mittelasien / Kaukasusgebiet / Türkei

Seite E 138

Keine Berichte

E. j) Südosteuropa

Seiten E 139 – E 146

S e r b i e n (Seiten E 139 – E 146)

01) Mine des Anstoßes. Um den grünen Wandel voranzutreiben, unterstützt die EU ein Lithium-Projekt in Serbien. Die Bevölkerung will aber nicht zur Bergbau-Kolonie werden. Von Nikola Burazer

02) Putins trojanisches Pferd. Serbien nähert sich stärker Russland und China an. Der Beitrittskandidat ist auf Kollisionskurs mit der EU – Belgrad braucht eine neue Außenpolitik. Von Srdjan Cvijic

E. k) Süd- und Westeuropa

Seiten E 147 – E 150

Frankreich (Seiten E 147 bis E 150)

- 01)** Macron gehen die Optionen aus. Will Frankreich die Regeln der Eurozone einhalten, drohen schmerzhaft Sparmaßnahmen. Die rechte Opposition frohlockt. Von Yanis Varoufakis

E. l) Nordwest- und Nordeuropa

Seiten E 150 – E 158

Großbritannien (Seiten E 151 bis E 161)

- 01)** Wie man den Populisten ihre Lieblingswaffe wegnimmt.
Um den Rechten den Wind aus den Segeln zu nehmen, muss sich Großbritanniens Premier Keir Starmer ernsthaft mit dem Thema Einwanderung befassen. Von Robert F. Worth
- 02)** „Es handelt sich um paramilitärische Einheiten“.
Eine rechte Gewaltwelle erschüttert Großbritannien. Michèle Auga in London über Desinformation, rechte Influencer und die soziale Lage im Königreich. Interview.
Die Fragen stellten Alexander Isele und Konstantin Hadži-Vuković.
- 03)** Gerechter Wandel. Die britische Stahlindustrie erhalten und das Klima schützen: Gelingt der neuen Labour-Regierung die Quadratur des Kreises?
Von Chaitanya Kumar



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1– E 67

01) Welche roten Linien?

Die Methoden der Huthis erinnern stark an die Taliban. Und der Westen?
Lässt sie weiter die Spielregeln definieren

Von Constantin Grund

22.08.2024



Bereit zum Kampf: Bewaffnete Rebellen der Huthi-Miliz.- *picture alliance/dpa | Osamah Yahya*

Im Jemen, genauer gesagt im von den Huthis kontrollierten Nordwesten des Landes, sitzen aktuell etwa 60 lokale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter internationaler und zivilgesellschaftlicher Organisationen in Haft. Sie wurden schlicht entführt. Aufenthaltsorte unbekannt, Angehörige werden nicht informiert, der Zugang für Anwälte oder Medikamente wird verweigert. Experten nennen dies *incommunicado*. Unter den Entführten sind Mitarbeiter der Vereinten Nationen, von Botschaften sowie humanitäre Helfer, die sich seit Jahren für Wasserversorgung, Dezentralisierung oder Energieprojekte im Jemen einsetzen. Zwar wird internationales Personal auch in anderen Ländern der Welt abgehört und mitunter schikaniert, aber die seit Mai lancierte Verhaftungswelle der Huthis in Sana'a ist beispiellos. Internationales Personal ist bisher nicht betroffen. Noch nicht.

Seit Jahren verschieben die Huthis die Linien akzeptierten Verhaltens auf internationaler Bühne. Sie eskalieren, provozieren, greifen an. Das alles folgt einem gut durchdachten Plan. Zehn Jahre ist die erstmalige Besetzung von Sana'a nun her. Zu diesem Zeitpunkt begannen Drangsalierung, Enteignung und Verhaftung innenpolitischer Gegner und die Einrichtung eines regelrechten Terrorregimes gegen die eigene Bevölkerung. So manches erinnert dabei an die Taliban. Vormalige Errungenschaften wie das Parlament, Pressefreiheit oder der Schulbesuch von Jungen und Mädchen wurden seither systematisch zurückgedreht, meist mit Verweis auf vermeintliche Gegner von außerhalb. Anstatt sich auf die wirtschaftliche Entwicklung des zerstörten Landes zu konzentrieren, wurden neue Kriegsabgaben eingeführt; bei Zahlungsverweigerung droht Inhaftierung. Gleichzeitig warten die Angestellten des öffentlichen Dienstes in den von den Huthis besetzten Gebieten

Seite E 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

seit Jahren auf ihre Gehälter. Der Nordwesten Jemens wird systematisch verarmt, Expertinnen und Experten schätzen die dortige Armutsquote mittlerweile auf etwa 90 Prozent. Weltrekord.

Als Reaktion der „Achse des Widerstands“ auf den Einmarsch Israels in Gaza haben die Huthis seit Oktober 2023 den Schiffsverkehr im Roten Meer gezielt gestört. Erst diese Woche attackierten sie mutmaßlich [den griechischen Öltanker „Sounion“](#). Mindestens 30 Schiffe wurden durch Drohnenangriffe beschädigt, zwei Schiffe sanken, der beschlagnahmte Autotransporter Galaxy Leader liegt weiter im Hafen von Hodeidah und kann gegen Gebühr von fünf US-Dollar sogar besichtigt werden. Seither müssen die USA und europäische Partner in die Sicherheit der Seeschifffahrt im Roten Meer investieren. Am 19. Juli dieses Jahres konnten die Huthis dann die nächste Eskalationsstufe zünden: Mit einer modifizierten Samad-3-Drohne iranischer Bauart gelang ein direkter Angriff auf Tel Aviv; ein Mensch starb. Für den Versuch der Huthis, sich als direkte Kriegspartei zu etablieren, revanchierte sich die israelische Luftwaffe tags darauf mit der Zerstörung wichtiger Ölreserven in Hodeidah. Aus innenpolitischen Gründen war der Bezug ihres Kampfes zur Palästinafrage ein geschickter Schachzug der Huthis, denn so konnten sie ihrer schwindenden Unterstützung im Jemen entgegenwirken.

Kidnappings sind keine neue Strategie der Huthis.

In den letzten Wochen haben die Huthis immer stärker die internationale Gebergemeinschaft ins Visier genommen, insbesondere aber deren zivilgesellschaftliche Partner im Jemen. Bereits seit 2018 beschwert sich das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) über den systematischen Missbrauch und die Instrumentalisierung der Nahrungsmittelhilfe durch die Huthis. Der *Supreme Council for the Management and Coordination of Humanitarian Affairs* (SCMCHA), bei dem sich internationale Organisationen registrieren müssen, um arbeitsfähig zu werden, wurde gezielt mit Huthis besetzt und wies zivilgesellschaftliche Partner der UN zuletzt immer vehementer an, nur mit Huthi-freundlichen Organisationen zusammenzuarbeiten oder Huthis gar in ihren Personalbestand zu integrieren. Einige internationale Organisationen gaben dem Druck nach.

Im Juni dann ließen die Huthis verlautbaren, sie hätten ein israelisch-amerikanisches Spionagenetzwerk im Jemen ausgehoben und veröffentlichten Videos vermeintlicher Geständnisse vormaliger Mitarbeiter der US-Botschaft in Sana'a. Sie verstärkten dies mit eindrücklichen *visuals* in sozialen Netzwerken und ihren Fernsehkanälen, in denen die Logos internationaler Partner, auch deutscher, als Teil dieses Spionagerings aufgeführt wurden. Anfang August schließlich stürmten die Huthis das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen in Sana'a, konfiszierten Fahrzeuge, Mobiliar und Server. Ein selten gesehener Vorgang. Besagte Verhaftungswelle ging voran.

Kidnappings sind keine neue Strategie der Huthis. Bereits in den Jahren 2019 und 2023 hatten die Huthis lokales Personal verschleppt. Aber die nun angezogenen Daumenschrauben wirken innenpolitisch massiv nach. Es geht dabei weniger um 60 Einzelschicksale, die den Huthis momentan als Verhandlungsmasse dienen, sondern vielmehr um das Streuen von Zweifeln an internationalen Partnerschaften insgesamt. Als Jemenit für internationale Organisationen zu arbeiten, wird mit jedem Monat riskanter, und zwar nicht nur im Norden, sondern auch im Süden des Landes, das unter der Kontrolle der sogenannten legitimen Regierung steht.

Jene neue Provokation der Huthis beschäftigt vor allem die westliche Staatengemeinschaft. Sorgen werden zum Ausdruck gebracht, Mahnungen wiederholt oder rhetorisch verschärft.

Seite E 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Hans Grundberg, Sondergesandter der Vereinten Nationen, fasste dies vor dem UN-Sicherheitsrat am 23. Juli 2024 in eindringlichen Worten und durchaus glaubwürdig so zusammen: Ein Kipppunkt für die Zukunft des Jemen sei erreicht. Dennoch, trotz aller Emotionen, bleibt die internationale Reaktion auf die Aktionen der Huthis erstaunlich moderat. Vormals rote Linien wurden zunächst rosa, schließlich verblassten sie ganz.

Selbst kleinste konkrete Vereinbarungen wurden durchweg gebrochen.

In den vergangenen Jahren hatte die internationale Gemeinschaft sehr wohlwollend auf jede neue Forderung der Huthis reagiert und sah regelmäßig über die Verletzungen individueller Freiheitsrechte oder die Stigmatisierung internationaler Hilfe hinweg. Man könne die Menschen in der desaströsen wirtschaftlichen und sozialen Lage nicht allein lassen und wolle die Huthis in einem laufenden politischen Dialog nicht verprellen. Trotz aller Eskalation war das Verständnis des Westens für die Huthis immens, die indirekte Unterstützung blieb.

Dieses Appeasement hat die Machtbasis der Huthis gestärkt und ihnen den Eindruck vermittelt, auf dem richtigen Weg zu sein. Sie konnten es sich erlauben, immer wieder Emissäre zu internationalen Foren oder informellem *backchanneling* zu entsenden, um in ihrem Namen an Gesprächen oder auch Verhandlungen teilzunehmen. Ergebnis: Selbst kleinste konkrete Vereinbarungen wurden durchweg gebrochen. Eine Reaktion der internationalen Partner blieb regelmäßig aus.

Dieses Verständnis bringt die Huthis ihrem eigentlichen Ziel näher: der Errichtung eines eigenen Staates unter ihrer Kontrolle. Die Zweiteilung des Jemen schreitet seit nunmehr zehn Jahren voran. Dabei wird dies nicht politisch verhandelt wie etwa im Falle des Sudan/Südsudan, sondern auf unteren Ebenen Schritt für Schritt bereits heute vollzogen. Kommunikationsnetze werden separiert, staatliche Stellen in Nord und Süd geteilt, Sozialversicherungssysteme getrennt, das einheitliche Banken- und Währungssystem des Landes aufgegeben. Die Vertreter des *Southern Transitional Council* vermeiden gar die Verwendung des Begriffs „Jemen“. Wir sollten nicht überrascht sein, wenn das Land in absehbarer Zeit seine eigene Zwei- oder gar Mehrstaatenlösung bekommt, ganz ohne Beteiligung der UN. Die internationale Gemeinschaft hat dies durch die Beschwichtigungspolitik gegenüber den Huthis jahrelang indirekt mitbefördert.

Beobachter der internationalen Politik haben sich zuletzt an die Zunahme von Unübersichtlichkeit und Chaos gewöhnt. Das Gewöhnen an Außerordentliches oder Sonderbares endet mitunter in Akzeptanz. Im Falle Jemens heißt dies: Ein tribal-religiöser Apparat konsolidiert sich zu einem Staat, und in Zeitlupe verfolgen wir eine nationale Häutung des Jemen ins Ungewisse. Ja, man kann die Veränderung eines Landes in einen anderen Daseinszustand aktiv dulden, sofern man die Konsequenzen nicht aus dem Blickfeld verliert. Andernfalls könnte nur eine massive diplomatische und robuste sicherheitspolitische Mehranstrengung diesen fahrenden Zug noch zum Stillstand bringen. Voraussetzung dafür wäre, seine eigenen roten Linien wieder als das aufzubauen, was sie einst waren: kommunizierte Triggerpunkte für eine echte außenpolitische Reaktion, die einem den Umgang mit der Situation selbst, aber auch mit der eigenen Courage erleichtern. Die 60 Verschleppten würden ein proaktiveres Engagement sicher begrüßen.



Constantin Grund, Kampala/Aden

Constantin Grund leitet die Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung Sudan und Jemen. Zuvor war er Büroleiter der FES in Madagaskar, Benin und Äthiopien.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/welche-roten-linien-7723/?utm_campaign=de_40_20240823&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Loslösung vom Ziehvater.

Um zu gewinnen, muss Kamala Harris die Wähler in den USA überzeugen, dass sie ihre Sorgen ernst nimmt – und mit Bidens Wirtschaftspolitik brechen

Von Michael R. Strain

20.08.2024



Harris muss die Chance ergreifen, sich neu zu erfinden.-picture alliance / Associated Press | Charles Rex Arbogast

Eines der größten Hindernisse für die Wiederwahl von US-Präsident Joe Biden war die Ansicht der Wählerinnen und Wähler, dass die Wirtschaft bei ihm in schlechten Händen liege. Jedoch bewerten die Amerikanerinnen und Amerikaner Vizepräsidentin Kamala Harris, die nach Bidens Rückzug zur Kandidatin der Demokraten wurde, womöglich anders. Laut einer [neuen Umfrage](#) der *Financial Times* und der *University of Michigan* liegt Ex-Präsident Donald Trump erstmals seit fast einem Jahr in Bezug auf die Wirtschaftspolitik hinter seiner Gegenkandidatin. Auf die Frage, bei wem sie [die Wirtschaft am ehesten in guten Händen sehen](#), und zwar unabhängig von ihrer allgemeinen Meinung über die Kandidaten und ihrer Wahlabsicht im Jahr 2024, vertrauten von Februar bis Juli zwischen 40 und 43 Prozent der Befragten Trump mehr als Biden. Seit Beginn der Erhebung vor einem Jahr überstieg Bidens Wert nie 37 Prozent. Harris' Wert jedoch liegt volle sieben Prozentpunkte über Bidens Zahlen vom Juli: 42 Prozent der Befragten schenken ihr mehr Vertrauen als Trump.

Dabei hat Harris Trump keine Unterstützer abgenommen. Wie schon im Juni und Juli gaben 41 Prozent der Befragten an, Trump beim Thema Wirtschaft für vertrauenswürdiger zu halten. Stattdessen fiel der Anteil der Befragten, die angaben, keinem der beiden Kandidaten zu vertrauen, von 18 Prozent im Juli auf zehn Prozent im August. Diese zehn Prozent der Wählerinnen und Wähler sind immer noch zu haben, und dasselbe gilt für die fünf Prozent der Befragten, die angaben, sie seien sich unsicher, welcher Kandidat besser sei.

Harris und ihr Wahlkampfteam müssen sich voll und ganz darauf konzentrieren, diese 15 Prozent der Wählerinnen und Wähler für sich zu gewinnen. Hierzu sollte Harris sofort die unsensiblen Bemühungen des Weißen Hauses beenden, die Bevölkerung überzeugen zu wollen, ihre Ängste über Bidens Umgang mit der Wirtschaft seien ungerechtfertigt.

Seite E 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Stattdessen sollte sie die berechtigten Sorgen der Wählerinnen und Wähler anerkennen. Kurz vor Beginn des Parteikonvents in Chicago hat Harris nun erstmals Ideen präsentiert, wie ihre [Wirtschaftspolitik als Präsidentin aussehen könnte](#). Sehr konkret wurde Harris allerdings nicht, sie versprach, eine Präsidentin der Mittelschicht zu werden, und kündigte unter anderem an, Steuern für Familien zu senken sowie gegen überhöhte Lebensmittelpreise, zu hohe Kosten für Immobilieneigentum und Mietwucher vorzugehen. In den kommenden Wochen will Harris weitere Teile ihres Wahlprogramms bekanntgeben.

Die Inflation ist in den Biden-Jahren auf den höchsten Stand in vier Jahrzehnten gestiegen.

Da die [Inflation in den Biden-Jahren auf den höchsten Stand in vier Jahrzehnten](#) gestiegen ist, sind die amerikanischen Haushalte ins Hintertreffen geraten. Seit Bidens Amtsantritt sind die [Verbraucherpreise um 19 Prozent gestiegen](#), die durchschnittlichen Löhne jedoch nur um 17 Prozent. Das [inflationbereinigte Medianeinkommen der privaten Haushalte](#) war 2022 (das letzte Jahr, für das Daten des *Census Bureau* vorliegen) niedriger als 2021, 2021 niedriger als 2020 und 2020 niedriger als 2019.

Harris muss die Herausforderungen anerkennen, mit denen typische Amerikanerinnen und Amerikaner konfrontiert sind, und klar zum Ausdruck bringen, was sie zur Bewältigung dieser Herausforderungen anders machen wird als Biden. Zum Glück hat Harris als Kandidatin eine legitime Chance, sich neu zu erfinden. Daran ist nichts Zynisches – genauso wenig zynisch war es, als George H.W. Bush 1988 bei der Nominierung zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten seinen Wunsch nach einer „gütigeren und sanfteren Nation“ erklärte, nachdem er acht Jahre lang als Vizepräsident in der knallharten Reagan-Regierung gedient hatte. Harris würde als Chefin der Exekutive natürlich anders agieren als Biden (oder als irgendjemand anders), und sie sollte deutlich machen, was das im Detail bedeutet.

Die US-Amerikaner wünschen sich verzweifelt eine Neuausrichtung der demokratischen Partei. Sechs von zehn Befragten der *FT/Michigan*-Umfrage sind der Meinung, dass Harris einen völlig anderen Ansatz verfolgen oder grundlegende Änderungen an der Wirtschaftspolitik Bidens vornehmen sollte. Ihre größte Sorge ist dabei die Inflation: 39 Prozent der Befragten nennen die Politik der Demokraten als einen der drei stärksten Inflationstreiber der vergangenen sechs Monate. Nur 24 Prozent sagen das Gleiche über die Politik der Republikaner.

Harris sollte, wenn sie sich für eine Ausweitung des sozialen Sicherheitsnetzes oder der Ansprüche der Mittelschicht entscheidet, einen zielgenauen Ansatz wählen.

Ich habe vier Vorschläge dazu, wie der neue Ansatz der Vizepräsidentin aussehen sollte. Zunächst einmal sollte Harris, wenn sie sich für eine Ausweitung des sozialen Sicherheitsnetzes oder der Ansprüche der Mittelschicht entscheidet, einen zielgenauen Ansatz wählen. Biden schickte (ebenso wie Trump) [Konjunkturschecks](#) auch an Haushalte mit sechsstelligen Einkommen und [verdoppelte die Zahlungen der Arbeitslosenversicherung](#) nahezu, [was zur Inflation beitrug](#). Die Amerikanerinnen und Amerikaner könnten die neuerliche Ansicht begrüßen, dass Ausgabenprogramme – die natürlich mit dem Geld anderer Leute finanziert werden – nur denen zur Verfügung stehen sollten, die wirklich öffentliche Unterstützung benötigen.

Zweitens sollte Harris sich als eine Präsidentin präsentieren, die sich mit den Problemen der US-Wirtschaft auseinandersetzt, und nicht als jemand, der tiefgreifende Veränderungen einführen wird. Der amerikanischen Bevölkerung, die – um es noch einmal zu wiederholen – deutlich zu erkennen gibt, dass sie sich einen anderen Ansatz wünscht als den von Biden,

Seite E 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

ist womöglich nicht wohl bei dem Gedanken an die Unsicherheit, die von einer zweiten Präsidentin ausgeht, die eine wirtschaftliche Revolution verspricht. Ihre Besorgnis könnte auch stärker praktischer Natur sein. Die Regierung verfügt nicht über die zur Umgestaltung der Wirtschaft nötige Kompetenz. Das wird immer deutlicher, je mehr sie sich bemüht. Eine neue Untersuchung der *Financial Times* ergab, dass 40 Prozent der größten Investitionen in der verarbeitenden Industrie aus Bidens beiden großen Gesetzen – dem *Inflation Reduction Act* und dem *CHIPS & Science Act* – um teils mehrere Jahre [verschoben oder auf unbestimmte Zeit gestoppt](#) wurden.

Drittens sollte Harris fiskalische Zwänge anerkennen. Der [American Rescue Plan](#) von 2021 mit seinen schwindelerregenden Kosten von 1,9 Billionen US-Dollar war die unverantwortlichste haushaltspolitische Maßnahme einer US-Regierung seit Jahrzehnten. Hätte Biden fiskalisch verantwortungsbewusster agiert, wäre die Inflation in den USA milder ausgefallen, und der Präsident hätte wahrscheinlich eine höhere Zustimmungsrate gehabt. Und viertens schließlich sollte Harris der Wirtschaft und den Amerikanerinnen und Amerikanern mit hohem Einkommen vermitteln, dass sie diese als Mitbürger und nicht als Feindbild sieht. Sie sollte ein Ende des Regulierungssystems signalisieren, das Geschäftsabschlüsse behindert, und deutlich machen, dass die Steuerpolitik nicht zur Bestrafung eingesetzt werden wird.

Das wirtschaftspolitische Programm eines Präsidentschaftskandidaten ist ein Entwurf für das Regieren. Es ist aber auch eine Aussage über Werte, Ansatz und Tonfall. Die Amerikanerinnen und Amerikaner wünschen sich eine neue Art wirtschaftlicher Führung, die stabiler, weniger spalterisch, verantwortungsbewusster und trittsicherer ist.

© Project Syndicate

Aus dem Englischen von Jan Doolan



Michael R. Strain, Washington, D.C.

Dr. Michael R. Strain ist Direktor des *Economic Policy Studies Institute* und *Arthur F. Burns Scholar in Political Economy* am *American Enterprise Institute* (AEI). Er arbeitet zu den Themen: Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte, internationaler Handel und Finanzen, Steuern, Haushaltspolitik, Wohlfahrtsökonomie und Gesundheitspolitik. Er ist Autor von *The American Dream Is Not Dead: (But Populism Could Kill It)* (Templeton Press, 2020).

https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/losloesung-vom-ziehvater-7716/?utm_campaign=de_40_20240820&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Maduros geopolitischer Poker.

Venezuelas Machthaber will mithilfe seiner weltweiten Partner den Wahlbetrug aussitzen. In Südamerika wird er hingegen zunehmend als Gefahr gesehen.

Von Sandra Weiss

20.08.2024



Einfach mal aussitzen: Venezuelas Präsident Nicolás Maduro spielt auf Zeit. -*picture alliance / AP | Fernando Vergara*

Drei Wochen nach der Präsidentschaftswahl sind in Venezuela die Fronten festgefahren: Der seit 2013 amtierende Machthaber Nicolás Maduro hat noch immer keine Beweise für seinen angeblichen Wahlsieg vorgelegt und lässt Proteste von seinen Sicherheitskräften brutal niederschlagen. Hoffnungen auf eine plötzliche demokratische Einsicht oder ein Auseinanderbrechen der regierenden Kamarilla unter dem Druck der Straßenproteste sind zerstoßen. Der Schulterschluss zwischen den zivilen Stützen des Regimes und den Sicherheitskräften scheint felsenfest.

Maduro, so vermuten einige Beobachter, spielt auf Zeit. Er hofft, dass die internationale Gemeinschaft seinen unverfrorenen Wahlbetrug bald vergessen werde. Die Akten, die die Opposition sicherstellen konnte, weisen einen 67-zu-30-Sieg ihres Kandidaten Edmundo González Urrutia aus. Maduro baut zudem darauf, dass es ihm gelingen werde, der internationalen Isolation mithilfe gleichgesinnter autoritärer Potentaten zu entkommen. Und dass seine Repression – Menschenrechtsorganisationen sprechen von „Staatsterror“ – die Opposition ausradieren und jeden Keim des Widerstands unterdrücken werde.

Ehemalige Vertraute Maduros hingegen glauben, der Machthaber lasse seine Muskeln spielen, um sich für Verhandlungen in eine Position der Stärke zu bringen. Noch ist unklar, wer recht behalten wird. Sechs Monate sind es bis zum Amtsantritt der neuen Regierung. Das ist das Zeitfenster, um die Fronten noch aufzubrechen. Ein erster, improvisiert anmutender Vermittlungsversuch von Brasilien und Kolumbien – Mexiko ist mittlerweile aus der Gruppe ausgeschieden – verlief zunächst im Sande. Nötig ist jetzt eine professionelle Diplomatie, die das ganze geopolitische Schachbrett in den Blick nimmt.

Seite E 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Trotz Korruption und Misswirtschaft ist Venezuela ein reiches Land mit international gefragten Ressourcen. Der Petrostaat hat die größten Ölreserven der Welt und fördert noch immer rund 850 000 Fass pro Tag (vor 20 Jahren waren es über drei Millionen). Hinzu kommen rund 35 Tonnen Gold pro Jahr. 70 Prozent davon werden illegal exportiert, über Netzwerke, an denen korrupte Militärs, die kolumbianische ELN-Guerrilla und internationale Verbrechersyndikate beteiligt sind. Der Rest fließt in die Zentralbankreserven.

2015 verhängten die USA erstmals Sanktionen – zu Beginn vor allem gegen einzelne Funktionäre des Regimes –, die im Laufe der Jahre und im Rhythmus der autoritären Maßnahmen Maduros verschärft wurden. Seitdem hat Maduro Hilfe und Know-how bei anderen Diktaturen gesucht. Seine Stützen sind Kuba, Iran, Russland und China. Hinzu kommen wirtschaftliche Drehscheiben wie die Türkei und Indien, über die Gold und Öl vermarktet werden.

Mittlerweile ist China der wichtigste Handelspartner Venezuelas.

Kubas Revolutionsführer Fidel Castro und Venezuelas 1998 gewählten Erdölsozialisten Hugo Chávez verband eine Männerfreundschaft der ersten Stunde. Castro hatte vor allem Interesse am billigen venezolanischen Erdöl und an einem politischen Verbündeten im Kampf gegen das US-Embargo. Im Tausch dafür schickte Havanna Ärzte, Bodyguards für den Präsidenten und Militär- und Geheimdienstberater nach Caracas.

Diese brachten vor allem das Militär auf Linie, um Putschversuche zu verhindern. Bis Juli 2024 waren die Hälfte der politischen Gefangenen Militärs. Seit dem Tod Castros und Chávez' und der schweren Systemkrise auf Kuba ist der Einfluss Havannas aber zurückgegangen. Andere Autokratien sind an seine Stelle getreten.

Die Partnerschaft mit Russland begann auf militärischer Ebene im Jahr 2006. Weil Caracas die kolumbianische Guerilla unterstützte, stoppten die USA ihre Waffenexporte nach Venezuela. Russland sprang in die Bresche und hat seither seine geostrategische Partnerschaft im Hinterhof der USA ausgebaut. Heute finden sich im venezolanischen Arsenal russische Panzer, Kampfhubschrauber und Sukhoi-Jagdbomber. Die russischen Energiekonzerne Rosneft, Gazprom und Lukoil sind Partner des Staatskonzerns PDVSA. Russische Bot-Center unterstützen Maduro bei Desinformationskampagnen.

Dem russischen Staatschef Wladimir Putin geht es Experten zufolge vor allem um langfristige strategische Zusammenarbeit mit dem Ziel der Schwächung der US-Hegemonie durch den Aufbau einer multipolaren Weltordnung. Russland ist daher Pate Venezuelas, das einen Aufnahmeantrag bei den BRICS-Staaten gestellt hat, einem Schlüsselinstrument dieser multipolaren Ordnung. Wirtschaftlich sind die Beziehungen aber bescheiden geblieben: 2019 exportierte Venezuela Waren und Dienstleistungen im Wert von 1,57 Millionen US-Dollar nach Russland, die Importe von dort hatten den Wert von 92,5 Millionen US-Dollar.

Chinas Prioritäten sind etwas anderer Art: Es geht vor allem um die wirtschaftliche Konkurrenz mit den USA im rohstoffreichen Hinterhof. Mittlerweile ist China der wichtigste Handelspartner Venezuelas und hat 4,5 Milliarden US-Dollar in den Energiesektor investiert. Aus Peking stammt auch die Strategie zur sozialen Kontrolle. Sowohl die Gesichtserkennungs-Software als auch die zur Erfassung und Registrierung der Bevölkerung mittels biometrischer Daten für die digitale Vaterlands-App, über die die Sozialhilfen ausbezahlt werden, stammen aus China.

Seite E 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Vor allem aber ist Peking der größte Gläubiger. Fast 60 Milliarden US-Dollar an Darlehen hat es Venezuela gewährt – mehr als an Brasilien, Argentinien, Ecuador und Bolivien zusammen. Doch ein Großteil der Kredite versickerte in Korruption und Misswirtschaft. Caracas schuldet laut Wirtschaftsagenturen noch immer mehr als 15 Milliarden US-Dollar. Seit 2018 bekommt Maduro trotz zahlreicher Avancen keine neuen Kredite mehr. Für Peking steht derzeit die wirtschaftliche Stabilisierung Venezuelas im Vordergrund.

Knapp acht Millionen Venezolanerinnen und Venezolaner haben das Land verlassen.

Iran scheint es vorrangig darum zu gehen, einen südamerikanischen Brückenkopf für seine globalen anti-israelischen Aktivitäten zu errichten. Unter Chávez hatte Teheran Allianzen mit ehemaligen Seilschaften des venezolanischen Terroristen Ilich Ramírez Sánchez alias Carlos der Schakal geschlossen und paramilitärische Trainingscamps in Venezuela aufgebaut. Unter Maduro lag der Fokus dann auf Hilfe bei der Umgehung der Erdölsanktionen und bei der Wartung der maroden Erdöl-Infrastruktur.

Diese autoritären Übersee-Achsen sind krisenerprobt. Dank ihnen hat Maduro die Sanktionen der USA und der EU überstanden. Doch sie sind ein geopolitisches Zweckbündnis mit Ländern, deren unmittelbare strategische Prioritäten in ihrer eigenen Einflussphäre liegen – für Putin in der Ukraine, für China in Taiwan und für Iran im Nahen Osten.

Sie sind ein Rettungsanker, ohne Perspektive auf mittelfristige wirtschaftliche Sanierung, höchstens mit Aussicht auf Aufrechterhaltung eines prekären Status quo. Unter Maduro ist die Wirtschaft um 75 Prozent eingebrochen, die Armut auf 82 Prozent gestiegen. Knapp acht Millionen Venezolanerinnen und Venezolaner haben das Land verlassen. Das stellt vor allem die lateinamerikanischen Nachbarländer vor Probleme.

Chávez träumte zur Jahrtausendwende von der Bolivarischen Allianz der Völker Amerikas (Alba). Mit einem Erdölpreis von zeitweise bis zu 150 US-Dollar pro Fass schwamm er in Petrodollars, die er großzügig an Verbündete verteilte. Infrastrukturprojekte, neue Regionalbündnisse, Erdöllieferungen zum Freundschaftspreis an die Inselstaaten der Karibik und an Mittelamerika – all das machte ihn zum Anführer eines Kontinents, auf dem das Wahlpendel in diesem Moment nach links ausschlug. Von Ecuador über Bolivien bis Argentinien und Brasilien sahen Regierungen die historische Chance, sich mithilfe Venezuelas von der US-Vorherrschaft zu emanzipieren – und von den traditionellen konservativen Eliten ihrer Länder gleich mit.

Einige Jahre lang konnte auch Maduro von dieser Aura zehren. Mit dem Wahlbetrug aber überschritt er eine rote Linie. Als neuen Präsidenten anerkannt haben ihn in Lateinamerika lediglich Kuba, Nicaragua, Bolivien und Honduras. Die ersten beiden lupenreine sozialistische Diktaturen, die letzten beiden angeführt von linken Nostalgikern aus der Chávez-Ära. Alle vier sind wirtschaftlich sowie politisch unbedeutend.

Zwei linke Schwergewichte in der Region haben sich hingegen abgewandt: Luiz Inácio „Lula“ da Silva in Brasilien, der voriges Jahr Maduro noch als Staatsgast umarmt hatte, und Gustavo Petro in Kolumbien. Sie haben die Anerkennung Maduros davon abhängig gemacht, dass er die Wahlakten vorlegen und eine unabhängige internationale Prüfung zulassen möge. Darum versucht sich Maduro herumzumogeln, mit juristischen Winkelzügen und mithilfe des von ihm kontrollierten Obersten Gerichtshofs. Früher konnte er bei so etwas mit der Nachsicht seiner Nachbarn rechnen, diesmal wurde er kalt abgebürstet. Am 16. August stellte sich die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) nahezu einhellig hinter

Seite E 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

die kolumbianisch-brasilianische Forderung. Ziel ist, Maduro unmissverständlich klarzumachen, dass er keine Chance auf Anerkennung hat – und ihn so an den Verhandlungstisch zu bugsieren.

Venezuela droht die ganze Region zu destabilisieren.

Wie erklärt sich der Sinneswandel von Lula und Petro? Zum einen geht es ums Image. Sie sehen sich zwar im linken Lager – aber auch als Demokraten. Lula riskiert dafür sogar ein Zerwürfnis mit seiner eigenen Arbeiterpartei, die Maduro eilig zum Wahlsieg gratuliert hat.

Der zweite Grund ist Staatsräson. Denn Venezuela droht die ganze Region zu destabilisieren. Der von der Opposition in die Enge getriebene Maduro wird immer unberechenbarer. Vor einigen Monaten drohte er dem Nachbarland Guyana mit einer Invasion wegen eines alten Grenzstreits – offenbar in der Hoffnung, damit Wählerstimmen zu mobilisieren. Furcht herrscht auch davor, dass seine Verbündeten wie der Iran Terroraktiken nach Südamerika exportieren könnten. Das ist nicht aus der Luft gegriffen, wie der vom Iran gesteuerte Anschlag auf das jüdische Gemeindezentrum in Buenos Aires im Juli 1994 zeigt.

Das dritte Problem ist die Migration. Umfragen zufolge wollen weitere fünf Millionen auswandern, wenn Maduro an der Macht bleibt. Die meisten bleiben erfahrungsgemäß in Lateinamerika. Das belastet die ohnehin fragilen Arbeitsmärkte, Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen der Aufnahmeländer. Und es ist ein Sicherheitsproblem: Infiltriert in die Migrantenströme kommen kriminelle venezolanische Organisationen wie *Tren de Aragua*, die mit Brachialgewalt lokale kriminelle Märkte wie die Prostitution, die Schutzgelderpressung, den Waffen- und Menschenhandel übernehmen.

Die USA teilen diese Bedenken. Diesmal halten sie sich aber im Hintergrund. Das ist eine Lektion aus gescheiterten früheren Interventionsversuchen wie der Unterstützung des oppositionellen Gegenpräsidenten Juan Guaidó 2019. Brachiale Alleingänge der USA haben in der Vergangenheit immer nur Maduros Narrativ vom Opfer imperialistischer Umsturzversuche genährt.

Im Gegensatz zu 2019 scheint es nun eine lose strategische Koordination mit einer abgesprochenen Zielrichtung zwischen Lateinamerika, den USA und der EU zu geben, um den internationalen Druck auf Maduro sukzessive zu verstärken. Flankiert wird dies von einer Opposition, die zu friedlichen Protesten aufruft, aber gegenüber Maduro auch Dialogbereitschaft signalisiert.

China und Russland haben in Lateinamerika an Einfluss gewonnen. Doch noch laufen die wichtigen Fäden in Washington zusammen. Die USA sind die treibende Kraft hinter den Sanktionen, sie haben Kopfgelder auf die Führungsriege wegen Drogenhandels und Menschenrechtsverletzungen ausgelobt. Der Preis für das Festklammern an der Macht ist für Maduro diesmal so hoch wie nie. Das mag dem einen oder anderen Genossen möglicherweise doch schlaflose Nächte bereiten.



Sandra Weiss, Mexiko-Stadt

Sandra Weiss ist Politologin und ehemalige Diplomatin. Als freie Lateinamerika-Korrespondentin schreibt sie unter anderem für *Die Zeit* und *Die Welt*.

https://www.ipg-journal.de/regionen/lateinamerika/artikel/maduros-geopolitischer-poker-7718/?utm_campaign=de_40_20240820&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Genug ist genug.

Während Superreiche immer mehr horten, kämpfen Demokratien mit leeren Kassen. Die Zeit ist reif für eine Milliardärssteuer

Von Gabriel Zucman

20.08.2024



picture alliance/Ikon Images/John Holcroft

Lediglich [3 000 Menschen haben ein Vermögen von 14,4 Billionen](#) Dollar angehäuft. Das entspricht 13 Prozent des weltweiten BIP. Während die Milliardäre der Welt 1993 weniger als drei Prozent des globalen BIP kontrollierten, hat sich die Zunahme ihres Reichtums und politischen Einflusses seitdem beschleunigt.

Unabhängig von ihrer Nationalität haben die Superreichen der Welt zwei auffällige Gemeinsamkeiten: Erstens, die überwiegende Mehrheit ist männlich. Und zweitens, sie

Seite E 13 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

zahlen in der Regel einen weitaus geringeren Anteil ihres Einkommens an Steuern als ihre Angestellten und die Arbeiterinnen und Arbeiter der Mittelschicht im Allgemeinen. Die Vermögenskonzentration ist also ein globales Problem, und zwar ein derart alarmierendes, dass sich die G20 (die Gruppe der weltgrößten entwickelten und aufstrebenden Volkswirtschaften) im vergangenen Monat offiziell damit befasst hat.

In der [Abschlusserklärung der Konferenz der G20-Finanzminister](#) in Rio de Janeiro am 25. und 26. Juli heißt es dazu: „Es ist wichtig, dass alle Steuerzahler, einschließlich jener mit ultrahohem Vermögen, ihren gerechten Anteil an Steuern leisten. Aggressive Steuervermeidung oder Steuerhinterziehung durch Personen mit ultrahohem Vermögen kann die Fairness der Steuersysteme untergraben.“ Die Förderung einer wirksamen, fairen und progressiven Steuerpolitik bleibe „eine große Herausforderung, zu deren Bewältigung die internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen und gezielte nationale Reformen beitragen könnten“.

Steuergerechtigkeit ist die Grundlage der Demokratie.

Steuergerechtigkeit ist die Grundlage der Demokratie. Ohne ausreichende Steuereinnahmen können Regierungen weder angemessene Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitsfürsorge und soziale Sicherheit gewährleisten, noch können sie auf viel größere Probleme reagieren wie die Klimakrise, die bereits eine Vielzahl von Ländern weltweit destabilisiert. Angesichts der düsteren Folgen der Untätigkeit in diesen Bereichen ist es unerlässlich, dass die Reichsten ihren gerechten Anteil an Steuern zahlen.

Die Erklärung von Rio ist ein wichtiger Meilenstein. Erstmals seit Gründung der G20 im Jahr 1999 sind sich alle Mitglieder einig, dass die Art, wie die Superreichen besteuert werden, korrigiert werden muss. Und sie haben sich verpflichtet, dies zu tun. Doch kam dieser Konsens nicht von ungefähr. Die Verfechterinnen und Verfechter der Steuergerechtigkeit haben in den Monaten vor dem Gipfel eine Menge auf den Weg gebracht.

Brasilien hat in diesem Jahr den rotierenden Vorsitz der G20 inne, und Ende Februar lud mich der Finanzminister des Landes, Fernando Haddad, ein, bei einer hochrangig besetzten Tagung in São Paulo zu sprechen. Ich wurde beauftragt, einen Bericht über Steuergerechtigkeit und die Besteuerung der Superreichen zu schreiben – der Fokus meiner Arbeit als Gründer und Direktor der [EU-Steuerbeobachtungsstelle](#) in Paris. Den Bericht legte ich Ende Juni als Hintergrundmaterial für die Diskussion auf dem Gipfeltreffen im Juli vor.

In dem Bericht mit dem Titel [A Blueprint for a Coordinated Minimum Effective Taxation Standard for Ultra-High-Net-Worth Individuals](#) („Ein Entwurf für einen koordinierten Standard für eine effektive Mindestbesteuerung von Personen mit ultrahohem Vermögen“) habe ich einen Vorschlag für einen neuen effektiven Besteuerungsstandard unterbreitet, der eine koordinierte Mindeststeuer von zwei Prozent des Vermögens derartiger Personen – der 3 000 Milliardäre der Welt – vorsieht. Dieser Standard würde nicht nur beträchtliche Einnahmen generieren, etwa 200 bis 250 Milliarden US-Dollar jährlich. Sondern er würde auch die strukturelle Ungerechtigkeit heutiger Steuersysteme korrigieren, aufgrund derer die effektiven Steuersätze für Milliardäre niedriger ausfallen als die der Mittelschicht.

Die Weltöffentlichkeit befürwortet eine gerechte Besteuerung der Superreichen mit überwältigender Mehrheit.

Die Weltöffentlichkeit befürwortet eine gerechte Besteuerung der Superreichen mit überwältigender Mehrheit. Laut einer im Juni veröffentlichten [Ipsos-Umfrage in den G20-Ländern](#) sind 67 Prozent der Menschen der Meinung, dass die wirtschaftliche Ungleichheit zu groß ist, und 70 Prozent befürworten den Grundsatz, dass reiche Menschen höhere Einkommenssteuersätze zahlen sollten.

Die Erklärung von Rio signalisiert einen bedeutenden Wandel: Die Staats- und Regierungschefs der Welt können nicht länger ein System unterstützen, in dem die Superreichen damit durchkommen, dass sie weniger Steuern zahlen als die Übrigen. Die Finanzminister haben sich bereits auf wichtige erste Schritte zur Verbesserung der Steuertransparenz, zur Verstärkung der Zusammenarbeit in Steuerfragen und zur Überarbeitung schädlicher Steuerpraktiken geeinigt. Zwar gab es keinen politischen Konsens, die zweiprozentige Mindeststeuer für Milliardäre in den endgültigen Text aufzunehmen. Die Erklärung hätte einstimmig angenommen werden müssen, und einige Länder haben immer noch Vorbehalte gegen einige Aspekte des Vorschlags. So unterstützt die Regierung von US-Präsident Joe Biden eine Mindeststeuer für Milliardäre zwar auf nationaler Ebene, zögert aber bisher, das Thema auf der internationalen Bühne voranzutreiben.

Aber es gibt keinen Weg zurück. [Die Mindeststeuer steht jetzt auf der Tagesordnung](#), und betrachtet man die Geschichte der internationalen Steuerverhandlungen, so gibt es konkrete Gründe, bezüglich der Zukunft des Vorschlags optimistisch zu sein. Im Jahr 2013 gestand die G20 die grassierende Steuervermeidung durch multinationale Unternehmen ein und gab damit den politischen Anstoß, das Problem in Angriff zu nehmen. Ihr [ursprünglicher Aktionsplan](#) umfasste die Verbesserung der Steuertransparenz, die Verstärkung der steuerlichen Zusammenarbeit und die Überarbeitung schädlicher Steuerpraktiken – dieselbe Formulierung, die jetzt in Rio verwendet wurde. Im Oktober 2021 verabschiedeten dann 136 Länder und Gebiete (inzwischen 140) eine Mindestkörperschaftssteuer von 15 Prozent.

Glücklicherweise sind wir nicht darauf angewiesen, dass alle Länder eine Mindeststeuer von zwei Prozent für Milliardäre einführen.

Glücklicherweise sind wir nicht darauf angewiesen, dass alle Länder eine Mindeststeuer von zwei Prozent für Milliardäre einführen (oder für hundertfache Millionäre, wenn die politischen Entscheidungsträger das so wollen). Es bedarf lediglich einer kritischen Menge von Ländern, die sich auf ein Regelwerk zur Ermittlung und Bewertung des Reichtums der Superreichen einigen und Instrumente zur effektiven Besteuerung unabhängig vom steuerlichen Wohnsitz der Milliardäre einführen. Auf diese Weise ließe sich ein Szenario vermeiden, bei dem die Superreichen in Steueroasen fliehen, und es würde den Wettlauf zwischen Ländern um den niedrigsten Steuersatz beenden.

In den vergangenen rund zehn Jahren hat sich die internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen deutlich verbessert. Die Einführung des [automatischen Austauschs von Bankdaten](#) etwa hat die Möglichkeiten der Steuervermeidung stark eingeschränkt. Die notwendigen Instrumente stehen bereits zur Verfügung, um die Milliardäre der Welt zu zwingen, ihren gerechten Anteil an Steuern zu zahlen. Jetzt ist es an den Regierungen, schnell und effektiv zu handeln.

© [Project Syndicate](#)

Aus dem Englischen von Jan Doolan



Gabriel Zucman, Berkeley, CA

Gabriel Zucman ist *Associate Professor* für Wirtschaftswissenschaften an der *University of California* in Berkeley. Er publiziert Artikel zur Vermögensungleichheit und zu Steuerfragen und schrieb das Buch *Der Triumph der Ungerechtigkeit – Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert*.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/genug-ist-genug-1-7705/?utm_campaign=de_40_20240820&utm_medium=email&utm_source=newsletter

05) Wenn zum Schaden der Spott kommt.

Treffen sich Musk und Trump zum Pläuschchen, rauchen in Europa die Köpfe. Warum EU-Kommissar Thierry Breton sich gewaltig vergaloppiert hat

Von Marco Bitschnau

16.08.2024



Dass Elon Musk in vielen Hinterzimmern der Macht nicht eben wohlgefallen ist, dürfte kaum jemanden überraschen. Den [derzeit mal wieder](#) reichsten Mann der Welt umweht seit jeher eine Aura juveniler Unberechenbarkeit – sowohl privat, wo der Vater von zwölf Kindern gerne mit kuriosen Namensneuschöpfungen („X Æ A-Xii“) für seinen Nachwuchs auf sich aufmerksam macht, als auch in politischen Angelegenheiten. Während andere Superreiche sich dezent im Hintergrund halten und es bei der üblichen Kontaktpflege oder dem Bereitstellen von Wahlkampfmitteln belassen, drängt es ihn spätestens seit dem Kauf des (in X umbenannten) Kurznachrichtendienstes Twitter immer mehr ins Rampenlicht, er positioniert sich als Streiter für Meinungsfreiheit [und kritisiert die Wokeness](#), die sich an allen Schlüsselstellen der US-Gesellschaft bereit gemacht habe.

Nicht selten reicht dabei bereits ein Retweet oder ein dahingehuschter Zweizeiler, um eine öffentliche Kontroverse auszulösen. Nachdem etwa der umstrittene Satiriker Sebastian Hotz (alias „El Hotzo“) jüngst eine reichlich geschmacklose Wortmeldung zum Attentat auf Donald Trump in die Weiten des Netzes gesandt hatte, [richtete Musk das digitale Wort](#) an niemand anderen als Olaf Scholz: „@Bundeskanzler, was ist das?“, [fragte er](#) und erhob den Humorblindgänger eines 28-jährigen Franken so in den faktischen Rang einer Staatsaffäre.

Seine Vertrautheit mit echten Staatsaffären stellte Musk wiederum diesen Montag unter Beweis. Da flatterte ihm nämlich [ein Schreiben](#) des französischen EU-Kommissars Thierry Breton – selbst ehemaliger *tech executive*, eingefleischter Macron-Verbündeter und seit 2019 verantwortlich für den europäischen Binnenmarkt – auf den Schreibtisch, in dem unmissverständlich vor rechtlichen Folgen gewarnt wurde, sollte es im Zuge eines angekündigten Gesprächs zwischen Musk und Trump („einer Live-Konversation zwischen einem US-Präsidentschaftskandidaten und Ihnen“) zu Verstößen gegen den europäischen *Digital Services Act* (DSA) kommen. Dessen [umfangreiches Regelwerk](#) sieht unter anderem

Seite E 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Maßnahmen zur Regulierung der Inhalte großer Onlineplattformen vor: Fehlinformationen sollen so eingedämmt, gewaltverherrlichende Sprache entfernt, *Hass und Hetze* frühzeitig erkannt und unterbunden werden.

Breton insinuierte nun, dass gerade die Konversation mit Trump diesem Ziel zuwiderlaufe; er schrieb von Gefahren für die öffentliche Sicherheit, von Risikoprofilen und der Verbreitung von Inhalten, die „zu Gewalt, Hass und Rassismus“ anstacheln würden. Zuletzt erklärt er Musk in kämpferischem Tonfall, er und sein Team blieben „äußerst wachsam gegenüber allen Anzeichen, die auf Verstöße gegen den DSA hinweisen“, und wollten diese auch in [die anstehende Gesamtbewertung](#) „der Einhaltung europäischen Rechts [auf X]“ aufnehmen.

Der Staat aber hat sich aus den Meinungen seiner Bürger herauszuhalten, sofern diese nicht einen unmittelbaren Aufruf zu Straftaten beinhalten.

Nun gibt es keinen Zweifel, dass das Internet aus deliberativer Sicht etliche Probleme bereithält und man sich gerade auf X häufig zivilere Umgangsformen wünschen würde. Doch verdeutlicht der Brief aus Brüssel vor allem das diesen Wunsch übersteigende (und für den Betrachter reichlich blasiert daher kommende) Unvermögen europäischer Entscheidungsträger, bei der Durchsetzung ihrer Rechtsvorstellungen abweichende Perspektiven auch nur im Ansatz miteinzubeziehen. Die Idee, Plattformen mit rechtlichen Mitteln zum kleinteiligen Unterbinden problematischer Beiträge zu nötigen, erscheint dem an andere Vorstellungen von *freedom of speech* gewöhnten Amerikaner schlechterdings als autoritäre Anmaßung; das Beharren darauf mithin als Ausweis einer unfreien, unter meinungsmonopolistischer Kuratel stehenden Gesellschaft.

Das bedeutet nicht, dass man in Übersee etwas gegen private Konsequenzen einzuwenden hätte – wenn einen der Arbeitgeber nach einer über das Ziel hinausschießenden Äußerung vor die Tür setzt, der Sandkastenfreund die Beziehung aufkündigt oder der Plattformbetreiber einen Inhalt von seiner Seite entfernt, ist das deren gutes Recht. Der Staat aber hat sich aus den Meinungen seiner Bürger herauszuhalten, sofern diese nicht einen unmittelbaren Aufruf zu Straftaten beinhalten. In der bekannten Supreme-Court-Entscheidung zu [Brandenburg v. Ohio](#) (1969) heißt es entsprechend: „Ein Gesetz, das diese Unterscheidung nicht trifft, stellt einen unzulässigen Eingriff [...] dar. Es erfasst mit seiner Verurteilung die [öffentliche] Rede, die unsere Verfassung staatlicher Kontrolle enthoben hat.“

Inwiefern eine solche Schrankenlosigkeit sinnvoll ist, darüber kann man geteilter Meinung sein. Auch in Europa gibt es bekanntlich nicht die eine *best practice* beim Austarieren des Verhältnisses von Meinungsfreiheit und anderen schützenswerten Rechtsgütern, sondern einen mit diversen nationalen Eigenheiten gespickten Flickenteppich des Verbotenen. In Griechenland und auf Zypern etwa steht die Leugnung des Völkermords an den Armeniern unter Strafe, in Frankreich gibt es das immer wieder verschärfte Gesetz „gegen Anstiftung zum Rassenhass“ und hierzulande bekanntlich die Volksverhetzungsnorm im Strafrecht.

Es ist auch durchaus möglich, sich die Position der Kommission zu eigen zu machen und in dem „beispiellosen Maß an öffentlicher Aufsicht über Online-Plattformen in der gesamten Union“ (so die [Pressemitteilung](#) zum DSA) tatsächlich ein wichtiges Operationsmanöver auf dem diskursiv einflussreichsten Schlachtfeld unserer Tage zu sehen. Doch selbst in diesem Fall stellt sich die Frage, ob Bretons nassforsche Kampfansage an Musk geeignet ist, dieses Ziel zu befördern.

Seite E 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Formal mag der Franzose recht damit haben, dass die Inhalte von X auch in Europa abrufbar sind und folglich in diesen Fällen den Bestimmungen des DSA unterliegen. Politisch aber dürfte er sich ordentlich vergaloppiert haben, denn erstens wirkt das Versenden eines in holpriger Prosa abgefassten Drohbrieffs an den Privatmann Musk höchst unprofessionell. Zweitens muss der Verweis auf das Gespräch mit Trump selbst dem Gutmütigsten als kommissionsseitiges Foul im Sinne einer ungebührlichen Einmischung in den US-Wahlkampf erscheinen. Und drittens überschätzt Breton offenbar den Respekt, den man ihm als Digitalregulator aus der alten Welt an amerikanischen Gestaden zu zollen bereit ist. Niemand dort wartet auf einen Europäer, der sich zum obersten Richter über die Tweets dieser Welt aufspielen will.

Niemand dort wartet auf einen Europäer, der sich zum obersten Richter über die Tweets dieser Welt aufspielen will.

Dies umso mehr, als es sich bei Musk um jemanden handelt, der mit seiner kontroversen Plattformpolitik und seinem wachsenden Engagement für die Sache der US-Konservativen eine leicht auszumachende Profilierungsfläche darstellt. Zu Beginn der republikanischen Vorwahlen noch als Unterstützer von Floridas Gouverneur Ron DeSantis [in Erscheinung getreten](#), hat der 53-Jährige sich in den letzten Monaten immer mehr dem Trump-Lager angenähert und dürfte heute mit Finanzgrößen wie Bill Ackman und Marc Andreessen zu den prominentesten Unterstützern des Immobilientycoons in der Geschäftswelt zählen. Eine Paarung, die auch abseits des Politischen naheliegt, eint beide doch eine Vorliebe für den großen Auftritt, ein intuitives Gespür, wann welche Taste auf der Klaviatur der Aufmerksamkeitsökonomie zu betätigen ist – und ein Talent, den Kopf immer wieder aus der Schlinge zu ziehen und den eigenen Willen auch gegen erhebliche Widerstände durchzusetzen. Zuletzt aber schien ihre Liaison in eine neue Phase eingetreten zu sein: So rief Musk [ganz offen zur Wahl Trumps](#) auf und wurde im Gegenzug von dessen ältestem Sohn Donald Jr. [als zukünftiger Vorsitzender](#) eines von seinem Vater einzuberufenden „Effizienzkomitees“ ins Gespräch gebracht. Für einen ambitionierten EU-Regelhüter mit liberalen *credentials* also durchaus ein lohnenswertes Zielobjekt – zumal Breton, ähnlich wie seine für Wettbewerbsfragen zuständige Kollegin Margrethe Vestager, seit jeher den Eindruck eines gewissen Sendungsbewusstseins versprüht.

Allerdings ist Vestagers Stern spätestens seit der Covid-19-Pandemie stark [im Sinken begriffen](#) und auch Bretons eigenmächtiges Vorgehen stößt im *Berlaymont*, dem Sitz der Kommission, scheinbar nicht überall auf Gegenliebe. Wenig zeigt dies deutlicher als die Reaktion Ursula von der Leyens, die ihren übermütigen Binnenmarktkommissar schon kurz nach Einsetzen der Berichterstattung [konsterniert zurückpiff](#). Dessen Brief, so hieß es, sei nicht abgesprochen gewesen und gebe auch nicht die Position der Kommission wieder – eine Distanznahme, aus der sich Überraschung ebenso wie aufsteigender Unmut ablesen lässt.

„Die EU mischt sich nicht in fremde Wahlkämpfe ein [und sollte jeden derartigen Eindruck vermeiden]“, [zitiert etwa das Magazin POLITICO](#) einen anonymen Funktionär, der verärgert hinzusetzt, die Implementierung des DSA sei viel „zu bedeutend, als dass sie von einem aufmerksamkeitsheischenden Politiker auf der Suche nach dem nächsten Posten“ missbraucht werden dürfe. Und auch die X-Vorstandsvorsitzende Linda Yaccarino nahm den Ball gerne auf [und schimpfte ihrerseits](#) über Bretons Versuch, der amerikanischen Öffentlichkeit europäisches Recht überzustülpen. Ganz zu schweigen von den zahlreichen EU-Bürgern, denen er offenbar die Fähigkeit abspreche, sich selbst ein Bild der Dinge zu machen. Meinungsfreiheit, die Zweite.

Seite E 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Erwartungsgemäß kam zum Schaden noch der Spott hinzu, denn auch Musk selbst reagierte keineswegs konzilient auf die Post aus Brüssel. Stattdessen [postete er](#) ein der Actionkomödie *Tropic Thunder* entlehntes Meme, dessen nicht jugendfreier Begleittitel den Betrachter auffordert, „sich ins Gesicht zu f*cken“ – und setzte gehässig zu, dass dies allein Illustrationszwecken diene und er selbstverständlich „NIEMALS eine so freche und unverantwortliche“ Antwort geben würde. Mit Sicherheit ebenfalls kein feiner Zug, doch angesichts der Schärfe der Provokation durchaus erwartbar.

Für den Multimilliardär ist die Affäre so jedenfalls zur goldenen Gelegenheit geworden, sich in seiner Paraderolle als Kämpfer gegen bürokratische Allmachtsfantasien zu gerieren. Und für sein französisches Gegenüber zur verlorenen Kraftprobe, die ihn nicht zuletzt einiges an *Goodwill* von Seiten der alten und neuen Kommissionspräsidentin gekostet haben dürfte. Die bastelt derzeit ohnehin an ihrer neuen Mannschaft und kann unnötige Nebenkriegsschauplätze dabei ebenso wenig gebrauchen wie einen Affront gegen Musks Gesprächspartner Trump, der nach wie vor gute Chancen hat, neuer US-Präsident zu werden. Nicht unwahrscheinlich, dass die ganze Angelegenheit noch ein internes Nachspiel haben wird. Vielleicht ja schon bei der anstehenden Zuschneidung und Verteilung der Brüsseler Ressorts.



Marco Bitschnau, Konstanz

Marco Bitschnau ist Postdoktorand am Lehrstuhl für Soziologie (Schwerpunkt Soziale Bewegungen) der Universität Konstanz und dort mit dem Exzellenzcluster *The Politics of Inequality* affiliert.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/wenn-zum-schaden-der-spott-kommt-7712/?utm_campaign=de_40_20240816&utm_medium=email&utm_source=newsletter

06) Wut im Bauch.

In vielen Ländern Afrikas geht die Jugend auf die Straße. Warum von einem Afrikanischen Frühling noch nicht gesprochen werden kann

Von Henrik Maihack

13.08.2024



picture alliance / Anadolu / Gerald Anderson In Kenia wird der Rücktritt von Präsident Ruto gefordert.

Etwas rumort in Afrika: Im Senegal übernimmt nach Protesten und anschließenden Wahlen ein Präsident im Millennial-Alder die Macht, der wenige Wochen zuvor noch politischer Häftling war. In [Kenia führen Straßenproteste](#), angeführt von GenZ-Studierenden, zur Entlassung des Kabinetts und zur Rücknahme von Steuererhöhungen. Während in Nigeria und Uganda unter großem Aufgebot an Sicherheitskräften ebenfalls protestiert wird, sperrt die simbabwische Regierung präventiv prominente Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft ein. Man macht sich offenbar Sorgen.

Von Sudan bis Südafrika, Proteste gab es in Afrika in den jüngsten Jahren immer wieder. Die Frequenz nimmt nun offenbar zu. Zwar verdeckt eine Einordnung der Proteste als GenZ-Phänomen viele Unterschiede, aber auf einem Kontinent, wo das Median-Alter der Regierenden weit über 60 liegt und das der Regierten bei unter 19 Jahren, ist diese Selbstidentifizierung der Protestierenden als GenZ auch kein Zufall. [Jüngste Umfragen](#) zeigen eine zunehmende Frustration junger Menschen: So sehen zwar zwei Drittel der Menschen in Afrika Demokratie als einzig legitime Regierungsform, Parteienbindung und Wahlbeteiligung nehmen aber unter jungen Menschen ab. Wird demokratische Rechenschaft von Regierenden nicht erbracht, werden radikale Alternativen beliebter. Die Zustimmung zu einem Eingreifen des Militärs bei Machtmissbrauch hat in ganz Afrika zugenommen, auch das besonders unter jungen Menschen. Das heißt: Proteste und eine schwindende Parteibindung werden wahrscheinlicher. Demokratie bleibt das Ziel, Putsche werden von vielen als potenzielle Versuche gesehen, dysfunktionale Demokratien zu retten.

2024 wird aber wohl nicht das Jahr der Putsche in Afrika, [verglichen mit dem vorherigen](#). Es ist bisher das Jahr der Wahlen und Proteste. Das ist eine gute Nachricht. Der Zeitpunkt weiterer Proteste ist kaum vorherzusagen, aber dass die Erfolge in Senegal und Kenia inspirierend auch für Menschen in Nigeria oder Uganda sind, sagen diese selbst, genau wie

Seite E 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

in Simbabwe die Erfolge der [Studierendenproteste in Bangladesch](#) rezipiert werden. Man inspiriert sich gegenseitig, teilweise steht man im Austausch. Von einem *African Spring* zu sprechen, wäre jedoch noch voreilig, auch weil die jüngsten Proteste bisher eher in Ländern mit vergleichsweise freien Wahlen wie Kenia oder Nigeria stattfinden. So bleibt – wie in Senegal – auch der Wandel über die Wahlurne möglich. Eine Ausbreitung ist aber nicht unwahrscheinlich.

Mehr als 20 Länder des Kontinents befinden sich aktuell in einer Schuldenkrise.

Anlass der Proteste ist in erster Linie verwehrt soziale Teilhabe. Jungen Menschen fehlt das Vertrauen, dass die amtierenden Politikerinnen und Politiker diese herstellen. Jedes Jahr streben bis zu zwölf Millionen neue Arbeitssuchende auf die afrikanischen Arbeitsmärkte, wo es aber nur drei Millionen Arbeitsplätze gibt. Die Mehrheit findet nur im sogenannten informellen Sektor ein klägliches Auskommen. Schuldenkrisen und Inflation im Zuge von Pandemie, russischem Angriffskrieg und westlichen Zinserhöhungen bedeuten eine neue Runde finanzpolitischer Austerität in Afrika, ohne dass von den mit diesen Schulden finanzierten Projekten die Mehrheit profitiert hätte. Mehr als 20 Länder des Kontinents befinden sich aktuell in einer Schuldenkrise. Mehrere Regierungen brauchen daher dringend den Internationalen Währungsfonds, auch weil Chinas Kredite seit 2016 rückläufig und die Zinsen für Staatsanleihen in westlichen Währungen zu teuer sind. Der IWF vergibt Notfallhilfe aber nur gegen Bedingungen. So fordert er traditionell höhere Steuereinnahmen. Weil es aber nicht genug besteuerbare Arbeitsplätze gibt, bleibt den Regierungen für den Schuldendienst nur die Besteuerung der eigenen Privilegien oder aber des täglichen Konsums beziehungsweise das Kappen von Subventionen für Alltagsgüter. Für diese regressiven Maßnahmen, die vor allem untere Einkommensgruppen hart treffen, entschied sich zuletzt die Regierung in Kenia, die inzwischen mehr Geld für den Schuldendienst ausgibt als für Gesundheit oder Bildung. Genau das war ein Auslöser der jüngsten Proteste, die aber auf ein größeres Repertoire von strukturellen Unzufriedenheiten aufbauen.

So ist die öffentliche Daseinsvorsorge in den wachsenden Städten Afrikas heute oft schlechter als vor der Pandemie. Die Inflation war eh schon hoch, in Nigeria liegt sie heute bei knapp 40 Prozent. Jetzt sollen weitere Steuern hinzukommen. Das wird als wirtschaftspolitischer Angriff auf den Alltag und letztlich auf die Perspektiven einer ganzen Generation gesehen. Wegen der rapiden Urbanisierung leben inzwischen viele in den informellen Siedlungen des Kontinents Tür an Tür – beziehungsweise TikTok- an X-Account. Sie sehen, dass es anderen genauso geht. Sie sind zu viele, um sie mit Wahlgeschenken zu beschwichtigen.

Die Proteste veranschaulichen aber auch ein grundsätzlicheres Scheitern von 40 Jahren Angebotspolitik.

Die Proteste veranschaulichen aber auch ein grundsätzlicheres Scheitern von 40 Jahren Angebotspolitik, also des Versuchs, wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Hieran trägt der Westen eine besondere Mitschuld. Nach dem Kalten Krieg hatte die Mehrheit der Länder Afrikas Demokratien eingeführt, tat dies aber in einer Phase der sich seit den 1980er Jahren ausbreitenden Schuldenkrisen. Diese waren damals durch Zinserhöhungen im Westen ausgelöst worden, geantwortet wurde – auf Empfehlung des IWF, in dem westliche Länder besonders mächtig sind – mit Einsparungen. Das „Ende der Geschichte“ begann in vielen Teilen Afrikas somit zwar vielerorts demokratisch, aber mit Auflagen, die eine Deregulierung der Wirtschaft, einen Abbau von sozialer Sicherheit und weniger Chancen auf einen Arbeitsplatz bedeuteten.

Auch danach wurde vor allem die Angebotsseite für die andauernden wirtschaftlichen Probleme in Afrika verantwortlich gemacht. Vielen „westlichen Geberstaaten“, Weltbank und IWF, galten in den 1990er Jahren Handelsliberalisierung, *Good Governance* und später dann die Berufsausbildung als entscheidende Stellschrauben für wirtschaftlichen Aufschwung. Hierauf wurde die Zusammenarbeit ausgerichtet. Die Idee: Würden afrikanische Länder nur freiere Märkte, *Good Governance* und gut ausgebildete Arbeitskräfte „anbieten“, würde es schon aufwärts gehen. Ausbleibende „Entwicklung“ wurde also in erster Linie verstanden und bearbeitet als Mangel eines guten Angebots an Know-how (Stellschraube: Unterstützung der Berufsbildung), an Moral beziehungsweise Ineffizienz der Regierenden (Stellschraube: Beratung für *Good Governance*) und an ausländischem Kapital (Stellschraube: Handelshemmnisse abbauen und Anreize für Direktinvestitionen). Das hat nicht funktioniert. Das Pro-Kopf-Einkommen in ganz Afrika ist seit 1990 nur um ein Prozent gewachsen. Einige der lange gelobten *Good Governance Champions* sind inzwischen Autokratien, die ganze Regionen destabilisieren. Und in der aktuellen Hochzinsphase in den USA und Europa zieht derweil kaum noch Kapital nach Afrika, sondern eher in die andere Richtung.

Seit dem Jahr 2000 hat sich der Anteil der Afrikanerinnen und Afrikaner mit einem Hochschulabschluss verdoppelt.

Zumindest ein positives Ergebnis gibt es: Seit dem Jahr 2000 hat sich der Anteil der Afrikanerinnen und Afrikaner mit einem Hochschulabschluss verdoppelt. Nur finden diese eben keine Jobs und begehren jetzt gegen enge Partnerregierungen des Westens wie in Kenia und Nigeria auf. Für einige Beobachterinnen und Beobachter ist es erstaunlich, dass die Protestierenden in Kenia den IWF angreifen, aber nicht die Verschuldung in China. Nicht erstaunlich ist das angesichts [afrikaweiter Umfragedaten](#): Die Volksrepublik ist beliebter in Afrika als europäische Länder und wird nicht für die Auflagen des IWF verantwortlich gemacht. Stattdessen werden die Erfolge der marktschützenden Wirtschafts- und der nachfragestärkenden Sozialpolitik von China oder Brasilien bewundert, wo man die wirtschaftliche Beratung des Westens eher abgelehnt hatte.

Die gute Nachricht ist: Die Kinder jener Eltern, die die politische Liberalisierung und die gleichzeitigen Entbehrungen der 1980er und 1990er Jahre miterlebt haben, suchen sich demokratische Formen, um ihren Unmut auszudrücken. Explizit berufen sich die Protestierenden dort, wo es sie gibt, auf demokratische Verfassungen beziehungsweise unerfüllte Wahlversprechen. Ein chinesischer Einparteiensstaat ist kein Modell für sie. Sie sind auch keine Russland-Fans. Sie haben aber den Glauben verloren, dass die amtierenden Politikerinnen und Politiker, die gemeinsam die mit dem Westen koordinierte Angebotspolitik verantworten, noch einen Wandel vorantreiben und wirtschaftliche und soziale Teilhabe der *GenZ* bewerkstelligen könnten. In vielen politischen Ökonomien des Kontinents würde wirtschaftliche Umverteilung oder die Besteuerung von Finanzabflüssen in Steueroasen, wie sie von Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft vorgeschlagen wird, wohl zum Zusammenbruch bestehender Regierungsbündnisse führen. Sie sind der korruptionsanfällige Klebstoff, der diese zusammenhält. Auch daher kommt die maximale Forderung nach Rücktritt à la *#RutoMustGo* in Kenia.

Was kann man nun tun? Auch wenn Europas Interessen mit einigen der unter Druck stehenden Regierungen derzeit eng verknüpft sind, ist ein Dialog mit den Protestierenden schon allein darum vernünftig, weil einige davon absehbar politische Verantwortung übernehmen könnten (siehe Senegal). Genau das [forderten Teilnehmerinnen und Teilnehmer afrikanischer Protestbewegungen](#) zuletzt bei einem Besuch in Berlin vehement ein. Deren Vertrauen sollte man nicht noch weiter verspielen. Die noch dringendere Hausaufgabe von G7 und EU ist aber eine grundsätzlichere Antwort auf das Scheitern von

Seite E 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

40 Jahren Angebotspolitik in Afrika. Das bedeutet, den bereits in der deutschen Entwicklungspolitik angelegten Pfad hin zu gemeinsamer globaler Strukturpolitik europaweit auszubauen und dem Wunsch nach wirtschaftspolitischer Souveränität entgegenzukommen. Notwendig ist dafür eine schnellere Reform des internationalen Schuldenmanagements. Will man Vertrauen und Partner in Afrika gewinnen, sind weitere Projekte entscheidend, die die wirtschaftliche Nachfrage stimulieren. Es geht hierbei um nicht weniger als einen Paradigmenwechsel in der europäischen (Entwicklungs-)Zusammenarbeit mit Afrika: von der Unterstützung von mehr Weiterverarbeitung und guten Arbeitsplätzen vor Ort, bei einer sozial-gerechten Energiewende, bis zum Aufbau einer marktschützenden afrikanischen Freihandelszone. Will Europa das viel beschworene bessere Angebot in einer multipolaren Welt machen, sollte es vor allem die Nachfrage stärken.



Henrik Maihack, Berlin

Henrik Maihack leitet das Referat Afrika der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor leitete er für die FES Projekte in Kenia, Südsudan, Ruanda und Bangladesch.

https://www.ipg-journal.de/regionen/afrika/artikel/wut-im-bauch-7701/?utm_campaign=de_40_20240813&utm_medium=email&utm_source=newsletter

07) Don't worry.

Die Staatsschulden der USA sind so hoch wie nie zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Grund zur Sorge besteht jedoch nicht

Von Dean Baker

13.08.2024



picture alliance / Ikon Images / Jacquie Boyd

Die Staatsverschuldung der USA ist seit den Steuersenkungen im ersten Jahr von Donald Trumps Präsidentschaft rasant gestiegen. Sprunghaft beschleunigt wurde der Anstieg durch die Hilfs- und Konjunkturpakete zur Bewältigung der Pandemie, und auch jetzt wachsen die Schulden trotz der stabilisierten wirtschaftlichen Lage weiter, weil eine hohe Zinslast das Defizit vergrößert. Die Staatsverschuldung ist inzwischen größer als das Bruttoinlandsprodukt (BIP), und das *Congressional Budget Office* (CBO) – eine Art Rechnungshof des US-Kongresses – geht in seinen neuesten [Projektionen](#) davon aus, dass sie am Ende des Budgethorizonts die nach dem Zweiten Weltkrieg erreichten Höchststände übertreffen wird.

Dieser Sachverhalt wird oft ins Feld geführt, um eine groß angelegte Sparpolitik mit weitreichenden Ausgabenkürzungen zu begründen und massive Steuererhöhungen zu fordern. Kleinere Haushaltsdefizite und vor allem eine geringere Zinsbelastung wären zwar durchaus wünschenswert, aber die Ängste, die viele haushaltspolitische Hardliner zu schüren versuchen, sind weitgehend unbegründet.

Erstens steht die klassische Mär, dass große Haushaltsdefizite etwas Schlechtes seien, in Wirklichkeit auf dünnen Beinen. Oft heißt es, hohe Haushaltsdefizite würden die Zinsen in die Höhe treiben, private Investitionen verdrängen und dadurch das Wachstum bremsen und zu Wohlstandseinbußen in der Zukunft führen. Die unzähligen Studien zu diesem Thema liefern dafür jedoch relativ wenige Anhaltspunkte. Wenig Grund zur Sorge bereitet auch der Zinssatz für zehnjährige Staatsanleihen, der aktuell knapp unter 4,0 Prozent liegt. Zum Vergleich: In den späten 1990er Jahren, in denen der amerikanische Staat einen Haushaltsüberschuss aufwies, fiel der Zinssatz mehrmals kurzzeitig unter 5,0 Prozent, lag aber zumeist nahe bei 6,0 Prozent.

Seite E 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Noch größer ist – wegen der derzeit höheren Inflation – der Unterschied zwischen den realen Zinssätzen damals und heute. Der langfristige Realzins (nominaler Zinssatz abzüglich Inflationsrate) in den Überschusszeiten der späten 1990er Jahre lag einen ganzen Prozentpunkt über den heutigen Realzinssätzen oder sogar noch höher. Wenn die Zinssätze trotz des großen Defizits niedrig bleiben, bleibt von der Mär von der Investitionsverdrängung nicht mehr viel übrig. Und noch etwas gilt es zur Kenntnis zu nehmen: Auch die Zinszahlungen sind, gemessen am BIP-Anteil, nur geringfügig höher als in den frühen 1990er Jahren.

Dann gibt es da noch die Story von der Krise. Sie besagt: Wenn wir eine bestimmte Verschuldungsgrenze überschreiten, müssen wir Angst haben, dass Anleger sich auf einen Schlag fluchtartig aus US-Staatsanleihen und aus dem US-Dollar zurückziehen. Möglich ist natürlich alles, aber für solche Ängste gibt es kaum eine reale Grundlage. Andere Länder – allen voran Italien und Japan – sind im Verhältnis zu ihrem BIP erheblich höher verschuldet als die USA und finden trotzdem jede Menge Abnehmer für ihre Schuldtitel. Dass der Dollar zudem die weltweit führende Reservewährung darstellt, macht eine plötzliche Flucht aus dem Dollar noch unwahrscheinlicher.

Solange die US-Wirtschaft stark bleibt, dürfte es wenig Grund für eine plötzliche Dollarpanik geben.

Solange die US-Wirtschaft stark bleibt, dürfte es wenig Grund für eine plötzliche Dollarpanik geben. Sollte die Wirtschaft wegen innenpolitischer Unruhen oder infolge von Klimakatastrophen in einer Stagnation stecken bleiben oder irgendein Desaster erleiden, könnte es tatsächlich zu einem massenhaften Rückzug aus dem Dollar kommen, aber das wäre auch dann der Fall, wenn wir nur halb so hoch verschuldet wären wie derzeit. Selbst wenn die Verschuldung uns Sorgen bereiten würde – die Aussichten auf eine substanzielle Reduzierung des Defizits sind begrenzt. Auf der Einnahmenseite gibt es für Steuererhöhungen zulasten der Mittelschicht sehr wenig Unterstützung.

Für die komplette oder teilweise Rücknahme der jüngsten Steuersenkungen, von denen reiche Einzelpersonen und juristische Personen profitieren, gibt es dagegen sehr wohl politische Unterstützung. Trump hat 2017 den Spitzensteuersatz von 39,6 Prozent auf 37,0 Prozent gesenkt. Dieser Baustein seines Steuersenkungspakets läuft im kommenden Jahr aus und wird womöglich nicht verlängert – je nachdem, wie die Wahlen im Herbst ausgehen. (Das CBO geht in seinen Haushaltsprognosen bereits davon aus, dass die niedrigeren Steuersätze nicht weiterbestehen werden.)

Im Prinzip sind Spielräume für eine weitere Anhebung des Steuersatzes vorhanden, wobei viele Progressive diese Spielräume größer darstellen, als sie sind. Viele US-Bundesstaaten belegen ihre wohlhabenden Bewohner bereits mit hohen Steuersätzen. Ganz oben auf der Liste steht Kalifornien mit 13 Prozent; reiche New Yorker zahlen elf Prozent. Da für viele der reichsten Bürgerinnen und Bürger des Landes schon jetzt Steuersätze von über 50 Prozent gelten, wären die Mehreinnahmen, die sich durch eine deutliche Anhebung der Sätze erzielen ließen, begrenzt.

Für Mehreinnahmen aus der Körperschaftssteuer gibt es möglicherweise mehr Spielraum. Das CBO rechnet in seinen Projektionen damit, dass das Aufkommen aus der Körperschaftssteuer schrumpfen und nur noch 1,3 Prozent des BIP betragen wird. Zum Vergleich: Noch in den 1990er Jahren waren es 2,0 Prozent des BIP und in den 1960er Jahren sogar deutlich über 3,0 Prozent des BIP. Indem man diesem Schrumpfungsprozess entgegenwirkt, kann man das Defizit deutlich abbauen. Dazu muss man sich jedoch klarmachen: Ein hoher Körperschaftssteuersatz bedeutet kein hohes Körperschaftsteuer-

Seite E 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Aufkommen. Die Unternehmen sind inzwischen Experten, wenn es darum geht, aus dem Steuerrecht das meiste für sich herauszuholen. Vor Trumps Steuersenkungen betrug der Körperschaftssteuersatz nominell 35 Prozent, aber real nur knapp über 20 Prozent.

Jedes Bemühen um eine deutliche Anhebung der Unternehmenssteuern sollte vor allem die [Besteuerung](#) von Aktienrenditen (Dividenden und Kapitalgewinne) in den Fokus rücken, die ohne Weiteres auf jeder beliebigen Finanzwebsite einsehbar sind. Bei den Unternehmensgewinnen ist das anders: Welche Gewinne ein Unternehmen erzielt, erfährt der Staat von den Buchhaltern des Unternehmens. Die Biden-Regierung unternahm immerhin einen kleinen Vorstoß in diese Richtung und führte eine Ein-Prozent-Steuer auf Aktienrückkäufe ein. Dafür braucht es keinen großen Eintreibungsaufwand, denn wie viel Geld sie für Aktienrückkäufe ausgeben, müssen die Unternehmen offenlegen.

Der einzige Bereich, in dem substanzielle Einsparungen möglich sind, ist die Gesundheitsversorgung.

Und wie sieht es auf der Ausgabenseite aus? Hier sind große Einschnitte schwer vorstellbar, weil die meisten Bereiche entweder wenig ausgabenintensiv sind oder massiven politischen Rückhalt genießen. 70 Prozent der Haushaltsmittel, die nicht für Zinsen ausgegeben werden, fließen an das Militär, in die sozialen Sicherungssysteme, die öffentliche Krankenversicherung *Medicare* und in andere Programme im Gesundheitswesen. An den übrigen 30 Prozent hat man bereits bei früheren Bemühungen um Defizitabbau immer wieder gerüttelt.

Der einzige Bereich, in dem substanzielle Einsparungen möglich sind, ist die Gesundheitsversorgung. Die USA haben das ineffizienteste Gesundheitswesen der Welt und geben pro Kopf mehr als doppelt so viel dafür aus wie der OECD-Durchschnitt. Gegenüber früheren Kosten-Wachstums-Projektionen wurden hier bereits erhebliche Einsparungen erzielt: 2011 ging das CBO in seiner [Projektion](#) davon aus, dass die US-Regierung 7,4 Prozent des BIP für *Medicare* und andere Gesundheitsversorgungsprogramme ausgeben werde. Stattdessen [machen die Ausgaben](#) heute nur 5,6 Prozent des BIP aus. Da die USA in diesem Bereich nach wie vor zu viel ausgeben, sind hier weitere Einsparungen möglich.

Am offensichtlichsten ist das Kostensenkungspotenzial bei den verschreibungspflichtigen Arzneimitteln. Im laufenden Jahr werden mehr als 650 Milliarden Dollar (2,3 Prozent des BIP) für rezeptpflichtige Medikamente und andere pharmazeutische Erzeugnisse [ausgegeben](#). Für diese Artikel zahlen die USA mehr als doppelt so viel wie die Menschen in anderen wohlhabenden Ländern. Wenn wir diese Ausgaben besser austarieren, können wir erhebliche Haushaltsmittel einsparen und die Ausgabenbelastung für die Patientinnen und Patienten senken.

Wichtig zu wissen ist, dass der beinahe einzige Grund für diese hohen Ausgaben staatlich gewährte Patentmonopole sind. In einem freien Markt wären Arzneimittel fast durchweg billig. Was sie teuer macht, sind die Patente. Interessanterweise gibt es eine starke Lobby, die über die Zinslast klagt, die wir unseren Kindern aufbürden, aber die Belastung, die durch vom Staat gewährte Patentmonopole verursacht wird, erwähnt so gut wie niemand.

Wenn wir uns Gedanken darüber machen, was wir zukünftigen Generationen hinterlassen, sind die Staatsschulden am Ende ein unwichtiger Teil des Gesamtbildes. Würden wir die Schulden vollständig tilgen und dafür eine Wirtschaft hinterlassen, die am Boden liegt, weil

Seite E 27 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

wir zu wenig in Bildung und Infrastruktur investiert, durch zu hartes Sparen das Wachstum abgewürgt oder durch Ignorieren der Erderwärmung den Planeten ruiniert haben, könnten wir von unseren Kindern wenig Dankbarkeit erwarten.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld



Dean Baker, Washington

Dr. Dean Baker ist Mitbegründer und leitender Ökonom beim *Center for Economic and Policy Research* in Washington, DC. Zu seinen Forschungsgebieten gehören Wohnungsbau und Makroökonomie, geistiges Eigentum, soziale Sicherheit, *Medicare* und europäische Arbeitsmärkte.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/dont-worry-7704/?utm_campaign=de_40_20240813&utm_medium=email&utm_source=newsletter

08) „Teil der psychologischen Kriegsführung“.

Hanna Voss im Libanon über israelische Flugmanöver, den Rückhalt der Hisbollah in der Bevölkerung und die Angst vor einem möglichen Krieg mit Israel

Interview

Die Fragen stellte Nikolaos Gavalakis

08.08.2024



picture alliance / AP | Mohammad Zaatari
Flammen lodern in einem durch einen israelischen Angriff zerstörten Lagerhaus im Südlibanon.

Die Fragen stellte [Nikolaos Gavalakis](#).

Sie sind derzeit in Beirut, werden aber in wenigen Stunden mit einem der letzten regulären Flüge den Libanon verlassen. Wie ist die Lage derzeit vor Ort?

Die Lage ist angespannt. Es ist ein bisschen paradox: Einerseits sind die Menschen sichtbar nervös, andererseits leben sie ihr Leben normal weiter. Seit der Tötung von Hamas-Chef Haniyeh und Hisbollah-Kommandant Fuad Shukr ist die Stimmung natürlich deutlich aufgeladener. Alle sprechen über eine mögliche Eskalation, es gibt so gut wie kein anderes Thema. Gleichzeitig verabredet man sich normal, geht in Restaurants, in Nachtclubs, an den Strand.

Seit Tagen fliegen israelische Kampfflugzeuge im Tiefflug über Beirut und durchbrechen dabei die Schallmauer. Die bislang stärksten Manöver gab es während der jüngsten Rede von Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah anlässlich des Todes von Fuad Shukr. All das ist Teil der psychologischen Kriegsführung der israelischen Armee. Diese Manöver simulieren Angriffe und sollen die Menschen einschüchtern. Die Überschallknalle sind unfassbar laut und gehen einem durch Mark und Bein. Es hört sich an wie eine echte Bombe und der erste Impuls ist: Jetzt geht es los.

Wie groß ist die Angst der Bevölkerung vor einem Krieg?

Seite E 29 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Relativ groß. Das Land befindet sich in einer extrem schwierigen Situation, die wirtschaftliche Lage ist miserabel. Die Menschen wissen: Wenn jetzt noch ein Krieg dazukommt, sieht es ganz düster aus. Wie die Versorgungslage aussieht, ist ungewiss, insbesondere hinsichtlich des Vorrats an Medikamenten und Nahrung. Das Land ist nicht krisenfest. Auf die Regierung ist kein Verlass, die Menschen helfen sich gegenseitig. Das hat sich während der Pandemie gezeigt, aber auch nach der Explosion im Hafen von Beirut vor vier Jahren. Ein Trauma, das nach wie vor sehr präsent ist. Das merkt man bei diesen Überschallknallen stark. Bei vielen kommen da böse Erinnerungen hoch. Die Menschen wissen, wie schwer ein Krieg sie persönlich, aber auch das ganze Land treffen würde.

Die libanesischen Interimsregierung ist schwach. Die von vielen Ländern als Terrororganisation eingestufte Hisbollah dominiert größtenteils das Land. Wie ist ihr Rückhalt in der Bevölkerung?

Das kommt auf die Region an. Es gibt Gegenden im Südlibanon, auch in Südbeirut, wo ihr Rückhalt sehr stark ist. Das heißt natürlich nicht, dass dort alle Menschen aktiv die Hisbollah unterstützen. Es sind trotzdem Gegenden, in denen ganz normale Zivilistinnen und Zivilisten leben. Auch das Viertel, in dem der Hisbollah-Kommandant Shukr getötet wurde, ist ein sehr belebter, ganz normaler Stadtteil. Aber dort hat die Hisbollah schon einen sehr großen Rückhalt.

Ein Teil der Bevölkerung sieht die Unterstützung durch den Iran sehr kritisch.

In anderen Teilen des Landes sieht es aber anders aus. Man kann einen Unterschied machen zwischen der politischen Funktion der Hisbollah – auch als Partei –, hinter der viele nicht stehen, und dem Militärischen. Ein Teil der Bevölkerung sieht die Unterstützung durch den Iran sehr kritisch, weil man sich so zu sehr abhängig macht. Man will nicht von ausländischen Mächten kontrolliert werden. Was jedoch den Widerstand der Hisbollah betrifft, gegen das israelische Vorgehen hier im Libanon, aber auch in Palästina, da stehen schon sehr viele Menschen dahinter.

Seit Monaten beschießt Israel als Reaktion auf die Raketen- und Artillerieangriffe der Hisbollah den Süden des Landes. Wie ist die Situation dort?

Absolut schrecklich. Im Südlibanon gibt es seit dem 8. Oktober Krieg. Da spricht niemand darüber, wann der Krieg kommen wird, er ist längst da. Zehntausende mussten bereits in nördlichere Teile des Landes fliehen, weil die israelische Armee als Reaktion auf den Beschuss der Hisbollah dort täglich Angriffe fliegt. Israel hat sehr systematisch weißen Phosphor eingesetzt und damit große Teile der Landwirtschaft zerstört, sodass es für die Menschen bis auf Weiteres aussichtslos ist, dorthin zurückzukehren. Mehr als 100 Zivilistinnen und Zivilisten wurden getötet. Die Menschen haben täglich Angst um das eigene Leben und kämpfen um ihre Existenz.

Durch ihre Angriffe auf Israel spielt die Hisbollah seit Monaten mit dem Feuer. Militärisch ist die Miliz sehr gut ausgerüstet. 100 000 Raketen soll sie in ihrem Arsenal haben. Will die Hisbollah den Krieg mit Israel?

Ich glaube, sie will ihn nicht. Die Hisbollah hat in der Vergangenheit mehr als eine Gelegenheit gehabt, es dazu kommen zu lassen. Sie hat oft rote Linien gezogen, die dann von Israel überschritten wurden, und hat es dann doch nicht eskalieren lassen. Die Hisbollah sendet viele Signale, dass sie den großen Krieg mit Israel nicht will. Sie scheut ihn aber auch nicht. Die Miliz ist in der Tat deutlich besser aufgestellt als noch im Libanonkrieg 2006 – und selbst da ist die Auseinandersetzung für Israel nicht besonders erfolgreich verlaufen.

Seite E 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Mittlerweile, da sind sich alle Expertinnen und Experten einig, ist die Hisbollah in der Lage, den Flughafen in Tel Aviv und andere wichtige Infrastruktur zu erreichen. Israel müsste im Falle eines Krieges wahrscheinlich einen sehr hohen Preis zahlen. Das wissen die Israelis und damit kalkuliert die Hisbollah auch.

Inwieweit hat der tödliche Angriff auf Hisbollah-Kommandeur Fuad Shukur die Stimmung im Land verändert?

In dem Viertel sind die Menschen in der Nacht des Angriffs natürlich auf die Straße gegangen, um zu demonstrieren. Schließlich sind dabei auch vier Zivilisten, darunter zwei Kinder, getötet worden. Die Sicht auf Israel ist im Libanon komplett konträr zu der, die wir in Deutschland oftmals haben, nach der Israel sich quasi permanent selbst verteidigt. Schließlich lebt man hier dauerhaft mit der israelischen Bedrohung. Dennoch sehe ich jetzt nicht, dass ein Großteil der Bevölkerung fordern würde, man solle sich rächen – auch wenn man es natürlich absolut falsch findet, wie Israel agiert. Klar, es gibt Menschen, die froh sind, dass man die Hisbollah als eine Art Verteidigung hat, aber viele sind sich trotzdem bewusst, dass sie auch ein Teil des Problems ist. Die Stimmung hat sich jedenfalls nie dahingehend gewandelt, dass die Leute jetzt diesen Krieg wollen. Dafür ist die Lage im Land einfach zu dramatisch.

Die Bevölkerung im Libanon leidet seit Jahren unter einer Wirtschafts- und Finanzkrise. Aus der Politik kommt kaum Unterstützung. Was wiegt schwerer: der Ärger über die eigene Regierung oder die Abneigung gegen Israel?

Gute Frage. Es ist schwer, das voneinander zu trennen. Viele im Libanon haben viel zu lange dazu geneigt, die Probleme im Ausland zu suchen. Nicht nur bezüglich Israel, sondern generell, was den Einfluss ausländischer Mächte betrifft, zum Beispiel der USA und Irans. Das hat sich seit den Protesten 2019 ein wenig geändert. Der größte Teil der Bevölkerung hält von der Regierung gelinde gesagt gar nichts. Den Menschen ist bewusst, dass ihre eigene Regierung schwach ist, auch weil der Staat so korrupt ist und die Institutionen stark ausgehöhlt wurden. Im Land herrscht eine Korruption, die jenseits von allem Vorstellbaren ist und die in jeden noch so kleinen Lebensbereich eindringt. Die Menschen wissen, dass der Staat deshalb auch nicht die Stärke besitzt, mit einem Land wie Israel an der Grenze umzugehen. Aus diesem Grund konnte die Hisbollah diesen großen Einfluss im Libanon gewinnen, weil es schlicht niemanden gab, der die Rolle als Verteidiger des Landes übernommen hat.



Hanna Voss, Beirut

Hanna Voss war Redakteurin für die *taz am Wochenende* und ist nun im Auslandsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Beirut tätig.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/teil-der-psychologischen-kriegsfuehrung-7700/?utm_campaign=de_40_20240808&utm_medium=email&utm_source=newsletter

09) Geheimwaffe aus dem Mittleren Westen.

Kamala Harris setzt auf Tim Walz als Vize. Der Ex-Footballtrainer punktet mit Erfahrung, doch seine Gouverneursbilanz könnte den Wahlkampf belasten

Von Ross Barkan

08.08.2024



Für viele ein unbekannter Name: Der amtierende Gouverneur von Minnesota, Tim Walz, könnte einige ländliche Regionen und Staaten zurückgewinnen. -picture alliance / Anadolu / Adam J. Dewey

Wie so viele Entwicklungen in diesem turbulenten US-Wahljahr war Kamala Harris' Nominierung von Tim Walz als ihren *Running Mate* noch vor wenigen Wochen nicht abzusehen. Statt ihr Team mit einem Demokraten aus einem entscheidenden *Swing State* zu verstärken – oder gar einem Staat, der üblicherweise republikanisch wählt –, entschied sich Harris scheinbar in letzter Minute für den 60-jährigen Ex-Kongressabgeordneten und amtierenden Gouverneur von Minnesota. Walz ist ein [weißer Mann](#) aus einem ländlich geprägten Bundesstaat im Mittleren Westen. Seine Nominierung birgt das Potenzial, einige ländliche Regionen und Staaten zurückzugewinnen, die derzeit fest in republikanischer Hand sind. Das könnte eine gute Strategie sein, um genügend demokratische Wahlpersonen im *Electoral College* zu erreichen. Walz' Stärken liegen auf der Hand: Er war über ein Jahrzehnt lang Lehrer und Footballtrainer an einer öffentlichen Schule und diente in der Nationalgarde der Armee. 2006 gewann er in einem zuvor von den Republikanern gehaltenen Wahlbezirk im ländlichen Minnesota und verteidigte diesen Sitz anschließend in mehreren schwierigen Wahlrunden. Er ist sowohl relativ progressiv als auch Waffenbesitzer. Für das Team Harris ist Walz eine starke Ergänzung. Doch er hat auch einige nicht zu vernachlässigende Schwachpunkte. Das fängt bei reiner Geografie an und reicht bis zu seiner Zeit als Gouverneur von Minnesota, in der das Land von großen Unruhen und Umwälzungen erschüttert wurde.

Walz wurde landesweit bekannt, als er erstmals die Republikaner als „weird“ bezeichnete.

Die Demokraten stehen vor [mehreren riesigen Herausforderungen](#), die die [Harris'sche](#) Wahlkampfkampagne, so gut sie auch funktionieren mag, nicht ohne weiteres lösen kann.

Die Wahl von Walz könnte helfen, das Thema [Wähler aus der Arbeiterklasse](#) anzugehen. Viele Arbeiterinnen und Arbeiter haben sich in den vergangenen Jahren von der Demokratischen Partei abgewendet, was sich insbesondere im Zuge des Wahlsiegs von Donald Trump 2016 bemerkbar machte. Dabei sind Weiße die bei weitem größte Wählergruppe, aber auch sozial konservative Schwarze und Latinos sind zu den Republikanern übergelaufen. Zwei weitere Faktoren wirken sich zu Walz' Gunsten aus: Die Progressiven mögen ihn, und er kommt im Fernsehen gut rüber. Letzteres mag für Harris' Team besonders wichtig gewesen sein. Walz wurde landesweit bekannt, als er erstmals die Republikaner als „weird“ bezeichnete, als „komisch“ bzw. „seltsam“. Nach J.D. Vance' Tiraden über „kinderlose Katzenfrauen“ wie Harris wurde das zu einer Art Gegenreaktion und Parole der Demokraten. Überhaupt sind die Unterschiede zwischen [Vance](#) und Walz unübersehbar. Das könnte gut für die Demokraten sein: Walz ist 20 Jahre älter, hat deutlich mehr Erfahrung in der Regierungsführung und scheint fernsehtauglicher zu sein. Harris könnte die erste weibliche Präsidentin und erst die zweite nicht-weiße Person im höchsten Amt der USA werden. Offenbar hat sie beschlossen, dass sie für diesen Wahlkampf gegen Trump einen Politiker an ihrer Seite braucht, der sich deutlich von ihr unterscheidet. Neben den äußerlichen Merkmalen gehört dazu, dass Walz' Liberalismus nicht kalifornisch geprägt ist. Vielmehr gehört er zu einer aussterbenden politischen Spezies: ein linker Populist aus dem *Heartland* der USA.

Im Gegensatz zu seinem Gegenkandidaten als Harris-Vize, Josh Shapiro aus Pennsylvania, punktet Walz aber beim Thema Nahost.

Innerhalb der Biden-Regierung schien Harris bei wichtigen politischen Initiativen oft ausgegrenzt zu sein. [Deswegen erscheint sie trotz ihrer derzeitigen Öffentlichkeitswirksamkeit oft wie ein unbeschriebenes Blatt.](#) In gewisser Weise macht das ihre Wahl des Vizepräsidentenskandidaten noch bedeutender. Die Nominierung von Walz kann den Parteianhängern bereits eine Vorstellung davon vermitteln, was eine Präsidentin Harris – unabhängig von ihrer bisherigen Rolle als Vizepräsidentin – tun und erreichen möchte. In diversen politischen Fragen, insbesondere in Bezug auf den Krieg zwischen Israel und der Hamas, beschwichtigt Walz vorerst den widerspenstigen progressiven Flügel der Demokratischen Partei. Er kann eine gewisse populistische Erfolgsbilanz vorweisen, die Harris Auftrieb geben dürfte. So hat Walz mehrere arbeiterfreundliche Gesetze unterzeichnet, darunter eines über Standards in Pflegeheimen, ein Kartellverbot gegen gewisse Wettbewerbsklauseln und ein Stopp sogenannter *captive audience*-Treffen, bei denen Angestellte während ihrer Arbeitszeit gewerkschaftsfeindlichen Vorträgen beiwohnen müssen. Als Gouverneur von Minnesota hat er nach dem Urteil gegen *Roe v. Wade* die Abtreibungsrechte im Bundesstaat umgehend gesetzlich verankert. Er unterzeichnete außerdem Gesetze zum Schutz der Rechte von Homo- und Transsexuellen und unterstützte die Schaffung eines staatlichen Programms, das Arbeitnehmern bezahlten und familienbedingten Krankenurlaub gewährt. Zu seinen weiteren Erfolgen, die bei der Parteilinken gut ankommen, gehört die Erlaubnis für Einwanderer ohne Papiere, Führerscheine zu erhalten, die Legalisierung von Marihuana, ein verhältnismäßig restriktives Waffengesetz und ein flächendeckendes Schulspeisungsangebot. Darüber hinaus unterzeichnete Walz ein Gesetz, das Ex-Straftätern das Wahlrecht wieder gewährt. Die außenpolitische Bilanz von Gouverneur Walz ist natürlich überschaubar. Im Gegensatz zu seinem Gegenkandidaten als Harris-Vize, Josh Shapiro aus Pennsylvania, punktet Walz aber beim Thema Nahost: Shapiro steht unmissverständlich auf der Seite Israels und führte deswegen harte Auseinandersetzungen mit pro-palästinensischen Demonstranten. Als Joe Biden noch als Präsidentschaftskandidat galt, befürchteten viele in der Demokratischen Partei Massenproteste auf dem Parteitag in Chicago Ende August. Das Duo Harris/Walz könnte zumindest einen Teil dieser Spannungen entschärfen. Darüber hinaus dürfte Walz

Seite E 33 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

im wichtigen *Swing State* Michigan mit seiner großen arabisch-amerikanischen Bevölkerung eher als Personen wie Shapiro in der Lage sein, die Beziehungen zwischen Partei und Wählerschaft zu verbessern. Diese hatten unter der Regierung Biden schwer gelitten.

Pennsylvania, wo Shapiro Gouverneur ist, könnte bei der Wahl im November *der* Faktor sein, der letztlich darüber entscheidet, ob Donald Trump ins Weiße Haus zurückkehrt.

Freilich gilt für Walz ebenso wie für alle anderen *Running Mates*: Letztlich sind sie nicht außerordentlich wichtig oder gar wahlentscheidend. Die Wählerinnen und Wähler schauen vielmehr auf die Spitzenkandidaten. Dennoch gibt es einige Risiken, Walz gegenüber Shapiro zu bevorzugen. Der Statistiker Nate Silver [argumentierte](#) kürzlich, dass Pennsylvania, wo Shapiro Gouverneur ist, *der Tipping Point* bei der Wahl im November sein könnte. Dieser Staat könnte demnach *der* Faktor werden, der letztlich darüber entscheidet, ob Donald Trump ins Weiße Haus zurückkehrt. Biden gewann Pennsylvania bei den Wahlen 2020 nur knapp, nachdem Trump den Staat 2016 – ebenfalls mit einem winzigen Vorsprung – von demokratisch zu republikanisch gewendet hatte. Der Verzicht auf Shapiro, der den Gouverneursposten 2022 mit 15 Prozentpunkten Vorsprung eroberte, erhöht den Druck auf das Harris-Walz-Duo. Für einen Gesamtsieg scheint es fast unumgänglich, dass sie diesen potenziell wichtigsten Staat für sich entscheiden. Darüber hinaus sind die spezifischen Vorteile einer Walz-Kandidatur eher unklar. In seinem eigenen Bundesstaat sind die Republikaner zwar stärker geworden, aber die Demokraten haben Minnesota seit dem Erdrutschsieg von Richard Nixon 1972 nicht mehr verloren. Walz wird also nicht gebraucht, um Minnesota für die Demokraten ins Trockene zu bringen. Umgekehrt ist er im „republikanischen Bollwerk“ mit den anderen *Midwest*-Staaten Wisconsin, Michigan und auch in Pennsylvania möglicherweise nicht bekannt genug.

Walz ist für Harris zweifellos eine Verstärkung und eine potenziell mächtige Waffe.

In jedem Fall werden die Republikaner umgehend beginnen, Walz' Bilanz als Gouverneur zu zerpflücken. So war er 2020 Gouverneur von Minnesota, als George Floyd getötet wurde und es daraufhin in Minneapolis zu Ausschreitungen kam. Harris' Einsatz für eine Strafjustizreform und ihre kurzzeitige Sympathie für die Protestbewegung – sie hatte per Tweet ihre Unterstützung für einen Kautionsfonds für Demonstranten in Minnesota geäußert – bot dem Trump-Lager bereits viel Angriffsfläche. Es gibt noch andere politische Entscheidungen, die Walz im Wahlkampf zu schaffen machen könnten. Die Republikaner attackieren Harris bereits wegen der Migranten, die die Grenze und die amerikanischen Städte vermeintlich „überschwemmen“. Ebenso könnten sie Walz wegen der Ausstellung von Führerscheinen für Einwanderer ohne Papiere unter Beschuss nehmen. Eine solche Praxis ist in demokratisch geführten Bundesstaaten zwar weit verbreitet, wird anderswo aber meist kritisch gesehen. Ebenso kritisieren Trump-Anhänger bereits, dass Walz ehemaligen Straftätern das Wahlrecht gewährt hat. Er sei offenbar „besessen davon, die gefährlich liberale Agenda Kaliforniens landesweit zu verbreiten“, [meint beispielsweise Karoline Leavitt](#), eine Pressesprecherin im Trump-Wahlkampfteam. Im Moment ist die Demokratische Partei im Aufwind. Harris legt in den Umfragen zu; die Basis ist begeistert von der Walz-Nominierung. Es ist zu erwarten, dass der Parteitag der Demokraten Ende August eine Show, ein Fest der Einigkeit und sogar Euphorie werden wird – ähnlich wie es der Parteitag der Republikaner im Juli auch schon war. Danach wird, ebenfalls wie bei den Republikanern, aber wieder die Realität Einzug halten: Eine hart umkämpfte, unglaublich knappe Wahl muss in nur wenigen Monaten entschieden werden. Walz ist für Harris zweifellos eine Verstärkung und eine potenziell mächtige Waffe. Walz stärkt Harris in erster Linie auf sinnvolle Weise – seine Nominierung zeigt, wo Harris als politische Kandidatin das Gefühl hatte, selbst Schwächen zu haben.

© [New York Times](#).

Aus dem Englischen von Tim Steins



Ross Barkan, New York City

Ross Barkan ist ein US-amerikanischer Journalist, Kolumnist und Essayist. Er ist regelmäßiger Autor des *New York Times Magazine* und Kolumnist des britischen *Guardian*.

https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/geheimwaffe-aus-dem-mittleren-westen-7699/?utm_campaign=de_40_20240808&utm_medium=email&utm_source=newsletter

10) „Das System war seit langem im Kern instabil“.

Südasiens-Experte Leo Wigger über den Sturz von Bangladeschs Premierministerin Sheikh Hasina, die Rolle des Militärs und die Reaktion Indiens

Die Fragen stellten Alexander Isele und Konstantin Hadži-Vuković.

06.08.2024



Angetrieben wurde die Revolution von der GenZ, die das Land demografisch dominiert, doch politisch keine Rolle spielt.- *picture alliance / Associated Press | Rajib Dhar*

Die Fragen stellten [Alexander Isele](#) und [Konstantin Hadži-Vuković](#).

Bangladeschs Regierungschefin Sheikh Hasina ist nach wochenlangen Protesten zurückgetreten und nach Indien ausgereist. Wie ist die Situation im Land?

Zum einen herrscht ein Gefühl großer Freude vor, in Gesprächen mit Vertretern vor Ort fällt vor allem ein Satz, der die vorherrschende Stimmung beschreibt: Ein Sieg des Volkes. Dass es trotz der schweren Gewalt durch Sicherheitsorgane in den letzten Wochen gelungen ist, sich über alle gesellschaftlichen und politischen Gräben hinweg der Einschüchterung der Regierung zu widersetzen, weiter auf die Straße zu gehen und Hasina somit tatsächlich zum Rücktritt zu zwingen, das ist ein kollektiver, ja identitätsstiftender Moment. Der wird für viele unvergesslich bleiben und könnte eine ganze Generation prägen. Allerdings kam es auch am Montag zu schwerer Gewalt mit wohl weit über 100 Toten. Am Morgen vor dem Rücktritt kamen noch zahlreiche Demonstranten ums Leben und der Armee gelang es bis Montagabend nicht, die Situation nach der Ausreise von Hasina unter Kontrolle zu bringen. Aus zahlreichen Landesteilen gab es Berichte über Plünderung, Brandstiftung und Selbstjustiz. Im Fadenkreuz: Vertreter der abgesetzten *Awami-Liga*, aber auch Angehörige von Minderheiten, insbesondere Hindus. Zum Gesamtbild gehören aber auch die Bilder von muslimischen Nachbarschaftswachen, die Hindu-Tempel beschützen und sich gegen eine extremistische Vereinnahmung der Revolution zur Wehr setzen.

Sheikh Hasina regierte Bangladesch seit 2009. Warum kam es gerade jetzt zu den Studentenprotesten gegen sie?

Seite E 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Die Proteste gegen die Wiedereinführung einer Quotenregelung, die den Zugang zu Jobs im öffentlichen Dienst regelt, und 30 Prozent der neuen Jobs für die wenigen Nachkommen der „Freiheitskämpfer“ der Unabhängigkeit von 1971 reservierte, tobten seit Wochen. Die Quote steht für viele Bangladeschis exemplarisch für die Klügelwirtschaft einer kleinen Elite. Die Bewegung war dennoch anfangs keinesfalls gegen das System an sich gerichtet. Dass sie sich zu einem breiten Volksaufstand gegen das System ausweitete, hatte mehrere strukturelle Gründe. Die *Awami-Liga* und Sheikh Hasina, die lange eigentlich deutlich beliebter war als ihre Partei, hatten über die letzten Jahre bereits stark an gesellschaftlichem Rückhalt verloren. Rapide steigende Lebenshaltungskosten machen weiten Teilen der Bevölkerung bereits seit der Pandemie zu schaffen. Dazu leidet die sehr junge Bevölkerung – das Durchschnittsalter liegt bei 27 Jahren – an einer massiven Jobkrise und einem starren politischen System.

Die *Awami-Liga* hatte die letzten Wahlen Anfang des Jahres nur durch massive Repression gewinnen können.

Politisch hatte die *Awami-Liga* die letzten Wahlen Anfang des Jahres nur durch massive Repression gewinnen können. Die wichtigsten Oppositionsparteien waren von einem fairen Wahlprozess ausgeschlossen. Das System war also schon seit langem im Kern instabil. Die Regierung ging nun mit massiver Gewalt gegen die Proteste vor, die auch aus Gesellschaftsschichten kamen, die die *Awami-Liga* bisher als das kleinere Übel in einem gewaltvollen und polarisierten politischen System ansahen. Eine Fehleinschätzung. Jede Repressionswelle führte zu einem Anstieg des Zorns in der Bevölkerung, es setzte sich eine Eskalationsspirale in Gang, die die Regierung nicht mehr in den Griff bekam. Statt der Quote gab es nur noch eine Forderung: Die Absetzung von Sheikh Hasina. Angetrieben wurden die Proteste von der *GenZ*, die das Land demografisch dominiert, doch politisch bisher keine Rolle spielte. Nur wenige Amtsträger der *Awami-Liga* waren unter 40.

Der Rücktritt von Hasina wurde von General Waqar-uz-Zaman verkündet, der die Bürgerinnen und Bürger aufforderte, die Gewalt zu beenden. Welche Rolle spielte das Militär beim Rücktritt?

Dem Militär kommt, wie auch bei früheren Machtwechseln in Bangladesch, eine Schlüsselrolle zu. Zuletzt hatte das Militär 2007 politisch eingegriffen und eine Übergangsregierung installiert. Sheikh Hasina war es in ihrer zweiten Amtszeit ab 2009 größtenteils gelungen, das Militär als politischen Faktor auszuschalten, indem sie zahlreiche Loyalisten auf höhere Posten berief. Auch uz-Zaman hat über seine Frau familiäre Verbindungen zu Hasina. Dennoch unterscheidet sich die Rolle des Militärs von anderen Sicherheitsorganen des Staates. Im Gegensatz zu Polizei und Grenzschutz hielt sich das Militär bei den Gewaltexzessen gegen Protestierende lange zurück, auch nach einem Schießbefehl der Regierung zur Durchsetzung der Ausgangssperre durch Hasina. Die Institution des Militärs gilt daher – anders als insbesondere die Polizei – als weniger kompromittiert.

Im Gegensatz zu Polizei und Grenzschutz hielt sich das Militär bei den Gewaltexzessen gegen Protestierende lange zurück.

Als sich am Sonntag und Montagmorgen abzeichnete, dass sich trotz Ausgangssperre eine große Anzahl Menschen einem Marsch auf Dhaka anschließen würde, stand die Militärführung vor der Wahl, den Protest auf Befehl der Regierung mit einer weiteren Gewalteskalation niederzuschlagen oder aber Hasina gegen ihren Willen zu evakuieren. Die Militärführung entschied sich für Letzteres und konnte so ein weiteres Blutbad sowie eine mögliche gewaltsame Erstürmung des Wohnsitzes von Hasina verhindern. Nachdem

Seite E 37 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Hasina das Land per Militärhubschrauber verlassen hatte, war die Regierung im Kern zusammengebrochen. Demonstranten erstürmten ohne nennenswerte Gegenwehr den Wohnsitz von Hasina und das Parlament.

Justizminister Anisul Huq nennt die Lage im Land „explosiv“. Wie kann ein politischer Übergang gelingen?

Die alte Ordnung ist zusammengebrochen, eine Neue hat sich zur Stunde noch nicht herausgebildet. Das Militär zeigt sich bisher bei der Durchsetzung des Gewaltmonopols überfordert. Dabei wäre es nun wichtig, die Straße nicht organisierten Gewaltakteuren zu überlassen und insbesondere auch Vergeltungsexzesse gegen Vertreter der Regierungspartei zu unterbinden. Gleichzeitig muss ein ernsthafter juristischer Prozess der Aufarbeitung der Gewalt in die Wege geleitet werden, wie es uz-Zaman bereits angekündigt hat.

Um die Vorherrschaft über das Erbe der Revolution ringen nun mehrere Machtzentren – allen voran die Studentenvertreter, ohne deren Beteiligung eine Übergangsregierung nur wenig politisches Kapital besäße, was wiederum zu neuerlichen Protesten führen dürfte. Die Studentenvertreter gaben bereits bekannt, dass sie den Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus als Chefberater ihrer geplanten Übergangsregierung gewinnen konnten. Weitere Namen sind noch nicht bestätigt, geplante Ankündigungen wurden mehrmals verschoben.

Welche weiteren Machzentren gibt es?

Dazu kommt die größte Oppositionspartei BNP, eine Mitte-rechts-Partei, die sich in der Geschichte von Bangladesch mehrmals mit der *Awami-Liga* an der Macht abwechselte, jedoch als kaum weniger korrupt gilt. Auch der BNP wurden zu ihrer Amtszeit schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Die *Grande Dame* der Partei und langjährige Rivalin von Sheikh Hasina, die schwer kranke ehemalige Ministerpräsidentin Khaleda Zia, wurde bereits aus dem Gefängnis entlassen.

Die islamistische *Jamaat* möchte ebenfalls eine Rolle spielen. Sie verfügt über einen hocheffizienten Parteiapparat und eine große Zahl an protesterfahrenen Unterstützern und spielte eine wichtige Rolle bei der Überwindung der Ausgangssperre, dürfte aber dennoch eher überschaubaren Rückhalt in der Gesamtbevölkerung genießen. Die Regierung von Sheikh Hasina hatte die *Jamaat* erst kürzlich verboten.

Auch Vertreter der *Awami-Liga* und Loyalisten der alten Regierung im Militär ringen um Einfluss. Am Dienstag distanzieren sich in der Tageszeitung *Prothom Alo* bereits mehrere hochrangige Vertreter der *Awami-Liga* von Hasina. Die Armeeführung lud unmittelbar nach der Flucht Hasinas Vertreter von BNP, *Jamaat* sowie den progressiven Politiker Jonayed Saki zu Konsultationen ein.

Wie wird im wichtigsten Nachbarland Indien auf den Sturz der Regierung reagiert?

Delhi dürfte versuchen, Sicherheitsgarantien von den neuen Machthabern in Dhaka zu erhalten und politisch seinen Einfluss spielen zu lassen. Das Land gehört zu den engsten Unterstützern der *Awami-Liga* und hielt bisher eine schützende Hand über Hasina. Indien verfolgt eigene Sicherheitsinteressen in Bangladesch. Das Land ist für die Sicherheitsarchitektur der sogenannten *Seven Sister States* im Nordosten Indiens, für die Absicherung der Himalaya-Grenze zu China sowie für die maritime Sicherheit im Golf von

Seite E 38 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Bengalen von großer geopolitischer Bedeutung für Delhi. Indien fürchtet nun einen Einflussgewinn Pakistans und Chinas sowie eine mögliche Machtübernahme der islamistischen *Jamaat*. Auch die BNP ist in Delhi verhasst, ihr wird die Unterstützung von Separatisten in den *Seven Sister States* vorgeworfen. Der eskalierende Bürgerkrieg im benachbarten Myanmar verschärft die Sicherheitsbedenken in Delhi, genauso wie Berichte über Gewalt gegen Hindus in Bangladesch. Hindunationalistische Medien fordern bereits eine militärische Intervention. Doch angesichts der grassierenden anti-indischen Stimmung in Bangladesch wäre das nicht nur ein Bruch der Souveränität des Nachbarlandes, sondern auch ein Desaster mit Ansage.



Leo Wigger, Berlin

Leo Wigger ist *Associate Partner* beim deutschen Thinktank *Candid Foundation*. Für das Magazin *zenith* schreibt er vor allem zum Thema Globale Geopolitik, Eurasien und Südasien.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/das-system-war-seit-langem-im-kern-instabil-7696/?utm_campaign=de_40_20240806&utm_medium=email&utm_source=newsletter

11) Amerikas Geschlechterkampf.

Frauen wählen eher links, Männer rechts – doch so einfach ist es nicht.
Was Geschlechterrollen über die Parteipräferenz aussagen

Von Derek Thompson

06.08.2024



Ein geschlossenes Bild ergibt der Blick auf die Geschlechter nicht. Schließlich stimmen Millionen Frauen für Donald Trump.- *picture alliance / AP | Aaron Doster*

Die Vereinigten Staaten sind auf mehreren Ebenen politisch gespalten – unter anderem ethnisch, geografisch und bezüglich des Bildungsgrads. Vor den Wahlen im November, bei denen das Wahlvolk sich wie 2016 zwischen einer Demokratin und einem Republikaner zu entscheiden hat, dürfte die deutlichste Trennlinie das Geschlecht sein. Allerdings herrscht in Studien, Meinungsumfragen und der politischen Fachwelt Uneinigkeit in der Frage, wie weit Männer und Frauen auseinanderliegen und was diese Zweiteilung für die amerikanische Politik tatsächlich bedeutet. Der Geschlechterkampf ist viel komplexer, als es zunächst scheinen mag.

Dass Männer und Frauen in Amerika in vielerlei Hinsicht auseinanderdriften, ist Fakt. Nachdem sie in den vergangenen 50 Jahren zum Beispiel in der Abtreibungsfrage erstaunlich ähnliche Ansichten vertreten hatten, stieg in den vergangenen zehn Jahren die Zahl der Frauen, die für das Recht auf Abtreibung sind, sprunghaft an. 1995 war der Anteil derer, die sich für das Recht auf Abtreibung aussprachen, bei den Frauen nur ein Prozentpunkt größer als bei den Männern. Heute ist der Anteil der Frauen, die das Recht auf Abtreibung befürworten, 14 Prozentpunkte größer als bei den Männern – das ist der höchste jemals verzeichnete Wert.

1999 war in der Altersgruppe der 18- bis 29-jährigen Frauen der Anteil derer, die sich als „sehr liberal“ bezeichneten, fünf Prozentpunkte größer als bei den Männern. 2023 betrug der Unterschied bereits 15 Prozent. Während junge Frauen sich tendenziell eindeutig nach links bewegen, deutet einiges darauf hin, dass junge Männer nach rechts driften. Von 2017 bis 2024 hat sich der Anteil der unter 30-jährigen Männer, die der Meinung sind, die USA seien bei der Geschlechtergleichstellung „zu weit gegangen“, mehr als verdoppelt. Dies ergeben die Daten von Daniel Cox, *Senior Fellow* am marktliberalen Thinktank *American Enterprise Institute*. Nach den Daten von Gallup tendieren junge Männer heute mehr als je zuvor in diesem Jahrhundert zu den Republikanern.

Seite E 40 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

So weit scheint die Sache ziemlich simpel zu sein: Männer – insbesondere junge Männer – drängen vehement nach rechts, während Frauen – insbesondere junge Frauen – langsam nach links tendieren. Doch so einfach ist es leider nicht. Wie meine Kollegin Rose Horowitch schrieb, bewegen sich die politischen Einstellungen von Männern und Frauen [gar nicht so rasant auseinander](#). An den Wahlurnen ist der Gender-Gap seit Langem mehr oder weniger unverändert. Männer ziehen seit Jahrzehnten republikanische Kandidaten vor, Frauen neigen seit Jahrzehnten tendenziell den Demokraten zu. Nach einer Auswertung der Wählerdaten für 2024, so Horowitch, sei Catalist – ein progressives Unternehmen, das Wahlmodelle entwickelt – zu dem Ergebnis gekommen, „dass die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den letzten Wahlen für alle Altersgruppen in etwa gleich groß waren“.

Ein Erklärungsversuch für diese scheinbaren Widersprüche lautet, dass die besorgniserregenden Umfragen die Zukunft vorwegnehmen und wir im November einen neuen Höchststand der Geschlechterpolarisierung erleben werden, wenn nämlich Frauen überwiegend für Kamala Harris und Männer mit überwältigender Mehrheit für Donald Trump stimmen werden. Eine andere Möglichkeit ist, dass die Umfragen etwas irreführend seien und die Geschlechterpolarisierung ihren Höhepunkt bereits überschritten habe. Wenn dies zuträfe, wäre das Ganze viel Lärm um nichts. Am interessantesten ist jedoch eine dritte Möglichkeit. Der Politikwissenschaftler John Sides von der *Vanderbilt University* hält den Gender-Gap für durchaus real, er ist aber der Meinung, dass er eben nicht das sei, was viele Leute sich darunter vorstellen. „Die parteipolitische Polarisierung“, so Sides, „beruht mehr auf geschlechtsspezifischen Einstellungen als auf dem Geschlechterunterschied selbst.“

Die Spaltung zwischen den politischen Parteien basiert mehr auf deren Ansichten über die Geschlechter als auf dem Geschlechterunterschied selbst.

Wem das ein wenig zu akademisch klingt, versuche es mit einem Gedankenexperiment, um das Ganze zu veranschaulichen. Stellen Sie sich vor, Sie stehen vor einer Mauer. Auf der anderen Seite der Mauer befinden sich 100 amerikanische Wählerinnen und Wähler, die Sie nicht sehen können. Sie sollen möglichst genau erraten, wie viele der Menschen auf der anderen Seite der Mauer Republikaner sind. Dabei dürfen Sie nur eine der beiden folgenden Fragen stellen: „Sind Sie ein Mann?“ Oder: „Sind Sie der Meinung, dass Männer heutzutage in Amerika stark diskriminiert werden?“ Bei der ersten Frage geht es um das Geschlecht, bei der zweiten um geschlechtsspezifische Einstellungen – also darum, wie die Gesellschaft mit Männern und Frauen umgeht. Laut Sides ermöglicht die zweite Frage eine viel zutreffendere Einschätzung bezüglich der Parteizugehörigkeit als die erste. Die Parteien böten nämlich unter Geschlechtergesichtspunkten keineswegs ein geschlossenes Bild, meint Sides. Schließlich werden dieses Jahr Millionen Frauen für Trump stimmen. Was die Parteien hingegen deutlich voneinander trenne, seien ihre kulturellen Einstellungen zu den Geschlechterrollen und zu der Frage, wie es sich anfühlt, in Amerika ein Mann oder eine Frau zu sein.

Die Umfragewerte bestätigen diese Aussage. In der VOTER-Erhebung (*Views of the Electorate Research*) vom März 2024 bezeichneten 39 Prozent der Männer sich als Republikaner; bei den Frauen waren es 33 Prozent – ein Unterschied von sechs Prozentpunkten. Doch als in der VOTER-Erhebung die Teilnehmenden gefragt wurden, wie die Gesellschaft mit Männern und Frauen umgehe beziehungsweise umgehen sollte, war der Gender-Gap auf einmal sehr viel größer. 61 Prozent der Demokraten gaben an, Frauen würden „stark“ oder „sehr stark“ diskriminiert. Bei den Republikanern waren nur 19 Prozent dieser Meinung. In diesem Fall war die Diskrepanz bei der Einstellung zum Geschlechterunterschied mehr als sechsmal so groß wie der gemeinhin breiter diskutierte

Seite E 41 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Gender-Gap. Für John Sides liegt die Schlussfolgerung auf der Hand: Die Spaltung zwischen den politischen Parteien basiert mehr auf deren Ansichten über die Geschlechter als auf dem Geschlechterunterschied selbst. Der springende Punkt ist nicht: „Männer sind vom Mars, Frauen von der Venus.“ Sondern: „Republikanische Männer und Frauen sind vom Mars, demokratische Männer und Frauen von der Venus.“

Die amerikanischen Parteien senden hochgradig geschlechtsspezifische Botschaften aus, und die Nachrichtenmedien verstärken den Eindruck, die Parteien würden für männliche und weibliche Archetypen stehen. „Das ist die ‚Boys versus Girls‘-Wahl“, [schrieben Mike Allen und Jim VandeHei](#) in *Axios* bereits, als Kamala Harris noch gar nicht die voraussichtliche Kandidatin der Demokraten war. In dem Artikel werden Trump-Berater zitiert, für die der Parteitag der Republikaner eine Gelegenheit gewesen sei, die *Grand Old Party* als „Testosteron-Partei“ zu vermarkten, die „Donald Trumps brusttrommelnden Macho-Appeal gegen einen Joe Biden aufführt, der softer ist und sich vor allem um reproduktive Rechte und allumfassende Gender-Inklusivität kümmert“.

Der politische Sprachgebrauch ist heute dermaßen geschlechtsspezifisch kodiert, dass sich bestimmte Zitate blind den einzelnen Parteien zuordnen lassen. Wenn sich ein Politiker darüber beschwert, die gegnerische Partei werde „von lauter kinderlosen Katzenladys“ dominiert, kann es sich nur um die Aussage eines Republikaners handeln – in diesem Fall um J. D. Vance vor ein paar Jahren in einem Interview mit Tucker Carlson. Beschuldigt ein Politiker die gegnerische Partei als „Verein Frauen hassender He-Man-Gestalten“, spricht ganz offensichtlich ein Demokrat – in diesem Fall der Gouverneur von Minnesota, Tim Walz, in seiner Charakterisierung des Republikaner-Duos Trump/Vance und ihres Parteitags.

Doch es gibt einen Unterschied zwischen einer ausgeprägten Geschlechterrhetorik und einer kohärenten Vision von Weiblichkeit oder Männlichkeit. Die Republikaner haben mehrere Visionen von Männlichkeit auf Lager, die ungeschickt miteinander vermischt werden. Trump ist ein dreimal verheirateter Schwerenöter, der das effekthascherische Auftreten eines Profi-Wrestlers mit der Wut eines Menschen kombiniert, der beleidigt ist, weil er an der Tür eines Country-Clubs abgewiesen wurde. Das Resultat ist eine explosive Mischung aus aufgesetztem Macho-Getöse und tiefsitzenden Ressentiments gegen die Elite. Ein passender Begriff für diese Mixtur wäre „Alphatier-Opfer-Männlichkeit“.

Frauen machen die Mehrheit der Wählerschaft aus und überstimmen die Männer bei jeder Wahl millionenfach.

Erschwerend kommt hinzu, dass Trump zum dritten Mal hintereinander mit einem Vize-Kandidaten antritt, der stramm christlich ist und eine ausgesprochen konservative und traditionelle Vorstellung vom Verhältnis der Geschlechter vertritt. Als Trump seine Promiskuität protzend zur Schau stellte, gab sein Vizepräsident Mike Pence sich demonstrativ züchtig. Während Trumps Umgang mit Frauen ihm eine Verurteilung als Straftäter einbrachte, weigerte sich Pence, mit einer anderen Frau als seiner Ehefrau alleine zu speisen. Und im Gegensatz zu Trump, der zweimal geschieden ist, stellt sein neuer Vize-Kandidat Vance die Institution der Scheidung grundsätzlich infrage. 2021 bezeichnete Vance die Möglichkeit, Ehen schnell wieder zu lösen, als „einen der großen Streiche, die die sexuelle Revolution der amerikanischen Bevölkerung gespielt hat“, und übte harsche Kritik an der Idee, „die Leute sollten den Ehepartner leichter wechseln können als ihre Unterwäsche“.

Die *Grand Old Party* mag geschlechterpolitisch in der Anstands- und Scheidungsfrage uneins sein, aber es gibt einen Kitt, der die Partei zusammenhält: die nostalgische Sehnsucht nach sozialen Dominanzhierarchien und das Opponieren gegen die kosmopolitischen Sitten und Gebräuche der Linken. Der Historiker Gary Gerstle von der Universität Cambridge hat dargelegt, dass die aus der Neuen Linken der 1960er und 1970er Jahre hervorgegangene progressive Bewegung sich einer Kulturpolitik verschrieben habe, die „sich von Traditionen, Ererbtem und festgeschriebenen gesellschaftlichen Rollen befreit hat“ und die „die Vorstellung ablehnt, dass die patriarchalische, heterosexuelle Familie zelebriert werden sollte“. Das Zauberwort der progressiven Geschlechterpolitik lautet nicht „Tradition“, sondern „Befreiung“ – verstanden als radikaler Bruch mit dem Zwang der Geschichte. Tradition (für die Konservativen ein Schutzwall) ist für die Progressiven eine Zwangsjacke.

Frauen machen die Mehrheit der Wählerschaft aus und überstimmen die Männer bei jeder Wahl millionenfach. Daher könnte es für die Demokraten strategisch klug sein, sich eine politische Sprache und ein politisches Programm zuzulegen, die besonders das weibliche Wahlvolk ansprechen. „Das Problem ist, dass auch Männer wählen“, meint allerdings Richard Reeves, Autor des Buchs *Of Boys and Men*. Die Linke ist inzwischen geschickter darin, toxische Männlichkeit mit Scham zu belegen, als mit einer positiv besetzten Männlichkeit aufzuwarten, die sich vom Weiblichen deutlich abhebt. Wer diesen Satz liest und progressiv eingestellt ist, wird vielleicht mit den Augen rollen bei dem Gedanken, jede linke politische Bewegung habe die Aufgabe, die Männer emotional zu hätscheln. Doch falls im November ein massiver Rechtsruck unter den jungen männlichen Wählern Trump zum Sieg verhelfen sollte, würden die Demokraten sich wohl oder übel eine neue Botschaft ausdenken müssen, um die Abwanderung der jungen Männer zu stoppen.

„Die Demokratische Partei hat sich offenbar bewusst dafür entschieden, jungen Männern keine politische Priorität einzuräumen“, meint Daniel Cox. Umgekehrt mache „die *Grand Old Party* sich unter Trump anscheinend keine Gedanken darüber, ob sie junge Frauen womöglich verprellen könnte“. Selbst wenn die amerikanische Politik 2024 zum Geschlechterkampf geraten sollte, muss dies deswegen noch lange kein Genderkonflikt sein. Hoffen wir, dass es dazu nie kommen wird. Worum es aber geht, ist ein Grundkonflikt zwischen den Parteien in der Frage, welche Rolle das Geschlecht spiele, was Geschlecht bedeute und wie Geschlecht zu definieren sei – und das ist, offen gesagt, schon seltsam genug.

© *The Atlantic Online*

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Derek Thompson, Washington, D.C.

Derek Kahn Thompson ist ein US-amerikanischer Journalist. Er schreibt für *The Atlantic* und ist außerdem Autor des Buches *Hit Makers: How to Succeed in an Age of Distraction*.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/amerikas-geschlechterkampf-7694/?utm_campaign=de_40_20240806&utm_medium=email&utm_source=newsletter

12) Mehr als die Rettung der Demokratie.

Es reicht nicht, vor Trump zu warnen. Um zu siegen, braucht Kamala Harris eine politische Agenda, die auf die realen Sorgen der Amerikaner eingeht

Von Michael J. Sandel

02.08.2024



Einmal saubermachen bitte! Die US-Demokratie benötigt dringend einen neuen Anstrich, der auf das verloren gegangene Vertrauen der Wählerinnen und Wähler eingeht.-.picture alliance / abaca

Seite E 44 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Kamala Harris muss in kurzer Zeit viel schaffen: Ein Team zusammenstellen, einen Vize-Kandidaten aussuchen und sich dem Land vorstellen. Doch ihre wichtigste Aufgabe ist eine andere: Sie muss sich darüber klar werden, worum es bei dieser Wahl geht.

Die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und reproduktive Freiheit vor weiteren vier Jahren Trump zu bewahren – das hat Kamala Harris in der vergangenen Woche als zentrale Wahlkampfthemen ausgegeben. Als glühende Verfechterin des Rechts auf Abtreibung und ehemalige Staatsanwältin bringt sie ideale Voraussetzungen mit, um diese Anliegen zum Kernthema ihrer Kampagne zu machen. Genüsslich erinnert sie die Wählerinnen und Wähler daran, dass Trump ein verurteilter Straftäter ist. „Ich habe es mit Tätern aller Art aufgenommen“, erklärte bei ihrer ersten Wahlkampfkundgebung. „Glauben Sie mir: Mit Typen wie Donald Trump kenne ich mich aus.“

Doch es reicht nicht, Donald Trump Paroli zu bieten und sich für reproduktive Rechte einzusetzen. Um zu gewinnen, muss Kamala Harris den berechtigten Unmut in der Bevölkerung adressieren, den Trump ausschaltet: das Gefühl vieler Amerikaner (insbesondere bei denen ohne Hochschulabschluss), dass ihre Stimme nicht gehört, ihre Arbeit nicht gewürdigt wird und dass die Eliten sie verachten. Sie braucht eine Botschaft, die eine neue Verbindung herstellt zwischen den Demokraten und den Wählern aus der Arbeiterschicht, welche die Partei in den vergangenen Jahrzehnten vergrault hat. Diese Botschaft zu transportieren, wird ihr als ehemaliger Senatorin für Kalifornien vielleicht nicht ganz leichtfallen, zumal Donald Trump sie bereits als „linksradikale Verrückte“ abgestempelt hat. Doch wenn sie mit einem progressiven Politikentwurf aufwarten will, mit dem sie der *Make America Great Again*-Bewegung für die Zukunft das Wasser abgraben kann, muss sie es versuchen, denn es könnte im November über Sieg oder Niederlage entscheiden.

Wenn die Demokraten die Wut und die Polarisierung in den USA thematisieren wollen, müssen sie sich als Erstes bewusst machen, was uns in diese instabile historische Situation gebracht hat: Rund 85 Prozent der Amerikaner sind der Meinung, dass es ihrer politischen Führung egal ist, was sie denken, und dass sie die Dynamiken, die ihr Leben bestimmen, nicht nennenswert mitgestalten können. Auf diesem Gefühl der Entmachtung bauen die beiden republikanischen Wahlkampfthemen auf, die am meisten ziehen: Inflation und Einwanderung. Wenn Harris weiterhin immer die gleichen ökonomischen Fakten aufsagt und die Befindlichkeiten der meisten Wählerinnen und Wähler nicht zur Kenntnis nimmt, wird sie gegen die unzufriedene Stimmung nichts ausrichten können, die der Grund ist, warum sie in den Umfragen hinter Trump zurückliegt.

Niedrige Arbeitslosenzahlen, stabile Beschäftigungszuwächse, steigende Löhne – wirtschaftlich waren die Biden-Jahre nach den üblichen Maßstäben ein Erfolg. Trotzdem spielt für die Wählerschaft die Inflation eine so große Rolle, dass die meisten von der Wirtschaftspolitik des Präsidenten nicht viel halten. Viele Wählerinnen und Wähler erleben die Teuerung als Angriff auf ihre Handlungsmacht, der ihnen tagtäglich die eigene Machtlosigkeit vor Augen führt: Ich kann noch so hart arbeiten und noch so viel verdienen – ich komme nicht voran oder kann nicht einmal das Niveau halten.

Mit vereinten Kräften haben beide Parteien die Wall Street dereguliert.

Warum war der Anstieg der illegalen Grenzübertritte auch für Wähler, die weit von der Südgrenze der USA entfernt leben, so beunruhigend? Das lag nicht daran, dass sie Trumps ausschweifender Demagogie von einwandernden Kriminellen, Vergewaltigern und Psychiatriepatienten Glauben schenken würden, sondern weil sie der Meinung sind, dass

Seite E 45 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

ein Land, dass es nicht schafft, seine Grenzen zu kontrollieren, auch nicht imstande sei, seine Geschicke zu lenken – und dass es Fremde besser behandle als manchen eigenen Bürger.

Sich ein neues wirtschaftspolitisches Konzept überlegen und den Bürger- und Gemeinschaftssinn neu beleben – das sind dem Anschein nach vielleicht zwei unterschiedliche Dinge. Beim Ersteren geht es um Inflation, Steuersätze und Handelspolitik, beim Zweiteren um Identität, Zusammengehörigkeit und gegenseitigen Respekt. Beide sind jedoch Teil ein und desselben politischen Projekts. Wie die Wirtschaft geregelt wird, entscheidet nicht nur über die Einkommens- und Wohlstandsverteilung, sondern auch darüber, wer welche gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung erfährt.

Um das verlorene Wählervertrauen zurückzugewinnen, müssen die Demokraten eingestehen, dass das neoliberale Globalisierungsprojekt, das sie und der republikanische Mainstream jahrzehntelang betrieben haben, „denen da oben“ riesige Gewinne beschert, der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung jedoch Arbeitsplatzverlust und stagnierende Löhne gebracht hat. Die Gewinner nutzten den Geldsegen, um sich Einfluss auf höheren Entscheidungsebenen zu kaufen. Und der Staat versuchte nicht einmal mehr, der Konzentration wirtschaftlicher Macht Einhalt zu gebieten. Mit vereinten Kräften haben beide Parteien die Wall Street dereguliert. Als 2008 die Finanzkrise das System an den Rand des Abgrunds brachte, gaben sie Milliardenbeträge für die Rettung von Banken aus, während die normalen Eigenheimbesitzer alleine zusehen mussten, wie sie zurechtkommen.

2016 hatten 40 Jahre neoliberale Regierungspolitik eine Einkommens- und Vermögensungleichheit verursacht, wie es sie seit den 1920er Jahren nicht gegeben hatte. Die Gewerkschaften waren auf dem absteigenden Ast. Die Arbeitnehmer bekamen von den Profiten, die sie erwirtschafteten, immer weniger ab. Und das Finanzkapital beanspruchte einen immer größeren Anteil der Volkswirtschaft für sich. Aber das Geld floss eher in spekulative Anlagen (etwa in risikoreiche Derivate) als in realwirtschaftliches Produktivvermögen (Fabriken, Wohnraum, Straßen, Schulen).

Statt sich mit dem von ihnen angerichteten Schaden auseinanderzusetzen, empfahlen beide Parteien der arbeitenden Bevölkerung, sie solle sich durch den Erwerb von Hochschuldiplomen selbst optimieren. Die Politiker erklärten: „Wie viel ihr verdient, richtet sich danach, was ihr lernt; wer es versucht, kann es schaffen.“ Den Eliten fiel gar nicht auf, dass ihr Ratschlag eine unausgesprochene Beleidigung enthielt: Wer in der New Economy am Hungertuch nagt, ist selber schuld. Diese unangenehme Mischung aus ökonomischer Schädigung, Diplomgläubigkeit und Herablassung war einer der Faktoren, die Donald Trump zum Präsidenten machten.

Wirtschaftspolitisch hat Trump für die arbeitenden Menschen, die ihn unterstützen, wenig bewirkt.

Wirtschaftspolitisch hat Trump für die arbeitenden Menschen, die ihn unterstützen, wenig bewirkt. Er versuchte (vergeblich), das Krankenversicherungssystem abzuschaffen, auf das viele von ihnen angewiesen waren. Er beschloss eine Steuersenkung, von der hauptsächlich Konzerne und Vermögende profitierten. Doch seine feindselige Haltung gegenüber den Eliten und ihrem Globalisierungsprojekt kam weiterhin gut an. 2020 besiegte Joe Biden ihn zwar, aber die Wählerinnen und Wähler ohne Hochschulbildung hielten weiterhin zu Donald Trump.

Der altgediente Mainstream-Demokrat Joe Biden war nie ein Radikaler. J. D. Vance erinnerte zuletzt in seiner Rede auf dem Parteitag der Republikaner daran, dass Biden für

das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA, für Chinas Aufnahme in die Welthandelsorganisation (WTO) und für den Irakkrieg gestimmt hat. (Dass die meisten Republikaner all dem genauso zugestimmt haben, vergaß Vance zu erwähnen; NAFTA und die Normalisierung der Handelsbeziehungen mit China fand bei den Republikanern mehr Zustimmung als bei den Demokraten, und die gedanklichen Urheber und Anführer des Irak-Debakels waren Präsident George W. Bush, Dick Cheney und Donald Rumsfeld.) Als Präsident rückte Joe Biden allerdings ungeachtet seiner langen Karriere als Mann der Mitte von der Politik ab, die den populistischen Backlash ausgelöst und Trump groß gemacht hatte. Mit seinen ambitionierten öffentlichen Investitionen in Infrastruktur, verarbeitende Industrie, Beschäftigung und erneuerbare Energien reaktivierte Biden die Rolle des starken Staates, an die man sich aus den Zeiten des New Deal erinnert. In die gleiche Richtung gingen sein Einsatz für Tarifverhandlungen und die Wiederbelebung des Kartellrechts. Dadurch wurde er zu einem der Präsidenten der neueren Zeit, die am meisten bewirken konnten.

Trotzdem blieb er unbeliebt. Biden und seine Mannschaft hielten das Timing für das Problem: Bis aus öffentlichen Investitionen Arbeitsplätze und greifbare Nutzeffekte werden, braucht es eben Zeit. Doch das eigentliche Problem lag tiefer. Joe Biden hat nie eine grundsätzliche Regierungsvision angeboten und nie erklärt, wie und warum die von ihm betriebene Politik in der Summe ein neues demokratisches Projekt ergibt. Franklin Roosevelt hatte erkannt, dass man das große Ganze in den Vordergrund stellen muss. Er konnte der amerikanischen Bevölkerung überzeugend vermitteln, dass die von ihm geschaffenen Einflussmöglichkeiten und seine Politik ihr die Chance gab, die Macht der Konzerne zu kontrollieren. Eine solche oder ähnliche Geschichte hat Joe Biden nicht aufgeboden.

Als er den Bruch mit dem Zeitalter der neoliberalen Globalisierung vollzog und dafür sorgte, dass der Staat sich seine marktregulierende Rolle im Interesse des Gemeinwohls zurückerobert, tat er dies ohne großes Tamtam und lieferte keine Erklärungen. Er gestand nicht ein, dass seine eigene Partei die Politik, die den Graben zwischen Gewinnern und Verlierern vertieft hatte, mit zu verantworten hat. Vielleicht ließ er sich stärker von politischem Instinkt als von einer inhaltlichen Vision leiten. Vielleicht wollte er auch seine Abkehr von der marktfreundlichen Philosophie des Präsidenten, in dessen Dienst er gestanden hatte, nicht zu offensichtlich werden lassen.

Joe Biden hat nie eine grundsätzliche Regierungsvision angeboten.

Sein *American Rescue Plan*, das Gesetz für Infrastruktur-Investitionen und Arbeitsplätze, sein Förderprogramm für die Halbleiterforschung und -fertigung (*CHIPS and Science Act*), das Investitionspaket zur Inflationsbekämpfung (*Inflation Reduction Act*) – all das war politisch beeindruckend, aber es fehlte die politische Leitidee. Gesetzgeberisch war seine Präsidentschaft ein Triumph, aber er konnte die Massen nicht begeistern. Das machte ihn zum schwachen Gegner für Donald Trump, der politisch zwar nicht sonderlich erfolgreich war, aber mit seiner *Make America Great Again*-Bewegung den zu unserer Gegenwart gehörenden Nerv der Empörung traf.

Doch was bedeutet all das für den Wahlkampf von Kamala Harris? Um Donald Trump zu besiegen, muss sie die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern, die das Land polarisiert, ernst nehmen und den Unmut der arbeitenden Menschen zur Kenntnis nehmen, die das Gefühl haben, für ihre Arbeit keinen Respekt zu bekommen, von den Eliten von oben herab behandelt zu werden und wenig Einfluss auf die Dynamiken zu haben, die ihr Leben bestimmen.

Seite E 47 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Dazu gehört, dass Kamala Harris ein Thema in den Fokus stellen sollte, das während Bidens Präsidentschaft lange unausgesprochen mitschwang, aber nicht genug zur Entfaltung kam: die Würde der Arbeit. Bidens staatliche Investitionen und Arbeitsmarktreformen waren darauf ausgelegt, die durch die Globalisierung ausgelaugten Bevölkerungsgruppen wieder zu stärken und die Wirtschaft so zu gestalten, dass sie jeden auf einen grünen Zweig kommen lässt. Harris sollte in ihrer Kampagne nicht nur für diese Errungenschaften einstehen, sondern einen ambitionierteren Aufbruch wagen: ein Projekt der demokratischen Erneuerung, das mehr ist als die Rettung der Demokratie vor Donald Trump.

Die Minimalbedeutung von Demokratie ist, dass der Unterlegene aus dem Amt scheidet – und genau diesen elementaren Punkt stellt Trump mit seinem Verhalten in Frage. In ihrer Maximalbedeutung heißt Demokratie jedoch, dass die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam über Recht und Gerechtigkeit und über das Wohl der Allgemeinheit beratschlagen. Die Würde der Arbeit ist wichtig für eine intakte Demokratie, weil sie es jedem Einzelnen ermöglicht, zum Gesamtwohl beizutragen und sich dadurch Anerkennung zu verdienen.

Die Würde der Arbeit ist wichtig für eine intakte Demokratie, weil sie es jedem Einzelnen ermöglicht, zum Gesamtwohl beizutragen.

Wenn Kamala Harris mit konkreten Vorschlägen aufwartet, wie Arbeit gewürdigt – und fair entlohnt – werden kann, könnte sie Trump und Vance zwingen, sich zu entscheiden: Wollen sie die Partei der Arbeiterschicht sein, die sie zu werden hoffen, oder bleiben sie die Republikanische Partei der Konzerne, die sie nach wie vor sind? Harris sollte die Fragen stellen, die einer progressiven Politik für das 21. Jahrhundert Kraft geben würden: Wenn es uns wirklich ernst ist mit der Würde der Arbeit – warum besteuern wir dann Arbeitseinkommen höher als Kapitalgewinne und Einnahmen aus Dividenden? Sollte der US-weite Mindestlohn nicht höher sein als 7,25 Dollar? Trump hat vorgeschlagen, Trinkgelder von der Steuerpflicht auszunehmen. Wie wäre es stattdessen mit einem kühneren Vorschlag: Warum senken wir nicht die Lohnsteuer für abhängig Beschäftigte oder schaffen sie ganz ab und führen zur Gegenfinanzierung eine Finanztransaktionssteuer ein?

Über steuerliche Maßnahmen hinausgedacht: Wie wäre es, wenn der Staat in eine flächendeckende Kinderbetreuung investieren würde, um nicht nur diejenigen zu unterstützen, die außer Haus arbeiten, sondern um außerdem für eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für das Betreuungspersonal zu sorgen? Die Demokraten könnten sich für Branchentarifverträge starkmachen, damit Fast-Food-Beschäftigte Löhne und Arbeitsbedingungen branchenweit aushandeln könnten und dies nicht für jeden Betrieb einzeln tun müssten. Die Demokraten könnten Unternehmen dazu verpflichten, dass Mitarbeiter Sitze in Führungsgremien bekommen und den Beschäftigten der Gig-Economy der Status von Angestellten zuerkannt wird.

Und wie soll mit der Automatisierung umgegangen werden? Sollen über die Frage, auf welche Ziele die künstliche Intelligenz und neue Technologien ausgerichtet werden, nur die Risikokapitalgeber des Silicon Valley entscheiden, oder sollten die Bürgerinnen und Bürger – unterstützt durch öffentliche Investitionen – mitbestimmen dürfen, in welche Richtung die Hightech-Branche sich entwickelt, und auf Innovationen drängen können, die die Arbeitnehmer stärkt und nicht ersetzt? Wie wäre es, wenn wir bei der Bewältigung des Klimawandels nicht auf von oben verordnete technokratische Lösungen setzen, sondern versuchen, denen zuzuhören, die um ihre Existenzgrundlagen fürchten? Wir könnten lokale Foren einrichten, in denen die Menschen, die in der fossilen Brennstoffindustrie und in der

Seite E 48 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Landwirtschaft beschäftigt sind, den Übergang zu einer grünen Wirtschaft in Zusammenarbeit mit führenden Vertretern der Kommunen, mit Wissenschaftlern und staatlichen Funktionsträgern gemeinsam gestalten.

So könnte eine tragfähigere Auseinandersetzung über die Gestaltung unserer Zukunft aussehen, die damit ansetzt, dass sie die Unzufriedenheit in Angriff nimmt, die Donald Trump sich zu Nutze macht. Mag sein, dass Kamala Harris und ihr Team vor dieser ambitionierten Aufgabe zurückschrecken und hoffen, dass sie die Wahl gewinnen können, indem sie Angst vor Donald Trump schüren und vor Abtreibungsverboten warnen. Der Wahlkampf, so könnten sie argumentieren, sei zu kurz, und es stehe zu viel auf dem Spiel; die öffentliche Debatte auf eine höhere Ebene heben könne man später immer noch.

Das wäre jedoch ein politischer Fehler und eine vertane historische Chance. Wer Donald Trump als Straftäter schmäht, zieht damit vielleicht die Basis auf die eigene Seite, vertieft aber die Gräben noch mehr. Den Amerikanerinnen und Amerikanern ein demokratisches Projekt anzubieten, das mehr Begeisterung weckt, könnte bei manchen einen Sinneswandel bewirken und einige Wählerinnen und Wähler umstimmen – und etwas Hoffnung machen auf ein öffentliches Leben, in dem es weniger gehässig zugeht.

Dieser Artikel erschien ursprünglich in der New York Times.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld



Michael J. Sandel, Brookline

Michael J. Sandel ist ein US-amerikanischer politischer Philosoph. Er lehrt an der *Harvard University*, wo sein Kurs „Gerechtigkeit“ der erste Harvard-Kurs war, der online und im Fernsehen frei zugänglich war. Seine Schriften zum Thema Gerechtigkeit, Ethik und Demokratien sind in 27 Sprachen übersetzt worden.

https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/mehr-als-die-rettung-der-demokratie-7689/?utm_campaign=de_40_20240802&utm_medium=email&utm_source=newsletter

13) Angst vor der völligen Eskalation.

Schon lange spitzt sich der Konflikt zwischen Israel und seinen Gegnern zu. Die Tötung von Hamas-Chef Haniyeh könnte die Region in den Abgrund reißen

Von Marcus Schneider

31.07.2024



picture alliance / Reuters | Alkis Konstantinidis Bewaffnete Demonstranten huldigen dem getöteten Hamas-Führer Ismail Haniyeh: Wie wird Irans Reaktion aussehen?

Hätte jemand die Ereignisse seit dem 7. Oktober 2023 als Drehbuch einer Netflixserie eingereicht, so wäre dieses mit hoher Wahrscheinlichkeit als zu grotesk und absurd verworfen worden. Rar sind in der Weltgeschichte die Momente, in denen es zu einer derartigen Verdichtung dramatischer Ereignisse kam wie in dem Drama, welches der Nahe Osten in den letzten zehn Monaten erlebt hat. Und all das könnte nur das Vorspiel zu dem sein, was noch kommen wird.

Als alle Welt gebannt auf den Libanon schaute, wo Israels Regierung und die Hisbollah sich anschickten, die nächste Eskalationsstufe zu erklimmen, schlug der jüdische Staat in Teheran zu. Im Herzen der iranischen Hauptstadt, dem zentralen Knotenpunkt der antizionistischen Achse des Widerstands, wurde Ismail Haniyeh, der politische Führer der Hamas, eliminiert. In einer einzigen Nacht starben somit in Beirut und Teheran die Nummer 3 der Hisbollah und die Nummer 1 der Hamas. Es ist seit dem 7. Oktober der größte Triumph für Israel. Und doch ist es ein Sieg, der – einem modernen Franz-Ferdinand-Moment gleich – die ganze Region an den Rand eines großen Krieges zu stoßen droht.

Jenseits von Gaza, wo tatsächlich eine Art entfesselter Krieg tobt, folgte die regionale Eskalation bisher einer wohlkalibrierten Choreografie. Bedrohlich tanzten die Gegner umeinander herum, setzten sich hart zu und versuchten doch, die ganz große Eskalation zu vermeiden. Mit dem nahezu gleichzeitigen Zuschlagen im Herzen der Machtapparate von Hisbollah und Islamischer Republik sendet Israel die Botschaft, dass kein gegnerischer Entscheidungsträger mehr sicher sei. Es ist die ultimative Herausforderung. Sollte es den Kriegsparteien in Beirut und Teheran noch an Argumenten gefehlt haben, Tel Aviv hat sie ihnen auf dem Silbertablett serviert.

Jenseits der Symbolik stellt sich die Frage nach dem strategischen Nutzen solcher gezielter Ermordungen. Wenn die Vergangenheit ein Maßstab ist, ist dieser eher gering. 2004 tötete das israelische Militär Scheich Ahmad Yasin, den damaligen geistigen Führer der Hamas. Seitdem ist es der Organisation gelungen, die palästinensischen Wahlen zu gewinnen, den Gazastreifen komplett zu kontrollieren, am 7. Oktober 2023 nach Israel einzufallen und eine ganze Region ins Chaos zu stürzen. Schwächer geworden ist die Hamas ganz sicher nicht. Auch Haniyeh ist ersetzbar. Die Hamas ist eine ideologische Vereinigung und keine straffe Ein-Führer-Organisation. „The devil you know“ galt früher mal als Devise. Was danach kommt, ist häufig nicht besser und ganz sicher nicht moderater. Unmittelbarster Profiteur des kurzfristigen Vakuums an der Spitze der Terrororganisation ist der ranghöchste Hamas-Führer in Gaza, Yahya Sinwar, in seinem einstürzenden Tunnelreich.

Haniyeh war der politische Kopf der Verhandlungsfraktion.

Die Verhandlungen und mit ihnen die Hoffnungen auf einen Waffenstillstand, das Ende des Leids der Zivilbevölkerung sowie eine mögliche Geiselfreilassung aus der Hölle von Gaza dürften nach dem Teheraner Zwischenfall jedenfalls erstmal passé sein. Haniyeh war der politische Kopf der Verhandlungsfraktion, mit ihm stirbt diese Option womöglich endgültig. Dies freilich ist ganz im Sinne Benjamin Netanjahus, der erst vor Tagen in Washington unter Jubelstürmen amerikanischer Volksvertreter den [„totalen Sieg“](#) als Ziel ausgab. Es ist damit auch eine Niederlage für die Biden-Administration. Der scheidende Präsident hatte zumindest öffentlich viel darauf gesetzt, die Lage im Nahen Osten und die Gewaltorgie in Gaza auf dem Verhandlungsweg zu deeskalieren. Die als *bear hug* umschriebene Strategie, den israelischen Verbündeten sanft, aber bestimmt zu einem Einlenken zu bewegen, hat nicht gefruchtet. Mit der Tötung Haniyehs in Teheran riskiert Tel Aviv ganz offen die ganz große Eskalation.

Die israelische Regierung sendet mit dieser Tötung auch eine klare Botschaft an die Palästinenser. Keine Hamas, keine Verhandlungen, keine politische Perspektive. Unterwerfung oder Tod ist die politische Wahl, vor der die Palästinenser stehen. Vor knapp zwei Wochen beerdigte die [Knesset endgültig die Zweistaatenlösung](#). In Gaza erlebt die Welt tagtäglich die systematische Zerstörung aller menschlichen und natürlichen Lebensgrundlagen. Völlig unklar ist, welche Art von Leben die zwei Millionen traumatisierten Bewohner erwartet, sollte der [„totale Sieg“](#) einmal erreicht sein. Im Westjordanland überlässt Israel derweil den regierungsoffiziellen Rechtsextremen vom Schlage Ben Gvirs und Smotrichs das Heft des Handelns. Auch hier nehmen Hass und Gewalt fast täglich zu.

Der Kampf gegen den Terrorismus, hier sollte man sich keinen Illusionen hingeben, gebiert so selbst immer neuen Terrorismus, schafft sich seine eigene Rechtfertigung und verlängert sich dadurch ad infinitum. Wirksam bekämpfen ließe sich der Extremismus nur dann, wenn es eine politische Perspektive gäbe, mit der ihm die Verankerung in den Bevölkerungen entzogen würde. Indem diese jedoch verweigert wird, verkümmert alles Moderate. Die Art der Kriegsführung in Gaza wirkt regional wie ein gigantisches Rekrutierungsprogramm für Hamas und Konsorten. Trotz der Schläge, die die Terrororganisationen einstecken, wirken sie wie die einzigen Handlungsfähigen gegenüber Israel, während die arabischen Regime als ohnmächtige Depeschenschreiber danebenstehen.

Die Gewalt in Gaza entlarvt auch die [westliche Heuchelei](#). Der Werte-Westen erscheint hier als Komplize in einer Unternehmung, die mittlerweile allem widerspricht, für das er in seinen Sonntagsreden zu stehen vorgibt. Statt eines Kampfes der Zivilisation gegen die Barbarei erscheint das, was im Nahen Osten vor sich geht, zunehmend wie ein Wettbewerb zwischen Barbarei und Barbarei.

Seite E 51 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Die Gewalt in Gaza entlarvt auch die westliche Heuchelei.

Die Gretchenfrage, die sich die Unterstützer der reinen Gewaltstrategie gegen den islamistischen Extremismus gefallen lassen müssen, ist: Wie effizient kann sie auf Dauer sein? Die Islamisten leben von der Gewalt, sie haben eine binäre Vision von Politik als Kampf zwischen Gut und Böse. Sobald sie sich um die Müllabfuhr kümmern müssen, versagen sie. Das grausame Vorgehen vom 7. Oktober kann aus Sicht der Hamas auch als ein Ausbruch aus dem entnervenden Kleinklein der Tagespolitik interpretiert werden. Gleiches gilt für die Islamische Republik Iran, deren Parolen der eigenen Bevölkerung längst als hohl und heuchlerisch aufstoßen. Der neu entflammte regionale Konflikt wirkt wie ein Revitalisierungsschub für ein ausgelaugtes Regime.

Diese Akteure in den Kampf zu zwingen, bedeutet letztlich, ihnen zu geben, was sie selbst wollen. „Wir lieben das Leben, sie lieben den Tod“, hieß es in den Anfangsjahren des globalen Kampfes gegen den Terror. Gegner waren damals freilich nur die Desperados der Al-Qaida, nicht das [sehr viel potentere Terrornetzwerk autonomer Glieder, dessen Nervenenden in Teheran zusammenfließen](#). Trotzdem gilt auch für Hamas, Hisbollah und die Huthis: Die Opferbereitschaft dieser Akteure ist weit größer als alles, was der Westen aufbringt. Was sind schon 30 000 tote Zivilisten, oder vielleicht auch 300 000, gegen das langfristige Ziel der Eroberung Jerusalems? Es ist ein Denken in anderen Kategorien. In einer Welt, in der der Märtyrertod als erstrebenswert gilt, hat niemand Angst vor einem Ende auf dem Schlachtfeld. Das bedeutet nicht, dass diese Akteure selbstmörderisch oder politikunfähig sind. Es bedeutet aber, dass eine Strategie, die den militärischen Kampf absolut setzt und das Politische außer Acht lässt, in ihnen Instinkte weckt, die eine weitere Eskalation befeuern.

Die Tötung Haniyehs, der als „Staatsgast“ auf iranischem Territorium weilte, ist für den Iran eine beschämende Demütigung. Sie trifft die Islamische Republik in ihren Grundfesten. Sie wirft die Frage auf, inwieweit der Iran die Sicherheit der eigenen Funktionsträger garantieren kann – nicht zuletzt die des Obersten Revolutionsführers, mit dem Haniyeh am Vorabend seines gewaltsamen Todes noch zusammentraf. Sie setzt das Regime nun unter gewaltigen Druck, ausgeübt nicht nur von den eigenen Anhängern, sondern auch von den Verbündeten innerhalb der Achse, denen nun lebhaft vorgeführt wurde, dass Teheran selbst dort, wo es vermeintlich absolute Kontrolle ausübt, ihr Leben nicht garantieren kann. [Ali Khamenei hat bereits Rache für den Tod des „lieben Gastes“ angekündigt](#).

Der Nahe Osten steht an seinem gefährlichsten Moment seit Mitte Oktober.

Mit der Attacke unterminiert Israel auch das, was der Iran als seine eigene Abschreckung definieren würde. Den israelischen Angriff auf das iranische Konsulat in Damaskus konterte Teheran am 13. April dieses Jahres mit dem präzedenzlosen direkten Raketen- und Drohnenangriff auf Israel. Dieser glich freilich einer Inszenierung mit siebentägigem Vorlauf. Das Ziel war Gesichtswahrung bei gleichzeitiger peinlich genauer Sicherstellung, dass eine völlige Eskalation vermieden würde. Es fungierte somit als erfolgreiche *Off-ramp* für beide Kontrahenten. Ob sich eine solche „Show“ nun wiederholen lässt, ist mehr als fraglich.

Der Nahe Osten steht heute somit an seinem gefährlichsten Moment seit Mitte Oktober, als die USA mit der Verhinderung eines israelischen Präventivschlags gegen die Hisbollah einen möglichen Flächenbrand schon einmal abwenden konnten. Sollten sich in Teheran und bei der Hisbollah nun die Anhänger der Vergeltungslogik durchsetzen, stünden die Zeichen auch angesichts einer zunehmend eskalationsbereiten israelischen Regierung auf Sturm. Die wohlkalibrierte Choreografie wäre dahin. Israel und die iranische Achse des

Seite E 52 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Widerstands befinden sich in einer Art höchstgefährlichem „Game of Chicken“, in dem beide Seiten zwar eigentlich den völligen Krieg nicht wollen, aber immer größere Risiken eingehen, um den Gegner zum Einlenken zu bewegen.

Angesichts der angeschlagenen *lame duck* im Weißen Haus und der mittlerweile angenommenen Komplizenschaft vieler in der amerikanischen Administration sollte man nicht zu viel Deeskalationshoffnung auf Washington projizieren. Unwahrscheinlich, dass die Tötungen in Beirut und Teheran ohne amerikanisches Einverständnis erfolgten – auch wenn Washington sich unwissend gibt. Die Hoffnung, die bleibt, ist, dass sich bei der Widerstandsachse rationalere Gemüter durchsetzen. Absurd und unglaubwürdig? Für eine Netflixserie wäre es dies ganz sicher.



Marcus Schneider, Beirut

Marcus Schneider leitet das FES-Regionalprojekt für Frieden und Sicherheit im Mittleren Osten mit Sitz in Beirut, Libanon. Zuvor war er für die FES unter anderem als Leiter der Büros in Botswana und Madagaskar tätig.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/angst-vor-der-voelligen-eskalation-7686/?utm_campaign=de_40_20240802&utm_medium=email&utm_source=newsletter

14) Der Sündenfall. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-03

2. August 2024

49. Jahrgang

Der Sündenfall

Für die Betroffenen und ihren Familien kann man nur Mitgefühl haben und die Freude über ihre Freilassung teilen. Sie sind wieder in Freiheit. Ihre Regierungen haben sie aus den russischen Kerkern geholt, in die sie mit haltlosen oder lächerlichen Anschuldigungen gekommen sind, wie zum Beispiel bei dem Deutschen, der Cannabis-Gummibärchen im Gepäck hatte. Das Einsammeln von angeblichen Straftätern aus dem Westen geschieht nur aus einem Grunde, nämlich sie eines Tages als Manövriermasse für einen Gefangenen austausch zu missbrauchen.

Präsident **Joe Biden** traf sich vor laufenden Kameras mit den Familien der Gefangenen, Bundeskanzler **Olaf Scholz** unterbrach seinen Urlaub und nahm seine Mitbürger am Flughafen Köln/Bonn in Empfang, ohne daraus eine Medien-Show zu machen.



Foto: Kreaml

Ganz anders in Moskau. Auch der russische Präsident **Wladimir Putin** begrüßte seine Landsleute am Flughafen und ließ dazu die Präsidentengarde antreten. Besonders herzlich wurde der so genannte „Tiergartenmörder“ umarmt, der nach Auffassung des Gerichts im Auftrage Putins einen Georgier im Tiergarten mit mehreren Schüssen am helllichten Tage regelrecht hinrichtete.

Zum Empfangskomitee gehörten auch die russischen Geheimdienstchefs und der Verteidigungsminister. „Ihr seid zu Hause, Ihr seid in der Heimat“, begrüßte **Putin die Freigelassenen und kündigte an, dass sie für staatliche Auszeichnungen vorgeschlagen würden.** Quelle: Berliner Morgenpost.

Präsident **Joe Biden** bedankte sich nach der gelungenen Übergabe umgehend bei **Olaf Scholz** für dessen Beitrag zu dem großangelegten Austausch. „Ich bin vor allem dem Bundeskanzler zu großem

Dank verpflichtet“, sagte der 81-Jährige bei einer Ansprache im Weißen Haus in Washington – vor Angehörigen der freigelassenen Amerikaner.

„Niemand hat sich diese Entscheidung einfach gemacht, einen zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilten Mörder nur nach wenigen Jahren der Haft abzuschieben“, sagte Scholz. Die Entscheidung sei von der Koalition nach sorgfältiger Beratung und Abwägung gemeinsam getroffen worden. Quelle: Tagesspiegel

*„Aus Justizkreisen ist zu hören, dass der Generalbundesanwalt mit der Entscheidung, den Tiergartenmörder freizugeben, nicht einverstanden war, sich letztlich aber der Weisung des Bundesjustizministers **Marco Buschmann** beugte. Gerichtlich überprüfbar ist die Entscheidung, die Strafe in Deutschland nicht weiter zu vollstrecken, um den Verurteilten nach Russland zu überstellen, nicht. Quelle: ZDF*

Putins mörderischer Handlanger wird nun mit Orden vollgehängt. Früher hieß das „Held der Sowjetunion.“ Man ist emotional hin und hergerissen angesichts der Freude, dass die Geiseln, nichts anderes sind sie, wieder in Freiheit sind. Das schmutzige Spiel Putins wird weitergehen. Er wird erneut Geiseln einsammeln, die angeblich Spionage betrieben haben. Niemand, vor allem Journalisten, können sich in Russland sicher fühlen. Es schützt sie auch nicht der Name eines noch so prominenten Mediums, wie zum Beispiel dem **Wall-Street Journal**. Und irgendwann wird es wieder einen Mordanschlag geben, und der Attentäter weiß, dass sein Aufenthalt im Gefängnis nicht von langer Dauer sein wird. Putin wird ihn befreien, und in Moskau wartet schon die Präsidentengarde.

Gefangenaustausche gibt es seit je her, heute finden sie in Ankara und nicht mehr auf der romantischen Glienicker Brücke statt. Eine rote Linie muss aber künftig gezogen werden: Es darf keinen Austausch mit Mördern geben. Niemals.

Ed Koch

15) Bankrotter Erdölsozialismus.

Maduro hat im Machtkampf mit der Opposition erstmals die schlechteren Karten. Der Weg dorthin war ein harter Lernprozess: Fünf Lehren aus Venezuela

Von Sandra Weiss

02.08.2024



Wie fest sitzt Präsident Maduro im Sattel? Oppositionsführerin Maria Corina Machado und Spitzenkandidat Edmundo González bei Massenprotesten gegen die offiziellen Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen.- *picture alliance / AP | Matias Delacroix*

Im Stadtviertel Campiña von Caracas befindet sich in einem in die Jahre gekommenen, grün angestrichenen Haus die Parteizentrale der Christdemokraten (COPEI). Einst war COPEI eine der beiden großen Parteien in Venezuela. Der 1958 nach dem Ende der Diktatur geschlossene Pakt von Punto Fijo mit der sozialdemokratischen *Accion Democrática* (AD) etablierte im Erdölstaat ein Zwei-Parteien-System, das für Abwechslung, gegenseitige Kontrolle und politische Stabilität sorgte. Das Modell war ein Vorbild für viele lateinamerikanische Länder in der Übergangsphase von der Diktatur zur Demokratie.

Doch noch einmal wird COPEI diese Rolle nicht spielen. Diese Tage erlebte Venezuela zwar einen epischen Wahlkampf, in den die bürgerliche Opposition so stark und geeint ging wie nie zuvor. Aber COPEI war nicht mit von der Partie. 2019 intervenierte die sozialistische Justiz und legte die Führung der Partei in die Hände von Politikern, die Machthaber Nicolás Maduro nahestehen. Dasselbe passierte mit den Sozialdemokraten. Beide Traditionsparteien sind ins Regime zwangseingegliedert worden und schickten Marionettenkandidaten ins Rennen um die Präsidentschaft – damit es so aussehe, als herrsche Pluralismus und Demokratie in Venezuela.

Machthaber Nicolás Maduro fuhr noch eine ganze Menge anderer Tricks auf, um sich seine Wiederwahl zu sichern. Geplant hatte er die Wahl, um sich einen demokratischen Anstrich zu geben und das sanktionierte Land international wieder salonfähig zu machen. Auf internationalen Druck hin ließ er einen einzigen wirklichen Oppositionskandidaten zu – den er für schwach genug hielt, um ihn zu besiegen. Das Kalkül ging gründlich schief. Letztlich blieb dem unpopulären Sozialisten, unter dem die Korruption blüht und die Wirtschaft um 75 Prozent geschrumpft ist, nur noch die Flucht nach vorne. Von seinem Wahlrat ließ er sich

Seite E 55 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

überstürzt und ohne überprüfbare Zahlen zum Sieger erklären. [Laut Wahllakten der Opposition](#) kam er nur auf 30 Prozent der Stimmen, sein bürgerlicher Herausforderer Edmundo González Urrutia auf 67 Prozent.

Seither klammert sich Maduro mit brachialer Gewalt an die Macht. Er hat eine Welle der Repression gegen seine Gegner sowie friedliche Demonstranten vom Zaun getreten. Dafür nimmt er die internationale Isolation in Kauf – als neuen Präsidenten anerkannt haben ihn bislang nur Nicaragua, Kuba, Honduras, Bolivien, China, Iran und Russland – und einen Prozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof, der schon länger wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ermittelt.

Die Nachbarländer unter Führung von Brasilien und Kolumbien, mit Unterstützung der USA, der EU, der katholischen Kirche und der Vereinten Nationen, versuchen derzeit fieberhaft, Dialog- und Verhandlungskanäle zu öffnen. Ob die Führungsclique das Angebot annimmt, ist unklar. Doch wie ist es der Opposition überhaupt gelungen, eine autoritäre Führung so in die Enge zu treiben? Ein genauer Blick auf ihre strategischen Fehler und Erfolge der letzten zwei Jahrzehnte lohnt sich. Denn Venezuela war regionaler Vorreiter auf dem Pfad des Populismus des 21. Jahrhunderts, der über die Jahre hinweg immer autoritärer wurde. Mittlerweile gibt es in Lateinamerika zahlreiche hybride Regime unterschiedlichster ideologischer Couleur. Und der Rückhalt für die Demokratie schwindet laut dem [Institut Latinobarometro](#) von Jahr zu Jahr. Die noch verbleibenden Demokraten können aus der Erfahrung Venezuelas fünf wichtige Lehren über den Umgang mit Populisten lernen.

Erstens: Wahlboykotte gehen nach hinten los. Schon Maduros sozialistischer Vorgänger Hugo Chávez setzte massiv staatliche Gelder für seinen Wahlkampf und den Stimmenkauf ein. Die Opposition protestierte gegen diese Verletzung des Fairplays, 2005 zogen sich die wichtigsten Parteien aus Protest vom Parlaments-Wahlkampf zurück. Der Schuss ging nach hinten los: Der Weg war frei für Chávez, um ganz legal seine Macht auszubauen. In fünf Jahren winkte der Kongress 150 Gesetze durch, darunter ein Ermächtigungsgesetz, das es der Regierung eineinhalb Jahre lang erlaubte, per Dekret zu regieren. Zu den besonders kritisierten Gesetzen gehörten die Verstaatlichung der Erdölindustrie, die Beschränkung der Autonomie der Zentralbank und die Entmachtung der Regionen und Kommunen. Außerdem ernannte der sozialistisch dominierte Kongress die Mitglieder des Wahlrats, den Generalstaatsanwalt und das Oberste Gericht. Damit war die Gleichschaltung „demokratisch“ vollzogen. Dennoch wiederholte die Opposition diese gescheiterte Strategie mehrfach, unter anderem bei der umstrittenen Wiederwahl von Maduro 2018.

Zweitens: Mehrere Male gab es Versuche, einen Machtwechsel gewaltsam herbeizuführen. 2002 scheiterte die Opposition zweimal: Erst mit Massenprotesten, die in einem Massaker und einem improvisierten und nur kurz währenden zivil-militärischen Staatsstreich gipfelten. Und dann mit einem Erdölstreik, der die wichtigste Industrie des Landes wochenlang lahmlegte. Aus beiden Feuerproben ging der damals populäre Chávez gestärkt hervor. Er nutzte die Gelegenheit, die Streitkräfte und den staatlichen Erdölkonzern PDVSA von Kritikern zu „säubern“ und die beiden Schlüsselinstitutionen in seinen Herrschaftsbereich einzugliedern. Außerdem konnte er daraus sein Narrativ des sozialistischen Underdogs, der gegen die finsternen Mächte des Imperialismus kämpft, glaubhaft nähren. Zumal die USA in einige dieser gewaltsamen Episoden indirekt verwickelt waren – etwa die Trump-Regierung in den Versuch, mit Parlamentsführer Juan Guaidó 2019 eine Gegenregierung zu etablieren. Weitere derartige Versuche umfassen ein gescheitertes Attentat per Drohne auf Maduro 2018 und eine gescheiterte Invasion 2020. Jedes Mal reagierte das Regime mit internen Säuberungen, mit Repression und einer Verengung der demokratischen Spielräume. Die Führungsclique wurde so zusammengeschweißt und letztlich gestärkt.

Seite E 56 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Drittens: Lange betrieb die Opposition „business as usual“. Interne Machtspielchen waren gang und gäbe. Ihre Anführer legten sich gegenseitig Steine in den Weg und konnten sich nicht auf eine gemeinsame Strategie einigen. Hardliner, Gemäßigte und Aussöhner lagen im Clinch. Zu den strategischen Differenzen kamen persönliche Ambitionen. Das erleichterte Chávez und Maduro die Aufsplitterung der Opposition. Einige Politiker ließen sich von der Regierung kooptieren, andere wurden unter Druck gesetzt und gingen ins Exil oder zogen sich aus der Politik zurück. So existierte die Opposition zwar weiter, ohne aber den Machterhalt der Sozialisten zu gefährden.

Viertens: Der massiven Propaganda konnte die Opposition lange kein eigenes, überzeugendes Narrativ entgegensetzen. Sie ließ sich von der Agenda der Regierung treiben und wurde so in der Öffentlichkeit lediglich als „Anti-Chávez“ wahrgenommen. Viele Jahre lang blieb die Diskussion um den Abbau der Demokratie ein Thema der politischen Eliten und des Bildungsbürgertums. In den Armenvierteln ging es prioritär um soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Anerkennung – Themen, die die elitenfixierte Opposition nicht bediente. Da unter Chávez der Erdölpreis Rekordhöhen erreichte, hatte der Staat zudem genügend Geld zu verteilen, um seine Klientel bei Laune zu halten – mit Dutzenden von Sozialprogrammen, die als Gegenleistung Loyalität zum Führer verlangten.

Fünftens: Einheit und Erneuerung von unten waren für die Opposition unverzichtbar. 2008 begann sie, ihre Strategie zu ändern. In dem Jahr schloss sie sich zum Tisch für Demokratische Einheit (MUD) zusammen. Das zahlte sich aus: Sie gewann bei Bürgermeister- und Regionalwahlen einige wichtige Positionen, zum Beispiel siegte der noch junge Oppositionspolitiker Carlos Ocariz im Osten von Caracas, einer einstigen Hochburg der Sozialisten, und Antonio Ledesma gewann in der Hauptstadt. Eine neue, sozial diversere Generation von Studentenführern stieg in den Oppositionsparteien auf und begann, in den Armenvierteln soziale und politische Basisarbeit zu machen. 2015 gewann dann die Opposition bei den Parlamentswahlen eine klare Mehrheit. Doch sie konnte kein Kapital aus dem Sieg schlagen. Es war die letzte freie Wahl. Die oppositionellen Bürgermeister wurden entmachtet, indem ihnen ein vom Präsidenten ernannter Präfekt vorgesetzt wurde, der die Kontrolle über die Haushaltsmittel bekam. Das oppositionelle Parlament wurde nicht anerkannt, stattdessen ließ das Regime ein neues wählen. Es war bitter: Als die Opposition die Spielregeln des Populismus verstanden hatte, änderte das Regime sie kurzerhand und zwang ihre Gegner dazu, sich wieder neu aufzustellen, diesmal im Autoritarismus mit einem noch ungleicheren Spielfeld.

Naturgemäß ist es schwer, die Propaganda- und Machtschemata charismatischer populistischer Führer zu durchbrechen. Rezepte des demokratischen Alltags funktionieren nur bedingt. Hinzu kommt, dass populistische Herrscher in der Regel nicht vom Himmel fallen, sondern an konkrete Repräsentationsdefizite der traditionellen demokratischen Systeme andocken. Sie regieren mit Emotionen, nicht mit messbaren Programmen. Dämmert ihren Wählern der Schwindel, ist es oft zu spät, und demokratische Gegengewichte und Instanzen sind demontiert. Venezuelas Führerduo Chávez und Maduro hatte zudem das historische Glück, ein Jahrzehnt lang seine Klientel mit sprudelnden Erdölmilliarden bei Laune halten zu können. Die Opposition brauchte lange, um sich personell, inhaltlich und strategisch an die neue Herausforderung anzupassen. Aber sie hat nie aufgegeben. Am 28. Juli hat sie ihren größten Erfolg der letzten 25 Jahre eingefahren. Der Erdölsozialismus ist wirtschaftlich und ideologisch bankrott und hat den Rückhalt in der Bevölkerung verloren – Maduro will es nur noch nicht wahrhaben.



Sandra Weiss, Mexiko-Stadt

Sandra Weiss ist Politologin und ehemalige Diplomatin. Als freie Lateinamerika-Korrespondentin schreibt sie unter anderem für *Die Zeit* und *Die Welt*

https://www.ipg-journal.de/regionen/lateinamerika/artikel/bankrotter-erdoelsozialismus-7690/?utm_campaign=de_40_20240802&utm_medium=email&utm_source=newsletter

16) Ursachen und Folgen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-01

1. August 2024

49. Jahrgang

Ursachen und Folgen

In einer aufgeheizten Stimmung darf die Ursache nie vergessen werden, die die Reaktion auslöste. Die Ursache: „Der 7. Oktober steht mit den bestialischen Massakern der Terrororganisation Hamas für den größten Massenmord an Jüdinnen und Juden seit der Shoah und gleichzeitig für den schmerzhaftesten Tag in der Geschichte des Staates Israel. 1.200 Israelis wurden brutal ermordet und 240 Geiseln in den Gaza-Streifen verschleppt.“ Das die Reaktion nur heißen konnte, die Hamas vernichten zu wollen, ist folgerichtig.

Das ist bisher nicht gelungen, und wird auch in Zukunft nicht gelingen, weil von einer Terrororganisation, die große Unterstützer und Geldgeber im Ausland hat, immer genügend „Kämpfer“ übrigbleiben werden, die ihren Lebensinhalt darin sehen, die selbst ernannten Feinde zu vernichten. Hamas und Hisbollah sind keine Freiheits-, sondern mörderische Terrororganisationen.

So berechtigt der Kampf gegen die Hamas im Gaze-Streifen ist, darf die Frage erlaubt sein, welchen Sinn es macht, die komplette Infrastruktur und Lebensgrundlage in einem Gebiet mit zwei Millionen Menschen, zu zerstören. Die Antwort darauf, wie es nach dem Krieg im Gaza-Streifen weitergehen soll, bleibt Israel bislang schuldig.

Auch wenn es nachvollziehbar Israel anwidert, über welche Umwege auch immer, mit der Hamas in Kontakt treten zu müssen, um die Geiseln freizubekommen, muss dieser Weg beschritten werden. Die Frage nach einem Waffenstillstand ist leicht beantwortet: Die Hamas lässt die Geiseln frei. Israel müsste danach allerdings für eine neue Ordnung unter internationaler Beteiligung im Gaza-Streifen sorgen.

Es ist fast nicht zu glauben, dass es gelingen kann, den bekanntesten Hamas-Führer mit einer bemerkenswerten Präzision im Herzen Teherans zu töten, aber nicht die Geiseln im Gaza-Streifen zu finden.

Wenn man schon ein „Geschäft mit dem Bösen“ machen muss, um seine Leute nach Hause zu bringen, ist es absurd, jemand zu töten, der in den Verhandlungsprozess involviert ist. Mit was für einem Staat wir es zu tun haben, wenn über den Iran gesprochen wird, ist bekannt. Dennoch ist der Iran völkerrechtlich ein souveräner Staat. Er kann es nicht hinnehmen, wenn ein „Ehregast“, der gerade noch an der Amtseinführung des neuen Präsidenten teilgenom-

men hat, in der Hauptstadt durch einen anderen Staat getötet wird. Israel hat sich zu diesem Anschlag bislang nicht bekannt, die Indizien sprechen dagegen, so lange gilt aber erst einmal die Unschuldsumutung. Diese wird den Iran nicht davon abhalten, einen Gegenschlag durchzuführen.

„Wir befürchten, dass die Region am Rande eines totalen Krieges steht“, sagt Japans stellvertretender UN-Vertreter **Shino Mitsuko**. Alle Aktionen, „die den gesamten Nahen Osten in den Abgrund treiben könnten“, müssten vermieden werden, ließ UN-Generalsekretär **António Guterres** mitteilen. FR

In einer derart aufgeheizten Lage, am Rande eines Flächenbrands, wäre Zurückhaltung angebracht. Die Appelle der US-Regierung und der deutschen Außenministerin verhallen ungehört, ebenso wie die des UN-Sicherheitsrates. Auch die Hisbollah wird Appelle, sich zurückzuhalten, überhören, nachdem ihr ranghöchster Militärkommandeur in Beirut getötet wurde, wozu sich Israel ausdrücklich bekennt. Der so genannte „Geistliche Führer“ des Iran, der das eigentliche Sagen im Land hat, soll Medienberichten zufolge befohlen haben, Israel anzugreifen.

Es ist ein Trugschluss anzunehmen, wie einige in den „sozialen Medien“ verkünden, dass die Welt „ein wenig besser geworden ist“ durch die Tötung der Anführer der beiden Terrororganisationen, sicherer ist sie auf keinen Fall geworden.

So verständlich es ist, Terrororganisationen vernichten zu wollen, sollte man nie den Preis, den man dafür selbst zu zahlen hat, aus den Augen verlieren. Es war ein Fehler, zum jetzigen Zeitpunkt die beiden Chef-Terroristen zu töten, weil damit das Leben der verbliebenen Geiseln in höchstem Maße gefährdet wird.

Israel nimmt die Ratschläge seiner engsten Verbündeten nicht ernst, ob aus den USA oder Deutschland. Israel und sein inzwischen äußerst umstrittener Ministerpräsident, den nur noch der Krieg im Amt hält, fühlen sich stark und sicher. Ob der Schutzschirm über Israel allen Angriffen standhalten wird, ist nicht sicher. Was auch geschieht, Israel weiß, dass es, so hart wie es auch kommen mag, immer von den USA und Deutschland unterstützt werden wird, denn „Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson.“

Heute vor 80 Jahren wurde der polnische Aufstand in Warschau von Nazi-Deutschland brutal niedergeschlagen und die Stadt in Schutt und Asche gelegt. Die Bilder von damals sind die Bilder von heute.

Ed Koch

17) Krise der liberalen Ordnung.

Globale Institutionen wie der Internationale Strafgerichtshof stehen in der Kritik. Dabei braucht es diese in Zeiten der Großmachtrivalität besonders

Von Rolf Mützenich

29.07.2024



Internationale Regeln sind essenziell, um die Macht von Staaten einzuhegen. *picture alliance / Ikon Images | Gary Waters*

Vor 26 Jahren verabschiedeten 120 Staaten das Statut von Rom, welches die Rechtsgrundlage für den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) schuf, der vier Jahre später seine Tätigkeit aufnahm. Die Errichtung des ersten universalen und permanenten internationalen Strafgerichtshofs war ein historischer Meilenstein in der Entwicklung des internationalen Völkerstrafrechts. Seit 2002 befasst sich der IStGH mit den schwersten Verbrechen, „welche die internationale Gemeinschaft als Ganze berühren“, wie es in Artikel 5 des Römer Statuts heißt. Zu diesen Verbrechen gehören Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und das Verbrechen der Aggression. Bisher wurden 32 Gerichtsfälle vor dem Internationalen Strafgerichtshof verhandelt. Insgesamt 124 Staaten sind mittlerweile Vertragsstaaten des IStGH, darunter alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie zahlreiche Staaten aus Afrika, Asien und Lateinamerika.

Doch trotz der bedeutenden Rolle des IStGH bei der Entwicklung und Stärkung internationaler Rechtsnormen ist die Euphorie der 1990er Jahre inzwischen einer deutlichen Ernüchterung gewichen. Eine wesentliche Kritik ist, dass der IStGH selbst über keine Zwangsmittel verfügt, um Staaten zur Umsetzung seiner Urteile zu zwingen. Die Funktionsfähigkeit des Strafgerichtshofs hängt folglich stark von der Kooperation der Mitgliedstaaten ab. Zudem wird dem IStGH vorgeworfen, politisch voreingenommen zu sein und sich fast ausschließlich auf Fälle auf dem afrikanischen Kontinent zu konzentrieren. Tatsächlich betraf ein Großteil der bisher behandelten Fälle vor allem afrikanische Staaten, obwohl schwere Verbrechen auch in anderen Teilen der Welt begangen wurden. Besonders im Globalen Süden hat diese Wahrnehmung zu einer wachsenden Skepsis gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof geführt. Hinzu kommt, dass einige der mächtigsten Staaten der Welt, wie die USA, Russland oder China das Römische Statut nach wie vor nicht ratifiziert haben. Dies untergräbt nicht nur die universelle Gültigkeit und Akzeptanz des

Seite E 60 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Gerichts, sondern verstärkt auch den Eindruck, dass der IStGH lediglich ein Instrument der Großmächte zur Durchsetzung ihrer machtpolitischen Interessen ist.

Dieser Vorwurf an den IStGH wiegt umso schwerer, da er sich nicht allein an den Internationalen Strafgerichtshof richtet, sondern an die asymmetrischen Machtverhältnisse der liberalen Ordnung im Ganzen. Ein zentraler Kritikpunkt des Globalen Südens lautet, dass internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds nach wie vor die Machtverhältnisse nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs widerspiegeln und von westlichen Ländern dominiert werden. So ist beispielsweise weder Indien als bevölkerungsreichstes Land der Erde noch ein einziger Staat aus Afrika und Lateinamerika als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat vertreten. Erschwerend kommt hinzu, dass die Funktionsfähigkeit und Akzeptanz internationaler Institutionen bereits seit Jahren abnehmen, so dass man inzwischen durchaus von einer existentiellen Krise der liberalen Ordnung sprechen kann. Dies gilt nicht nur für den IStGH, sondern auch für die Vereinten Nationen, die Welthandelsorganisation, die OSZE oder die Weltklimakonferenzen.

Doch gerade in einer Zeit, in der internationale Institutionen immer häufiger blockiert sind oder infrage gestellt werden, hat sich der IStGH als einer der wenigen Hoffnungsschimmer und als wichtiger Eckpfeiler der liberalen Ordnung erwiesen. So hat der IStGH am 17. März 2023 wegen möglicher Kriegsverbrechen in der Ukraine einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Putin erlassen. Vor nur wenigen Wochen folgten Haftbefehle gegen den ehemaligen Verteidigungsminister Schoigu und Generalstabschef Gerassimow. Dies verdeutlicht: Selbst eine Atommacht und ein Mitglied des UN-Sicherheitsrats muss sich letztlich vor dem Völkerrecht verantworten. Die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs war nicht nur von hoher symbolischer Tragweite, sondern hatte auch direkte praktische Konsequenzen: So konnte Präsident Putin beispielsweise aufgrund dieser Entscheidung nicht persönlich zum 15. Gipfeltreffen der BRICS in Johannesburg am 9. September 2023 reisen, da ihm sonst eine Verhaftung durch die südafrikanischen Behörden gedroht hätte.

Besonders Deutschland war stets ein starker Verfechter des Internationalen Strafgerichtshofs.

Am 20. Mai 2024, beantragte der Chefankläger des IStGH Khan zudem im Zusammenhang mit dem Krieg in Gaza einen Haftbefehl gegen drei hochrangige Mitglieder der Hamas sowie gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und Verteidigungsminister Yoav Gallant. Die Haftbefehle gegen Premierminister Netanjahu und Verteidigungsminister Gallant haben in einigen westlichen Ländern zum Teil heftige Kritik hervorgerufen. Es war natürlich bedauerlich und unangemessen, dass die Anträge auf Haftbefehl gegen die Mitglieder der Hamas und der israelischen Regierung gleichzeitig gestellt wurden. Gleichwohl habe ich bereits damals in einem [Interview](#) betont, dass es trotzdem klug ist, sich einer voreiligen Kommentierung zu enthalten. Deutschland und die westlichen Länder sollten eine vorurteilsfreie und unabhängige Prüfung der Vorwürfe abwarten. Sollten westliche Staaten versuchen, Einfluss auf die Gerichtsentscheidung auszuüben, würde dies sowohl unsere eigene als auch die Legitimität des Internationalen Strafgerichtshofs in künftigen Fällen erheblich untergraben.

Der Chefankläger hat zudem durch seine Anträge auf Haftbefehl gegen israelische Regierungsmitglieder deutlich gemacht, dass sich auch westliche Demokratien der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs nicht entziehen können – entgegen dem Vorwurf vieler Länder des Globalen Südens. Ob es letzten Endes tatsächlich zu einem Haftbefehl kommt, muss nun durch ein unabhängiges Richterkollegium am Strafgerichtshof

Seite E 61 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

vorurteilsfrei entschieden werden. Doch das übergeordnete Interesse an der Integrität und Legitimität des Internationalen Strafgerichtshofs wiegt letztlich schwerer als eine nachvollziehbare politische Kritik am Vorgehen des Chefanklägers des IStGH.

Gerade in Zeiten, in denen internationale Institutionen und Regelwerke sowohl von autoritären Mächten von außen als auch anti-demokratischen Kräften im Inneren bedroht werden, sollte die demokratische Welt alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Institutionen der liberalen Ordnung zu schützen und zu reformieren. Besonders Deutschland war stets ein starker Verfechter des Internationalen Strafgerichtshofs und ist nach Japan der zweitgrößte Beitragszahler. Die Bundesregierung sollte daher aktiv auf eine Ausweitung und Weiterentwicklung des Statuts hinarbeiten. Erst am 6. Juni dieses Jahres hat der Deutsche Bundestag einen wegweisenden Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Fortentwicklung des Völkerstrafrechts angenommen. Das Gesetz, das am 5. Juli auch vom Bundesrat beschlossen wurde, zielt darauf ab, das Völkerstrafgesetzbuch zu verschärfen und an das inzwischen veränderte Römische Statut anzugleichen. Ziel ist es, bestehende Straflücken im Völkerstrafgesetzbuch zu schließen und die Rechte der Opfer zu stärken, insbesondere von Frauen und queeren Menschen, sowie die internationale Zugänglichkeit von Völkerstrafverfahren zu verbessern.

Es ist nicht zu erwarten, dass die Großmächte angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen in absehbarer Zeit dem Römischen Statut beitreten werden.

Besonders die SPD-Bundestagsfraktion hat im parlamentarischen Verfahren erfolgreich durchgesetzt, dass die sogenannte „funktionelle Immunität“ einer Verfolgung von Verbrechen nach dem Völkerstrafgesetzbuch nicht im Wege steht. Das ist nun gesetzlich abgesichert. Dadurch wird sichergestellt, dass auch Amts- und Hoheitsträger für die Begehung von Völkerstraftaten letztlich zur Rechenschaft gezogen werden. Noch im November vergangenen Jahres hatte das Auswärtige Amt gegenüber der *International Law Commission* zur Frage der Immunitätsausnahme bei Völkerstraftaten Stellung genommen und lediglich auf eine sich entwickelnde Regel des Völkergewohnheitsrechts verwiesen. Mit der Änderung im Ausschuss hat der Deutsche Bundestag nun ein bedeutendes Zeichen für die Stärkung der regelbasierten Ordnung und Weiterentwicklung des internationalen Völkerrechts gesetzt. Die Überprüfungskonferenz des Römischen Statuts im kommenden Jahr bietet eine weitere Möglichkeit, die Zuständigkeit des IStGH insbesondere im Hinblick auf das Verbrechen der Aggression zu überprüfen und zu erweitern.

Gleichwohl sollte man auch in dieser Frage Realist bleiben: Die Welt hat sich seit der Hochphase des „Liberalismus“ und dem „unipolaren Moment“, in denen die USA als weitgehend alleinige Ordnungsmacht agieren konnte, fundamental gewandelt. Wir befinden uns auf dem Weg hin zu einer multipolaren Welt mit mehreren Machtzentren. Gleichzeitig nimmt die strategische Rivalität zwischen China und Russland einerseits und dem Westen andererseits stetig zu. Der Wettbewerb zwischen den Großmächten und die wachsenden geopolitischen Spannungen werden – ähnlich wie im Kalten Krieg – die Funktionsfähigkeit und die Entwicklung internationaler Organisationen maßgeblich prägen. Wir sollten daher keine Illusionen hegen. Es ist nicht zu erwarten, dass die Großmächte angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen in absehbarer Zeit dem Römischen Statut beitreten werden. Ebenso ist nicht auszuschließen, dass Staaten immer wieder versuchen werden, den Internationalen Strafgerichtshof zu ihrem eigenen machtpolitischen Vorteil zu missbrauchen.

Doch gerade eine multipolare Welt des Wettbewerbs der Großmächte braucht dringend ein verbindliches und gerechtes Regelwerk, in dem nicht das „Recht des Stärkeren“, sondern die „Stärke des Rechts“ gilt. Wir müssen deshalb eine multipolare Ordnung schaffen, die auf

dem Völkerrecht und auf regelbasierten Institutionen basiert. Dazu gehören eine ständige Verrechtlichung der internationalen Politik, internationale Schieds- und Strafgerichtsbarkeit sowie vertragsbasierte Abrüstung und Rüstungskontrolle. Wir brauchen wieder wirksame und verbindliche Regeln und Mechanismen der Schieds- und Strafgerichtsbarkeit und der Konfliktregelung. Der IStGH, aber auch andere internationale Gerichtshöfe wie beispielsweise der Internationale Gerichtshof (IGH), der Internationale Schiedsgerichtshof, der Internationale Seegerichtshof (ISGH) oder der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte haben hierfür in den vergangenen Jahrzehnten Unverzichtbares geleistet. Besonders in Zeiten des Großmächte Wettbewerbs und geopolitischer Spannungen dürfen wir die Verrechtlichung internationaler Politik nicht vernachlässigen. Auf dem Spiel steht letztlich nicht weniger als die Zukunft der liberalen Ordnung.



Rolf Mützenich

Dr. Rolf Mützenich ist seit 2019 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Er gehört seit 2002 dem Bundestag an.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/krise-der-liberalen-ordnung-7680/?utm_campaign=de_40_20240730&utm_medium=email&utm_source=newsletter

18) Angriff von allen Seiten.

Ein vom Iran gesteuertes Netzwerk mit separaten Zellen durchzieht den Nahen Osten. Israel kann den Mehrfrontenkrieg militärisch nicht gewinnen

Von Andreas Krieg

30.07.2024



Der Raketenangriff der Hisbollah auf dem Golan ist eine weitere Eskalation im Nahostkonflikt: Wie werden Israels Gegenmaßnahmen aussehen? - *picture alliance / AP | Hassan Ammar*

Seit dem verheerenden Angriff der palästinensischen Hamas am 7. Oktober 2023 befindet sich Israel in einem Mehrfrontenkrieg, den es militärisch nicht gewinnen kann. Die militärische Überlegenheit der israelischen Armee ist nicht mehr ausreichend, um strategisch-vernichtende Schläge gegen ein [vom Iran geleitetes Netzwerk-Cluster](#) zu führen. Dies zeigt, wie in den rund zehn Jahren nach dem Arabischen Frühling gut vernetzte, nicht-staatliche Akteure zu wichtigen Playern in der Region geworden sind. In Sachen Widerstandsfähigkeit übertreffen diese Netzwerke oft Staaten mit ihren starren Hierarchien.

Israel sieht sich nun von dem mächtigsten dieser Netzwerke in der Region umzingelt: der sogenannten „Achse des Widerstands“. Die vom Iran geführte lose Organisation umfasst bewaffnete irakisch-schiitische Gruppen, die libanesische Hisbollah, die palästinensische Hamas, den Islamischen Dschihad, die syrische Regierung und die jemenitische Ansarullah-Bewegung, besser bekannt als die Huthis. Diese staatlichen und nicht-staatlichen Akteure sind tief in das soziopolitische Gefüge der Region eingebettet.

Das Zerwürfnis zwischen Teheran und Tel Aviv ist in den vergangenen Jahren weitgehend statisch und in einer Grauzone verhaftet geblieben. Doch seit Oktober 2023 bewegt man sich aus diesem Graubereich langsam heraus, [rote Linien](#) werden immer wieder überschritten oder verschoben. Israel kann zwar die Hamas in Schach halten und [bis zu einem Waffenstillstand weiterkämpfen](#) (wenn auch zu einem inakzeptablen Preis für die palästinensische Zivilbevölkerung im Gazastreifen), aber die Kosten des Zermübungskrieges gegen die Hisbollah entlang der Grenze zum Libanon sind für Tel Aviv zunehmend untragbar geworden.

Die Netzwerke, die der Iran nutzt, sind älter als die Islamische Revolution von 1979. [Transnationale schiitische Netzwerke](#), die den Iran über den Irak und Syrien mit dem Libanon und darüber hinaus verbinden, reichen teils Jahrhunderte zurück. Sie bieten Geistlichen, lokalen Gemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Akteuren seit langem gegenseitigen Anschluss und Kontakt. Die iranischen Revolutionäre [bauten schon auf diese bestehenden Netzwerke](#), um Unterstützung für die mit der Revolution 1979 errichtete Theokratie zu mobilisieren. Die so entstehende „Achse“ bietet dem neuen iranischen Staat seitdem neue strategische Möglichkeiten.

Nach dem Vorbild von Bienen und Vögeln sind diese Zellen in der Lage, mit relativ kleinen Einheiten aus verschiedenen Richtungen gleichzeitig anzugreifen.

Um den stärksten hierarchisch organisierten Kräften in der Region (namentlich dem US- und dem israelischen Militär) etwas entgegenzusetzen, setzte der Iran auf „Heterarchien“: auf Einzelgruppen, die unter dem gemeinsamen Banner eines [Widerstandsnarrativs](#) lose miteinander verflochten sind. Im Zentrum dieser Netzwerkstrategie stehen die Prinzipien Dezentralisierung und räumliche Verteilung. Damit setzt der Iran das westliche militärische Konzept der Einsatzleitung – mit zentral ausgegebenen Zielen, aber dezentraler Ausführung – in einer eigenen strategischen Version um. So lässt Teheran seinen Partnern ein unterschiedlich hohes [Maß an Autonomie](#) bei strategischen und operativen Entscheidungen. Der Iran ist von den meisten globalen Versorgungsketten und Finanzdienstleistungen abgeschnitten. Daher setzt er darauf, die Umsetzung der Staatsinteressen über Netzwerke und Allianzen zu steuern.

Selbst auf der organisatorischen Ebene weisen die Knotenpunkte in Irans „Widerstandsnetzwerk“ eine Mischung aus klassisch-hierarchischen und netzwerkartigen Strukturen auf. Die Hisbollah und die Huthis bestehen aus [verschiedenen Zellen](#), die sich wie Satelliten um die [Dschihad-Räte](#) drehen, die ihrerseits als zentrale Schaltstellen fungieren. Über diese Zentralen können die Islamischen Revolutionsgarden des Iran ihre Verbindung zu den verschiedenen Punkten des Netzwerks aufrechterhalten. Die unterschiedlichen operativen Zellen in dieser Organisationsform agieren wie [Schwärme](#): Sie sind scheinbar amorph, aber dennoch koordiniert und unter einem übergeordneten strategischen Ziel vereint. Nach dem Vorbild von Bienen und Vögeln sind diese Zellen in der Lage, mit relativ kleinen Einheiten aus verschiedenen Richtungen gleichzeitig anzugreifen. Diese Art von Angriff ist für eine große hierarchische Organisation wie die Israelischen Verteidigungskräfte (IDF) trotz ihrer deutlich größeren Feuerkraft nur schwer zu bewältigen.

Ein umfassender Krieg mit der Hisbollah (einem besonders wichtigen Knotenpunkt in der „Achse des Widerstands“) wäre für Israel wahrscheinlich die verheerendste Auseinandersetzung seiner Geschichte. Hunderttausende Flugkörper, Drohnen und Raketen sind auf praktisch jeden Quadratzentimeter des israelischen Territoriums gerichtet. Israel ist somit strategisch von einem Netzwerksystem eingekreist, das der Iran seit den 1970er Jahren in der Region aufgebaut hat. Für Tel Aviv ist das dramatisch. Die alles überwältigende Waffenkraft kann nur schwer gegen ein dezentralisiertes Netzwerkbandel eingesetzt werden; und Israels Ziele dürften auf diese Weise nicht erreicht werden. Das liegt zum Teil daran, dass der ideologische Schwerpunkt der „Achse des Widerstands“ die wichtige strategische Erzählung von eben jenem einigenden „Widerstand“ ist. Vor allem ist aber das flexible Netzwerkformat der Garant für Resilienz und Widerstandskraft.

Teheran hat ein organisches Netzwerk geschaffen, das sich selbst trägt.

Seite E 65 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Die „Achse des Widerstands“ ist dabei weitaus mehr als die lokalen militärischen Zellen. Es besteht auch aus globalen Finanzvehikeln, [um Geld zu waschen](#); es bietet [logistische Ressourcen](#), um Waffen und andere materielle Unterstützung über das Netzwerk hinweg zu befördern; es schafft [Kultur- und Bildungsstrukturen](#), um die ideologische Unterstützung vor Ort aufrechtzuerhalten; es betreibt [Medien](#), um die Wahrnehmung auf regionaler sowie auf globaler Ebene zu beeinflussen; und es bietet [eine Art Regierungsführung](#), wie im Irak, im Libanon oder im Jemen, wo individuelle Gruppen (wie die Huthis) als quasi-staatliche Entitäten auftreten und quasi-staatliche Dienstleistungen erbringen. Jedes Zentrum des Netzwerks ist darüber hinaus in weitere Netzwerke untergliedert. Dies stellt Israel vor die Sisyphusaufgabe, immer wieder einzelne Punkte des Netzwerks zu eliminieren, wobei aber die Organisation als Ganze nicht zu Fall gebracht wird.

Teheran hat ein organisches Netzwerk geschaffen, das sich selbst trägt. Zuvor war die „Achse“ auf Finanzierung durch das iranische Zentrum angewiesen, aktuell konzentriert sich die Islamische Republik hingegen vielmehr auf den Transfer von Technologie und Know-how innerhalb des Netzwerks. Die Last des „bewaffneten Widerstands“ kann derweil geteilt werden. Zwar war die tatsächliche Unterstützung für die Hamas bisher weitgehend symbolisch, doch das dezentralisierte Netzwerk setzt immer wieder kleine Nadelstiche, die Israel auch gleichzeitig zugefügt werden können. Die Israelischen Streitkräfte sehen sich daher einem kostspieligen Zermübungskrieg an mehreren Fronten und in unterschiedlichen Intensitäten gegenüber.

Vor allem aber ermöglicht das Netzwerkmodell dem Iran ein dreidimensionales Spiel, bei dem verschiedene Züge gleichzeitig stattfinden. Israel hingegen spielt ein sequenzielles Schachspiel in einem zweidimensionalen Raum. Tel Aviv mag auf seine militärische Stärke und Überlegenheit setzen, um Kräfte wie die Hamas und die Hisbollah zu „vernichten“, doch Letztere messen ihre Leistungen und Erfolge nicht in binären Begriffen und Zahlen.

Um es vereinfacht auszudrücken: Die „Achse des Widerstands“ [gewinnt, indem sie einfach nicht verliert](#). Ebenso verliert Israel, weil es langfristig nicht gewinnen kann. Es gilt die Gleichung: Solange die „Achse“ in der Lage ist, für Israel Kosten und Verluste zu verursachen, kann das israelische Militär kein Siegesnarrativ konstruieren – trotz aller taktisch-militärischer Erfolge. Mehr noch, seit dem 7. Oktober hat die kumulative Wirkung der verstreuten und dennoch koordinierten bewaffneten Operationen der Hisbollah, der Huthis und der irakischen bewaffneten Gruppen den Druck auf Tel Aviv erhöht. Was einst eine Grauzone war, in der Israel die [eskalatorische Dominanz](#) hatte, ist nun eine Pattsituation, die für den israelischen Staat zu kostspielig ist, um sie auf unbestimmte Zeit weiter aufrechtzuerhalten.

Schon jetzt wird Israels vermeintliche Allmacht und Unbesiegbarkeit auf den arabischen Straßen infrage gestellt.

Für seine nationale Sicherheit und zur Machtausübung baut der Iran auf den Netzwerkansatz. Dieser scheint auf lange Sicht weitaus resilienter zu sein als der rein hierarchische Ansatz, den Israel mit seinem Militär verfolgt. Harte Schläge, mit denen einzelne Zellen der Hisbollah oder der iranischen Revolutionsgarden ausgeschaltet werden sollen, sind in einem vernetzten Raum [weitgehend bedeutungslos](#). Schließlich ist kein Knotenpunkt im Netzwerk so zentral und bedeutend, dass die „Achse“ in ihrer Gesamtheit strategisch auf ihn angewiesen wäre. Die Verbindungslinien können leicht umgeleitet werden, selbst wenn ein oder mehrere Knotenpunkte eliminiert werden.

Während der Iran das Herzstück einer [vernetzten regionalen Ordnung](#) ist, scheint Israel seine Staatsmacht lediglich auf die eiserne Faust seines hierarchischen Militärs zu stützen.

Seite E 66 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Da es keine konsequente politische Strategie gibt, muss Israels Armee ein unendliches *Whac-A-Mole* spielen: Wenn man auf den einen Gegner einschlägt, ploppt irgendwo anders der nächste auf. Die Israelischen Streitkräfte müssen auf eine wachsende Anzahl von zumindest störenden Aktivitäten in einem sich ausweitenden dreidimensionalen Kampfgebiet reagieren.

Ein uneingeschränkter Krieg gegen die Hisbollah – so zerstörerisch er für die vom Iran unterstützte Gruppe (und die libanesischen Zivilbevölkerung) auch sein mag – könnte die israelische Gesellschaft an den Rand des Zusammenbruchs bringen. Dies gilt besonders, wenn andere Teile des „Achsen“-Netzwerks in diesem Falle entscheiden, *gleichzeitig* ihre Zurückhaltung zu beenden. Tatsächlich dürfte eine starke „[Einheitsfront](#)“ entstehen (man könnte von „Einer für alle, alle für einen“ sprechen), wenn die iranische Führung fürchten müsste, dass ihre langfristigen Investitionen in den Libanon in Gefahr sind. Schon jetzt wird Israels vermeintliche Allmacht und Unbesiegbarkeit auf den [arabischen Straßen](#) infrage gestellt. Die israelische Regierung wäre gut beraten, die Widerstandsfähigkeit und Entschlossenheit der „Achse des Widerstands“ nicht zu unterschätzen oder auszutesten.

Auch für Europa ist es wichtig, die sich entwickelnde vernetzte Ordnung im Nahen Osten anzuerkennen. Die meisten EU-Staaten haben ihr Engagement in der Region auf zwischenstaatliche Beziehungen beschränkt, wobei hierarchische staatliche Institutionen die Führung in der Außenpolitik übernehmen. Europa muss seine eigenen Netzwerke in der Region aufbauen, durch Handel, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Nur dann kann es mit den Knotenpunkten konkurrieren, die der Iran durch seine „Achse des Widerstands“ miteinander verbunden hat.

Die EU muss verstehen, dass weder der Iran noch die verschiedenen Akteure in seinem Netzwerk Einzelspieler sind – ihre Machtquelle ist das Netzwerk und die Vernetzung selbst. Und obwohl Teherans Verbindungen sehr widerstandsfähig sind, könnte Europa mehr tun, um die Ströme von Informationen, Waffen, Technologie, Geld und Kämpfern zu stoppen, die durch die Netzwerke des Iran laufen. Um diese zu unterbrechen, bedarf es jedoch mehr als nur der Zustimmung der EU oder der Behörden der Mitgliedstaaten. Es bedarf der Zusammenarbeit von Privatpersonen, Banken, Unternehmen und der Zivilgesellschaft, die alle effektiver in die Außenpolitik der EU und seiner Mitgliedstaaten eingebunden werden müssen.

Dieser Text erschien zuerst auf Englisch bei [Amwaj.media](#) und ist leicht verändert worden.

Aus dem Englischen von Tim Steins



Andreas Krieg, London

Andreas Krieg ist Dozent an der *School of Security Studies* des *King's College London* und *Fellow* am *Institute of Middle Eastern Studies*.

https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/angriff-von-allen-seiten-7682/?utm_campaign=de_40_20240730&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Keine Berichte

01) Gefährlicher Kurs.

In der EU wird häufig mit der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten geliebäugelt. Damit macht sich Brüssel erpressbar

Von Olivia Sundberg Diez

23.08.2024



picture alliance / imageBroker | Martin Storz

Seit Langem versuchen Regierungen, Menschen, die ihre Grenzen erreichen, den Schutz zu verweigern und die Verantwortung auf andere Länder abzuwälzen. Vorschläge zur „Auslagerung“ oder „Externalisierung“ von Asylverfahren in Länder außerhalb der Europäischen Union wurden von Anfang an kritisiert, verurteilt und immer wieder verworfen – aus gutem Grund. Das hat allerdings nicht verhindert, dass Modelle dieser Art in letzter Zeit erneut in Erwägung gezogen werden. Mitte Mai schlugen 15 Mitgliedstaaten in einem Schreiben an die Europäische Kommission vor, die [Asylgesetze der EU dahingehend zu ändern](#), dass es möglich wäre, schutzsuchende Menschen in Länder zu schicken, mit denen die Asylsuchenden gar nichts zu tun haben, die aber dann für Asylverfahren zuständig wären. Vorgelegt wurden diese Vorschläge genau einen Tag nach der offiziellen Annahme des [Pakts zu Migration und Asyl](#), einem komplexen Paket von EU-Reformen, über das acht Jahre lang verhandelt worden war. Mehrere Länder, darunter auch [Deutschland](#), hatten bereits auf nationaler Ebene die Machbarkeit solcher Vorhaben bewerten lassen.

Die gerade wiedergewählte Kommissionspräsidentin [Ursula von der Leyen](#) bezeichnete die Vorschläge als „innovative Strategien“, die „sicherlich die Aufmerksamkeit“ der neuen Kommission verdienen würden. Auch wenn diese Ideen nicht ausdrücklich in ihren [politischen Leitlinien](#) für die nächste Legislaturperiode genannt werden, sind weitere Forderungen dieser Art von den Mitgliedstaaten zu erwarten.

Dabei sind diese umstrittenen Ideen weder innovativ noch strategisch. Eine verantwortungsbewusste EU-Kommission sollte sie sofort entschieden zurückweisen. Man führe sich nur die verheerenden Folgen früherer Versuche mit der Externalisierung von

Seite E 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Asylverfahren vor Augen – sowohl ihre menschlichen Kosten als auch ihre [katastrophale Auswirkung](#) auf die Asylsysteme. Australiens Abschiebungen von Asylsuchenden in Lager in [Nauru](#) und [Papua-Neuguinea](#) zeigen sehr deutlich, wie diese Modelle zu langandauernden Aufenthalten unter Haftbedingungen führen, was die mentale und körperliche Gesundheit von schutzsuchenden Menschen schwer schädigt. Das geht einher mit anhaltenden Menschenrechtsverletzungen, unter anderem durch Bedingungen, die einer [unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung](#) gleichkommen, die keinen Zugang zu Rechtsbeistand gewähren, die in keiner Weise besondere Bedürfnisse ermitteln und erfüllen, und die zur Trennung von Familien führen.

Das [britische Vorhaben mit Ruanda](#), das für viele europäische Regierungen ein Vorbild war, wurde vom neuen britischen Premierminister für „tot und begraben“ erklärt – allerdings erst, nachdem es die britische Regierung angeblich [etwa 815 Millionen Euro](#) gekostet hatte. Das ist eine nicht zu rechtfertigende Verschwendung öffentlicher Gelder, die stattdessen in einer Art und Weise hätten ausgegeben werden können, die Asylsuchenden und den Gemeinden, die sie aufnehmen, tatsächlich geholfen hätte. Auch wenn dieses Vorhaben zum Glück nie in die Tat umgesetzt wurde, so hat es doch Tausende Menschen in eine sehr unsichere Situation gebracht: Sie waren ständig von Abschiebung bedroht, wurden willkürlich und dauerhaft festgesetzt und lebten in ständiger Gefahr, in Großbritannien ausgebeutet zu werden.

Den Mitgliedstaaten fehlt es an Instrumenten oder Machtbefugnissen, um in Territorien außerhalb der EU Menschenrechtsstandards effektiv zu überwachen.

Gleichzeitig arbeitet Italien daran, bestimmte Asylanträge in [Haftzentren in Albanien](#) bearbeiten zu lassen. Auch wenn viele Umstände nicht bekannt sind, ist zu erwarten, dass dies mit ähnlichen Risiken einhergeht: mit automatischer Inhaftierung, mit verzögerter Ausschiffung von auf See geretteten oder abgefangenen Personen und mit der Verweigerung von Zugang zu gerechten Asylverfahren mit den notwendigen Verfahrensgarantien. Die Befürworter dieser Vorhaben versichern häufig, dass dabei die Menschenrechte geachtet würden. Wie jedoch die umfangreiche Geschichte von Menschenrechtsverletzungen in Partnerländern wie [Libyen](#) oder [Tunesien](#) zeigt, fehlt es der EU und den Mitgliedstaaten an Instrumenten oder Machtbefugnissen, um in Territorien außerhalb der EU Menschenrechtsstandards effektiv zu überwachen, geschweige denn durchzusetzen.

Bei der Planung, Umsetzung und Durchführung kürzlich abgeschlossener Migrationsabkommen hat sich Europa mit Staatsführungen eingelassen, die Menschenrechte missachten und staatliche Kontrollmechanismen untergraben – in ihren eigenen und in Partnerländern. Gleichzeitig hat es die [Zivilgesellschaften vor Ort](#) und Menschenrechtsaktivisten im Stich gelassen, die sich auf die Unterstützung durch die EU verlassen hatten. Es gibt überwältigende Beweise für Gewalt, Unterdrückung und Instabilität, die auf diese Abkommen zurückzuführen sind. Dass die EU nicht auf diese Bedenken reagiert und dass sie ihre Strategie nicht ändert, weckt nicht gerade Vertrauen in zukünftige Abkommen.

Die Auslagerung von Asylverfahren sendet ein gefährliches Signal an den Rest der Welt.

Dieser Ansatz, Drittländer zu involvieren, sollte vor allem denjenigen Sorge bereiten, die auf die „strategische Autonomie“ und die [Glaubwürdigkeit der EU](#) in ihren Außenbeziehungen Wert legen. Die Auslagerung von Asylverfahren sendet ein gefährliches Signal an den Rest der Welt: Darin zeigt sich ein mangelndes Engagement der EU für die gemeinsame Verantwortung, für internationale Abkommen und für das globale Flüchtlingsschutzsystem.

Seite E 72 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Den Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen, die [75 Prozent der weltweiten Flüchtlinge](#) aufgenommen haben, bleibt die Ironie der Situation nicht verborgen. Es steht zu befürchten, dass dies ihre Bereitschaft untergraben könnte, diesen Schutz aufrechtzuerhalten.

Wenn die EU weiterhin das grundlegende Rechtsprinzip des internationalen Schutzsystems infrage stellt – dass Menschen in einem Hoheitsgebiet das Recht haben, in eben diesem Hoheitsgebiet einen Asylantrag zu stellen, der gerecht und individuell geprüft wird –, könnte das weltweit verheerende Auswirkungen nach sich ziehen. Eine sich verstärkende Abhängigkeit von Drittländern, die sich um Migranten und Asyl kümmern sollen, wird sich als fehlgeleitetes und kurzsichtiges Unterfangen erweisen. Die EU macht sich damit verwundbar für Erpressung von Akteuren, die schon gezeigt haben, dass sie bereit sind, Menschen Gefahren auszusetzen. Sie werden Europa unter Druck setzen, um ihre eigenen politischen Ziele durchzusetzen.

Die EU macht sich damit verwundbar für Erpressung.

Ebenso wenig, wie diese Vorschläge neu sind, sind auch die Probleme kein Geheimnis. Die EU-Kommission hat 2018 [selbst festgestellt](#), dass jede Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten „weder möglich noch wünschenswert“ sei: EU-Gesetze müssten geändert werden, der Grundsatz der Nichtzurückweisung (*non-refoulement*) würde in Gefahr geraten und es wäre nicht mit den Werten der EU vereinbar. Es wäre ein Fehler, wenn die neue EU-Kommission diese Einschätzung ignorieren würde.

Es gibt Alternativen zu diesem Ansatz, der sich nicht bewährt hat. Diese Alternativen würden sehr von der Aufmerksamkeit und den Mitteln profitieren, die Regierungen so bereitwillig für eine Externalisierung der Asylproblematik verschwenden würden. In dieser neuen Legislaturperiode sollten die EU und die Mitgliedstaaten stattdessen für [proaktive Such- und Rettungsoperationen](#) im Mittelmeer sorgen. Um weitere [Todesfälle auf hoher See](#) zu verhindern und sicherzustellen, dass die aus Seenot Geretteten sofort in Sicherheit gebracht werden und Unterstützung erhalten, braucht es ein vorab festgelegtes Ausschiffungssystem.

Die EU sollte zudem sicherstellen, dass Menschenrechtsverletzungen geahndet werden, wo und wie auch immer sie passieren: auf See oder auf Land, durch Aktionen oder Unterlassungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten, durch ihre Grenzschutzagentur [Frontex](#) oder deren Zusammenarbeit mit den Küstenwachen von Partnerländern. Bei den bestehenden Partnerschaften mit Drittstaaten im Bereich Migration müssen dringend Bewertungen und Überwachungen der Menschenrechtssituation durchgeführt werden. Steuerzahler in der EU müssen sich sicher sein können, was sie da finanzieren, und sie müssen ihre Regierungen für etwaige Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft ziehen können.

Die europäischen Staaten müssen in sichere und menschenwürdige Fluchtrouten investieren, die einer großen Zahl an Menschen glaubwürdige Alternativen zu einer gefährlichen Flucht bieten. Damit verhindern sie die Abhängigkeit von Regierungen, die zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele bereit sind, Menschen in Gefahr zu bringen, die auf der Suche nach Schutz oder einem besseren Leben sind. Und entscheidend ist auch, dass sie in Asyl- und Aufnahmesysteme investieren, die gut vorbereitet und ausgestattet sind, um mit den Menschen umgehen zu können, die an den EU-Außengrenzen ankommen.

Seite E 73 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Der kürzlich verabschiedete Pakt zu Migration und Asyl verlangt von den Mitgliedstaaten immerhin eine größere Umsicht und höhere Investitionen. [Menschenrechtsorganisationen haben lautstark](#) ihre Bedenken darüber geäußert, dass diese Reformen [Menschen in Gefahr](#) bringen und die [Asylstandards in der EU senken](#) könnten. Nun liegt es in der Hand der Regierungen, die schlimmsten Folgen des Pakts abzumildern, eine ausreichende und ausgewogene Finanzierung zu gewähren und die Reformen auf eine Art und Weise umzusetzen, die Menschenrechte und den Schutz von Flüchtlingen garantieren. Die Versuche einzelner Mitgliedstaaten, die Asylverfahren in Länder außerhalb der EU auszulagern, sind nicht vereinbar mit der Umsetzung des Pakts und seinen Zielen, in der EU ein gemeinsames und kohärenteres Asylsystem zu schaffen.

Die Externalisierung des Asyls ist nicht nur teuer, unmenschlich und undurchführbar. Sondern sie lenkt auch von politischen Maßnahmen ab, die das Asylsystem in Europa wirklich stärken sowie schutzsuchende Menschen und die sie aufnehmenden Gemeinden besser unterstützen könnten. Die neue EU-Führung kann und sollte Europa etwas Besseres bieten.

© Social Europe

Aus dem Englischen von Ina Goertz



Olivia Sundberg Diez, Brüssel

Olivia Sundberg Diez ist EU-Beauftragte für Migration und Asyl bei *Amnesty International*. Zuvor war sie als *Senior Policy Advisor* beim *International Rescue Committee* und sie war beim *European Policy Centre* im Bereich der Politikanalyse tätig.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/gefaehrlicher-kurs-7724/?utm_campaign=de_40_20240823&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Dringend gebraucht.

Millionen ukrainische Flüchtlinge mussten vor dem russischen Angriffskrieg fliehen. Die EU sollte ihnen dabei helfen, in ihre Heimat zurückzukehren

Von Yuriy Gorodnichenko & Daniel Gros

19.08.2024



picture alliance / SZ Photo | Olaf Schülke

Nach dem Beginn der groß angelegten Invasion der Ukraine am 24. Februar 2022 fanden Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainern Zuflucht in der Europäischen Union. Allein Deutschland und Polen nahmen jeweils rund eine Million Flüchtlinge auf. Jedoch war dies von Anfang an nur als vorübergehende Lösung gedacht. Der langwierige Abnutzungskrieg, der sich inzwischen in der Ukraine abspielt, erfordert nun einen anderen Ansatz.

Die Antwort ist nicht eine stärkere Integration in die Aufnahmeländer. Die Ukrainerinnen und Ukrainer [integrieren sich bereits in Deutschland](#) und anderswo, aber wie der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wiederholt betont hat, braucht die Ukraine ihre Bürger zurück. Sowohl um einen Beitrag zu den Kriegsanstrengungen zu leisten als auch um sicherzustellen, dass die Bevölkerungszahl des Landes und damit auch seine wirtschaftlichen Aussichten nicht einbrechen. Viele ukrainische Unternehmen berichten schon jetzt, dass der Mangel an Arbeitskräften ihre Aktivitäten in entscheidender Weise beeinträchtigt. Die ukrainische Bevölkerung wird in den nächsten Jahren drastisch schrumpfen – laut einer Prognose von über 40 Millionen vor dem Krieg auf etwa 31 Millionen im Jahr 2035.

Die einzige Möglichkeit zum Ausgleich dieses Rückgangs besteht darin, mehr ukrainische Flüchtlinge zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen. Das wird nicht einfach: Umfragen zeigen, dass viele von die [Ungewissheit in Bezug auf Sicherheit, Wohnraum und Beschäftigung](#) abgeschreckt werden. Zum Glück sind diese Probleme jedoch auch unter den derzeitigen schwierigen Bedingungen lösbar.

Die Sorgen um Sicherheit und Wohnraum sind eng miteinander verknüpft. Im Januar 2024 waren mehr als 8,6 Prozent des ukrainischen Wohnungsbestands aus der Vorkriegszeit vor allem im östlichen Teil des Landes beschädigt oder zerstört. In der Westukraine, wo die

Seite E 75 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Zerstörung relativ gering war, trieb ein massiver Zustrom von Binnenflüchtlingen die Wohnungspreise in die Höhe. Doch selbst im Westen ist Wohnraum in den kleineren Städten noch weitgehend erschwinglich und es gibt leerstehende Häuser, in denen Rückkehrer untergebracht werden könnten.

Die deutsche Bundesregierung gibt derzeit jährlich etwa neun bis zehn Milliarden Euro für die Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge aus.

Um die Sicherheit und den Wohnraum in der Westukraine nutzen zu können, müsste es für die Rückkehrer jedoch auch Beschäftigungs-Möglichkeiten vor Ort geben. Die deutsche Bundesregierung gibt derzeit jährlich etwa neun bis zehn Milliarden Euro für die Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge aus, und auch die Aufwendungen der Bundesländer und der Kommunen sind beträchtlich. Die Ausgaben sind hauptsächlich dafür da, die Grundbedürfnisse der Flüchtlinge zu decken und Deutschkurse zu bezahlen, damit sie sich besser integrieren können. Jedoch scheinen die Maßnahmen [nicht zu mehr Beschäftigung](#) zu führen.

Tatsächlich deuten offizielle Daten darauf hin, dass von den 743 000 derzeit in Deutschland lebenden ukrainischen Staatsbürgern im erwerbsfähigen Alter (von insgesamt 1,3 Millionen) etwa 135 000 einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachgehen und weitere 40 000 einen Minijob haben. Das entspricht einer Beschäftigungsquote von etwa 20 Prozent. Die Erwerbsquoten sind [in EU-Ländern mit weniger großzügigen Sozialversicherungssystemen höher](#), was darauf hindeutet, dass das Arbeitskräfteangebot dort auf Anreize reagiert.

Statt innerhalb der Aufnahmeländer Geld in Sozialleistungen zu stecken, sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten diese Mittel umwidmen, um die Rückkehr der Flüchtlinge in die Ukraine, insbesondere die Westukraine, zu unterstützen. Gut konzipierte EU-finanzierte Wiedereingliederungsprogramme würden nicht nur mehr Ukrainerinnen und Ukrainern die Rückkehr ermöglichen und damit den Arbeitsmarkt in ihrem Heimatland stärken. Es würde zudem europäische Unternehmen ermutigen, in den stabileren Gebieten der Ukraine zu investieren und damit den Grundstein für einen kräftigen Aufschwung in der Zeit nach dem Krieg zu legen.

Die europäischen und insbesondere die deutschen Unternehmen haben eine gewisse Bereitschaft zu derartigen Investitionen gezeigt. Der deutsche Kabelhersteller Leoni beschäftigte in der Westukraine vor dem Krieg mehr als 7 000 Mitarbeiter, und das Pharma- und Biomedizinunternehmen Bayer hat 2023 zugesagt, 60 Millionen Euro im ukrainischen Pochuiky zu investieren. Derzeit behindern jedoch die Kriegsrisiken und der Mangel an qualifiziertem deutschsprachigem Personal weitere Investitionen.

Historisch gesehen war die Westukraine über lange Zeit weniger entwickelt als andere Teile des Landes.

Beide Faktoren können angegangen werden. Die Logik des Krieges begünstigt eine Produktion, die entweder in [festen Clustern](#) (am besten für Massenproduktion) oder dezentral organisiert ist (besser geeignet für kleine und mittlere Unternehmen). Wenn kleine Fabriken über ein großes Gebiet verstreut sind und wenn sie weit genug von der Front entfernt sind, ist das Risiko einer direkten Zerstörung begrenzt.

Um die Kriegsrisiken weiter zu verringern, könnten deutsche oder EU-Institutionen wie die deutsche Investitions- und Entwicklungsbank KfW oder die Europäische Investitionsbank

eine Art Versicherung anbieten. Kombinieren ließen sich derartige Programme mit einer Umsiedlungshilfe und der Finanzierung betrieblicher Ausbildungsmaßnahmen – einschließlich der erforderlichen Sprachkurse – für ukrainische Flüchtlinge, die in neu errichteten europäischen Fabriken in der Westukraine arbeiten wollen. Die Verknüpfung von Umsiedlungs- und Beschäftigungsmaßnahmen würde sicherstellen, dass die Rückkehrer keine Belastung für die bereits angespannten öffentlichen Finanzen der Ukraine darstellen.

Dieses Programm würde der Ukraine längerfristige Vorteile bringen. Historisch gesehen war die Westukraine über lange Zeit weniger entwickelt als andere Teile des Landes. Doch der wirtschaftliche Schwerpunkt hat sich in letzter Zeit gen Westen verlagert. Das liegt teils daran, dass der Großteil der Schwerindustrie im Osten zerstört wurde, aber auch an der Nähe zur EU. Sicherzustellen, dass die Westukraine über eine starke Erwerbsbevölkerung verfügt und viele europäische Investitionen insbesondere in kleine und mittlere Unternehmen erhält, würde die Voraussetzungen für die Integration der Ukraine in die europäische Wirtschaft schaffen.

Zudem würden derartige Bemühungen den Grundstein für ein belastbares Entwicklungsmodell legen. Wie der Aufstieg der italienischen Region Venetien nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt hat, kann ein starker, global integrierter Sektor mit kleinen und mittleren Unternehmen zu größerer Widerstandsfähigkeit gegenüber wirtschaftlichen Erschütterungen führen.

Mit dem Wiederaufbau des ukrainischen verarbeitenden Gewerbes jetzt (und nicht erst nach Kriegsende) zu beginnen, würde sowohl die Fähigkeit des Landes steigern, der russischen Aggression zu widerstehen, als auch die wirtschaftliche Erholung des Landes und seine Integration in die EU unterstützen. Der erste Schritt besteht darin, dafür zu sorgen, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer, die derzeit in der EU Zuflucht suchen, die Mittel und Anreize erhalten, die sie zur Rückkehr in ihre Heimat benötigen.

© *Project Syndicate*

Aus dem Englischen von Jan Doolan



Yuriy Gorodnichenko, Berkeley

Dr. Yuriy Gorodnichenko ist ein ukrainischer Wirtschaftswissenschaftler und Professor der University of California, Berkeley. Er beschäftigt sich mit Makroökonomie mit den Schwerpunkten Geldpolitik, Steuerpolitik und Wirtschaftswachstum



Daniel Gros, Brüssel

Daniel Gros ist Leiter des Think Tanks Center for European Policy Studies. Er war für den Internationalen Währungsfonds tätig und arbeitete als Wirtschaftsberater für die Europäische Kommission, das Europäische Parlament sowie den französischen Premierminister und Finanzminister.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/ukraine-fluechtlinge-7702/?utm_campaign=de_40_20240820&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)
(Seiten E 79 – E 107)

01) KW 34 (19. – 25.08.2024) – Es nimmt kein Ende. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-23

25. August 2024

49. Jahrgang

KW 34
Es nimmt kein Ende



Es ist von einer makabren Tragik, dass ausgerechnet in der Stadt, die Schwerter im Wappen trägt und in der 90 Prozent der deutschen Schneidewarenhersteller ihren Sitz haben, ein grausiges Messerattentat verübt wurde, bei dem drei Menschen ermordet und weitere acht teilweise lebensgefährlich verletzt wurden.

Aus den Nachrichten wissen wir, dass der Täter gefasst wurde. Das ist einerseits beruhigend, weil die Gefahr, die von diesem ausging, gebannt ist, andererseits können wir uns nicht sicher sein, dass bei uns weitere potenzielle Terroristen leben, die ähnliche Anschläge planen. Was sagt es aus, wenn von einem Einzeltäter gesprochen wird, aber die Terrororganisation „Islamischer Staat“ die Tat für sich reklamiert? Machen wir uns nichts vor, wir befinden uns im Krieg mit diesen Ungeheuern, deren Spuren immer wieder in Flüchtlingsunterkünften führen, über die wir keine Kontrolle haben und in denen tausende von Menschen leben, die den ganzen Tag über nichts mit sich anzufangen wissen.

Ende Juli sind in Großbritannien bei einem Messerangriff drei Kinder getötet und weitere verletzt worden. Aufgehetzt durch Falschmeldungen in den sozialen Medien gab es tagelang schwere Krawalle in mehreren Städten. Hoffen wir, dass uns das kurz vor zwei wichtigen Landtagswahlen erspart und die Menschen besonnen bleiben.

Schon immer gab es Angriffe auf unseren Lebensstil, auf unsere Demokratie und ihre Institutionen. Die Zeit der „RAF“, nach deren Mitglieder immer noch gefahndet wird, ist uns in schlechter Erinnerung. Im Februar wurde die (mutmaßliche) RAF-Terroristin **Daniela Klett** gefasst, die jahrelang unbeheilt in Berlin lebte. In Ihrer Wohnung wurden „schwere Kriegswaffen, Munition, Waffen und eine Granate“ gefunden. Kann man in diesem Zusammenhang von Ex-Terroristen sprechen? Wer Waffen hortet, will sie auch irgendwann einsetzen. Zwei weitere „Ex-Terroristen“ sind nach wie vor auf der Flucht. Und wer ihnen ähnlichsieht, wird festgenommen, was akzeptiert werden muss.

Dass in Solingen alle weiteren Feste zum 650sten Stadtjubiläum abgesagt wurden, und aus Solidarität

auch in umliegenden Orten, ist verständlich. Wir sollten aber trotz dieser Gefahren nicht auf unser freies Leben verzichten. Eine Absage der **Giovanni Zarrella-Show** gestern Abend im ZDF wäre falsch gewesen. Der Moderator fand zu Beginn der Live-Sendung die richtigen Worte.

Freitagabend saß ich im Konzerthaus und hörte wunderbare brasilianische Musik, während zum selben Zeitpunkt drei Menschen in Solingen bestialisch ermordet wurden. Die schöne Erinnerung an diesen Abend rückte beim Blick in die Nachrichten nach dem Konzert in den Hintergrund.

Leider habe ich diese Erfahrung schon zweimal gemacht, und die beiden Events sind in meinem Kopf ewig mit dem verbunden, was zeitgleich geschah. Am 22. Juli 2011 saß ich im Ernst-Happel-Stadion in Wien, jenem Stadion, in dem **Taylor Swift** auftreten wollte, das Konzert wegen Terrorwarnung aber abgesagt wurde. An dem sonnigen Tag im Juli 2011 trat **Bon Jovi** in Wien auf. Als ich nach dem Konzert zurück ins Hotel kam, erfuhr ich aus den Nachrichten, dass 77 Menschen im Zentrums Oslo und bei einem Jugendcamp auf der Insel Utøya von einem Einzeltäter ermordet wurden, aus Hass gegen die Immigrationspolitik und weil er Multikulturalismus ablehnte. Ermorden wollte der Attentäter die langjährige norwegische Ministerpräsidentin **Gro Harlem Brundtland**, die bei dem Zeitlager zu Gast war, es aber verlassen hatte, bevor der Mörder eintraf.

Am 19. Dezember 2016 war ich bei einem **Klaus-Hoffmann**-Konzert in der Laeiszhalle in Hamburg, während in Berlin ein Terrorist mit einem Lkw in den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz raste und 13 Menschen tötete und viele weitere, teilweise schwer verletzte. Schon in der Konzertpause erfuhr ich, was in Berlin geschehen ist. Es war richtig, das Konzert zu Ende zu führen. Aus diesen Erfahrungen heraus, sagt mir bei Besuchen von Veranstaltungen eine innere Stimme immer, „hoffentlich geht das gut.“

Waffenverbote, die Begrenzung der Klingenlänge bei Messern, sind alles richtige Maßnahmen, die aber im Ernstfall niemand von seiner Tat abhalten. Wer Anschläge dieser Art begeht, ist völlig empathielos und ideologisch verblendet. Die Sicherheitsmaßnahmen müssen weiter verstärkt werden, und wenn es Geld kostet, dann muss es bereitgestellt werden. Was ist ein Menschenleben wert? Die oberste Aufgabe des Staates ist es, seine Bürger zu schützen, koste es, was es wolle. Denn eines ist klar, es nimmt kein Ende. Kommen Sie gesund durch die Woche.

Ed Koch

02) Alles hat seine Zeit.

Immer wieder wird zur Verständigung mit Russland eine Rückbesinnung auf die Ostpolitik gefordert. Doch diese ist keine Blaupause für die Gegenwart

Von Bernd Rother

22.08.2024



Andy Warhols Neuinterpretation von Willy Brandt ist gelungen. Wie steht es um die Neuinterpretation der Ostpolitik? -picture alliance / dpa | Jörg Carstensen

Seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine steht auch die Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr wieder in der Diskussion. War sie der Beginn eines Sündenfalls, eines naiven Umgangs mit Russland? Oder kann sie uns heute zeigen, wie der Weg zum Frieden aussehen sollte? Lässt sich mit der damals entwickelten Methode – mit der Anerkennung der Realitäten, die im Anschluss in kleinen Schritten verändert werden sollen – wieder eine friedliche Koexistenz mit Russland erreichen, wie dies zuletzt [Hans Kundnani im IPG-Journal](#) vorschlug?

Die Anerkennung der Realitäten durch Deutschland als Ausgangspunkt für einen Friedensprozess in der Ukraine zu fordern, hat einen großen Haken. Die Ostpolitik bedeutete, dass die Bundesrepublik aufhörte, die Grenzen infrage zu stellen, in denen die Deutschen nach 1945 lebten, also die Westgrenze Polens, und dass sie dazu bereit war, die DDR als Staat anzuerkennen. Welche Realität soll und kann Deutschland heute anerkennen? Damit kann nur die russisch-ukrainische Grenze gemeint sein. Deutschland solle also die Annexion der Krim und des Donbass anerkennen. Was die Ukraine dazu sagen würde, bleibt bei solchen Forderungen eine Leerstelle. Mit der Ostpolitik, die auf die Wahrung der Chance zur nationalen Einheit der Deutschen zielte, hat dies nichts zu tun. Stattdessen erinnert es an das „Konzert der Großmächte“ des 19. Jahrhunderts, in dem einige Staatslenker über das Schicksal von Völkern und Staaten entscheiden wollten. Willy Brandt hingegen orientierte sich am Recht auf nationale Selbstbestimmung.

Eine deutsch-russische Verständigung ohne Einschaltung der Ukraine widerspräche dem ostpolitischen Erbe.

Seite E 81 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Ein Beispiel: Ende 1969 bat Brandt die polnische Regierung um Verständnis dafür, dass angesichts der Machtverhältnisse der erste Vertrag mit der Sowjetunion ausgehandelt werden müsse und Polen erst an zweiter Stelle komme. Eine Politik über Polen hinweg war ihm ein Graus, wie er auch grundsätzlich nach seinen Erfahrungen im skandinavischen Exil die kleineren Staaten nicht als *Verhandlungsmasse* ansah. Eine deutsch-russische Verständigung ohne Einschaltung der Ukraine widerspräche dem ostpolitischen Erbe. Die Ukraine kann entscheiden, ob sie „die Realitäten anerkennen“ will oder nicht. Sie dazu zu zwingen, wäre nicht nur gegen den Geist der Brandt'schen Außenpolitik, sondern auch keine Basis für einen dauerhaften Frieden.

Und überhaupt das Erbe. Einer der meist zitierten Sätze von Brandt lautet: „Jede Zeit will eigene Antworten.“ Das war nicht nur eine Mahnung an seine Nachfolger, das galt auch für seine eigene Politik. In Westberlin war er eigenem Bekunden nach „Kalter Krieger“, um die Freiheit der Teilstadt zu verteidigen. Als sich später die Chance bot, nutzte er die Möglichkeiten zur Entspannung, aber ohne die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik zu schwächen.

Das war eine „realistische“ Politik, aber sie hatte auch eine transformative Absicht. Brandt und Bahr waren von der Überlegenheit, von der Attraktivität des westlichen Gesellschaftsmodells überzeugt. Sie wollten durch eine Vielzahl von Kontakten auf die Gesellschaften des Ostens einwirken, in der Erwartung, dass dort eine allmähliche Transformation stattfinden werde. Der „Wandel durch Annäherung“ – eine unglückliche, weil missverständliche Formulierung, die Brandt nie verwendete – sollte einzig im Osten stattfinden.

Heute auf die Ostpolitik der 1960er und 1970er Jahre zurückzugreifen, wäre nicht im Sinne von Willy Brandt.

Heute auf die Ostpolitik der 1960er und 1970er Jahre zurückzugreifen, wäre nicht im Sinne von Willy Brandt. Sie war ein zeitgebundenes, durchdachtes, konsistentes Projekt, mit dem aufeinander abgestimmt die Beziehungen zur Sowjetunion, zu Polen, zur DDR und zur Tschechoslowakei entspannt werden sollten. Dieses Projekt fand 1989/91 sein Ende, als sein Objekt, der Ostblock, verschwand. Stattdessen bedarf es heute gänzlich neuer Ansätze, die gegenüber Russland und Belarus anders ausfallen müssen als gegenüber Polen und dem Baltikum. Es bedarf einer Vielzahl von „Politiken“, eine „Ostpolitik“ aus einem Guss ginge an der Realität vorbei. Dass bei der Konzeptionierung dieser Politiken „kleine Schritte“ eine Option sein können, ist zutreffend, aber dieser Hinweis alleine hilft nicht viel weiter.

Auch sonst sind die Umstände nicht vergleichbar mit denen vor 50, 60 Jahren – eine Binsenweisheit, die aber doch kein Allgemeingut zu sein scheint. Damals kam das Angebot zur friedlichen Koexistenz aus Moskau. Brandt und Bahr gehörten – anders als die CDU/CSU – zu denen, die testen wollten, wie ernsthaft dies gemeint war. Die Sowjetunion bewegte sich in dieser Zeit im Innern und nach außen weg vom wahllosen Stalin'schen Terror hin zu einer regelbasierten Diktatur. Ein Rechtsstaat wurde sie dadurch nicht, aber sie wurde berechenbarer. Wladimir Putins Russland hat seit seinem Amtsantritt den genau gegenläufigen Weg eingeschlagen. In der Innen- wie in der Außenpolitik wurde Moskau immer willkürlicher, immer unberechenbarer. „Friedliche Koexistenz“ gehört nicht zum außenpolitischen Angebot Putins, er fordert Unterwerfung unter seine Hegemoniegelüste. Mit ihm kann man nicht verhandeln wie mit Leonid Breschnew, auch wenn beide Diktatoren sind beziehungsweise waren. Putin verfolgt ein aggressives, imperialistisches Programm und will die bestehenden Grenzen verändern, während der KPdSU-Chef vor über 50 Jahren die damaligen Grenzen des sowjetischen Einflussbereichs zementieren wollte. Das eine

Seite E 82 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Programm bedeutete Frieden – wenn auch nach innen der Friedhofsruhe ähnelnd. Das andere Programm, das von Putin, bedeutet Krieg. Friedliche Koexistenz mit Russland kann es nur geben, wenn auch zwischen der Ukraine und Russland Frieden herrscht.

All das mindert überhaupt nicht den berechtigten Stolz der Sozialdemokratie auf den Mut, die Weitsicht und die Kreativität von Willy Brandt und Egon Bahr, mit der sie ab Mitte der 1960er Jahre zu Werke gegangen sind. Nur Geschichtsvergessene stellen heute noch in Abrede, dass dies eine Politik auf der Höhe der Zeit war. Kaum ein Politiker der Union, der nicht in Podiumsdiskussionen konzidiert, dass CDU und CSU vor 50 Jahren falsch lagen, als sie die Ostpolitik bekämpften. Stolz auf Vergangenes darf aber nicht den Blick darauf verstellen, dass heute wieder ein neues Denken vonnöten ist.



Bernd Rother, Berlin

Bernd Rother ist Historiker und *Senior Research Fellow* der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung, die deutsche Zeitgeschichte und die Braunschweiger Regionalgeschichte.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/alles-hat-seine-zeit-7720/?utm_campaign=de_40_20240823&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Grüße aus der Goldenen Stadt. Von Ed Koch



Grüße aus der Goldenen Stadt

Die 430 Kilometer lange Moldau beschreibt **Bedřich Smetana** in sechs Minuten, *vom intensiven Murmeln an der Quelle, gefolgt von einer Jagdszene und einer ländlichen Hochzeit, einer Vollmondnacht und – mit massiven orchestralen Ausbrüchen – einem tosenden Wasserfall, bis nach Prag, wo der Fluss in der Ferne Richtung Elbe entschwindet.* Wer jemals in Prag war, auf der Karlsbrücke stand oder eine Rundfahrt auf der Moldau unternahm, versank in diesen sechs Minuten in schönen Erinnerungen.

Prag hat nach der Wende viel von seinem Charme verloren, weil nicht der Erhalt dieses, sondern der Kommerz im Vordergrund stand. Wunderschöne Lokale, wie „Zum Grünen Frosch“ am Altstädter Ring, wo es das zarteste rosafarbene Roastbeef ever mit den berühmten Topinkys, den gerösteten Knoblauchbrotscheiben, gab, sind verschwunden. Den Henker von Prag, der hier nach der Arbeit einkehrte, hat das Lokal überstanden, ebenso wie alle Kriege, sogar den Kommunismus, bloß nicht den Kapitalismus. Als am Wenzelsplatz das große M erschien, war es um die Stadt gesehen.



Danke an das **Ševčík Academy Orchestra** und seiner beeindruckenden Dirigentin **Alena Hron** für diese, wenn auch viel zu kurze Zeitreise in das Prag, das ich früher oft und gern besuchte.

<https://www.youtube.com/watch?v=jawIMBLZ1D8>

Das Programm am 17. August, passte perfekt zur Jubiläumsausgabe von **Young Euro Classic**. Denn was die jungen Musikerinnen und Musiker vom **Ševčík Academy Orchestra** und die ebenso junge Dirigentin **Alena Hron**, die die Moldau natürlich auswendig dirigierte, mit nach Berlin brachten, kombinierte wohlbekannte Melodien mit wirklichen Raritäten – und das alles aus dem unerschöpflichen Fundus der tschechischen Musiklandschaft. Den populären Rahmen boten Die Moldau von Smetana gleich zu Beginn des Konzerts und der Slawischer Tanz Nr. 7

von Dvořák zum Finale, dem natürlich noch einige Zugaben folgten.

Dazwischen kam nicht nur der vielfach unterschätzte **Bohuslav Martinů** zu Wort, sondern erklang auch die *Suita Rustica* von **Vítězslava Kaprálová**, einer tschechischen Komponistin, die 1940 mit nur 25 Jahren starb.



Als Uraufführung steuerte **Jiří Teml** außerdem ein neues Cellokonzert bei, das von dem in Berlin lebenden **Tomáš Jančík** (Foto) aus der Taufe gehoben wurde.



Und noch einen vielversprechenden Solisten brachte das tschechische Orchester mit: den 21-jährigen **Matteo Hager** (Foto), der mit der Violinromanze von Dvořák zu erleben war. Das Publikum war sich mal wieder einig, ein großartiges Konzert erlebt zu haben.

Das **Ševčík Academy Orchestra** wurde 2019 als Teil einer Akademie gegründet. Sie erinnert mit ihrem Namen an **Otakar Ševčík** (1852-1934), einen der bedeutendsten Geigenpädagogen seiner Zeit, der in aller Welt unterrichtet hat, aber auch eine vielbenutzte „Schule der Violintechnik“ verfasste. Die



Akademie hat ihren Sitz in Horažďovice, einer kleiner südböhmischen Stadt, dem Geburtsort von Ševčík. Hier findet sich ein internationales Team von Lehrenden zusammen, dem renommierte Solisten und Orchestermusiker angehören, darunter Mitglieder der Tschechischen Philharmonie und der Berliner Philharmoniker. Sie arbeitet nach den Traditionen von Ševčíks Unterrichtsmethode, die eine technisch perfekte Beherrschung des Instruments verfolgte, um daraus die nötige Freiheit der Interpretation entwickeln zu können. Ehren-Chefdirigent des Ševčík Academy Orchestra ist **Jakub Hrůša**, der Chefdirigent der Bamberger Symphoniker und designierter Music Director des Royal Opera House Covent Garden in London.

Alena Hron Dirigentin

Die tschechische Dirigentin **Alena Hron** erhielt ihre Ausbildung zuerst am Prager Konservatorium und der Akademie für darstellende Künste; später wechselte sie nach Oslo und zuletzt nach Zürich, wo sie an der Akademie der Künste kürzlich ihren Masterabschluss machte. Als einzige derzeitige Stipendiatin der Taki Alsop Conducting Fellowship erhält die Musiklerin über zwei Jahre hinweg intensive Förderung und Coaching durch die Dirigentin **Marin Alsop**.

2023 feierte Alena Hron ihr Debüt beim Prager Frühling, außerdem dirigierte sie die Bohuslav Martinů Philharmonie sowie die Janáček Philharmonie, darunter bei Konzerten in Berlin und Paris. Erste Opernerfahrungen sammelte Alena Hron am Schlesischen Theater in Opava/Oppau mit Verdis Rigoletto und dem Musical Funny Girl. Parallel zu **Jakub Hrůša**, dem Chefdirigenten der Bamberger Symphoniker und zukünftigen Music Director an der Covent Garden Opera in London, leitete sie in den vergangenen beiden Jahren die sommerlichen Konzerte des Ševčík Academy Orchestra. Ab der Spielzeit 2024/25 wird sie neue Chefdirigentin der Südschechischen Philharmonie mit Sitz in Ceske Budejovice.

Das Konzert wurde von Deutschlandfunk Kultur aufgezeichnet und wird bundesweit am Donnerstag, 22.08.24, 20:03 Uhr in der Sendung „Konzert“ ausgestrahlt – im Radio, online und in der Dlf Audiothek App.

Übrigens: Wie der Fachmann das Konzert beurteilt, können Sie am Montag, dem 19. August, um 09:55 Uhr im **InfoRadio** von **Harald Asel** hören.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch
Quelle: YEC – Fotos: MOUTESOUVENIR Kai Blenert

Und heute bei Young Euro Classic

Moritzburg Festival Orchester

Josep Caballé Domenech - Dirigent

Stefan Dohr - Horn

Jan Vogler - Violoncello

WOLFGANG AMADEUS MOZART

Ouvertüre zu „Così fan tutte“ KV 588 (1790)

ANNA CLYNE

„Sound and Fury“ (2019)

RICHARD STRAUSS

Konzert für Horn und Orchester Nr. 1 Es-Dur op. 11 (1882-1883)

RICHARD STRAUSS

Romanze für Violoncello F-Dur op. AV. 75 (1883)

JONATHAN LESHNOFF

„Score“ (2020)

WOLFGANG AMADEUS MOZART

Symphonie Nr. 35 „Haffner“ D-Dur KV 385 (1782)

Alle Infos und Tickets unter
www.young-euro-classic.de

04) Unser täglich Donald. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-17

17. August 2024

49. Jahrgang

Unser täglich Donald

Sich mit deutscher Innenpolitik zu beschäftigen, ist wenig unterhaltsam. Angeblich haben sich die Ampel-Chefs Scholz, Habeck und Lindner mal wieder über einen Haushaltskompromiss verständigt. Liest man sich die Erfolgsmeldung durch, fühlt man sich wie Goethes Faust „*allein in seinem Zimmer*“ und bekennt traurig: „*Da steh' ich nun, ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor!*“

„Die Einigung sieht im Kern **Umschichtungen** von Geldern für die bundeseigene Deutsche Bahn vor. Nach Angaben der Bundesregierung wird dadurch die sogenannte globale Minderausgabe um 4,5 Milliarden Euro auf dann noch zwölf Milliarden Euro verringert. **Das ist faktisch eine Lücke im Haushalt.** Die Regierung geht davon aus, dass sich diese durch die **wirtschaftliche Entwicklung noch verringern wird.** Dem Parlament steht nun allerdings eine vergleichsweise große Aufgabe bevor in den Beratungen zum Haushalt, weil die globale Minderausgabe, die die Haushälter aufbringen müssen, deutlich größer ist als üblich.“ *Quelle: Süddeutsche Zeitung*

Wenn ich das als gelernter Groß- und Außenhandelskaufmann richtig verstehe, gibt es keine Einigung, sondern ein Verschieben des Problems auf das Parlament, wo der Haushalt ja letztlich auch hingehört. Die Vorlage der Bundesregierung wirft mehr Fragen auf, als Antworten geliefert werden.

Vor allem die so genannten „Umschichtungen“ sind problematisch, was heißt das? Die Bundesfernstraßengesellschaft und die Deutsche Bahn sollen, wie uns eine fachkundige Leserin schrieb, statt direkten Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt, Darlehen bekommen. Darlehen? Muss man die nicht zurückzahlen? Wovon, fragt sich zu Recht unsere Leserin. Beide Unternehmen sollen sich also verschulden. Ausgeglichen werden könnte das beispielsweise durch eine Erhöhung der Pkw-Maut. Keine neuen Steuern war gestern. Und bei der Bahn? Personalabbau beim Service? Demnächst Automaten in der Bahn statt Bord Bistro? Man darf sich verschießert fühlen.

Und damit haben wir galant übergeleitet zu 333,3 Millionen US-Bürgern, die von dem Kandidaten der Republikanischen Partei täglich verschießert werden.

Donald Fake Trump hat bei einer „Pressekonferenz am Donnerstag etliche falsche Behauptungen aufgestellt. Einige seiner Darstellungen waren irreführend, manche waren schlicht gelogen. Einer Recherche des

US-Senders **CNN** zufolge sagte er bei der Veranstaltung 20-mal die Unwahrheit. So haben **Kamala Harris** angeblich „*Ladendiebstähle legalisiert*“. Trump behauptet, dass es erlaubt sei, „*in einem Geschäft zu klauen, solange der Wert nicht mehr als 950 Dollar beträgt*“. Das habe Harris in Kalifornien zu verantworten. „*Die Behauptung ist doppelt falsch. Zum einen: Ladendiebstähle sind in Kalifornien nach wie vor verboten. Aber: Liegt der Wert der Beute unter 950 Dollar, handelt es sich bei der Tat lediglich um ein Vergehen, für das in der Regel keine Haftstrafe verhängt wird. Auch, wenn manche dieser Fälle wegen Überforderung der Justiz nicht verfolgt werden - dass der Staat Diebstahl unter 950 Dollar legalisiert habe, stimmt nicht.*“

Zum anderen: Für das entsprechende Gesetz war **Kamala Harris** nicht verantwortlich. Ursprünglich war es sogar der republikanische Gouverneur **Arnold Schwarzenegger**, der 2010 die Schwelle für schweren Ladendiebstahl von 400 auf 950 Dollar an hob. 2014 bestätigte ein Referendum in Kalifornien das Gesetz, wodurch die Strafen für eine Vielzahl gewaltloser Straftaten gesenkt wurden. Ziel war es, die überfüllten Gefängnisse zu entlasten. Harris war damals Generalstaatsanwältin in Kalifornien und an der Gesetzgebung nicht direkt beteiligt.“

In Trumps Attacken gegen Harris Vize **Tim Walz** geht es um Tampons. Als Gouverneur von Minnesota soll er ein Gesetz unterzeichnet haben, das „*in allen Jungentolletten in Minnesota*“ Tampons vorschreibe. Richtig ist, das Schulen verpflichtet sind, Menstruationsprodukte in Toiletten bereitzustellen. Aber: Das Gesetz unterscheidet nicht zwischen Toiletten für Jungen und Mädchen.

Für Trump ist Kamala Harris eine „*Linksradikale*“, die „*kommunistische Preiskontrollen*“ einführen wolle. Tatsächlich will sie im Kampf gegen die Inflation in den USA erstmals ein bundesweites Verbot von Preistreiberei, insbesondere bei Lebensmitteln, durchsetzen und explodierende Mietkosten begrenzen. Das ist natürlich Kommunismus pur. „*In manchen Bereichen gibt es bereits eine Preisregulation mit staatlicher Mitwirkung: Erst am 15. August setzte die US-Regierung drastische Preisnachlässe für die zehn meistverkauften Medikamente im Rahmen der staatlichen Krankenversicherung Medicare durch.*“

Und so weiter und so weiter. Inzwischen machen sich einige US-Medien die Mühe, jede Lüge von Trump umgehend zu enttarnen. Der Unterhaltungswert ist immens. *Quelle: ZDF*

Ed Koch

1

05) Nicht normal. Von Ed Koch



Nicht normal

Am 24. Juli 2008 besuchte US-Präsidentschaftskandidat **Barak Obama** Berlin und hielt eine Rede am Fuße der Siegestsäule. Dem Kandidaten verwehrt Bundeskanzlerin **Angela Merkel** den Auftritt am Brandenburger Tor. Dort durfte er erst auftreten, als er Präsident war. Den Besuch in Berlin unternahm Obama weniger, um seinen Freunden in Berlin zu gefallen, sondern um entsprechende Bilder für das US-Fernsehen zu produzieren, was ihm gelang, denn die Straße des 17. Juni war besser mit Menschen gefüllt als bei der Fußball-Fan-Meile.



Um für das Spektakel akkreditiert werden zu können, musste ich mich auf eine Mailingliste der **Demokratischen Partei** eintragen lassen. Seitdem bekomme ich in unregelmäßigen Abständen, derzeit mehrmals am Tag, eine E-Mail mit Statements von **Kamala Harris** und **Tim Walz**, die alle mit der Bitte enden, Geld zu spenden.



Claus Kleber, der für das ZDF live berichtete, und der frühere US-Botschafter **John Kornblum** hielten Ausschau nach Obama, bis er endlich unter tosendem Applaus das Podium betrat.



Barak Obama hielt eine an das amerikanische Volk gerichtete Rede und alle Berliner fühlten sich angesprochen.



Unter den Zuhörern war natürlich auch der damalige Regierende Bürgermeister **Klaus Wowereit**, wie immer dicht umlagert von seinen Fans,



Im Einsatz natürlich auch Kriminalhauptkommissar **Bernhard Schodrowski**, damals Sprecher der Berliner Polizei.

Soweit der Rückblick auf das Jahr 2008. Heute Nacht um 01:50 MESZ erreichte mich eine Mail von **Bernie Sanders**, inzwischen 83 Jahre alt und so etwas wie das gute Gewissen der Demokratischen Partei der USA. Gern wäre er Präsident geworden, 2016 unterlag er im Vorwahlkampf **Hillary Clinton** und 2020 zog er seine aussichtslose Kandidatur gegen **Joe Biden** zurück. Vor allem bei jungen Wählern, für die Alter keine Rolle zu spielen scheint, konnte Sanders punkten.



Seine Mail war überschrieben mit „**Not normal!**“. Und hier der Text.

Lieber Freund,

Wie Sie sicher wissen, ist dies keine normale Wahl. Es ist keine normale Wahl, wenn wir gegen jemanden antreten, der ein pathologischer Lügner ist. Es ist keine normale Wahl, wenn wir gegen jemanden antreten, der wegen 34 Straftaten verurteilt wurde. Es ist keine normale Wahl, wenn unser Gegner ein verurteilter Sexualstraftäter ist und als Privatunternehmer in 4.000 Klagen verwickelt war – ein Zeichen völliger mangelnder Vertrauenswürdigkeit.

Aber es ist noch schlimmer.

Wenn **Donald Trump** behauptet, dass „niemand“ bei einer 10.000-köpfigen Harris-Walz-Kundgebung in Michigan aufgetaucht sei, die live übertragen und von den Medien umfassend abgedeckt wurde, dass alles KI gewesen sei und dass die Demokraten die ganze Zeit betrügen, dann ist das Methode zu seinem Wahnsinn.

Es ist klar und gefährlich, dass Trump damit die amerikanische Demokratie untergräbt und den Grundstein für die Ablehnung der Wahlergebnisse legt, wenn er verliert.

Wenn sie ihre Unterstützer davon überzeugen können, dass Tausende von Menschen, die an einer im Fernsehen übertragenen Kundgebung teilgenommen haben, nicht existieren, wird es nicht schwer sein, sie davon zu überzeugen, dass die Wahlergebnisse in Pennsylvania, Michigan und anderswo „gefälscht“ und „betrügerisch“ sind.

Es sollte für niemanden ein Geheimnis sein. Trumps Ziel ist es, das Vertrauen in die amerikanischen Institutionen und die Rechtsstaatlichkeit zu zerstören und uns in eine autoritäre Gesellschaft zu führen. Aber nicht nur Trumps Unehrllichkeit und Autoritarismus müssen besiegt werden. Wir können niemanden wählen, der glaubt, dass Frauen im Jahr 2024 nicht das Recht haben, über ihren eigenen Körper zu bestimmen. Im Interesse unserer Kinder und künftiger Generationen können wir niemanden wählen, der den Klimawandel für einen „Scherz“ hält. Deshalb müssen wir alles tun, damit Trump besiegt wird und **Kamala Harris** unsere nächste Präsidentin wird.

Aber, wir müssen mehr tun.

Wir müssen nicht nur Trump besiegen, sondern auch eine starke Basisbewegung aufbauen, die der außerordentlichen Gier der großen Geldinteressen entgegenzutreten kann, die so viel Macht über das wirt-

schaftliche und politische Leben unseres Landes haben. Unser Ziel: eine Regierung, die für alle arbeitet, nicht nur für einige wenige.

Ja. Wir müssen die katastrophale Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zu Citizens United aufheben und uns für die öffentliche Finanzierung von Wahlen einsetzen. Milliardäre sollten keine Wahlen kaufen können.

Ja. Wir müssen uns dem Rest der industrialisierten Welt anschließen und die Gesundheitsversorgung für alle als Menschenrecht und nicht als Privileg garantieren.

Ja. Wir müssen den Mindestlohn auf einen existenzsichernden Lohn anheben und den Arbeitnehmern den Beitritt zu Gewerkschaften erleichtern.

Ja. Wir müssen uns mit der beispiellosen Einkommens- und Vermögensungleichheit befassen und fordern, dass die Reichen und großen Unternehmen beginnen, ihren gerechten Anteil an Steuern zu zahlen.

Ja. Wir müssen Millionen von Wohneinheiten mit niedrigem Einkommen und bezahlbarem Wohnraum bauen und Mieterhöhungen begrenzen.

Ja. Wir müssen die Absurdität beenden, dass die Kinderarmutsrate in fast allen großen Ländern die höchste ist, eine starke Steuergutschrift für Kinder dauerhaft einführen und massiv in die Kinderbetreuung investieren.

Ja. Wir müssen das öffentliche Bildungswesen in Amerika stärken, Lehrern die Gehälter zahlen, die sie verdienen, und sicherstellen, dass jeder Mensch, unabhängig vom Einkommen, die höhere Bildung erhält, die er braucht, um seine Träume zu verwirklichen.

Fazit. Wir leben in einem entscheidenden Moment in der amerikanischen Geschichte. Lassen Sie uns in den nächsten drei Monaten die Ärmel hochkrempeln, zusammenkommen und die harte Arbeit leisten, die geleistet werden muss, um Trump zu besiegen und **Kamala Harris** zur Präsidentin zu wählen.

Und lassen Sie uns auch verstehen, dass es in diesen oder anderen Fragen, die der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes am Herzen liegen, keinen Fortschritt geben wird, wenn die Republikaner das Repräsentantenhaus oder den Senat kontrollieren.

Wir müssen also nicht nur das Rennen um die Präsidentschaft gewinnen, sondern es ist auch von entscheidender Bedeutung, dass wir kämpfen. Aber niemand kann das allein schaffen – nicht **Kamala Harris**, nicht **Tim Walz**, nicht irgendein Kandidat, der



irgendwo im Land für ein Amt kandidiert. Es wird uns alle erfordern, mitzuhelfen. Deshalb bitte ich noch einmal um Ihre finanzielle Unterstützung:

Kann ich darauf zählen, dass Sie heute einen Beitrag von 27 US-Dollar (oder was auch immer Sie sich leisten können) an das Democratic National Committee leisten? Sie hoffen auf zahlreiche Spenden bis zum Beginn des Kongresses.

Unsere Aufgabe ist klar. Lassen Sie uns in den nächsten 81 Tagen alles tun, was wir können, um dem Harris-Walz-Ticket zu einem großen Sieg zu verhelfen. Und lasst uns am Tag nach diesem Sieg unseren Kampf für die Umgestaltung unseres Landes fortsetzen und die Art von Nation schaffen, die wir werden können, wie wir wissen.

In Solidarität,

Bernie

Anmerkungen:

Die Forderungen von Sanders könnten auch im Wahlprogramm der SPD stehen. Ob bei uns unbedingt die Lehrer mehr Geld kriegen, oder ob nicht zuvor Kita-Erzieherinnen und Pflegekräfte bedacht werden sollten, dürfte hierzulande unbestritten sein.

Das gefährliche am US-Wahlkampf ist, dass wir es mit einem Kandidaten zu tun haben, der ständig Lügen verbreitet. Alles, was Trump von sich gibt, müsste in den US-Medien sofort einem Fakten-Check unterzogen werden. Jeder Sender und jede Zeitung müssten eine Rubrik einrichten, die heißen könnte: Die Lügen des Donald Trump und was wirklich wahr ist. Die US-Medien verbreiten häufig unkommentiert die Lügen von Trump. Es ist aber die Aufgabe einer freien Presse, Lügen von Politikern zu entlarven.

*Was die willfährige Glaubensgemeinschaft von **Donald Trump** betrifft, so sind Hopfen und Malz längst verloren. Wenn Trump seinen im Regen stehenden Anhängern sagt, es scheint die Sonne, klappen diese die Regenschirme zusammen. Es ist unfassbar, dass jemand wie Trump, der verblendete Chaoten, die gewalttätig das Kapitol in Washington, D.C., gestürmt und den Tod von Menschen in Kauf genommen haben, als Helden feiert. So jemand gehört dauerhaft weggesperrt.*

Die Vorstellung, dass dieser Mann wieder Präsident werden könnte, bereitet einem schlaflose Nächte.

Ed Koch

06) Pulsmesser



paperpress

seit 1976



Nr. 628-15

15. August 2024

49. Jahrgang

Pulsmesser

Die **Forschungsgruppe Wahlen** hat für das **ZDF** mal wieder den Puls für das Politbarometer gemessen.

Mit der Arbeit der Bundesregierung und des Kanzlers gibt es weiterhin eine große Unzufriedenheit. Für 62 Prozent leistet die Ampel schlechte Arbeit (gute: 33 Prozent). Fünf Prozent wissen offenbar nicht, was gute oder schlechte Arbeit ist.

Olaf Scholz stellen 58 Prozent ein schlechtes Zeugnis aus (gutes: 36 Prozent). In der Kritik steht vor allem die Führungsstärke des Kanzlers: Nur 16 Prozent aller Befragten bescheinigen ihm diese, für rund drei Viertel (76 Prozent) zeigt **Olaf Scholz** in den letzten Wochen eher keine Führungsstärke.

Auch für die SPD-Anhängerschaft, die mehrheitlich (79 Prozent) insgesamt mit der Arbeit des Kanzlers zufrieden ist, hat er in punkto Führungskraft Defizite. So sind mit 60 Prozent auch die meisten SPD-Anhänger der Meinung, dass **Olaf Scholz** in den letzten Wochen Führungsstärke vermissen ließ (zeigte er: 32 Prozent).

Haushaltsstreit

Nachdem sich die Koalition Anfang Juli auf einen Haushaltsentwurf für 2025 geeinigt hatte, gibt es jetzt wieder Streit über den Bundeshaushalt für das nächste Jahr. Schuld an dem erneuten Streit hat für 35 Prozent der Befragten hauptsächlich die FDP, 13 Prozent sehen sie vor allem bei den Grünen und 7 Prozent bei der SPD. Für 35 Prozent sind alle gleichermäßen dafür verantwortlich.

Ampel wird halten

Trotz der Streitereien in der Ampel glauben 74 Prozent, dass die Regierung bis zum regulären Wahltermin 2025 halten wird. Nur 21 Prozent rechnen mit einem vorzeitigen Aus für die Koalition. Eine vorgezogene Neuwahl im Bund würden nach 51 Prozent im Juni jetzt nur 42 Prozent unterstützen, darunter Mehrheiten in den Anhängerschaften von CDU/CSU (52 Prozent), AfD (92 Prozent) und BSW (67 Prozent). Insgesamt 51 Prozent sind gegen eine vorzeitige Neuwahl.

Kaum jemand will, dass Scholz erneut kandidiert

Bundeskanzler Scholz hat angekündigt, bei der nächsten Bundestagswahl erneut als Kanzlerkandidat der SPD anzutreten. Das stößt lediglich bei 29

Prozent aller Befragten auf ein positives Echo, 67 Prozent sprechen sich dagegen aus. Lediglich die SPD-Anhängerschaft steht mit 53 Prozent mehrheitlich hinter einer erneuten Kandidatur von Scholz, aber auch hier lehnen sie 41 Prozent ab.

Kein Unionsbewerber mehrheitsfähig

Eher uneins sind sich die Befragten, mit wem die Union die größeren Chancen auf ein gutes Abschneiden bei der nächsten Bundestagswahl hätte. Für 27 Prozent liegt hier **Markus Söder** vorne, für 23 Prozent **Hendrik Wüst**, für 18 Prozent **Friedrich Merz** und für sieben Prozent **Daniel Günther**. Von den Anhängern der CDU/CSU setzen 33 Prozent auf **Markus Söder**, 25 Prozent auf **Friedrich Merz**, ebenfalls 25 Prozent auf **Hendrik Wüst** und sieben Prozent auf **Daniel Günther**.

Die Sonntagsfrage macht Sommerpause

Erneut zeigt sich die Politbarometer-Projektion recht stabil: Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre, käme die **SPD** auf 14 Prozent, die **CDU/CSU** auf 32 Prozent, die **Grünen** auf 13 Prozent und die **FDP** auf vier Prozent, alle unverändert. Die **AfD** könnte mit 16 Prozent (minus eins) rechnen, die **Linke** mit drei Prozent (unverändert) und das **BSW** mit acht Prozent (plus eins). Die anderen Parteien lägen weiterhin zusammen bei zehn Prozent, darunter keine Partei, die mindestens drei Prozent erzielen würde. Bei einem solchen Ergebnis würde es für eine Koalition aus Union und SPD oder für eine Koalition aus Union und Grünen reichen, wenn auch knapp anhand der Mandate.

Markus Söder hat eine Koalition mit den Grünen genauso oft ausgeschlossen, wie die K-Frage für sich. Glaubhaft ist beides nicht.

Boris Pistorius

Zu den zehn wichtigsten Politikern und Politikerinnen zählt nach Meinung der Befragten jetzt wieder **Karl Lauterbach**, NRW-Ministerpräsident **Hendrik Wüst** ist nicht mehr dabei. Bei der Beurteilung von Politikerinnen und Politikern nach Sympathie und Leistung („Was halten Sie von?“) liegt Verteidigungsminister **Boris Pistorius** weit vor allen anderen auf Platz eins. Er wird auf der Skala von +5 bis -5 mit einem Durchschnittswert von 1,7 (hier und im Folgenden Vergleichswert vom Juli: 1,8) eingestuft.

Auf Platz zwei kommt **Markus Söder** mit 0,0 (0,1), danach folgen die Plätze mit dem Minuszeichen: **Friedrich Merz** auf Platz drei mit minus 0,2 (0,0). Es folgen **Robert Habeck** mit minus 0,4 (minus



0,4), **Annalena Baerbock** mit minus 0,5 (minus 0,6), **Karl Lauterbach** ebenfalls mit minus 0,5 und **Olaf Scholz** mit minus 0,7 (minus 0,6). **Christian Lindner** verschlechtert sich auf minus 0,9 (minus 0,6), **Sahra Wagenknecht** wird mit minus 1,1 (minus 0,9) bewertet und weiter deutlich im Negativ-Bereich bleibt **Alice Weidel** mit minus 2,7 (minus 2,5).

Wie lange will **Olaf Scholz** noch den **Joe Biden** geben? Es gibt in der SPD nur zwei Personen, die für die Partei das Ruder bis 2025 noch rumreißen könnten: **Boris Pistorius** und **Lars Klingbeil**. Scholz hatte seine Chance, er hat sie nicht genutzt und erst recht nicht seine Aufgabe erfüllt. Er sollte einsichtig sein und abtreten.

Wunschdenken

Eine sehr große Mehrheit der Deutschen (88 Prozent) wünscht sich **Kamala Harris** als nächste US-Präsidentin. Nur neun Prozent präferieren **Donald Trump**. Und eine Mehrheit (68 Prozent) erwartet auch, dass Harris gegen Trump, den 26 Prozent für den Favoriten halten, gewinnen wird. Ende Juni noch mit **Joe Biden** als Kandidaten der Demokraten, war die Einschätzung eine andere. Damals gingen 45 Prozent davon aus, dass Biden die Wahl gewinnt und 46 Prozent, dass Trump das Rennen macht.

Wenig Begeisterung für Olympische Spiele

Am Wochenende sind die Olympischen Spiele in Frankreich zu Ende gegangen. Eine Bewerbung Deutschlands um die Spiele in den nächsten Jahren würden 54 Prozent begrüßen, darunter jüngere Befragte (unter 35-Jährige: 59 Prozent) etwas häufiger als ältere (ab 60-Jährige: 48 Prozent). Keine Begeisterung für eine Bewerbung Deutschlands zeigen insgesamt 41 Prozent.

Das Politbarometer

Die Umfrage zum Politbarometer wurde wie immer von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt. Die Interviews wurden in der Zeit vom 12. bis 14. August 2024 bei 1.334 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten telefonisch und online erhoben. Dabei wurden sowohl Festnetz- als auch Mobilfunknummern berücksichtigt. Die Befragung ist repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Der Fehlerbereich beträgt bei einem Anteilswert von 40 Prozent rund +/- drei Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von zehn Prozent rund +/- zwei Prozentpunkte. Das nächste Politbarometer sendet das ZDF am Freitag, den 6.9.2024,

davor gibt es am 23.8. noch ein Politbarometer-Extra zu den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen. Informationen zur Methodik der Umfrage und zu den genauen Frageformulierungen finden Sie auch auf www.forschungsgruppe.de.

Quelle: ZDF
Anmerkungen: Ed Koch

07) Das bisschen Haushalt. Von Ed Koch



Das bisschen Haushalt

„Das bisschen Haushalt macht sich von allein. Das bisschen Haushalt kann so schlimm nicht sein.“, sang **Johanna von Koczan** schon 1977. In jenem Jahr verzeichnete der Bundeshaushalt 171.005,650 Mio. DM an Ausgaben und 150.612,650 Mio. DM an Einnahmen. Die Differenz wurde kreditfinanziert. Vorher ging es in den Haushaltsberatungen auch darum, an welchen Stellen man kürzen könnte, eine Position hieß „Einzelplan 15 Kindergeld – 250 Millionen DM.“ Na bitte, bei den Kindern lässt sich doch immer etwas einsparen.

1977 wurde im „Kabinett Schmidt II“ (1976-1980) die Bundesregierung von einer sozial-liberalen Koalition getragen mit Bundeskanzler **Helmut Schmidt** als Chef und seinem Parteifreund **Hans Apel** als Finanzminister. Seitens der FDP saßen die liberalen Legenden **Hans-Dietrich Genscher** (Außenminister), **Werner Maihofer**, später **Gerhart Baum** (Inneres) und **Hans Friedrichs** (Wirtschaft) im Kabinett.

47 Jahre später soll der Bundeshaushalt für das Jahr 2025 481 Milliarden Euro betragen. Zwischendurch fand der Beitritt der DDR zur BRD statt, was den Etat natürlich erhöht hat. Nach wochenlangen Verhandlungen, bei denen immer wieder Zwischenergebnisse als Durchbruch verkauft wurden, geht der Streit weiter. „Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, **Reiner Holznagel** wies darauf hin, dass die Lücke von drei bis fünf Milliarden Euro nur rund ein Prozent des Gesamthaushalts von 481 Milliarden Euro ausmache.“ *Tagesspiegel*

Frei nach **Friedrich von Schillers** Glockengedicht: „Heute muss der Haushalt werden, frisch Gesellen, seid zur Hand, von der Stirne heiß, Rinnen muss der Schweiß.“ Kein Problem bei dem Wetter. Die Gesellen heißen **Olaf Scholz** (SPD), **Robert Habeck** (Grüne) und **Christian Lindner** (FDP). Gutachten und Stellungnahmen zum Haushalt werden unterschiedlich interpretiert, aber nicht intern diskutiert, sondern publikumswirksam von Lindner öffentlich gemacht. Von einem Rüffel des Kanzlers fühlt sich Lindner nicht angesprochen.

Machen wir uns nichts vor, auch wenn sich die Ampel in wenigen Stunden, heute Nacht oder morgen früh auf einen belastbaren Haushalt verständigt, ihre Zeit ist längst abgelaufen. Das Verhältnis zwischen SPD und Grünen auf der einen und der FDP auf der anderen Seite ist so zerrüttet wie 1982 zwischen SPD und FDP als es als Folge davon am 1. Oktober 1982 zum

„Konstruktiven Misstrauensvotum“ gegen **Helmut Schmidt** kam und **Helmut Kohl** für 16 Jahre ins Kanzleramt einzog. Unterschied zu damals, 1982 hatte Schmidt auch die Linke in seiner Partei gegen sich, es ging um die Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenraketen. Auch heute ein Thema, aber nicht entscheidend. Auch „die problematische wirtschaftliche Lage brachten sowohl den linken und den rechten Flügel der SPD als auch SPD und FDP immer weiter auseinander.“ Heute ist die wirtschaftliche Lage nicht problematisch, sondern einfach schlecht. Der Wirtschaftsminister heißt aktuell **Robert Habeck**.

Ein „Konstruktives Misstrauensvotum“ wird es nicht geben. Würde Lindner den Verräter spielen wollen, wie 1982 Genscher, so brächte er mit der Union nur 287 Stimmen zusammen gegen 324 von SPD und Grünen. Mit AfD und Linken bekäme man eine Mehrheit für die Abwahl des Kanzlers zwar zustande, aber der Sinn eines „Konstruktiven Misstrauensvotums“ ist, dass automatisch mit der Abwahl des einen der andere gewählt ist. Und dass die Rechten und Linken **Friedrich Merz** wählen würden, nur um **Olaf Scholz** loszuwerden, ist absurd.

Die Chemie innerhalb der Ampel wird sich nicht verbessern. Das hängt vor allem damit zusammen, dass der Egomane Lindner kein Team-Player ist, sondern die Fouls bei den eigenen Leuten einsetzt.

1809 prägte der preußische Major **Ferdinand von Schill** den Satz: „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.“ Wir haben an dieser Stelle immer die Auffassung vertreten, dass eine für vier Jahre gewählte Regierung gefälligst über die volle Strecke arbeiten soll. An diesem Grundsatz hegen wir inzwischen Zweifel. Wollen wir uns wirklich dieses Schauspiel noch bis zum 28. September 2025 anschauen? Auch wenn es abgedroschen ist, der Lindner-Satz von 2017 ist aktueller denn je: „Es ist besser, nicht zu regieren als falsch zu regieren.“ Ja, es ist besser, ohne FDP zu regieren, als mit ihr. Aber auch **Friedrich Merz** wird sie brauchen.

In Sachsen, Thüringen und Brandenburg, wo im September gewählt wird, spielt die FDP keine Rolle mehr. In allen Umfragen zur Sonntagsfrage im Bund liegt sie bei fünf Prozent. Wie sangen die **Beatles** 1970 (frei übersetzt und angepasst) „Wenn ich mich in Zeiten der Not befinde, kommt der Wähler zu mir und spricht Worte der Weisheit, Lass es sein.“

Ed Koch

08) Nach Hamburg wird die Strecke lang. Von Ed Koch

paperpress

seit 1976



Nr. 628-13

13. August 2024

49. Jahrgang

Nach Hamburg wird die Strecke lang

Kürzlich war ich in Thüringen unterwegs, angeblich eine der abgehängten Ostregionen in unserem Land.

ICE 1001	296 km/h	08 10
Next station	Arrival in 9 min	Platform
Erfurt Hbf	07:40 08:19	1

Sehen wir einmal davon ab, dass der Zug 39 Minuten Verspätung hatte, so erstaunte mich doch die Geschwindigkeit, mit der der ICE durchs Land rauschte. Knapp 300 Sachen, was ich bislang bestenfalls beim EuroStar auf dem Weg von Paris nach London erlebt habe.

ICE 804	199 km/h	13 02
Hamburg Hbf	13:24 13:27	5

Die Strecke Berlin-Hamburg verbindet die beiden größten deutschen Städte, man sollte also meinen, dass gerade hier auf das Tempo geachtet wird. Mit gemütlichen knapp 200 Stundenkilometern tuckelt man von der Spree an die Elbe. Und jetzt, da ich weiß, dass diese Strecke erneut lange Zeit gesperrt wird, meinte ich festgestellt zu haben, dass es ganz schön ruckelt auf den Gleisen, ehe man das wunderschöne Panorama von Hamburg mit Blick über die Binnenalster zum Jungfernstieg sehen kann.



„Die 278 Kilometer lange Eisenbahnverbindung zwischen Hamburg und Berlin ist hochbelastet – 230 Züge und bis zu 30.000 Fahrgäste nutzen sie täglich. Damit ist sie als Städte-Direktverbindung Spitzenreiter in Deutschland. Gemeinsam mit dem Bund verwandelt die Deutsche Bahn (DB) das hochbelastete Netz in ein Hochleistungsnetz. So schafft sie die Voraussetzung für die digitale Schiene und einen verlässlichen, bundesweiten Deutschlandtakt.“ Um die „Digitale Schiene“ kümmert sich die Bahn seit kurzem im Schöneberger Gasometer auf dem EUREF-Campus. Das kann nur gut werden. Googelt man

„Deutschlandtakt“, so wird einem das Jahr 2070 angezeigt. Vielleicht klappt es zwischen Berlin und Hamburg früher. Und schön wäre dann, wenn 300 und nicht 200 km/h auf dem Display stünden.

Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg. Ab dem **16. August 2024** bis zum **14. Dezember 2024** finden dringend notwendige Instandhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen auf der Strecke Hamburg–Berlin statt. „100 Weichen, drei Durchlässe und insgesamt rund 74 Kilometer Gleise erneuert die Bahn in dieser Zeit. Die Arbeiten finden hauptsächlich zwischen Wittenberge und Ludwigslust, im Bereich Hagenow Land, sowie zwischen Büchen und Hamburg statt. Der Fernverkehr zwischen Hamburg und Berlin in dieser Zeit über Uelzen und Stendal umgeleitet, der Regionalverkehr muss teilweise durch Busse ersetzt werden.“

Und dann geht's vom **1. August 2025** bis **30. April 2026** ans Eingemachte. Es findet eine Generalsanierung statt. Sicherlich gibt es gute Gründe, warum Instandhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen gesondert von der Generalsanierung stattfinden. „Während dieser Zeit ist die Strecke zwischen Hamburg und Berlin für den Zugverkehr gesperrt. Zahlreiche Arbeiten an Gleisen, Weichen und Oberleitungen bündelt die DB innerhalb von neun Monaten, sodass in den kommenden Jahren wesentlich weniger gebaut werden muss.“ Unter „wesentlich weniger“ verstehe ich, dass auch weiterhin gebaut werden könnte.

„Es werden zudem die Leit- und Sicherungstechnik erneuert und die Bahnhöfe auf der Strecke modernisiert. Reisende und Güter gelangen während der Arbeiten zuverlässig und planbar ans Ziel.“

In Hamburg sind nicht nur die Nächte lang, sondern auch die Strecke dorthin. Aber, es ist verkraftbar. Direktverbindung Berlin Südkreuz bis Hamburg Altona 144 Minuten, über Stendal 183 Minuten, also 39 Minuten Plus. Wenn das Bord-Bistro geöffnet ist, wie bei meiner Reise gestern und heute, ist alles OK. Beide Verbindungen waren auf die Minute genau pünktlich. Nur ein Schreck beim Frühstück: Der ICE 509 fällt aus. Aber: der Ersatz ICE 2939 steht bereit. Der Zugchef entschuldigte sich, weil dadurch die Sitzplatzreservierungen aufgehoben waren. Auch kein Problem, es gab genügend freie Plätze. Zur Beruhigung der Passagiere fügte der Zugchef hinzu, in Deutsch und Englisch, aber: „Your ticket is guilty!“ Irgendwer muss ja schuld sein.

Ed Koch

1

09) KW 32 (05. – 11.08.2024) – Dabei sein ist fast alles. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-11

11. August 2024

49. Jahrgang

KW 32

Dabei sein ist fast alles

Wirklich angenehm war, dass man, abgesehen von der Eröffnungsfeier, diesen unsäglichen IOC-Präsidenten **Thomas Bach** nicht mehr gesehen hat. Der ehemalige DOSB-Chef **Alfons Hörmann** nennt Bach in der ZDF-Dokureihe „Die Spur“ einen „Präsidenten in Putins Gnaden“. Sport war und ist immer auch Politik. Wenn Bach heute Abend die Olympischen Spiele beendet und die Flagge an Los Angeles weitergibt, wird es wohl einer seiner letzten großen Auftritte sein, denn, wie das **ZDF** gestern Abend meldete, wird Bach im kommenden Jahr am Ende seiner zweiten Amtszeit abtreten. Die Paralympischen Spiele vom 28. August bis 8. September in Paris wird er noch begleiten. Um die Vorbereitungen der kommenden Olympischen Spiele vom 14. bis 30. Juli 2028 wird sich ein anderer Funktionär kümmern müssen. Ob sich an der Struktur dieser Organisation etwas ändern wird, darf bezweifelt werden. Denn, es geht immer nur ums Geld, koste es, was es wolle.

Wenn man dem Glauben schenkt, was das IOC zur Finanzierung der Olympischen Spiele erklärt, so finanziert sich das Großereignis aus sich selbst heraus. Was am Ende beim IOC hängenbleibt, ist nicht zu erkennen.

„Fast das gesamte Budget (96 Prozent) für die Organisation der Olympischen und Paralympischen Spiele in Paris 2024 stammt aus dem privaten Sektor, nämlich dem IOC, Partnerunternehmen, dem Ticketbüro der Spiele und der Lizenzierung. Das Budget deckt alle Aspekte der Planung, Organisation und Durchführung der Veranstaltung ab, einschließlich der Eröffnungs- und Abschlusszeremonie.“

4,38 Milliarden Euro umfasst das Budget des Organisationskomitees von Paris 2024. Und stolz verkündet die Organisation, dass ihr Beitrag auch eine indirekte Unterstützung in Höhe von 435 Millionen US-Dollar umfasst, Kosten, die Paris 2024 getragen hätte, wenn das IOC sie nicht übernommen hätte. Das klingt für das austragende Land doch gut, oder?

Bei den Medaillenprämien werden alle, die durch die Deutsche Sporthilfe geförderten werden, gleich belohnt: 20.000 Euro für Gold, 15.000 Euro für Silber und 10.000 Euro für Bronze. Stand gestern Abend landet Deutschland auf Platz 9 der Rangliste mit insgesamt zwölfmal Gold, elfmal Silber und achtmal Bronze. China und die USA führen die Liste an,

besser als wir sind auch Australien, Japan, Frankreich, Großbritannien, Südkorea und die Niederlande.

Beim „Ewigen Medaillenspiegel der Olympischen Sommerspiele von 1896 bis 2021“ liegt Deutschland hinter den USA und Russland auf Platz drei. Ob dieser zu halten sein wird, muss man nachrechnen. Ein Blick zurück erinnert daran, dass früher die DDR mitmischte. 1976 in Montreal landete sie hinter der Sowjetunion auf dem zweiten Platz, die BRD belegte Platz vier. Hätte die Wiedervereinigung schon damals stattgefunden, stünde Gesamtdeutschland auf dem ersten Platz. Was ist seitdem geschehen? Was ist los mit der Sportförderung in diesem Land?

Natürlich sind Medaillen wichtig. Für jeden Sportler, wenn er ehrlich ist, ist Dabeisein natürlich wichtig, noch wichtiger aber der Gewinn einer Medaille. Große menschliche Dramen spiegeln sich in den Gesichtern der Athleten wider, wenn sie als erster oder „nur“ zweiter oder dritter das Ziel erreichten. In der TV-Berichterstattung konnte man von früh bis spät dabei sein und die häufig anstrengenden Kommentare der Sportreporter ertragen. Zu oft wurde hin und her geschaltet. Wenigstens in der Mediathek konnte man sich auch ein Spiel in voller Länge anschauen.

10.500 Sportler aus 206 Ländern waren in 32 Sportarten vertreten, voller Begeisterung und Leidenschaft. Die Kulisse, die Paris bot, wird noch lange im Gedächtnis bleiben. Die ganze Stadt war involviert, Straßen und Plätze überall. Das waren die schönsten Momente, als die Radsportler vom Montmartre hinab bis zum Eiffelturm fuhren. Eine Stadtrundfahrt der besonderen Klasse. Die Eröffnungsfeier am 26. Juli auf der Seine und drumherum wird so schnell keine andere Stadt nachahmen können. Das war wirklich fantastisch.

Olaf Scholz sieht Olympia in Paris als „große Inspiration für deutsche Bewerbung.“ Aber schon sind sie wieder da, die Bedenkenträger, die alles zereden. „Die Sanierung der Berliner Sportstätten allein würde 240 Millionen Euro kosten.“, beklagt eine Politikerin der Grünen. Müssten die Sportstätten nicht auch ohne Olympische Spiele saniert werden? Am Ende der Überlegungen wird wieder ein Volksentscheid stehen, der im links-grünen Ideologie-Sumpf untergehen wird. Radrennen wie in Paris wären auf Berlins Straßen sowieso nicht möglich, man müsste ja vorher alle rot-weißen Poller abbauen.

Ed Koch

1

10) Von wegen Sommerloch. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-10

9. August 2024

49. Jahrgang

Von wegen Sommerloch

Früher wartete man darauf, dass ein unscharfes Bild veröffentlicht wurde, auf dem ein Ungeheuer namens Nessi zu sehen war, das regelmäßig im schottischen Loch Ness aus den Fluten auftauchte. Nein, heute wartet niemand mehr auf Nessi, es gibt genug andere Schreckgespenster.

Wenn nicht einmal **Carlo Masala** erklären kann, warum die Ukraine russisches Territorium angreift, lässt einen das ratlos zurück. Wer die Frage nach dem Warum, mit „weil sie es kann“ beantwortet, hat offenbar zu viel Hitze in den letzten Tagen abbekommen.

Dass sich die Ukraine verteidigt, ist unbestritten. Den Krieg aber unnötig zu verschärfen, anstatt die eigenen Kräfte auf die Verteidigung und nicht auf Angriff zu konzentrieren, halte ich für falsch und gefährlich. Nur, um das dumme Gesicht des überraschten Putins zu sehen, ist kein ausreichender Grund.

Wenn man lange nichts vom „Islamischen Staat IS“ gehört hat, ist das kaum beruhigend. Terrororganisationen sind nicht totzukriegen, auch wenn man ihre Führer eliminiert, es findet sich immer ein Nachfolger. Dass in Wien drei Konzerte von **Taylor Swift** abgesagt werden mussten, weil eine konkrete Terrorgefahr durch IS-Aktivisten bestand, schockiert. Der Angriff zielt ab auf unsere freiheitliche Art zu leben, mit der diese verblendeten Terroristen nichts anfangen können. Der IS und andere Terrororganisationen führen einen Krieg gegen uns „Ungläubige“. Ungläubig deshalb, weil Toleranz und nicht Hass zum Markenkern unseres Lebens gehört.

Die Tatverdächtigen von Wien sind nicht einmal 20 Jahre alt. Einer von ihnen habe sich im Internet radikalisiert und einen Treueschwur auf einen IS-Anführer geleistet. Es ist für normal denkende Menschen nicht nachvollziehbar, was in den Köpfen dieser Jugendlichen vor sich geht. Der Vorgang ist ein neuer Beweis dafür, dass wir in unsere Sicherheit noch mehr investieren müssen, um unsere Freiheit zu erhalten. Dankbar muss man den Sicherheitsbehörden sein, diesen Anschlag vereitelt zu haben. Nicht übersehen darf man dabei, dass allein die österreichischen Behörden den Anschlag wohl nicht hätten verhindern können. Die Hilfe anderer Dienste, womit vornehmlich die USA gemeint sind, ist unerlässlich. Offenbar verfügen die amerikanischen Geheimdienste über andere und weitreichendere Möglichkeiten, Terrorakten auf die Spur zu kommen. Diese Methoden sind vermutlich nicht unbedingt kompatibel mit unseren Rechtsnormen. Wir erstat-

ten schon Anzeige, wenn eine Drohne über uns kreist. Persönlichkeitsrechte und Datenschutz sind wichtig. Dann sollten wir aber zuerst bestimmte Funktionen in unserem Handy ausschalten und keine WhatsApp, SMS oder E-Mails versenden. Auch Festnetztelefonate können abgehört werden. Und wenn wir von A nach B wollen, vielleicht mal wieder den guten alten Stadtplan und nicht den Navi verwenden. Von uns sind enorm viele persönlichen Daten überall hinterlegt, kommt es wirklich noch darauf an, dass per Gesichtserkennung die Polizei erfährt, dass ich am Bahnhof Südkreuz in einen Zug nach Hamburg gestiegen bin?

Das Sommerloch fällt in diesem Jahr aus. Der angeblich beigelegte Streit um den Bundeshaushalt ist Dank des Vorsitzenden der Kleinstpartei FDP wieder voll entflammt. **Christian Lindner** bringt sich in Position, künftig ohne SPD und Grünen zu regieren. Das Geheimnis, wie das gelingen soll, liegt vermutlich auf dem Grund von Loch Ness.

Heute ist mal wieder Umfragetag. ARD und ZDF veröffentlichen die Zahlen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen. Am 28. September 2025 finden die nächsten Bundestagswahlen statt. Bis dahin kann sich noch viel verändern. Derzeit liegt die Union bei 32 Prozent, SPD 15, Grüne 10,5, AfD 17, BSW 9,5. Die Linke (3%) wäre raus, die FDP (5%) vielleicht noch drin und erhofft sich, wie seit Jahrzehnten, das Zünglein an der Waage sein zu dürfen.

Die Machtoptionen von CDU und CSU sind begrenzt. Mit der SPD ginge es knapp, mit den Grünen nicht, es sei denn, man holt sich noch die FDP ins Boot. Viel Vergnügen.

Während bei der SPD bezüglich des Kanzlerkandidaten alles geklärt ist - natürlich tritt der äußerst erfolgreiche und charismatische Amtsinhaber **Olaf Scholz** wieder an - muss sich die Union mit drei möglichen Bewerbern herumschlagen. Nach dem ARD-Deutschlandtrend halten 38 Prozent **Markus Söder** für den richtigen Kandidaten, 52 Prozent nicht. **Hendrick Wüst** kommt auf 36 Prozent Zustimmung und 33 Prozent Anlehnung. Und derjenige, der sich für den geborenen Kanzler hält, **Friedrich Merz**, landet nur auf dem dritten Platz, 27 Prozent halten ihn für das, was er selbst von sich hält, aber 59 Prozent sagen Never Ever!

Mehr als Probewahlen. Am Abend des 1. September, also gerade mal in drei Wochen, könnte ein Ruck durchs Land gehen. In **Sachsen** und **Thüringen**

1



wird gewählt. Das Polit-Barometer des ZDF sieht die CDU in Sachsen bei 34 Prozent, AfD 30, Grüne und SPD jeweils 6, und das BSW 11 Prozent. Selbst mit einer Beteiligung von SPD und Grünen würde es für eine CDU-Regierung nicht oder nach Mandaten nur knapp reichen.

In Thüringen ist die Lage noch dramatischer. Die Linke käme auf 15 Prozent, AfD 30, CDU 21, SPD 7 und BSW 19. Die Linke in Sachsen und die Grünen in Thüringen laufen unter dem Radar.

Und schon wird heftig diskutiert, wie man das Bündnis der Beliebigen-Populistin **Sahra Wagenknecht** regierungsfähig machen kann. Auf die Bürgerrechtler der DDR haben die Wähler schon 1990 nicht gehört. Ihnen ist zwar ganz wesentlich der Zusammenbruch der DDR zu verdanken, bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen 1990 wurden sie aber regelrecht versenkt. 1,2 Prozent stand auf dem Konto, im Westen nicht messbar, im Osten immerhin 6,2 Prozent. Undank ist der Welten Lohn. Die Menschen in der DDR ließen sich lieber von **Helmut Kohl** blenden, der ihnen „blühende Landschaften“ versprach, ohne allerdings ein Datum zu nennen. Erst in diesem Jahr haben Senioren in Ost und West die gleiche Renten-Erhöhung bekommen.

Ehemalige prominente DDR-Bürgerrechtler wie **Marianne Birthler** und **Markus Meckel** haben vor einer Regierungsbeteiligung des Wagenknecht-Bündnisses gewarnt, vor allem wegen der Putin-Nähe dieses Bündnisses.

Im Wahlprogramm des BSW für Thüringen schreibt Wagenknecht: „Am 1. September geht es um einen echten Neubeginn für Thüringen. Als Vorsitzende des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) verspreche ich (Sahra Wagenknecht, Anm.d.Red.) Ihnen: Mit uns gibt es nach der Wahl kein Weiter so bürgerferner Politik in Ihrem Bundesland, sondern mit uns geht es wieder um Ihre ganz konkreten Probleme und Hoffnungen.“

Je stärker das BSW wird, desto mehr Vernunft und Gerechtigkeit ziehen in Thüringens Politik ein. Eine starke BSW-Fraktion im Erfurter Landtag wäre auch ein klares Signal an die Ampel in Berlin, die seit über zwei Jahren dabei ist, Land und Leute mit ihrer undurchdachten Politik zu ruinieren. Unser Land wird zweifellos von der schlechtesten Koalition regiert, die die Bundesrepublik je hatte. Arrogant, ideologiegetrieben, inkompetent!“ Zu möglichen Koalitionspartnern in Thüringen äußert sich Wagenknecht nicht. Gemeinsam mit der AfD würde es rechnerisch rei-

chen, mit einem Faschisten als Ministerpräsident. Schließen wir dieses Szenario aber aus.

Wer bleibt? Allein mit der CDU würde es nicht reichen. Eine Koalition, in der Linke und ihre Verräterin säßen, wäre auch kaum vorstellbar. Die Zersplitterung in Linke und BSW ist in Thüringen besonders dramatisch, kämen doch beide gemeinsam auf 34 Prozent und der parteiübergreifend anerkannte Ministerpräsident **Bodo Ramelow** könnte im Amt bleiben, wenn die CDU ihre Unvereinbarkeitsbeschlüsse überdenken würde. Das sind alles Geschichten aus dem Reich der Fantasie. Aber irgendeine Koalition muss es ja schließlich geben, um den Faschisten **Björn Höcke** zu verhindern.

Während die CDU auf Wagenknecht schießt, tritt ihr diese kräftig in den Hintern, wobei sie auch noch gleich die Grünen versenkt, was in Thüringen einer Leichenschändung gleichkommt.

„Aber es gibt etwas, das tatsächlich noch gefährlicher wäre als die Ampel: eine Koalition aus CDU/CSU und Grünen im Bund. Mit dieser Koalition würden auch noch die letzten militärischen Hemmungen fallen. Jede Stimme für die CDU bei der Landtagswahl in Thüringen ist auch Rückenwind für Friedrich Merz, der uns durch die Lieferung von Taurus-Raketen noch tiefer in den Ukraine-Krieg hineinziehen möchte. Wer CDU wählt, wählt auch Politiker wie Roderich Kiesewetter, der ‚den Krieg nach Russland tragen‘ und die Ukraine befähigen möchte, staatliche Einrichtungen in Moskau mit deutschen Waffen in Schutt und Asche zu legen. Dieser Wahnsinn darf nicht unterstützt, er muss gestoppt werden.“

Tja, was soll man sagen. Manchmal erfüllen sich Befürchtungen aus Wahlprogrammen schneller als gedacht. Der von Putin begonnene Krieg gegen die Ukraine findet nun auch in seinem Land statt. Schuld daran ist nicht Herr Kiesewetter, sondern er selbst.

Deprimierend. Alle in diesem Beitrag angesprochenen Themen bleiben offen. Brauchen wir in diesem Sommer Nessi? Nein. Wer wird Kanzlerkandidat der Union? Keine Ahnung. Gelingt es Sahra Wagenknecht Putins Krieg in der Ukraine durch Diplomatie zu beenden? Wohl kaum. Wir entlassen Sie also ratlos ins Wochenende. Schauen Sie sich die letzten Medaillenkämpfe bei **Olympia** an, oder besuchen Sie ein Konzert von **Young Euro Classic**. Auch das Festival leidet unter der aktuellen Lage, denn das israelische **Galilee Chamber Orchestra** hat sein Konzert am 12. August abgesagt.

Ed Koch

11) Mehr als ein Partner.

Deutschland ist nun Teil der UN-Schutzmission an der Grenze zu Nordkorea. Damit sendet Berlin ein Signal, das weit über Asien hinausgeht

Von Eric Ballbach

08.08.2024



An der innerkoreanischen Grenze stehen neben süd- und nordkoreanischen Soldaten auch UN-Schutztruppen. Deren neuestes Mitglied: Deutschland. -picture alliance/dpa/Stephan Schulz

Dieser Schritt geht weit über reine Symbolik hinaus: Deutschland ist als 18. Mitglied dem *UN Command* in Korea (UNC) beigetreten. Das UNC war ursprünglich am 7. Juli 1950 nach der Anerkennung der Aggression durch die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) gegen die Republik Korea (Südkorea) durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zur Unterstützung Südkoreas etabliert worden. Seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens 1953 besteht die Hauptaufgabe der von den USA geführten multinationalen Truppe darin, die Aufrechterhaltung des Waffenstillstands zu überwachen sowie den innerkoreanischen Dialog zu fördern. Seit dem 2. August dieses Jahres ist Deutschland nun Teil des *UN Command*.

Bereits 2019 bemühte sich die Bundesrepublik darum, dem UNC beizutreten. Dies wurde jedoch vom damaligen Präsidenten Südkoreas, Moon Jae-in, abgelehnt, um seine auf Entspannung und Einbindung ausgelegte Nordkoreapolitik nicht zu gefährden – denn Pjöngjang fordert schon lange die Auflösung des UNC. Seither hat sich die Situation auf der koreanischen Halbinsel jedoch ebenso grundlegend verändert wie die Haltung der konservativen Regierung Yoon Suk Yeols, die sich um eine Ausweitung der Zusammenarbeit mit den UNC-Mitgliedstaaten bemüht hat, [um die wachsende militärische Bedrohung durch Nordkorea abzuschrecken](#). Vor diesem Hintergrund traf die erneute deutsche Bewerbung um die Mitgliedschaft 2024 auf breite Unterstützung, sowohl in Südkorea als auch in den USA.

Für den Beitritt Deutschlands zum UNC lassen sich mehrere Gründe festmachen. *Zuvorderst* ist der Schritt eine konsequente Fortsetzung der immer engeren bilateralen Beziehungen Deutschlands zu Südkorea. Das Land wird von Berlin nun als einer seiner beiden wichtigsten asiatischen Partner angesehen. Aufbauend auf den traditionellen Kooperationsfeldern – Wirtschaft, Teilung/Wiedervereinigung, Kultur und Wissenschaft –

Seite E 97 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

haben sich die Beziehungen zwischen Berlin und Seoul in der jüngeren Vergangenheit auf weitere Politikfelder und insbesondere auch auf den strategischen Bereich ausgeweitet.

Konkrete Beispiele hierfür sind etwa ein von Bundeskanzler Olaf Scholz und Präsident Yoon Suk Yeol angekündigtes Abkommen zum Schutz militärischer Informationen, welches darauf abzielt, die praktische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zu stärken und die Lieferketten der Verteidigungsindustrie zu stabilisieren. Ausgebaut wurde auch die cybersicherheitspolitische Zusammenarbeit. Im März 2023 sowie im Februar 2024 veröffentlichten der deutsche Verfassungsschutz und der koreanische *National Intelligence Service* zwei gemeinsame Sicherheitshinweise, um auf nordkoreanische Cyberspionagekampagnen aufmerksam zu machen – ein Novum in der cybersicherheitspolitischen Kooperation zwischen Europa und Südkorea.

Deutschlands Beitritt zum UNC ist durchaus Ausdruck der dramatisch gewachsenen Bedeutung Südkoreas für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik.

Für die gewachsene Bedeutung sicherheitspolitischer Aspekte im deutsch-koreanischen Verhältnis spricht ferner, dass die Deutsche Luftwaffe im Nachgang zu den multinationalen Militärübungen *Pitch Black* und *Kakadu* in Australien an Kooperationen mit Südkorea und Japan teilnahm und sich die Bundesrepublik im Rahmen ihrer [Einsätze im Indopazifik](#) wiederholt an der Überwachung der Sanktionen gegen Nordkorea beteiligte. So betrachtet ist Deutschlands Beitritt zum UNC durchaus Ausdruck der dramatisch gewachsenen Bedeutung Südkoreas für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Dies betonte auch Verteidigungsminister Boris Pistorius im Rahmen der Beitrittszeremonie: Die Bundesrepublik zeige mit diesem Schritt deutlich, dass die Republik Korea für Deutschland nicht nur ein überaus wichtiger Partner, sondern ein echter Wertepartner sei.

Daher dient der Beitritt *zweitens* auch dazu, Einigkeit und Standhaftigkeit gegen jene zu demonstrieren, die diese gemeinsamen Werte und die internationale Ordnung angreifen. Er ist als Ausdruck des deutschen Einsatzes für die Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung zu sehen – und diese, so Pistorius, müsse an unterschiedlichen Orten dieser Welt gegen Provokationen und angesichts der Bedrohung durch Aggressoren verteidigt werden, in Europa genauso wie im Indopazifik. So spiegelt der Beitritt insbesondere auch die Besorgnis Berlins über den Einmarsch Russlands in die Ukraine und [die verstärkte militärische Zusammenarbeit zwischen Moskau und Pjöngjang wider](#), die jüngst im Abschluss einer umfassenden strategischen Partnerschaft mündete.

Die Mitgliedschaft im UNC ist *drittens* auch ein Ausdruck der grundlegenden Überzeugung der Bundesregierung, dass die europäische Sicherheit eng mit der Sicherheit im indopazifischen Raum verbunden und ein stärkeres Engagement im Indopazifik daher unerlässlich sei. Dabei ist die Mitwirkung im *UN Command* nicht nur ein konkreter Beitrag, den Deutschland realistisch zu leisten vermag. Es ist auch ein Schritt, um das deutsche Engagement in der Region auf eine dauerhaftere Ebene zu setzen.

Nordkorea bezeichnete das UNC in der Vergangenheit wiederholt als „amerikanisches Konfrontations-Instrument“ und eine „illegale Kriegsorganisation“.

Auch wenn die Bundesrepublik wiederholt beteuerte, dass sich der Beitritt zum UNC nicht gegen Nordkorea richte, wurde der Schritt von Pjöngjang – wenig überraschend – vehement kritisiert. Nordkorea bezeichnete das UNC in der Vergangenheit wiederholt als „amerikanisches Konfrontations-Instrument“ und eine „illegale Kriegsorganisation“. In einer Meldung der Nachrichtenagentur KCNA verurteilte ein Sprecher des Außenministeriums den Beitritt Deutschlands zum UNC als einen „Akt, der den Frieden und die Stabilität auf der

Seite E 98 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

koreanischen Halbinsel bedrohe“ und somit „unweigerlich die militärische und politische Situation auf der koreanischen Halbinsel und in der Region verschärfe“. Außerdem warnte er, dass Nordkorea seine Selbstverteidigungsfähigkeiten weiter ausbauen und Deutschland für die Verschärfung der regionalen Spannungen die volle Verantwortung tragen werde.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob sich Deutschland mit dem Beitritt zum UNC selbst um eine mögliche Vermittlerrolle im Konflikt auf der koreanischen Halbinsel bringt. Dies ist klar zu verneinen, denn Deutschland steht in dem Konflikt ganz deutlich an der Seite Südkoreas und der USA – und wurde daher auch seitens Nordkoreas nicht als möglicher unabhängiger Vermittler wahrgenommen. So war die Bundesrepublik in der Vergangenheit beispielsweise auch eine der treibenden Kräfte für härtere EU-Sanktionen gegen Nordkorea. Das ist auch Nordkorea bewusst. Dennoch stellt sich die Frage, wie der deutsche Beitritt zum UNC die bilateralen Beziehungen zwischen Berlin und Pjöngjang beeinflussen wird. Trotz der scharfen rhetorischen Verurteilung Deutschlands durch Nordkorea ist es eher unwahrscheinlich, dass Pjöngjang die Beziehungen zur Bundesrepublik vollständig abbrechen wird. Letztlich unterhält Nordkorea auch weiterhin Beziehungen zu anderen UNC-Mitgliedern, wie etwa zum Vereinigten Königreich oder Schweden. Nicht auszuschließen ist hingegen, dass der Schritt etwaige Engagement-Initiativen Deutschlands gegenüber Nordkorea in der Zukunft (negativ) beeinflussen könnte.

Der Beitritt Deutschlands zum UNC ist weit mehr als bloße Symbolik. Zwar muss das genaue Mandat Deutschlands innerhalb des UNC noch ausdefiniert werden, und es kann davon ausgegangen werden, dass der Beitritt nicht notwendigerweise bedeutet, dass Deutschland greifbare Unterstützung in Form von militärischen Mitteln anbieten werde. Vielmehr wird es, wie bei den meisten Mitgliedstaaten, wohl primär um eine Einbindung in die Austausch- und Dialogprozesse des UNC sowie um begrenzte personelle Unterstützung gehen. Dennoch untermauert Deutschland damit sein Engagement in der Region und sein langfristiges *Commitment* gegenüber Südkorea. Darüber hinaus ist daran zu erinnern, dass das UNC, trotz der ablehnenden Haltung Nordkoreas, eine wichtige Rolle im Konflikt auf der koreanischen Halbinsel spielt. Oftmals ist es der erste – und immer häufiger der einzige – Kommunikationskanal mit Nordkorea in Krisenfällen.



Eric Ballbach, Berlin

Eric J. Ballbach ist derzeit *Korea Foundation Fellow* bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Er forscht zu den Themen Außen- und Sicherheitspolitik Nord- und Südkoreas, innerkoreanische Beziehungen, Multilateralismus in Ostasien und koreanische Identitätspolitik.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/mehr-als-ein-partner-7698/?utm_campaign=de_40_20240808&utm_medium=email&utm_source=newsletter

12) Es reicht meint Ed Koch



Es reicht meint Ed Koch



Foto: Lars Düsterhöft

Es ist genug, was man in dieser Stadt zu ertragen hat, es reicht. Auch wenn Anschläge auf Büros von Politikern schon zum Alltag gehören, muss man sich nicht daran gewöhnen. Jüngstes Opfer ist der SPD-Abgeordnete **Lars Düsterhöft**. Auch wenn es sich nach erstem Anschein nicht um Einschusslöcher handelt, so soll es doch zumindest so aussehen.

Neben dem beschädigten Bild des Politikers, eine Parole: „Wir verurteilen Deutschland für den Genozid.“ Wer ist „Wir“ und wer maß sich an, Deutschland für einen Genozid verurteilen zu wollen? Gemeint ist ja nicht der tatsächliche Versuch Nazi-Deutschlands, an den Juden Europas einen Genozid zu vollführen, dem immerhin sechs Millionen Menschen zum Opfer fielen, sondern der angebliche Versuch Israels einen Völkermord an den Palästinensern zu verüben.

Es ist unbestritten, dass die berechtigte Reaktion Israels auf den Mordanschlag vom 7. Oktober des letzten Jahres, die Terrororganisation Hamas vernichten zu wollen, zu viele Opfer unter der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen gefordert hat. Dennoch handelt es sich hier nicht um einen Völkermord. Wenn pro-palästinensische Demonstranten, die die Hamas für eine Freiheitsbewegung halten, „from the river to the sea“ rufen, dann meinen sie damit die Vernichtung Israels. Sie beklagen also einen angeblichen Völkermord an den Palästinensern und rufen zu einem Völkermord an den Juden auf.

Es ist das Problem jeder multikulturellen Metropole, dass sich alle Konflikte, die irgendwo auf der Welt ausgetragen werden, wie in einem Brennglas hier widerspiegeln. Wo auch immer Diktatoren ihr Unwesen treiben, ist eine Gruppe von Menschen aus diesem Land bei uns ansässig und geht dagegen auf die Straße. Natürlich, wo sonst, im eigenen Land würden sie sofort festgenommen werden. Es ist wichtig, auf das Elend in dieser Welt hinzuweisen, aber auch

ziemlich bequem, hat man doch hier nichts zu befürchten, weil alle Demonstrationen grundgesetzlich erlaubt sind. Es finden inzwischen aber zu viele Stellvertreter-Demos statt. Es kann auch nicht sein, dass ständig wichtige Verkehrsverbindungen in der Stadt wegen unzähliger Demonstrationen lahmgelegt werden. Es gibt schon genügend Einschränkungen durch so genannte Fan-Meilen und unsinnige Fahrraddeimos. Dazu gibt's am Freitag einen Beitrag.

Blicken wir noch einmal auf den Alltagsterrorismus in Berlin. Auch wenn die vielen politischen Demonstrationen nerven, so gehören sie in einer Demokratie dazu. Was nicht akzeptiert werden kann, sind Anschläge wie die auf Büros von Politikern, und erst recht nicht auf Politiker selbst.

Dass die Deutsche Bahn, obwohl man sie immer wieder darauf hingewiesen hat, ihre kritische Infrastruktur nicht ungeschützt zu lassen, dem nicht nachkommen ist, ist schlimm genug. Schlimmer aber ist, wenn durch Kabelbrände tagelang der Schienenverkehr beeinträchtigt wird. Es gibt freilich Abstufungen von Terroranschlägen, aber, ob klein oder größer, Terroranschlag bleibt Terroranschlag.

Das gilt auch für Eingriffe in den Luftverkehr. Die Ziele der so genannten „Letzten Generation“ sind fraglos ehrenwert, sie dienen aber nicht zur Bekämpfung der unvermeidlichen Klimakatastrophe, die viele immer noch für Wetterphänomene halten. Zäune von Flughäfen durchzuschneiden und sich auf Rollbahnen festzukleben, ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein Terrorakt, wenn auch auf der Skala weiter unten vermerkt.

„Man muss diesen letztlich harmlosen Störern schon dankbar sein, dass sie auf die massiven Sicherheitsmängel an Flughäfen aufmerksam machen. Es könnten auch Terroristen sein.“, sagt der Luftfahrtexperte **Heinrich Großbongardt**. Quelle: WDR

So kann man es natürlich auch sehen. Nein, die Mitglieder der „letzten Generation“ sind keine „harmlosen Störer“, sie richten mit ihren Aktionen immensen wirtschaftlichen Schaden an und schränken tausende von Menschen in ihrem Recht ein, sich frei und ungehindert, in diesem Land bewegen zu können.

Angesichts der mannigfachen Gefahr, in der wir uns befinden, von zunehmenden Messerattacken bis hin zu Eingriffen in die kritische Infrastruktur, müssen wir uns damit abfinden, künftig mehr Geld für unsere Sicherheit aufzuwenden. Ob kleine oder größere Terroristen, sie haben uns den Krieg erklärt. Frei nach Pistorius muss auch die Polizei kriegstüchtig werden.

13) Woher kommst Du. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-06

5. August 2024

49. Jahrgang

Woher kommst Du?

Wenn es keinen Anlass gibt, dann schafft man sich einen. Und das geschieht, wie heutzutage üblich, durch das Verbreiten von Falschmeldungen. Die in Großbritannien aktiven rechtsextremen Horden haben nur auf die Gelegenheit gewartet, ihren Hass Einwanderern gegenüber austoben zu können.

Auslöser der anhaltenden Randalen in mehreren Städten war die abscheuliche Tat eines 17-jährigen, in Wales geborenen Mannes, dessen Eltern, so die BBC, aus Ruanda stammen sollen. In sozialen Medien machte sich allerdings die Falschnachricht breit, dass es sich bei dem mutmaßlichen Täter um einen irregulär eingereisten muslimischen Migranten handelt. Bei der Tat vor einer Woche wurden drei Mädchen erstochen und mehrere Kinder sowie zwei Erwachsene teilweise lebensgefährlich verletzt. *Tagesspiegel*

„Eine Vergleichsstudie des ‚Berliner Forum Gewaltprävention‘ geht bei der Suche nach Ursachen für Ausländerkriminalität von einer Wechselwirkung verschiedener Faktoren aus: Es gibt heute keinen ernstzunehmenden Zweifel mehr, dass die Merkmale ‚Staatsangehörigkeit‘ oder ‚Ethnie‘ für die Erklärung von Kriminalität bedeutungslos sind. Dies gilt natürlich auch für den Begriff des ‚Ausländers‘, der ‚sich aus der Differenz zwischen der Staatsangehörigkeit eines Individuums und seinem momentanen geographischen Standort ergibt. Für die Annahme, dass dies eine Ursache für Kriminalität sein sollte, existiert kein einziger triftiger Grund.“ *Wikipedia*

„Der Deutsche Presserat bestimmt in Ziffer 12.1 (Berichterstattung über Straftaten) seines Pressekodex: In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.“ *Wikipedia*

In dieser Situation, die auch von deutschen Rechts-extremisten sehr genau beobachtet wird, fordert FDP-Generalsekretär **Bijan Djir-Sarai**, „dass Behörden künftig generell die Nationalität der Tatverdächtigen nennen dürfen, wenn sie Auskünfte zu Straftaten erteilen. ‚Die Menschen in Deutschland müssen sich sicher fühlen und darauf vertrauen können, dass die Politik das Problem der Ausländerkriminalität ernst nimmt‘, sagte Djir-Sarai der ‚Bild am Sonntag‘ und plädierte für bundesweit einheitliche Regelun-

gen. ‚Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass Probleme unter den Teppich gekehrt werden.‘ Das ehrliche Benennen von Ausländerkriminalität sei wichtig, um die bestehenden Herausforderungen entschlossen anzugehen und das Thema nicht den Populisten zu überlassen. Wer versuche, diese Debatte zu unterdrücken, mache Politik an der Lebensrealität der Menschen vorbei und befeue das Misstrauen in den Staat. ‚Die Behörden sollten deshalb künftig bei Auskünften über Straftaten stets die Nationalität der Tatverdächtigen nennen, um die notwendige Transparenz zu schaffen‘, so Djir-Sarai.“

Quelle: Frankfurter Allgemeine

Der FDP-Generalsekretär will das Thema nicht den Populisten überlassen, äußert sich selbst aber populistisch. Er unterstellt, dass das Thema „Ausländerkriminalität“ nicht ernst genommen wird und der Eindruck entstehen könnte, das Problem solle unter den Teppich gekehrt werden. Wer die Nachrichten verfolgt, kann diesen Eindruck jedoch nicht gewinnen.

Bewiesen werden soll, dass wir von „Ausländerkriminalität“ verschont blieben, wenn es keine Ausländer gäbe. So einfach kann man denken. Wie soll das in einem Rechtsstaat gehen? Das Asylrecht abschaffen? Und wer ist eigentlich Ausländer? Alle Menschen, die bei uns leben und nicht den deutschen Pass haben. Klar. Was ist aber mit denen, die einen deutschen Pass und einen Einwandererhintergrund haben? Wer in Deutschland geboren wurde, ist Deutscher, egal, wo seine Eltern oder Großeltern herkommen.

Wie soll also die Nennung von Straftätern, die übrigens bis zu ihrer Verurteilung als unschuldig gelten, erfolgen? „Ein 23-jähriger Deutscher Staatsbürger, dessen Eltern in der Türkei geboren wurden, hat einen 78-jährigen im Volkspark angegriffen?“ Oder „Ein 32-jähriger syrischer Asylbewerber hat ein Juwelergeschäft in Spandau ausgeraubt?“ Wem, wenn nicht dem in Lauerstellung befindlichen rechtsextremen Mob, hilft es, zu wissen, welchen familiären Hintergrund oder Aufenthaltsstatus ein Täter hat?

Richtig ist, dass 2023 rund 2,2 Millionen Tatverdächtige registriert wurden. 41,1 Prozent waren „nicht-deutsche“ Tatverdächtige. Der Anteil ausländischer Staatsbürger an der gesamten Wohnbevölkerung in Deutschland liegt bei 15 Prozent. *Mediendienst Integration*

Alle Ausländer raus und dann leben wir besser? Populisten leben in einer Scheinwelt, in der sie alles fordern können und nichts einlösen müssen.

Ed Koch

14) Mission Frieden.

Eine friedliche Koexistenz mit Russland erscheint unerreichbar. Die Rückkehr zur ursprünglichen Ostpolitik könnte helfen, dem Ziel näherzukommen

Von Hans Kundnani

01.08.2024



Der sowjetische Parteivorsitzende Leonid Breschnew im Gespräch mit Kanzler Willy Brandt auf dem Schwarzen Meer. Immer mit dabei: der Architekt der Ostpolitik, Egon Bahr.- picture alliance / AP | Fritz Reiss

In Deutschland herrscht allgemein die Vorstellung, dass die Ostpolitik – worunter man gewöhnlich eine Politik versteht, die auf der Idee einer friedlichen Koexistenz mit Russland basiert und auf die Entspannungspolitik Willy Brandts zurückgeht – inzwischen völlig diskreditiert ist. Selbst diejenigen, die zugestehen, dass sie in den 1970er Jahren erfolgreich war, halten sie anscheinend für überholt und sind der Ansicht, sie sollte komplett aufgegeben werden. Dabei brauchen wir Ostpolitik – und das wohl derzeit mehr denn je. Insbesondere die Sozialdemokratie sollte sich wieder auf sie besinnen, statt sie ad acta zu legen.

[Deutschlands außenpolitische Eliten](#) sind überwiegend der Ansicht, die Sozialdemokraten seien bis zum russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 in einer überkommenen Sichtweise gefangen gewesen, die auf Brandts Ansatz zurückgehe. Bundeskanzler Olaf Scholz habe zwar nach dem Einmarsch einen neuen Kurs versprochen, sei aber beim Investieren in die militärischen Kapazitäten nicht weit genug gegangen, bei den nötigen Waffenlieferungen an die Ukraine zu zögerlich gewesen und habe nicht deutlich genug gesagt, dass Russland besiegt werden müsse. Mit anderen Worten: Die Sozialdemokraten können von der Ostpolitik nicht ganz lassen.

Ich sehe das anders. Mehr als zehn Jahre lang habe ich die damals in Deutschland und in anderen westlichen Ländern vorherrschende Auffassung kritisiert, die wirtschaftliche Verflechtung mit China und Russland werde diese Länder entweder demokratisieren oder in „verantwortungsvolle Akteure“ der internationalen Ordnung verwandeln. Ich war also alles andere als ein Verfechter des von Gerhard Schröder bis Angela Merkel vertretenen weichen Kurses gegenüber autoritären Staaten. Schon 2013 [habe ich darauf hingewiesen](#), das Prinzip „Wandel durch Handel“ sei keine Fortführung, sondern ein Zerrbild der Ostpolitik.

Egon Bahr, der Architekt der Ostpolitik, war ein Realist und hatte nicht die Transformation der Sowjetunion, sondern die Wiedervereinigung Deutschlands im Sinn. Das Konzept, das er 1963 in seiner berühmten Rede in Tutzing vorschlug, zielte keineswegs auf wirtschaftliche Verflechtung. Damals lautete das Schlagwort „Wandel durch Annäherung“, nicht „Wandel durch Handel“. Es ging mehr um zwischenmenschliche Beziehungen als ums Geschäft – und soweit die wirtschaftliche Verflechtung überhaupt eine Rolle spielte, war sie nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck.

„*Wandel durch Handel*“ war das liberale Zerrbild einer realistischen Grundidee.

Doch seit der Ära Schröder wurde dieser durchaus kluge und erfolgreiche Grundsatz aus der Zeit des Kalten Krieges nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von anderen instrumentalisiert. Er musste als Rechtfertigung für einen ganz anderen Kurs gegenüber einem Land herhalten, bei dem es sich nicht mehr um die Sowjetunion handelte, sondern um ein nach dem Kalten Krieg von Grund auf verändertes Russland. Nun war das Geschäftemachen nicht mehr ein Mittel zum Zweck, sondern das eigentliche Ziel. Um dem Ganzen einen moralischen oder strategischen Anstrich zu geben, wurde jedoch behauptet, Handel führe von sich aus zu „Wandel“ in den autoritären Staaten, mit denen Deutschland Geschäfte machte. Kurzum: „Wandel durch Handel“ war das liberale Zerrbild einer realistischen Grundidee.

Inzwischen hat Deutschland aber offensichtlich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Da die Ostpolitik derart sinnentstellt ist, dass man vergessen hat, worum es eigentlich ging, erscheint sie angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine bestenfalls irrelevant und schlimmstenfalls kontraproduktiv. Stattdessen heißt es, es könne keinen Frieden mit Russland geben, solange das Land nicht vollständig besiegt sei, und wir müssten uns deshalb auf einen langen Krieg einstellen. Außerdem ergebe es keinen Sinn, über einen Frieden mit Russland überhaupt nur nachzudenken – allein schon das Nachdenken spiele Putin in die Hände.

Doch die Ostpolitik – im Unterschied zu dem Zerrbild von „Wandel durch Handel“, das mit Schröder seinen Anfang nahm – ist nach wie vor relevant. Mehr noch: Eine Ostpolitik wird heute dringender gebraucht als vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine 2022. Bei allen Unterschieden zwischen damals und heute gleicht die derzeitige Lage in Europa dem Kalten Krieg stärker als in den zwei Jahrzehnten nach dessen Ende. Damit könnte die geschickte Strategie aus der Zeit des Kalten Krieges so relevant werden wie schon lange nicht mehr.

Heute muss das Ziel Frieden mit Russland sein.

Bahrs Konzept beinhaltet zwei ausgesprochen innovative und interessante Aspekte, die für das Nachdenken über die deutsche Russlandpolitik heute bedeutsam sind. Der erste Aspekt ist der paradoxe Gedanke, die Realität zu akzeptieren, um sie verändern zu können. Für Bahr war dies die Teilung Deutschlands. Er kam zu der Einsicht, dass die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik der beste Weg sei, um die Teilung zu überwinden. Er nannte das „innerdeutsches Judo“.

Der zweite Aspekt der Ostpolitik ist der Gedanke, in kleinen Schritten auf ein langfristiges Ziel hinzuarbeiten, das unerreichbar scheint. Für Bahr war der erste Schritt ein Abkommen mit der DDR, das es der Bevölkerung Westberlins ermöglichte, Passierscheine für den Besuch bei Verwandten in Ostberlin zu beantragen. Das muss damals bestenfalls belanglos gewirkt und schlimmstenfalls als Zugeständnis wahrgenommen worden sein – doch es war der Beginn eines Prozesses, der die beiden deutschen Staaten zusammenführen sollte.

Seite E 103 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Auch wenn viele den Eindruck haben, es gebe einen neuen Kalten Krieg, ist die heutige Situation natürlich eine ganz andere als in den frühen 1960er Jahren, als Bahr die Ostpolitik auf den Weg brachte, und in den 1970er Jahren, in denen Willy Brandt sie als Kanzler in die Tat umsetzen konnte. Vor allem ist Deutschland inzwischen wiedervereinigt. Die Sozialdemokraten sollten darüber nachdenken, wie sie diese beiden Aspekte von Bahrs Ansatz auf die heutige Situation in Europa anwenden könnten.

Heute muss das Ziel – also das, was für Bahr die deutsche Wiedervereinigung war – Frieden mit Russland sein. Im Moment scheint dies so weit entfernt und unerreichbar wie die deutsche Wiedervereinigung in den frühen 1960er Jahren. Doch die Ostpolitik lehrt, auf der einen Seite die aktuelle Realität zu akzeptieren, ohne aber auf der anderen Seite das Ziel aus den Augen zu verlieren, was die außenpolitischen Eliten in Deutschland allem Anschein nach tun. Zudem sollte darüber nachgedacht werden, welche kleinen Schritte unternommen werden können, um dieses Ziel am Ende zu erreichen.

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Hans Kundnani, London

Hans Kundnani ist Visiting Fellow am *Remarque Institute* an der *New York University* sowie *Open Society Foundations Ideas Workshop Fellow*. Sein jüngstes Buch *Eurowhiteness: Culture, Empire and Race in the European Project* erschien 2023.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/mission-frieden-7668/?utm_campaign=de_40_20240802&utm_medium=email&utm_source=newsletter

15) Never ever. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-02

1. August 2024

49. Jahrgang

Never Ever

Die Nachrichten verdichten sich. Es soll einen Gefangenen austausch geben. Auf der westlichen Seite rechtskräftig verurteilte Straftäter, auf der östlichen Seite unschuldig in die Fänge der Geheimdienste in Unrechtsstaaten wie Russland und Belarus geratene Journalisten oder andere Menschen.

Jeder, der in diese Staaten reisen will, sollte vorher schriftlich erklären, dass er dies auf eigenes Risiko tut. Niemand kann sicher sein, nicht aus irgendeinem fadenscheinigen Grund in den Kerker geworfen oder zum Tode verurteilt zu werden.

Im Gespräch ist auch der so genannte „Tiergartenmörder“, der, nach Auffassung des Gerichts, in russischem Auftrag einen Georgier im Berliner Tiergarten ermordet hat.

Länder wie Russland und Belarus wissen, wie sie ihre „Helden“ wieder frei bekommen. Es laufen genügend potenzielle Opfer in ihren Ländern herum, die man schon wegen eines Selfies vor einem Toilettenhäuschen mit Spionageverdacht festnehmen kann.

Nur, wenn klar gesagt wird, dass wir uns an keinem Gefangenen austausch mit Mördern beteiligen, könnte das Geschäftsmodell scheitern. Ein rechtskräftig verurteilter Mörder darf nicht freikommen. Niemand kann sicher sein, dass der „Tiergartenmörder“ mit neuer Identität eines Tages zurückkehrt und den nächsten Mordauftrag ausführt.

Es muss andere Wege geben, unschuldig im Kerker sitzende Deutsche freizubekommen, und wenn es durch einen Freikauf geschieht. Die Bundesrepublik hat Millionen D-Mark ausgegeben, um Deutsche, die in den DDR-Kerkern saßen, freizukaufen. Es gab dafür sogar eine Behörde mit dem schönen Namen „Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“, 1969 umbenannt in „Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen“. Prominenteste Minister, **Rainer Barzel** (CDU) und **Herbert Wehner** (SPD). Nach der Wiedervereinigung wurde das Ministerium 1991 aufgelöst. Dieses Ministerium beschäftigte sich im Wesentlichen mit dem Freikauf von Gefangenen.

Natürlich will niemand seine Landsleute in den Kerkern der Unrechtsstaaten verrotten lassen, es muss aber Grenzen geben. Und diese Grenze heißt: Kein Austausch mit Mördern – Never Ever.

Ed Koch

16) Schurkenstück



paperpress

seit 1976



Nr. 627-24

31. Juli 2024

49. Jahrgang

Schurkenstück

Wir müssen noch einmal auf unser Wahlrecht zurückkommen. Schließlich ist es die einzige rechtsstaatliche Möglichkeit, eine Regierung im Amt zu bestätigen oder abzuwählen. Dass sich die Union, fast wie ALDI Nord und ALDI Süd, Deutschland aufgeteilt hat, ist ein Geburtsfehler der Bundesrepublik. Was aber vor allem an Bayern missfällt, ist, dass dieses Land seit Jahrzehnten von Populisten geführt wird.



Er gehört zu den Schlimmsten dieses Genres. **Alexander Dobrindt**, Statthalter von **Markus Söder** in Berlin, eine Mischung aus Wadenbeißer und Kettenhund. Wenn es ihm aber gelingt, einmal etwas

Richtiges zu sagen, darf man ihn auch loben. Die Wahlrechtsreform der Ampel-Koalition nennt Dobrindt ein „Schurkenstück“. Foto: Ed Koch

Vordergründig geht es den Regierungsparteien um die Verkleinerung des Bundestages von derzeit 733 auf 630 Abgeordnete. Dagegen kann grundsätzlich niemand etwas haben. Bislang bestand der Bundestag (eigentlich) aus 299 direkt gewählten Abgeordneten (Erststimme) und 299, die über die Landeslisten der Parteien (Zweitstimme) ins Hohe Haus einzogen. Anders als in anderen Demokratien, wie zum Beispiel Großbritannien, soll sich in unserem Parlament die prozentuale Stärke der Parteien widerspiegeln. Vorzurechnen, warum das nur bedingt gelingt, würde zu weit führen. Fakt ist, dass es so genannte Ausgleichs- und Überhangmandate geben muss, um das prozentuale Verhältnis sicherzustellen. Derzeit gibt es 138 dieser „Sondermandate“. Diese wollen die Regierungsfractionen abschaffen und haben dafür gestern aus Karlsruhe vom Bundesverfassungsgericht grünes Licht bekommen.

Es gibt allerdings einen Schönheitsfehler. Seit Gründung der Bundesrepublik vor 75 Jahren galt, dass demjenigen, der einen Wahlkreis direkt gewonnen hat, ein Sitz im Bundestag sicher ist. Dieses höchst demokratische System, das sich weltweit in den verbliebenen Demokratien bewährt hat, wird nun durchlöchert.

Mit der grandiosen Wortschöpfung „Zweitstimmendeckungsverfahren“ werden nicht nur Überhang- und Ausgleichsmandate abgeschafft, sondern auch das Prinzip des Wahlkreisgewinners. Was ist mit „Zweitstimmendeckungsverfahren“ gemeint? „Danach erhalten Wahlkreisbewerber mit den meisten Erststimmen nur dann ein Bundestagsmandat, wenn es von dem aus dem Zweitstimmenergebnis ermittelten Sitzkontingent ihrer Partei gedeckt ist.“ Das ist höchst undemokratisch, auch wenn es „mit dem Grundgesetz vereinbar“ ist, wie das BVerfG urteilt.

Der Jubel darüber, dass vor allem der Steuerzahler gewonnen habe, ist ein Scheinargument. Eine Reduzierung der Wahlkreise wäre demokratischer und genauso kostensparend, als einem Kandidaten den Sieg im Wahlkreis abzuerkennen, nur weil das „Sitzkontingent“ seiner Partei erschöpft ist.

Lassen wir uns erklären, wie sich die Ampel dieses Verfahren vorstellt: „Jeder Wähler hat zwei Stimmen: die Erststimme für die Wahl eines Wahlkreis-kandidaten und die Zweitstimme für die Wahl der Landesliste einer Partei. Zunächst werden die (neu) 630 Bundestagssitze auf die Parteien und ihre Landeslisten verteilt: Jede Partei erhält die ihr nach dem bundesweiten Zweitstimmenergebnis zustehende Sitzzahl. Diese Sitze werden dann auf die Landeslisten der jeweiligen Partei anhand ihrer jeweiligen Anteile an dem bundesweiten Zweitstimmenergebnis verteilt.“

Sodann wird die Besetzungsreihenfolge für diese Sitzkontingente bestimmt: Die erfolgreichen Wahlkreisbewerber – also diejenigen mit den meisten Erststimmen ihres Wahlkreises – rücken in der Rangfolge ihrer Stimmanteile an die Spitze der Landesliste ihrer Partei und werden bei der Vergabe der Sitze zuerst berücksichtigt. Übersteigt die Zahl der einer Landesliste nach dem Zweitstimmenergebnis zustehenden Sitze die Zahl ihrer erfolgreichen Wahlkreisbewerber, werden die übrigen Sitze an Listenbewerber vergeben. Übersteigt die Zahl der erfolgreichen Wahlkreisbewerber einer Landesliste die Zahl ihrer nach Zweitstimmen gedeckten Sitze, so erhalten die Wahlkreisbewerber mit den geringsten Erststimmenanteilen keinen Sitz zugeteilt. Seit wann werden in einer Demokratie Sitze zugeteilt? Ein fragwürdiges Konzept mit dem Nachteil, dass es Kandidaten geben kann, die trotz des Gewinns ihres Wahlkreises keinen Sitz im Bundestag erhalten. Dass das Bundesverfassungsgericht dem zustimmt, ist ein Skandal.



In einer Pressemitteilung vertritt das BVerfG die Ansicht, dass die „Regelungen des Verfahrens der Zweitstimmendeckung mit Art. 38 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 und Art. 21 Abs. 1 GG vereinbar“ sind.

Art 38 (1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. (3) Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz. **Art 21 (1)** Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.“

„Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz“. „Der Gesetzgeber kann Neuerungen einführen, die dem bisherigen Wahlrecht fremd waren und Wählerinnen und Wählern ebenso wie Bewerberinnen und Parteien ein Umdenken abverlangen.“ Wie bitte? Ja, es ist befremdlich, wenn der Gewinner eines Wahlkreises nicht ins Parlament kommt. Wir müssen also „umdenken.“ Stellt sich in Karlsruhe oder in den Reihen der Berliner Ampel mal jemand die Frage, was die Wähler dazu sagen?

So viel zum **ersten Teil des Dramas**, das sich gestern in Karlsruhe abspielte. Im **zweiten Teil** hat die Ampel mal wieder eine Klatsche vom Bundesverfassungsgericht bekommen. Und damit sind wir beim richtigen „Schurkenstück“. SPD, Grüne und FDP wollten auch die Grundmandatsklausel abschaffen, die besagt, „dass bei der Sitzverteilung Parteien mit weniger als fünf Prozent der Zweitstimmen nur dann nicht berücksichtigt werden, wenn ihre Bewerber in weniger als drei Wahlkreisen die meisten Erststimmen auf sich vereinigt haben.“

Die Linke hatte 2021 drei Wahlkreise direkt gewonnen. **Gregor Gysi**, **Gesine Lötzsch** und **Sören Pellmann** mussten aber nicht ganz hinten im Plenum am Katzentisch Platz nehmen, sondern durften, obwohl ihre Partei nur 4,9 Prozent erzielte, noch 36 weitere Genossinnen und Genossen mit ins Boot nehmen und eine Fraktion bilden. Dass sich die Linke Dank **Sahra Wagenknecht** inzwischen gespalten hat, ist eine andere Geschichte.

Um sehr viel mehr als bei der Linken geht es bei der CSU. Legt man ihr Ergebnis auf ganz Deutschland um, so kam sie 2021 auf magere 5,2 Prozent. Was, wenn sie im nächsten Jahr unter fünf Prozent rutschen würde? Dann wäre die CSU als Partei im Bundestag nicht mehr vertreten. Kein Wunder, dass

Alexander Dobrindt so sauer ist. Die Frage darf erlaubt sein, was sich die Ampel dabei gedacht hat. Das Bundesverfassungsgericht hat dieses Damoklesschwert vom seidenen Faden genommen. Und so präsentieren sich nun alle als Teil-Sieger. Ein wahrhaft salomonisches Urteil aus Karlsruhe.

Das Hauptproblem dieses Vorgangs, der den meisten Wählern am Allerwertesten vorbeigehen dürfte, ist jedoch, dass es der Ampel nicht gelungen ist, eine Wahlrechtsreform mit der Union gemeinsam auf die Beine zu stellen.

Ed Koch

Stimmen zu dem Urteil des BVerfG:

Thorsten Frei (CDU): „Es müsse gewährleistet sein, dass der siegreiche Kandidat eines Wahlkreises in jedem Fall in den Bundestag einziehe. Der Respekt vor dem Votum der Wähler muss oberste Priorität besitzen“. **Bodo Ramelow** (Linke): „Mit seinem Urteil schafft das Bundesverfassungsgericht Klarheit. Die Grundmandatsklausel ist ein wichtiger Baustein für ein demokratisches und vielfältiges Parlament.“

Quelle: Berliner Morgenpost

Markus Söder (CSU): „Das ist ein klarer Erfolg für die CSU und Bayern – und eine Klatsche für die Ampel.“ Quelle: Tagesspiegel

Gesine Lötzsch (Linke): „Ohne die drei Direktmandate wären unsere 2,3 Millionen Wählerinnen und Wähler, die uns 2021 gewählt haben, ohne parlamentarische Vertretung im Bundestag gewesen.“

Quelle: Berliner Zeitung

Dirk Wiese (SPD): „Das Wichtigste steht nach diesem Urteil fest: Die Verkleinerung des Deutschen Bundestags ist vollbracht und verfassungsgemäß.“

Marco Buschmann (FDP) monierte, dass eine „Blockade“ der CSU einen „breiten Konsens mit der Union“ bei der Wahlrechtsreform verhindert habe.

Bärbel Bas (SPD): „Das Bundesverfassungsgericht hat das Herzstück des neuen Wahlrechts – die sogenannte Zweitstimmendeckung – bestätigt und in dem zentralen Punkt der Wahlrechtsreform für die nötige Klarheit und Rechtssicherheit gesorgt.“ Dass ein Wahlkreissieger künftig nicht mehr automatisch in den Bundestag einziehe, sei vom Gericht als verfassungsrechtlich zulässig erachtet worden. **Britta Hasselmann** (Grüne): „Die gute Nachricht des Tages: Unsere Reform, das neue Wahlrecht, hat Bestand in Karlsruhe.“ Der Bundestag werde dadurch künftig nicht ständig weiter anwachsen. Quelle: tagesschau

Kurt Tucholsky: „Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten“.

17) Der Fluch der Gerechtigkeit. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 627-23

30. Juli 2024

49. Jahrgang

Der Fluch der Gerechtigkeit

Deutschland hat eines der gerechtesten Wahlsystem der Welt, eine Kombination aus Wahlkreisen, die es direkt zu gewinnen gilt, und aus der Verhältniswahl, die sicherstellt, dass sich der Wille des Volkes prozentual im Parlament widerspiegelt. Es gibt 299 Wahlkreise in Deutschland. Theoretisch können weitere 299 Abgeordnete dazukommen, die über die Listen der Parteien in den Bundestag einziehen. Das heißt, 598 Abgeordnete, es sind aber derzeit 733. Damit verfügen wir über das größte freigewählte Parlament der Welt, selbst im Europäischen Parlament sitzen nur 705 Mandatsträger.

Der Unterschied zwischen Soll und Ist lässt sich leicht erklären. Zu viele von einer Partei direkt gewonnenen Mandate würden für ein schiefes Bild sorgen, deshalb gibt es so genannte Ausgleichs- und Überhangmandate, die den tatsächlichen prozentualen Wählerwillen herstellen.

Ein besonderes Problem stellt Bayern dar. Die CSU gibt es nur in Bayern, die CDU in allen anderen Bundesländern. Im Bundestag bilden beide eine gemeinsame Fraktion. Eigentlich ist die CSU nur eine bayerische Regionalpartei, kandidiert aber für den Bundestag und ist deshalb dort prominent vertreten und mischt sich, wie wir täglich sehen, ständig in alle bundespolitischen Fragen ein. Bei Fernsehdiskussionen sind CDU und CSU vertreten, was der Union einen Vorteil gegenüber anderen Parteien verschafft.

In Bayern hat die CSU 45 Direktmandate gewonnen, die Grünen immerhin einen. Nach britischem Wahlrecht würde aus Bayern, bis auf einen Grünen, kein Vertreter einer anderen Partei im Parlament sitzen. Damit würden beispielsweise die SPD, die 18 Prozent der Zweitstimmen erreicht hat und die FDP mit 10,5, und die Grünen mit 14,1 Prozent, bis auf einen, nicht für Bayern in den Bundestag einziehen dürfen. Durch unser gerechtes Wahlsystem, dürfen aber 23 Sozialdemokraten, 18 Grüne, 14 der FDP und 12 der AfD sowie vier Linke bayerische Lebensart in Berlin repräsentieren.

In dem Bemühen, den Bundestag zu verkleinern, was ja durchaus begrüßenswert ist, will die Ampel-Koalition die so genannte Grundmandatsklausel abschaffen. Diese besagt, dass, wenn eine Partei drei Sitze direkt gewinnt, sie im Verhältnis zu ihrem Stimmenanteil Mandate in Anspruch nehmen kann, auch wenn sie unter der 5-Prozent-Hürde bleibt. Das war beim letzten Mal bei der Linken der Fall, die nur drei Wahlkreise direkt gewann, aber entsprechend viele

Sitze im Bundestag belegen durfte. Angst vor der geplanten Neuregelung hat vor allem die CSU, denn sie kam 2021 gerade einmal auf 5,2 Prozent, rechnet man ihr Ergebnis auf ganz Deutschland hoch. Was, wenn sie 2025 unter fünf Prozent fiel? Dann gäbe es keine Abgeordneten aus Bayern im Bundestag.

Es ist bei allem Reformwillen unverständlich, wie SPD, Grüne und FDP auf die Idee gekommen sind, dass jemand, der einen Wahlkreis direkt gewonnen hat, nicht einen Sitz im Parlament bekommen darf. Heute wird das Bundesverfassungsgericht sein Urteil über die Ampel-Initiative sprechen. Vorab, wie das inzwischen immer wieder vorkommt, wurde schon bekannt, dass das BVerfG dem einen Riegel vorschoben wird.

Bei einem anderen Punkt scheint das oberste Gericht aber einzulenken. Es geht um die so genannte Zweitstimmendeckung. *„Danach ziehen Wahlkreiskandidaten nicht mehr automatisch in den Bundestag, wenn sie die Mehrheit der Erststimmen gewinnen, sondern nur dann, wenn ihre Partei über die Zweitstimme ein ausreichendes Sitzkontingent erhält. Es wäre also möglich, dass Kandidaten trotz Sieg im Wahlkreis nicht ins Parlament kommen. So wären 2021 etwa zahlreiche CSU-Abgeordnete nicht in den Bundestag eingezogen, obwohl sie ihren Wahlkreis gewonnen hatten.“* Quelle: ZDF

Das verstehe, wer will. Was löst das bei den Wählern aus, wenn sie einen Kandidaten direkt gewählt haben, dieser aber nicht ins Parlament kommt, weil dessen Partei nicht genügend Zweitstimmen in dem Wahlkreis bekommen hat? Das ist nicht in Ordnung. Wenn wir uns schon unser Wahlsystem leisten, was kaum ein anderes Land anwenden will, dann muss es gerecht zugehen. Es gäbe ein ganz einfaches Verfahren, die Anzahl der Mitglieder im Bundestag zu reduzieren, nämlich die Wahlkreise zu vergrößern. Mit beispielsweise 200 statt 299 Wahlkreisen wäre schon viel gewonnen. Davon wollen aber die Parteien nichts wissen, weil sie sonst zu viel in ihren Wahlkreisen unterwegs sein müssten.

Die Wahlrechtsreform der Ampel erfüllt keine demokratischen Standards. Warten wir also bis 10:00 Uhr, wenn das Bundesverfassungsgericht offiziell sein Urteil verkündet. Vielleicht war die Vorveröffentlichung nur ein Fake.

Ed Koch

01) Kritisches Erinnern. Von Ed Koch



Kritisches Erinnern

An das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte erinnert viel in diesem Land. Vor allem sollte dieses Erinnern in den Schulen stattfinden. Dort gibt es aber erhebliche Defizite.

Gestern ist in Potsdam ein neues Gebäude eingeweiht worden, ein Turm, 90 Meter hoch, mit einem schönen Blick über die brandenburgische Landeshauptstadt. Einst stand an dieser Stelle die so genannte *Garnisonskirche*, die 1735 errichtet wurde, im Zweiten Weltkrieg ausbrannte und deren Reste 1968 von der DDR gesprengt wurden. Es handelte sich um eine Militärkirche, die es den Soldaten ermöglichen sollte, an Gottesdiensten teilzunehmen, bevor sie – für wen auch immer – aufs Schlachtfeld zogen und sich umbringen ließen.

Warum eine Kirche wieder aufgebaut werden muss, deren Zweck nicht mehr vorhanden ist, verstehe wer will. Gibt es in Potsdam eine Garnison? Die komplette Kirche wieder aufzubauen, gelang ohnehin nicht. Aber wenigsten der Turm sollte es sein. Warum? Es fanden sich im Laufe der Jahre viele Unterstützer, teils mit „*fragwürdiger Gesinnung*“, wie die *tagesschau* berichtete. Aber auch die evangelische Kirche gründete eine Stiftung. Das Projekt wurde auch von der Politik unterstützt. Letztlich kostete der Wiederaufbau des Turms 42 Millionen Euro, 30 Prozent davon sind private Spenden, darunter 1,5 Millionen Euro von **Günther Jauch**. Den größten Teil finanzierte also der Steuerzahler.

Friedensarbeit und Demokratiebildung sollen im neuen Turm etabliert werden. „*Eine Ausstellung mit dem Titel ‚Glaube, Macht und Militär‘ soll sich kritisch mit der Geschichte und den politischen Entwicklungen befassen.*“ Das ist alles gut und richtig. Warum muss das aber in einem wiederaufgebauten Turm einer Militärkirche erfolgen?

Die Schirmherrschaft für das Projekt hatte Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** übernommen, der gestern bei der Eröffnung „*von einem Ort des ‚kritischen Erinnerns‘ sprach. ‚Der Ort fordere heraus. Er konfrontiere die Deutschen mit Ihrer Geschichte. Hier könne man über das Gestern, Heute und Morgen nachdenken und streiten.‘*“ Das sind alles sehr ehrenwerte Motive, die auch woanders hätten bedient werden können.

Vor dieser Militärkirche fand am 21. März 1933 der historische Handschlag zwischen dem neuen Reichskanzler **Adolf Hitler** und dem Reichspräsidenten

Paul von Hindenburg statt. Bei diesem Staatsakt stellte Hindenburg Hitler den Freifahrtschein für eine menschenverachtende Diktatur aus, die in den Zweiten Weltkrieg mit 60 Millionen Toten führte, und in der sechs Millionen Juden bestialisch ermordet wurden. Bei diesem Staatsakt war der Reichstag längst in Flammen aufgegangen und unter den Gästen fehlten schon die Abgeordneten der SPD und KPD.



Foto: Bundesarchiv

Dieser historische Bezug wird von allen Befürwortern des Wiederaufbaus schön geredet. „*Gerade hier werden wir schnell auf schmerzhaft, unheilvolle Teile unserer Vergangenheit gestoßen - ja, auf Wegmarken, an denen wir Deutsche den falschen Weg gewählt haben*“, sagte Steinmeier beim Festakt. Der Ort „*wurde zum Symbol einer Allianz von konservativer Tradition und Nationalsozialismus; einer Allianz, die nicht zuletzt das Ende der ersten deutschen Demokratie besiegelte.*“ Der wiederaufgebaute Turm rufe nun dazu auf, zu erinnern, zu differenzieren, aber keinesfalls zu vergessen. Quelle: *tagesschau*

Am Holocaust-Mahnmal in Berlin wird diese Erinnerung wachgehalten und eindrucksvoll dokumentiert. An dieser Stelle stand nie ein Konzentrationslager und dennoch ist sie ein Gedenkort. Es gibt viele Orte in Deutschland und Polen, an denen dieses Gedenken in den ehemaligen Konzentrationslagern stattfindet. Bedurfte es dazu noch eines Turms, vor dem das ganze Elend begann? Es ist eine Frage der Zeit, wann der Turm zur Kultstätte für die ewig Gestrigen wird. Auf dem Gelände der Reichskanzlei stehen heute Wohnhäuser, das hätte man auch in Potsdam auf dem Grundstück der Kirche tun sollen.

Ed Koch

<https://www.tagesschau.de/Inland/regional/brandenburg/turm-garnisonkirche-wiedereröffnung-100.html>

02) Was würdest Du tun? Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-21

22. August 2024

49. Jahrgang

Was würdest Du tun?

Wir sitzen im Fernsehsessel unserer heimischen Komfortzone, knabbern an ungesunden Chips und trinken ein Glas Wasser, Bier oder Wein, während uns **Vassili Golod** live aus Kiew berichtet, wie sich die Kriegslage in der Ukraine und Russland entwickelt und wie viele Menschen diesem unsinnigen Eroberungskrieg des russischen Mächtigen Zaren Putin des Ersten und hoffentlich Letzten, wieder zum Opfer gefallen sind.

Tote und Verletzte in der ukrainischen Zivilbevölkerung laut Zählungen der UN (Stand: 31. Juli 2024): 633 Kinder, 10.887 Erwachsene Todesopfer, 1.551 Kinder und 22.089 Erwachsene Verletzte.

Die Anzahl der getöteten Soldaten lässt sich nicht überprüfen, angeblich sind es 75.000 russische und 31.000 ukrainische Soldaten. Das sind über 100.000 familiäre Schicksale, in denen Söhne und Väter aus dem Leben gerissen wurden. Und das alles mitten in Europa 79 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs.

Ein Ende des Kriegs ist nicht absehbar. Sollte es dazu diplomatische Bemühungen geben, so sind sie äußerst geheim, denn niemand bekommt davon etwas mit. Gegenwärtig weitet sich der Krieg aus, nachdem die Ukraine Russland direkt angegriffen hat.

„Mit dem Angriff auf russisches Gebiet ist der Ukraine ein Befreiungsschlag gelungen. Die Armee zeigt Kampfwille und stärkt die Moral der Bevölkerung. Die Kursk-Offensive mit ihrer neuen Dynamik kann so ein Wendepunkt in diesem Krieg sein – den der Westen mit Waffen unterstützen sollte.“, schreibt der 77-jährige **Klaus Wittmann**, deutscher Historiker, Publizist und Brigadegeneral a. D. der Bundeswehr in der **WELT**.

Den Jubel halte ich für überzogen und gefährlich. Und wer glaubt, dass wegen Kursk Putins Regime wackelt, der sollte einen Beitrag von **Alexander Dubowy**, Politikanalyst und Osteuropa-, Russland- und GUS-Forscher, lesen, der am 20. August in der **Berliner Zeitung** erschienen ist. „Die deutsche Presse liegt völlig daneben. Die Niederlage von Kursk ist für Putin extrem peinlich. Der russische Präsident hat aber schon einige Blamagen erlitten und regiert immer noch. Und so wird es bleiben.“, schreibt er.

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/geopolitik/wegen-kursk-putins-regime-wackelt-die-deutsche-presse-liegt-voellig-daneben-li.2246244>

Radioeins vom **rbb** sendete am 20. August einen Beitrag des freien Journalisten **Juan F. Álvarez Moreno**. „Wehrpflichtige Ukrainer in Berlin - Sie wollen nicht in den Krieg – egal, wie hoch der Druck wird!“

<https://www.rbb24.de/content/rbb/r24/panorama/beitrag/2024/08/ukrainische-maenner-reise-pass-krieg-berlin.html>

„In letzter Zeit wächst der Druck auf ukrainische Männer im wehrpflichtigen Alter, die sich im Ausland aufhalten. Nun bekommen sie keine neuen Pässe mehr. Zwei Ukrainer in Berlin erzählen, wie sich ihr Leben als Kriegsdienstverweigerer anfühlt.“, heißt es in dem Beitrag.

„Ein Aufenthalt im Ausland befreit einen Bürger nicht von seinen Pflichten gegenüber seinem Land“, schrieb der ukrainische Außenminister **Dmytro Kuleba** im April auf der Plattform X. Gemeint waren Männer im wehrpflichtigen Alter, die sich im Ausland aufhalten. Etwa 280.000 von ihnen leben laut Bundesinnenministerium in Deutschland.

Dass die Ukraine Soldaten braucht, ist unbestritten. Was wiegt im Leben eines Menschen aber mehr, seine Pflicht gegenüber seinem Land oder der Wunsch, nicht getötet zu werden? Die 32 bzw. 28 Jahre alten Männer werden „von manchen in ihrer Heimat als Verräter bezeichnet, weil sie sich im Krieg für ein Leben in Berlin entschieden haben. Keiner von ihnen hat je gedient – und beide haben das auch weiterhin nicht vor.“ Verständnis erfahren sie von ihren Familien und Freunden.

„Ich will nicht für mein Land kämpfen oder sterben. Meine Priorität ist, am Leben zu bleiben.“, sagt einer der beiden. „Ukrainer haben bis zum 4. März 2025 ein Aufenthaltsrecht in Deutschland, auch wenn ihre Pässe abgelaufen sind.“ Und danach? Eines muss klar sein, gegen seinen Willen darf niemand, der sich bei uns befindet, nach Hause geschickt werden, was im schlimmsten Falle, in den Tod heißen könnte. Es muss eine Lösung für diese Männer gefunden werden.

Wie würden Sie sich entscheiden, angesichts der Bilder vom Krieg? Tapfer sein und sich vielleicht töten lassen oder als Verräter gelten und am Leben bleiben. Für den Autor dieses Beitrages ist die Fragestellung nicht relevant, weil über 60-Jährige nicht mehr „eingezogen“ werden. Wäre ich aber zwischen 18 und 60 Jahre alt, würde ich mich für den Verräter-Status entscheiden.

Ed Koch

1

03) „Wir werden die Stadt umgraben.“ Von Ed Koch



„Wir werden die Stadt umgraben.“



Foto: Ed Koch – Charlottenstraße

Wer in Berlin unterwegs ist, muss ein gutes Nervenkostüm haben. Baustellen, wohin das Auge schaut. Von damit verbundenen Umleitungen sind natürlich auch Busse und Bahnen betroffen. Wer allerdings meint, dass die U-Bahn eine gute Alternative sei, weil sie unter allen Baustellen hindurchfährt, der hat nicht immer Glück.

Sonntagabend Alt-Mariendorf, ein Endbahnhof, „Alle aussteigen.“ Auf dem linken Gleis steht ein Zug. Auf der Bahnhofsanzeige ist zu lesen: „Nicht einsteigen!“ Auf der rechten Anzeige steht: „Platz der Luftbrücke 3 Minuten, Kurt-Schumacher-Platz 8 Minuten und Tempelhof 13 Minuten.“ Warum es Züge gibt, die es nur bis zum Platz der Luftbrücke oder Tempelhof schaffen, erfährt man nicht. Der Zug zum Platz der Luftbrücke fährt ein und pünktlich los. Da ich zur Stadtmitte will, nehme ich diesen natürlich nicht.

Der Zug auf dem linken Gleis „Nicht einsteigen“ steht immer noch da. Kurz vor der angekündigten Abfahrt des Zuges zum Kurt-Schumacher-Platz kommt dieser erst an. „Alle aussteigen.“ Die wartenden Passagiere steigen in der Hoffnung ein, dass die Anzeige auf dem Display stimmt. Plötzlich heißt es, „Zug nach Kurt-Schumacher-Platz einsteigen und zurückbleiben.“ Das gilt aber nicht für den Zug, in dem alle sitzen, die der Anzeige vertrauten. Stattdessen fährt der Zug „Nicht einsteigen“ ab. Und für den Zug in dem man sitzt, heißt es plötzlich „Zug nach Tempelhof bitte einsteigen.“ Ist das Absicht? In Tempelhof

trafen sich dann alle gestrandeten Passagiere, die weiter als nach Tempelhof fahren wollten wieder und warteten auf den nächsten Zug, der Richtung Kurt-Schumacher-Platz fahren sollte und mich jedenfalls zur Stadtmitte brachte. Was für ein unerwartetes Abenteuer.

Gestern erschien in der **Berliner Morgenpost** ein Interview mit **Christian Feuerherd**, dem Chef der „Berliner Energie und Wärme AG.“



v.l.n.r.: Christian Feuerherd, Reglierender Bürgermeister Kai Wegner, Wirtschaftsministerin Franziska Giffey und Finanzsenator Stefan Evers beim Festakt der Rückholung der Wärme in die Familie der Berliner Landesunternehmen am 3. Mai 2024. Foto: Ed Koch

Die Morgenpost wollte in dem Interview von Feuerherd wissen, was die Berliner davon haben, dass die Fernwärme Vattenfall abgekauft wurde und jetzt wieder dem Land gehört.

„Sie haben einen klugen Eigentümer, der sich daran macht, eine Jahrhundertaufgabe wie die Transformation der Wärmeversorgung in Angriff zu nehmen und nach den Kriterien Ökologie und Bezahlbarkeit zu gestalten.“ Warum tritt man den früheren Eigentümer Vattenfall nachträglich vors Schienbein und suggeriert, dass er dumm sei?

„Gut für die Bürgerinnen und Bürger ist auch,“, so Feuerherd, „dass die zentralen Akteure Wasserbetriebe, Stromnetz und Fernwärme wieder in einer Hand sind. Wir alle werden in den nächsten Jahren die Stadt umgraben, um neue Leitungen zu verlegen. Das lässt sich nun besser abstimmen und koordinieren.“ Wann hat man in Berlin erlebt, dass das Aufreißen von Straßen unter den Akteuren abgestimmt wurde? Man sollte auch die Telekom zurückkaufen, um sie in die Koordination einbeziehen zu können.



Auch bei der Deutschen Bahn wird gebaut, was das Zeug hält. Seit dem 16. August bis 14. Dezember 2024 und vom 1. August 2025 bis 30. April 2026 ist die wichtige Bahnstrecke Berlin-Hamburg-Berlin gesperrt, weil sie jahrzehntelang nicht gepflegt wurde und nun marode ist.

Was die Rolle der Bahn im Zahlenspiel des Bundeshaushalts betrifft, verstehen nur Experten. Für den Laien sieht es nach Hin-und-Her-Geschiebe aus. Am Ende werden Tarifierhöhungen, nicht nur bei den Beschäftigten, sondern vor allem bei den Kunden stehen. Wenn Bahnfahren eines Tages zu teuer wird und ohnehin unzuverlässig ist, verlagert sich der Verkehr auf die dann immer maroder werdenden Autobahnen. Irgendwann ist dann Stillstand.

„Für die Deutsche Bahn hatte es eigentlich nach einer guten Nachricht geklungen“, schreibt der **Tagespiegel**. „Kanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) haben ihren Haushaltsstreit gelöst, indem sie dem Staatsunternehmen zusätzlich Eigenkapital und Darlehen gewähren.“ Um das marode Schienennetz zu sanieren, erhält die Bahn neben den im Kabinettschluss vorgesehenen 5,9 Mrd. Euro, weitere 4,5 Mrd. Euro.

Aber, verstehe das, wer kann: „Im gleichen Umfang (4,5 Milliarden Euro) werden im Haushalt 2025 bisher eingeplante Investitionszuschüsse an die Bahn reduziert.“ Welchen Schulabschluss braucht man, um das zu begreifen? „Der Bund gewährt also Eigenkapital und senkt dafür den Zuschuss aus dem Etat. **Der Clou:** Der Zuschuss wird bei der Schuldenbremse angerechnet, das Eigenkapital hingegen nicht. Der Bund kann nun also mehr Kredite aufnehmen und sich dadurch zusätzlichen Spielraum verschaffen.“ Mehr tricksen ist kaum möglich.

Weitere Rechenkünste gefällig? „Die Deutsche Bahn hat im ersten Halbjahr 2024 einen Verlust von insgesamt 1,2 Milliarden Euro eingefahren. Außerdem ist die Nachfrage bei den Fahrgästen deutlich zurückgegangen, unter anderem wegen Verspätungen, Streiks und Baustellen. Allerdings ist die Bahn bereits im vergangenen Jahr bei zahlreichen Investitionen in die Infrastruktur in Vorleistung gegangen. Für 2024 rechnet sie deshalb mit erheblichen Rückzahlungen des Bundes. Bahnchef **Richard Lutz** geht davon aus, dass sie zumindest operativ, also vor Zinsen und Steuern, am Ende des Jahres wieder schwarze Zahlen schreiben wird.“

Dann ist ja alles in Ordnung. Oder doch nicht? „Als Sparmaßnahme will die Bahn vor allem in der Ver-

waltung Tausende Stellen streichen. „Wir wollen in den nächsten fünf Jahren den Personalbedarf um etwa 30.000 Vollzeitpersonale reduzieren“, sagte Finanzchef **Levin Holle** bei der Vorstellung der Halbjahresbilanz.“ Quelle: ZDF

Der amtierende Ministerpräsident von Thüringen, **Bodo Ramelow** (Linke) sagt: „Es sei zu wenig, mal hier und mal dort zu investieren. Es müssten mindestens 100 Milliarden Euro auf zehn Jahre mobilisiert werden, um die Kernsubstanz der Bahn zu modernisieren.“ Auf die Frage, ob er ein Sondervermögen wie bei der Bundeswehr fordere, sagte Ramelow: „Das wäre mein Ansatz, ja. Aber es sollte eine Lösung unabhängig vom Bundeshaushalt sein.“ MDR

Die 100-Milliarden-Euro-Frage hat inzwischen auch die Bahn als Größenordnung bestätigt. Was uns für die Verteidigung recht und billig ist, sollte es auch für die Mobilität sein. Was den Autor dieses Beitrages als älteren Menschen beschäftigt, ist die Frage, wann es mit dem Abstieg Deutschlands begonnen hat. Wir lagen doch in vielem immer ganz weit vorn, und nun?

In welchen Kategorien liegt Deutschland noch vorn? Höchste Kirche, schiefster Turm, engste Straße, meisten Safttrinker, meisten Brotsorten und im Recycling, erfahren wir auf der Website deutschland.de, betrieben von der **Fazit Communication GmbH** im Auftrag des **Auswärtigen Amtes**.

Der Berliner Senat war in seiner Sondersitzung gestern besonders fleißig. 16 Seiten umfasst das Protokoll, das mit dem „Schneller-Bauen-Gesetz beginnt“, welches die Grünen kritisch sehen, weil dadurch kein neues Personal in die Amtsstuben kommt; es heißt ja auch nicht „Das Mehr-Personal-Gesetz“. Schneller bauen wäre auch auf Berlins Straßen und bei der Bahn angebracht.

„Im Herzen von Pankow“ soll ein neues Stadtquartier entstehen. Den Flächennutzungsplan gibt's schon mal. Online sollen in Kürze Wohnsitzanmeldungen möglich sein, ein Verwaltungsakt, der die Bürgerämter mit jährlich 500.000 Anträgen beschäftigt. Dann müsste es endlich schneller Termine geben. Der 5 G-Ausbau und die Wasserstoffwirtschaft sollen beschleunigt werden. Mit fairem Handel und ein einem Hitzeaktionsplan beschäftigte sich auch der Senat sowie mit einer Clearingstelle für nicht krankenversicherte Berliner. Und, die „Stiftung Grundbildung Berlin“, die die Alphabetisierung vorantreiben soll, wurde gegründet. Dann können künftig wenigstens alle die Baustellenschilder und die U-Bahn-Anzeigen lesen, was ihnen auch nicht viel helfen wird. **Ed Koch**

04) Franziska Giffey: „So kann es nicht bleiben!“ Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-19

19. August 2024

49. Jahrgang

Franziska Giffey „So kann es nicht bleiben!“

Am 30. Oktober 2008 endete der Flugbetrieb in Tempelhof. Seitdem finden alle möglichen kleinteiligen Projekte in der ehemaligen Passagierhalle, auf dem Vorfeld der riesigen Hangars und, soweit möglich, in einem der größten Gebäudekomplexe der Welt statt. Ein Nutzungskonzept gibt es nicht. Die Berliner Politik ist bislang nicht durch besondere Initiativen und erst recht nicht mit innovativen Ideen aufgefallen.

Nun haben sich private Geschäftsleute um den EUREF-Gründer **Reinhard Müller** versammelt, um etwas gegen diesen traurigen Stillstand zu tun.



Abbildung: EUREF AG

Ihre Idee besteht darin, die sanierungsbedürftige Messe auf den Flughafen Tempelhof zu verlagern, dort neue Hallen zu bauen, die alten in Westend abzureißen und das Gelände dort gewinnbringend zu vermarkten.



Screenshot rbb-Abendschau

In der **rbb-Abendschau** von gestern erläuterte die Vorstandssprecherin der **EUREF AG**, **Karin Teichmann**, das Vorhaben. Den Beitrag können Sie sich unter diesem Link anschauen:

https://www.rbb-online.de/abendschau/videos/20240818_1930.html



Screenshot rbb-Abendschau

Der Geschäftsführer der Tempelhof-Projekt GmbH, **Fabian Schmitz-Grethlein**, zeigte sich für die Idee offen. Ebenso der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU, **Christian Gräff**. Besonders gelobt wird das private Engagement.



Screenshot rbb-Abendschau

Live im Studio von Moderator **Volker Wieprecht** befragt wurde Wirtschaftsministerin **Franziska Giffey** (SPD), die sich bedeckt hielt. Sie verwies auf die Erfolge der Messe Berlin am jetzigen Standort und auf die große Nachfrage internationaler Veranstalter. Es müsse eine Perspektive für die Partner der Messe geben. Dagegen wird niemand etwas haben. Den ehemaligen Flughafen Tempelhof als Messestandort anzubieten, dürfte weltweit auf Zustimmung stoßen, denn wenn ein Berliner Symbol globale Bekanntheit erlangt hat, dann wohl die „Mutter aller Flughäfen“, wie **Norman Foster** einst den Airport bezeichnete.

Was Tempelhof betrifft, könne es so nicht bleiben, sagte Giffey, ohne jedoch nur ansatzweise einen Plan zu haben. Ideengeber und Messe hätten, so Giffey bisher nur über, aber nicht miteinander geredet. Das wolle sie nun beenden und beide zu sich in die Wirtschaftsverwaltung einladen. Das ist sehr loblich, den Vorwurf im Unterton dieser Aussage muss man jedoch zurückweisen, denn die Messe Berlin hätte sehr

1



wohl die Gelegenheit gehabt, mit allen, die etwas dazu zu sagen haben, zu reden.



16.07.2024 - v.l.n.r.: **Matthias Trunk**, Vorstand der GASAG AG, **Kawah Niroomand**, Manager der BR Volleys, EUREF-Gründer **Reinhard Müller**, **Christian Andresen**, Präsident der DEHOGA Berlin, **Fabian Schmitz-Grethlein**, Geschäftsführer der Tempelhof Projekt GmbH, **Jörn Oltmann**, Bezirksbürgermeister Tempelhof-Schöneberg, **Christian Gaebler**, Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, **Karin Teichmann**, Vorstandssprecherin der EUREF AG, **Peter Schink**, Chefredakteur Berliner Morgenpost und **Dr. Hinrich Holm**, Vorstandsvorsitzender der Investitionsbank Berlin (IBB). Foto: Ed Koch

Am 16. Juli 2024 luden die **Berliner Morgenpost** und die **EUREF AG** zu einem Frühstück in die neue Sky Lounge des Gasometers ein. Nicht nur das Podium war prominent besetzt (siehe Bildunterschrift), auch der Zuschauerraum. Unter den rund 120 Gästen waren unter anderem **Klaus Wowereit**, **Peter Strieder** und **Renate Künast** zu sehen, aber auch die Flughafen-Chefin **Aletta von Massenbach**, der Superintendent der Ev. Kirche Tempelhof-Schöneberg, **Michael Raddatz**, und Rabbiner **Yehuda Teichtal**.

Es fehlte nur eine Institution, nämlich die **Messe Berlin**, die sich mit fadenscheinigen Terminproblemen entschuldigen ließ. Die Messe-Gesellschaft wurde bei den Überlegungen nicht von Anfang an mit ins Boot genommen, darüber scheint sie etwas beleidigt zu sein. Messe-Chef **Mario Tobias** erklärte schriftlich, dass allein die Diskussion dem Messestandort Berlin schade. Das ist eine ziemlich kühne Aussage. Warum sollte es dem Standort schaden, wenn Berlin sein Messeangebot ausbauen und

verbessern will? Das Gegenteil dürfte wohl eher der Fall sein.



Screenshot rbb-Abendschau

So, nun warten wir mal die Gespräch bei Frau Giffey ab. Schon jetzt ist aber wieder ein Muster erkennbar, nämlich in Deckung gehen zu müssen, wenn irgendwer mit einer Idee um die Ecke kommt. Darauf ist die Berliner Verwaltung nicht vorbereitet.

Ed Koch

05) KW 33 (06. – 11.08.2024) – Santa Maria. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-18

18. August 2024

49. Jahrgang

KW 33 – Santa Maria

Berlin ist die Stadt der Vielfalt. Da gibt es vielfältige Baustellen, die einem das Vorwärtskommen erschweren, da gibt es vielfältige No-Go-Areas, in denen es ratsam ist, keinen David-Stern oder eine Kippa zu tragen, wo sich schwule Pärchen heterogen verhalten sollten, dafür aber Leute mit einem Hamas-Symbol vermutlich einen Döner geschenkt bekommen.

Der Aphoristiker **Miguel Ruiz** sagt: „Lerne, Dinge nicht persönlich zu nehmen. Nichts, was andere Menschen tun, ist wegen dir. Es ist wegen ihnen selbst.“ Quelle: Axel Springer Jahreskalender

Es ist wenig beruhigend, den Stich eines Messers in den Bauch nicht persönlich nehmen zu sollen. In dieser Stadt kann man froh sein, abends wieder gesund an Leib und Seele zu Hause anzukommen. Eines der wenigen Dinge aber, die man hier genießen kann, wenn es das Budget hergibt, ist das vielfältige kulturelle Angebot. Da singt **Roland Kaiser** in der Waldbühne „Santa Maria“, während auf der Straße des 17. Juni die **Raver** den Planeten retten wollen, und gleichzeitig ein tschechisches Jugendorchester Smetanas Moldau im Konzerthaus zelebriert. Aufzählen könnte man noch viele weitere Veranstaltungen, die gestern Abend stattfanden.

Kaum dass **Young Euro Classic** am kommenden Sonntag sein 25stes Festival beschließt, beginnt nahtlos das nächste, das **Musik-Fest-Berlin** vom 24. August bis 18. September. Die meisten Konzerte finden in der Philharmonie statt, und wer nach dem Ende von YEC Entzugerscheinungen hat, kann das **Gustav-Mahler-Jugendorchester** am 30. August in der Philharmonie erleben. Das komplette Programm erfahren Sie unter diesem Link:

https://www.berlinerfestspiele.de/musikfest-berlin/programm/2024/kalender?etcc_cmp=MFB24&etcc_med=Display&etcc_par=R%26C&etcc_ctv=Programmatic



„Wetoffen geht nur mit sicheren Grenzen!“ Das ist der Slogan der FDP in Sachsen, dessen Spitzenkandidat **Robert Malorny**, seinen Wahlkampf als „MISSION MALORNY“ bezeichnet. Die neueste Umfrage sieht die FDP in Sachsen bei zwei Prozent. Es wird für sie vermutlich eine „MISSION IMPOSSIBLE“ werden.

Unmöglich zu lösen, scheinen auch alle anderen Konflikte zu sein, die uns in dieser Woche belästigt haben. **Der Haushaltsstreit** ist da eher noch das kleinere Problem. „Die Bundesregierung muss große Löcher im Haushalt stopfen. Und weil der Topf für Ukraine-Hilfen bereits aufgebraucht sei, gilt laut einem Medienbericht ab sofort ein Genehmigungsstopp für neue Militärhilfe.“ Quelle: tagesschau

Das wird sich **Frau Wagenknecht**, die demnächst in Sachsen und Thüringen mitregieren wird, und all jene freuen, die der Ukraine schon seit langem kein Geld mehr geben wollen. Dass das Einstellen der Militärhilfe dazu führen wird, dass Putin sein Ziel erreicht, und die Ukraine seiner wahnhaften Vorstellung einer neuen Sowjetunion einverleibt, scheint diesen Leuten egal zu sein.

Egal scheint auch dem **israelischen Ministerpräsidenten**, der sich nur noch so lange im Amt halten kann, wie der Krieg andauert, das Schicksal der 116 verbliebenen Geiseln zu sein. In Kürze jährt sich der Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023, bei dem rund 1.200 israelische und ausländische Todesopfer und mehr als 5.431 Verletzte zu beklagen sind. Angeblich sollen 40.000 Palästinenser im Gaza-Streifen bei Vergeltungsmaßnahmen getötet worden sein, wie viele davon Hamas-Terroristen und wie viele Zivilisten darunter sind, weist die Statistik nicht aus. Überprüfen lassen sich die Zahlen ohnehin nicht.

Mit dem Kapitel **Nord-Stream** hatten wir eigentlich abgeschlossen. Die durchaus interessante Frage, wer hinter der Sprengung auf dem Grund der Ostsee steckt, beschäftigt uns aber weiter. Die **Berliner Zeitung** veröffentlicht heute einen Beitrag mit der Überschrift: „Nord-Stream-Sprengung: Wie die Tagesschau unkritisch die Sprache der deutschen Behörden übernimmt. Mit Blick auf die Nord-Stream-Sprengung ist noch wenig faktisch sicher. Einige Medien sind sich aber jetzt schon sicher: Deutschen Behörden ist immer zu trauen.“ Die Frage, wer die Täter sind und in wessen Auftrag sie gehandelt haben, sollte uns interessieren, schließlich haben wir die Pipeline bezahlt. Die Spur führt in die Ukraine, und es gibt Verdächtige. Gibt es vielleicht noch andere, die ein Interesse an der Zerstörung der Pipeline gehabt haben? Die **Berliner Zeitung** jedenfalls kritisiert die Berichterstattung der **Tagesschau** und der **Ostseezeitung** scharf.

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/nord-stream-sprengung-wie-die-tagesschau-unkritisch-die-sprache-der-deutschen-behoerden-uebernimmt-11.2245591>

Ed Koch

1

06) Die Stachelschweine werden 75! Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-12

12. August 2024

49. Jahrgang

Die Stachelschweine werden 75!



Im Jubiläumsprogramm 75 Jahre Stachelschweine: „Ich hab' noch einen Tesla in Berlin“ wird eine Zukunftsvision des Jahres 2028 erzählt: Die neue Bundeskanzlerin **Sarah Wagenknecht** und ihr Vizekanzler **Boris Pistorius** geraten zunehmend unter Druck, weil die Staatsverschuldung unaufhaltsam voranschreitet.

Das Käsebrötchen kostet 14 Euro. BASF und Bayer sind nach Asien ausgewandert, VW und BMW gehören zu Tesla. Die Kreditwürdigkeit der Bundesrepublik wurde auf BB herabgestuft, die Steuern gehen zur Hälfte für Zinszahlungen drauf.

Da hat Vizekanzler Pistorius eine Idee. Mit einer einzigen Maßnahme, so rechnet er vor, kann Kanzlerin Wagenknecht alle ihre Wahlversprechen finanzieren: Rente ab 55, kostenloser Öffentlicher Verkehr und Mietendeckel auf dem Stand von 1989. Es ist der Geheimplan Berlin. Die Hauptstadt soll als Tafelsilber Deutschlands verkauft werden. Ein bekannter Entwickler von Elektroautos und Inhaber eines Mikroblogging-Dienstes schlägt sofort zu... Von nun an kann nichts mehr schiefgehen! Doch dann geht doch alles schief...

Das Jubiläumsprogramm der STACHELSCHWEINE bietet temporeiches, aktuelles und hinter sinniges Kabarett mit viel Musik: Zum 75. Jubiläum legen die STACHELSCHWEINE ein Programm vor, das schwarzen Humor elegant mit Berliner Gelassenheit verknüpft. Wenn alles in Panik gerät, wissen wir: Niemand hat die Absicht Berlin zu verkaufen!

Es spielen: Santina Maria Schrader, Mirja Henking, Sebastian Stert.
Buch: Frank Lüdecke, Sören Sieg
Regie: Frank Lüdecke
Musik: Luca Fazioli
Arrangements: Martin Rosengarten

Tickets:

<https://diestachelschweine.de/programm/produktion/jubilaumsprogramm-75-jahre>

Termine:

Öffentliche Probe: 4. September 2024
Tickets auf allen Plätzen 17 Euro
Voraufführungen am 5. und 6. September 2024
Tickets 28 bis 39 Euro
Premiere am 7. September 2024
Tickets 29 bis 42 Euro
Jeweils ab 20:00 Uhr
Danach fast täglich im Programm.
Theater im Europa-Center

Das Kabarett Theater Die Stachelschweine ist das älteste Berliner Kabarett und das zweitälteste in ganz Deutschland. Es wurde im Herbst 1949 in dem Künstler- und Studentenlokal Badewanne unweit der Berliner Gedächtniskirche als Schauspielerkollektiv gegründet. Der Name Stachelschweine ist angelehnt an eine Zeitschrift der 1920er Jahre, Das Stachelschwein, deren Herausgeber der Schriftsteller und Kabarettist Hans Reimann war.

Die ganze spannende Geschichte der Stachelschweine ist nachzulesen bei Wikipedia.

https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Stachelschweine



Foto: paperpress

Der Künstlerische Leiter **Frank Lüdecke** und die Geschäftsführerin **Caroline Lüdecke** (Mitte) mit der paperpress-Crew.

Sehr persönliche Anmerkungen

1949 war ein ganz besonderes Jahr, was wir allein schon daran merken, dass andauernd 75ste Jahrestage gefeiert werden, wie Gründung der Bundesrepublik und der DDR, NATO, Ende der Berlin Blockade und vieles mehr. Nicht zu vergessen, dass am 20.

1



März die Westalliierte Militärregierung die D-Mark zum alleinigen Zahlungsmittel in den Westsektoren Berlins erklärte, nachdem dies bereits im Juni 1948 in Westdeutschland geschah. Jeder Bürger bekam ein Kopfgeld von 40 DM, am 20. März 1949 auch in West-Berlin. Was für ein Glück, dass der Autor dieses Beitrages genau an diesem Tag das Licht der damals noch grauen Welt in Berlin erblickte und auch zwei Zwanziger auf den Wickeltisch gelegt bekam.

Am 29. Oktober 1949 fand die Premiere des ersten Programms der Stachelschweine statt. Von 1951 bis 1965 war die angesagteste Adresse für gutes politisches Kabarett in Berlin die Rankestraße 9. Schon als Zwölf- und Dreizehnjähriger überredete ich meinen Vater, mit mir zu den Stachelschweinen zu gehen. Die „Ewige Lampe“, so der Name der Kneipe, die das Theater war, verfügte nur über eine kleine Bühne und wenig Sitzplätze. Die Kabarettisten waren einem hier so nah wie sonst kaum irgendwo.

Unvergessen bleibt das Programm, in dem **Wolfgang Gruner**, **Joachim Röcker**, **Jo Herbst** und (ich glaube) **Achim Strietzel** zum Schluss als **Beatles** zu „I want to hold your hand“ einen satirischen deutschen Text sangen. Mit dem Umzug der Stachelschweine 1965 ins Europa-Center zog ich natürlich mit, inzwischen ohne väterliche Begleitung. Dem Gründer der Stachelschweine, **Rolf Ulrich**, ging ich zeitweise ziemlich auf die Nerven, weil ich immer wieder auftauchte und ihn um Textbücher bat.



Das erste Programm in der neuen Spielstätte im Untergeschoss des Europa-Centers am 9. Juni 1965 hieß „...und vor 20 Jahren war alles vorbei.“ **Günther Pfitzmann**, der früher schon zum Ensemble der Stachelschweine gehörte, war zurückgekehrt. Er spielte unter anderem einen schwulen Ballettmeister: „Kinder, entweder ist heute Föhn, oder mir

fehlen Vitamine.“ In dem Sketch ging es um die Auftritte des Fernsehballetts. „Wenn das Fernsehen mal nicht weiterweiß, wird durch uns die Röhre heiter heiß.“

Unerreichter Höhepunkt des Programms war allerdings der Auftritt von **Wolfgang Gruner** als **Walter**

Ulbricht. Ulbricht ist der prominente Gast in **Robert Lemkes** „Was bin ich?“ Am Ende des „heiteren Berufes Ratens“ musste sich das Rateteam immer Masken aufsetzen und eine bekannte Persönlichkeit erkennen. **Günther Pfitzmann** spielte **Robert Lemke**, das Rateteam bestand aus **Inge Wolffberg (Annette von Arentin)**, **Beate Hasenau (Marianne Koch)** und **Achim Strietzel** (Oberstaatsanwalt **Hans Sachs**). Während es beim Berufe Raten für jedes Nein 5 Mark gab, bekamen Prominente in der Sendung irgendein Präsent. Bei den Stachelschweinen erhielt der fiktive Ulbricht bei jedem Nein eine Banane.



Dieser Sketch ist erhalten geblieben, zwar in schlechter Bild-, aber guter Tonqualität-
<https://www.youtube.com/watch?v=XtLJKzkQqOI>

Das Textbuch ist eine wunderbare Erinnerung an die große Zeit des Kabarett. Leider eignet es sich nicht für „Bares für Rares“, weil ich etliche Stellen markiert und Notizen gemacht habe.



Wolfgang Gruner und **Dieter Hildebrandt** zählten zu den bedeutendsten deutschen Kabarettisten. Ihre Kabarett, **Die**

Stachelschweine und die **Münchener Lach- und Schießgesellschaft** existieren noch heute, werden bedauerlicherweise vom Fernsehen nicht mehr wahrgenommen, stattdessen verplumpert beispielsweise der **rbb** seine Sendezeit mit ständigen Wiederholungen der 100 besten Hits aller Zeiten. „Da kann man sich nur an den Arsch fassen, weil der Kopf viel zu schade dazu ist.“ (Dieter Hildebrandt).

„Manche Politiker sind wie Akkordeons – zuerst machen sie viel Wind, aber dann beugen sie sich dem Druck.“ (Wolfgang Gruner). Foto: Lothar Duclous

Ed Koch

07) Es sind Ferien und keiner ist weg!



Es sind Ferien und keiner ist weg!

Was ist los? Es sind doch Ferien. Aber keiner scheint weg zu sein. Auf den Straßen die üblichen Staus. Busse und Bahnen voll wie immer. Die einzigen, von denen ich definitiv weiß, dass sie Urlaub machen, sind „mein“ Grieche, Italiener und „meine“ beiden Kroaten, sowie der türkische Inhaber „meiner“ Reinigung. Das ist schlimm. Schlimmer geht es aber auf den Straßen zu.



Immer wieder wird man überrascht durch neue Verkehrsmaßnahmen der Fahrradlobbyisten. Abgesehen von den vielen hässlichen rot-weißen Pollern entlang der B96, muss man höllisch aufpassen, dass man nicht plötzlich auf die Links- oder Rechtsabbiegerspur gerät. Einfach so geradeaus fahren, war gestern. Rechts die Luxusstrecke für Fahrradfahrer. In der Mitte, in gekennzeichneten Bereichen, parken die Lieferfahrzeuge, wobei sich jeder, der etwas abholt, als Lieferfahrzeug fühlen darf, auch nach 15:00 Uhr.



Mariendorfer Damm Richtung Alt-Mariendorf

Für die regulären Lieferfahrzeuge, beispielsweise von DHL, muss man Verständnis haben, wo sollen sie sonst hin, nicht aber für Lauffaule, die vor dem Bäcker parken, um sich die Frühstücksbrötchen zu holen. Man fährt also Slalom und kehrt immer wieder auf die einzig verbliebene linke Spur zurück. Aber Vorsicht. Diese kann schnell und unerwartet zur Linksabbiegespur werden.



Geradeausfahren auf der mittleren Spur war am Mariendorfer Damm problemlos möglich. Die wenigen Rechtsabbieger störten kaum. Waren sie weg, konnte man weiter zweispurig geradeaus fahren. Das dürfte doch das mindeste sein, was man von einer Bundesstraße erwarten kann.



Warum man aus der mittleren Spur nicht mehr geradeaus fahren darf, ist beim Überqueren von Alt-Mariendorf zu sehen. Ein schöner breiter roter Radweg.



Dieser setzt sich, nicht mehr in Rot und ohne Poller, bis zur Friedenstraße fort.



Danach geht's dann Richtung Lichtenrade, erst zweispurig, später dreispurig, einschließlich zeitlich begrenzter Busspur, weiter. Wo ist aber der Radweg geblieben?



Er teilt sich nun, friedlich mit den Fußgängern, den Bürgersteig. Jeden Tag laufe ich hier entlang und habe noch keinen Konflikt zwischen Fußgängern und Fahrradfahrern erlebt.

Fahrradfahren ist eine schöne Sache, für Menschen, die es können und denen es möglich ist. Leider ist der Kampf um eine fahrradgerechte Stadt sehr stark ideologisch belastet. Die Fahrradlobby, nicht die Fahrradfahrer, tun alles, um die Autos aus der Stadt zu verdrängen. Es geht nicht darum, einen gerechten Ausgleich zwischen zwei Verkehrsmitteln zu erreichen, sondern um Verdrängung des einen zugunsten des anderen. Autos und Fahrräder sind aber keine gleichberechtigten Verkehrsteilnehmer.

Voraussetzungen	Auto	Fahrrad
ab18 Jahren	Ja	Nein
Fahrerlaubnis	Ja	Nein
Kennzeichen	Ja	Nein
Versicherungspflicht	Ja	Nein
Steuerpflicht	Ja	Nein
Hauptuntersuchung	Ja	Nein

Mit keiner der Voraussetzungen, die Autofahrer zu erfüllen haben, müssen sich Radfahrer auseinandersetzen. Egal wie alt sie sind, sie setzen sich auf ihren Drahtesel und fahren los, ohne Fahrerlaubnis, ohne Kennzeichen, ohne Versicherung, ohne Steuern zahlen zu müssen und die zweijährliche Hauptuntersuchung können sie sich auch sparen, unabhängig davon, wie fahrtüchtig ihr Rad ist.

Es ist gut, dass Schwarz-Rot in Berlin erst einmal die Bremse beim Ausbau weiterer Radwege gezogen hat. Davon werden sich die acht (von zwölf) grünen bezirklichen Verkehrsstadträte in ihren Verantwortungsbereichen leider nicht abschrecken lassen.

Ed Koch
(auch Fotos)



Zweiradideologie

Fahrradfahren ist gesund. Leider kann sich aber nicht jeder Verkehrsteilnehmer an dieser sportlich-gesunden Tätigkeit beteiligen. Vor allem ältere und behinderte Menschen können das Fahrrad als Fortbewegungsmittel nicht nutzen. Sie sind darauf angewiesen, als Fußgänger unbeschadet auf Bürgersteigen voranzukommen, die nicht auch noch als Radwege genutzt werden dürfen.

Unser Gastautor **Sven Wardin**, der auf einen Rollstuhl angewiesen ist, ging im Rahmen eines Berichts über den ROCKTREFF hart ins Gericht mit dem Berliner Senat. *„Alle, die ein autofreies Berlin wollen, sollten auch daran denken, dass es Menschen gibt, die aufgrund ihrer Einschränkungen auf das Auto angewiesen sind. Sie können nicht das Fahrrad, den E-Scooter oder die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen.“* Inklusion gehe aber dem Senat „am Arsch vorbei.“

Die so genannte Verkehrswende ist in Wirklichkeit ein Fahrradförderprogramm. Ohne Sinn und Verstand, ohne Rücksicht auf den ohnehin niedergehenden Handel an großen Durchgangsstraßen, werden breite Fahrradwege angelegt und durch rot-weiße Poller abgesichert. Jetzt hat die Senatsverkehrsverwaltung den Radschnellwegeausbau gestoppt. *„Von zehn geplanten Verbindungen soll zunächst nur eine realisiert werden.“* Quelle: rbb



Die Radwegeplanung insgesamt wurde in Berlin weniger nach Erfordernissen vorangetrieben, sondern eher aus ideologischen Gründen. Der rot-grün-rote Vorgänger-Senat hat gegen das Auto regelrecht Krieg geführt. Das konnte wenigstens teilweise durch den neuen schwarz-grünen Senat verändert werden. Es ging nicht darum, einen gerechten Ausgleich aller Verkehrsteilnehmer zu erreichen, sondern das Autofahren einzuschränken, nicht zuletzt durch den Wegfall von Parkplätzen zugunsten von Fahrradwegen. Die Auswirkungen dieser so genannten Verkehrswende kann man exemplarisch zwischen Alt-Tempelhof und Alt-Mariendorf bewundern. Südlich von Alt-Mariendorf in Richtung Lichtenrade befindet sich, gefühlt schon immer, ein auf dem Bürgersteig eingelassener schmaler Radweg. Täglich

laufe ich den Mariendorfer Damm dort entlang und habe selten ein Problem gesehen, ausgenommen, wenn jemand in die falsche Richtung fährt.

An dieser Stelle soll kein Radfahrer-Bashing betrieben werden, weil sich der überwiegende Teil der Drahteselnutzer ordnungsgemäß verhält. Leider ist aber die Zahl derer, für die keine Regeln gelten, viel zu groß. Damit ist nicht nur gemeint, dass die Farbe Rot für sie kein Stoppschild bedeutet.



Die schlimmste Erfindung sind die so genannten E-Scooter, deren Nutzer größtenteils weder Regeln kennen noch Anstand haben. Vor allem das Abstellen dieser Horrorgereäte dort, wo es gerade

passt, ohne Rücksicht auf Fußgänger. Wer mit einem Rollator und Rollstuhl unterwegs ist, hat kaum eine Chance, an ihnen vorbeizukommen.

Bei den E-Scootern sollten wir uns an Paris ein Beispiel nehmen, wo seit September 2023 die *„elektrische Leih-Tretroller aus dem Stadtbild verschwunden sind.“*



Elektromobilität ist eine tolle Erfindung, auch wenn niemand weiß, woher der benötigte Strom kommen soll. In meiner, zugegeben lange zurückliegenden Jugend, war ich mit dem Fahrrad, einem Roller und sogar Rollschuhen unterwegs, ohne dass

eines dieser Geräte über Nacht an eine Steckdose angeschlossen werden musste. Bei der *„Langen Nacht der Wissenschaft“* am 5. Juni 2010 auf dem EUREF-Campus hatte ich erst- und letztmalig Kontakt zu einem E-Bike. Nur einmal durchtreten und das Ding ging ab wie eine Rakete. Nein Danke.

Den ÖPNV haben wir gar nicht erwähnt. Nur so viel. Ich kann jeden verstehen, der lieber mit seinem Auto im Stau steht als mit Bussen und Bahnen unterwegs zu sein. Die ÖPNV-Strecken sind in Berlin gut ausgebaut, auch wenn sie in Nähe des Stadtrands immer dünner werden. Volle Busse und Bahnen zu fast jeder Tageszeit machen die Reise in diesen zu einer nervigen Angelegenheit. Berlin braucht keine Verkehrswende, sondern ein ideologiefreies Konzept für alle, die unterwegs sein müssen und wollen.

Ed Koch

09) Zweiradideologie. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 628-04

2. August 2024

49. Jahrgang

Zweiradideologie

Fahrradfahren ist gesund. Leider kann sich aber nicht jeder Verkehrsteilnehmer an dieser sportlich-gesunden Tätigkeit beteiligen. Vor allem ältere und behinderte Menschen können das Fahrrad als Fortbewegungsmittel nicht nutzen. Sie sind darauf angewiesen, als Fußgänger unbeschadet auf Bürgersteigen voranzukommen, die nicht auch noch als Radwege genutzt werden dürfen.

Unser Gastautor **Sven Wardin**, der auf einen Rollstuhl angewiesen ist, ging im Rahmen eines Berichts über den ROCKTREFF hart ins Gericht mit dem Berliner Senat. „Alle, die ein autofreies Berlin wollen, sollten auch daran denken, dass es Menschen gibt, die aufgrund ihrer Einschränkungen auf das Auto angewiesen sind. Sie können nicht das Fahrrad, den E-Scooter oder die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen.“ Inklusion gehe aber dem Senat „am Arsch vorbei.“

Die so genannte Verkehrswende ist in Wirklichkeit ein Fahrradförderprogramm. Ohne Sinn und Verstand, ohne Rücksicht auf den ohnehin niedergehenden Handel an großen Durchgangsstraßen, werden breite Fahrradwege angelegt und durch rot-weiße Poller abgesichert. Jetzt hat die Senatsverkehrsverwaltung den Radschnellwegeausbau gestoppt. „Von zehn geplanten Verbindungen soll zunächst nur eine realisiert werden.“ Quelle: rbb



Die Radwegeplanung insgesamt wurde in Berlin weniger nach Erfordernissen vorangetrieben, sondern eher aus ideologischen Gründen. Der rot-grün-rote Vorgänger-Senat hat gegen das Auto regelrecht Krieg geführt. Das konnte wenigstens teilweise durch den neuen schwarz-grünen Senat verändert werden. Es ging nicht darum, einen gerechten Ausgleich aller Verkehrsteilnehmer zu erreichen, sondern das Autofahren einzuschränken, nicht zuletzt durch den Wegfall von Parkplätzen zugunsten von Fahrradwegen. Die Auswirkungen dieser so genannten Verkehrswende kann man exemplarisch zwischen Alt-Tempelhof und Alt-Mariendorf bewundern. Südlich von Alt-Mariendorf in Richtung Lichtenrade befindet sich, gefühlt schon immer, ein auf dem Bürgersteig eingelassener schmaler Radweg. Täglich

laufe ich den Mariendorfer Damm dort entlang und habe selten ein Problem gesehen, ausgenommen, wenn jemand in die falsche Richtung fährt.

An dieser Stelle soll kein Radfahrer-Bashing betrieben werden, weil sich der überwiegende Teil der Drahteselnutzer ordnungsgemäß verhält. Leider ist aber die Zahl derer, für die keine Regeln gelten, viel zu groß. Damit ist nicht nur gemeint, dass die Farbe Rot für sie kein Stoppschild bedeutet.



Die schlimmste Erfindung sind die so genannten E-Scooter, deren Nutzer größtenteils weder Regeln kennen noch Anstand haben. Vor allem das Abstellen dieser Horrorgeräte dort, wo es gerade

passt, ohne Rücksicht auf Fußgänger. Wer mit einem Rollator und Rollstuhl unterwegs ist, hat kaum eine Chance, an ihnen vorbeizukommen.

Bei den E-Scootern sollten wir uns an Paris ein Beispiel nehmen, wo seit September 2023 die „elektrische Leih-Tretroller aus dem Stadtbild verschwunden sind.“



Elektromobilität ist eine tolle Erfindung, auch wenn niemand weiß, woher der benötigte Strom kommen soll. In meiner, zugegeben lange zurückliegenden Jugend, war ich mit dem Fahrrad, einem Roller und sogar Rollschuhen unterwegs, ohne dass

eines dieser Geräte über Nacht an eine Steckdose angeschlossen werden musste. Bei der „Langen Nacht der Wissenschaft“ am 5. Juni 2010 auf dem EUREF-Campus hatte ich erst- und letztmalig Kontakt zu einem E-Bike. Nur einmal durchtreten und das Ding ging ab wie eine Rakete. Nein Danke.

Den ÖPNV haben wir gar nicht erwähnt. Nur so viel. Ich kann jeden verstehen, der lieber mit seinem Auto im Stau steht als mit Bussen und Bahnen unterwegs zu sein. Die ÖPNV-Strecken sind in Berlin gut ausgebaut, auch wenn sie in Nähe des Stadtrands immer dünner werden. Volle Busse und Bahnen zu fast jeder Tageszeit machen die Reise in diesen zu einer nervigen Angelegenheit. Berlin braucht keine Verkehrswende, sondern ein ideologiefreies Konzept für alle, die unterwegs sein müssen und wollen.

Ed Koch

1

10) Au revoir. Von Ed Koch

paperpress

seit 1976



Nr. 627-24

31. Juli 2024

49. Jahrgang

Au revoir



Heute schließt das französische Kaufhaus **Galeries Lafayette** in der Friedrichstraße. „Schluss mit Champagner und teuren Handtaschen.“, schreibt das **Handelsblatt**. Ein Hauch von Paris löst sich in der Berliner Luft auf. Nie wieder kann mich jemand anlässlich meines Geburtstages zum Austernessen dorthin einladen. Schade. Die

Attraktivität der Stadt bekommt einen Dämpfer. Betroffen sind vor allem die Touristen, auf die wir wirtschaftlich angewiesen sind, die im gläsernen Aufzug hoch und runterfahren, einkauften und sich durch die Freßmeile schlemmten.

Was bleibt den Luxus-Touristen in Berlin? Aus dem **KaDeWe** hören wir, dass Mitarbeitende der 6. Etage, also dem westlichen Gegenstück zum östlichen Untergeschoss in der Friedrichstraße, nach Hause geschickt wurden. „Die neuen Eigentümer des Luxuskaufhauses KaDeWe sortieren die sechste Etage weiter um: Nach der Fleisch- und Wurstabteilung werden weitere Bereiche verschwinden, in denen bislang vor allem rustikale Gastronomie angesagt war. Nach der Fleisch- und Wurstabteilung stehen weitere gastronomische Angebote des Traditionshauses vor dem Aus.“, meldet gestern der **rbb**.

Ein **paperpress**-Leser beschwerte sich über die Maßnahmen im **KaDeWe**. „Die besten Mitarbeiter wurden rausgeworfen, manche nach 20 oder 35 Jahren. Der bisherige Teilbesitzer aus Thailand und jetzige Vollbesitzer zeigt sich, wie er ist: Gierig, mächtig, herrschsüchtig und immer gegen das Personal. Über Benko nach Thailand und Berlin: Hasardeure am Werk. Die Berliner Seele des Geschäfts ist verkauft. Chancenlos. Man wendet sich ab, voller Grauen.“, schrieb unser Leser und bekam sogar eine Antwort:

„Die weltberühmte Food-Hall in der sechsten Etage ist eine feste Größe des KaDeWe und setzt seit jeher internationale Maßstäbe. Modernisierungen und Umgestaltungen sind unbedingt notwendig, um auch zukünftig einzigartig und der Zeit vorauszubleiben. Dazu gehört auch der Bereich der Fleisch- und Wurstabteilung, den wir derzeit umstrukturieren. In seiner jetzigen Form ist er nicht schlichtweg mehr zeitgemäß. Damit wird es Veränderungen geben, die einige Zeit in Anspruch nehmen werden. Wir bitten um

etwas Geduld und können schon heute versprechen, dass sich unsere Gäste auf viele neue Highlights freuen dürfen.“ Den ehemaligen Mitarbeitern wäre ihr Job lieber als „viele neue Highlights.“

Die Probleme, die das KaDeWe heute hat, sind hausgemacht. In der **ZDF-Mediathek** ist eine erschreckende Dokumentation zu sehen: „Nobelkaufhäuser, Prunkvillen, Milliardendeals und illustre Freunde – **René Benko** galt lange als Vorzeigeunternehmer. Nun steht er vor einem Scherbenhaufen. Wie konnte es so weit kommen?“ Die Antwort erfahren Sie hier: <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfinfo-doku/spiel-mit-milliarden-die-benko-pleite-100.html>

„In jedem Ende liegt ein neuer Anfang.“, wusste schon **Miguel de Unamuno** (1864-1936), spanischer Philosoph, Dichter und Essayist. Das trifft auch für das nun ehemalige Kaufhaus Galeries Lafayette zu. Die Diskussion über den Einzug der **Landesbibliothek** ist neu entflammt. „Mit großer Freude unterstützt die Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB) den Vorschlag des Senators für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt **Joe Chialo**, als neuen und dringend notwendigen Standort das Gebäude Q207 in der Friedrichstraße zu nutzen.“ In einer Stadt voller Bedenkenträger und einer Verwaltung, die nur schwerlich aus dem Knick kommt, wäre das ein gutes Zeichen.

Natürlich darf man an dieser Stelle nicht vergessen zu erwähnen, dass Berlin am Rande des Tempelhofer Feldes längst eine neue Landesbibliothek haben könnte, wenn es vor zehn Jahren nicht diesen unsäglichen, ideologisch motivierten Volksentscheid gegeben hätte, der jegliche Bebauung verhindert hat. Mit unsäglichen Verleumdungen wurde dem damaligen Regierenden Bürgermeister **Klaus Wowereit** vorgeworfen, sich ein Denkmal bauen zu wollen. Mit derart dümmlichen Argumenten können Teile der linksgrün versiffen Stadtgesellschaft in Berlin tatsächlich den Fortschritt verhindern.

Auf Besserung ist in Berlin nicht zu hoffen. Träumen wir also davon, dass es für das Q207 bald eine neue Nutzung gibt. Das trifft auch auf das Vorfeld des Flughafens Tempelhof zu, für das **EUREF**-Chef **Reinhard Müller** und sein Team ein beeindruckendes Konzept vorgestellt haben, das nicht nur den Neubau von sechs Messehallen, sondern auch von einer Konzerthalle vorsieht, deren Bühne sich zur Freifläche hin öffnen und drehen ließ und bis zu 100.000 Besuchern Platz böte. Dann würden vielleicht **Taylor Swift** und **Adele** auch mal wieder nach Berlin kommen.

Ed Koch

1

Polen (Seiten E 122 – E 128)

01) Warschau: „Ein großer deutscher Tatort“. Von Ed Koch

Seit 31 Jahren

www.paperpress.org

gegründet am 7. April 1976

paperpress

Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst

Nr. 429

November/Dezember 2007

32. Jahrgang

Warschau: „Ein großer deutscher Tatort“



Bei dem Vorbereitungstreffen für die diesjährige Gedenkstättenfahrt der Berliner SPD, brachte es der Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Dr. Johannes Tuchel, auf den Punkt: „Warschau ist ein großer deutscher Tatort“. Was in deutschem Namen dieser Stadt und ihren Einwohnern angetan wurde, ist so ungeheuerlich und unfassbar, dass nie damit aufgehört werden darf, daran zu erinnern. Warschau war neben New York die Stadt mit der größten jüdischen Bevölkerung in der Welt. Dieser Umstand wurde zu ihrem Todesurteil, ausgesprochen am 1. September 1939 mit dem Überfall Deutschlands auf Polen, ein Datum, das in die Geschichte als Beginn des II. Weltkrieges einging, der erst sechs Jahre später im Mai 1945 endete. Und um auch das klar zu sagen, in Europa, vor allem aber in Polen, fand kein Verteidigungskrieg statt, auch ist Deutschland von niemanden überfallen und angegriffen worden. Hitlers Krieg war ein Terrorkommando, das nur einem Zweck diente, Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer und Greise auszurotten, die nicht in das arische Menschenbild der Nazis passten.
Foto: Das Mahnmal des Jüdischen Gettos in Warschau, berühmt geworden durch den Kniefall Willy Brandts im Dezember 1970.
Foto: Andreas Schwager

Weiter auf Seite 2

Tatort Warschau

Einleitung

Es ist kein Widerspruch, wenn ein gemeinnütziger Verein wie der Paper Press e.V., auf der einen Seite in dem von ihm herausgegebenen Pressedienst die Arbeit der Regierungspartei SPD in Berlin kritisch, oft auch harsch begleitet und kommentiert, und auf der anderen Seite mit dem anderen Vereinszweig Paper Press Studienreisen eben diese SPD bei der Planung und Durchführung von Gedenkstättenfahrten unterstützt. Der SPD ist hoch anzurechnen, dass sie immer noch und hoffentlich für die Ewigkeit, nicht nur ihre eigenen Parteimitglieder, sondern jeden daran Interessierten, jährlich mindestens einmal zu einer Gedenkstättenfahrt an die schrecklichsten Orte deutscher Verbrechen einlädt. Die Rufe „Man soll doch die Geschichte endlich ruhen lassen“, verhallen bei der SPD ungehört. Persönlichkeiten wie Harry Ristock und Alfred Gleitze haben schon vor Jahrzehnten zu Gedenkstättenfahrten nach Polen eingeladen. Zu einer Zeit, als es sehr schwierig war, überhaupt dorthin zu kommen. Lange Zeit hat auch der jetzige Parlamentspräsident Walter Momper die Gedenkstättenfahrten begleitet.

Der gegenwärtige Parteivorsitzende, Michael Müller, hat vor zwei Jahren den Paper Press e.V. gebeten, die Fahrten zu Stätten des Naziterrors und Widerstandes auch für die Landes SPD zu arrangieren, nachdem er als Tempelhofer Abgeordneter schon seit 1995 mit Paper Press, teilweise mehrmals jährlich, Fahrten nach Auschwitz/Birkenau und Krakau anbot. 2005 und 2006 fanden für den Landesverband der SPD Fahrten nach Auschwitz und Krakau statt, in diesem Jahr nach Warschau und Majdanek. Die Zusammenarbeit zwischen der SPD und Paper Press hat dem überparteilichen Verein in der Presse häufig den Zusatz „SPD-nah“ eingebracht. Davon sind vor allem diejenigen Vereinsmitglieder und paperpress-Redakteure nicht besonders angehen, die mit der SPD wenig bis nichts am Hut haben. Gleichwohl sind sie sich dem satzungsmäßigen Auftrag ihres Vereins bewusst, eben solche Projekte anzubieten. Und wenn die SPD in dieser Frage um Kooperation bittet, gewährt man diese gern. Das würde übrigens auch für andere demokratische Parteien in dieser Stadt gelten.

Aus der FDP werden Forderungen laut, dass Berliner Schülerinnen und Schüler mindestens einmal während ihrer Schulzeit die Gedenkstätte in Hohenschönhausen, in der es um die unrühmliche Geschichte der DDR geht, besuchen sollen. Die Kenntnisse über die jüngste Deutsche Geschichte lassen bei Jugendlichen sehr zu wünschen übrig. Man kann ja Helmut Kohl alles Mögliche nachsagen, wenn ihn aber Jugendliche für einen Ossi halten, dann ist wirklich Gefahr in Verzug. Natürlich, die Nachkriegsgeschichte Deutschlands und Europas ist von besonderer Wichtigkeit. Kenntnisse darüber gehören unbedingt zur Allgemeinbildung eines jungen Menschen. Genauso wichtig ist aber das Wissen um die Ursache all dessen, warum es zwei Deutschlands, ja zwei Europas gab, West und Ost, immer mit der Gefahr eines weiteren Weltkrieges vor Augen, hat seine Ursachen im deutschen Nationalsozialismus. Das muss stundenlang, bis er es verinnerlicht hat, dem Nachwuchs beigebracht werden. Hitler fiel nicht vom Himmel. Er wurde demokratisch gewählt und hat dann die Demokratie abgeschafft. Niemand soll doch heute behaupten, man habe nicht gewusst, wohin die Wahl Hitlers führen würde. Schließlich hat er vorher seine Pläne zu Papier gebracht. Hätte es damals einen demokratisch legitimierten Verfassungsschutz gegeben, wäre Hitler von diesem als Initiator terroristischer Maßnahmen verhaftet worden. Schon 1933 ließ Hitler das erste Konzentrationslager in Dachau errichten. Als 12 Jahre später die Amerikaner die Bevölkerung von Dachau durch das Lager und die Leichenberge führten, zeigten sich die Biedermänner und -frauen betroffen und überrascht über das, was vor ihrer Haustür geschah. Europa war übersät mit deutschen Tatorten. Wenn von „polnischen KZs“ die Rede ist, weil sich diese auf dem Gebiet Polens befanden, dann muss zuerst einmal die Bezeichnung korrigiert werden. Es sind deutsche Konzentrationslager in Polen gewesen, nichts anderes.

Das Schicksal Warschau



Zwischen dem I. und II. Weltkrieg blühte die polnische Metropole auf. Sogar vom Paris des Ostens war die Rede. Warschau war eine multikulturelle Stadt mit einem hohen Anteil an jüdischer Bevölkerung. Nach dem Überfall Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 dauerte es noch bis zum 28. September 1939, ehe Warschau aufgab. Der Widerstand brach zusammen. Das mächtige Dritte Reich rollte über Polen hinweg. Gleich nach der Einnahme Warschaus begannen die Nazis damit, das Jüdische Getto,

Mitten in der Stadt zu errichten. Auf 400 Hektar mussten sich 450.000 Menschen drängen. Nach und nach wurden alle an Ort und Stelle ermordet oder starben unter den katastrophalen Lebensbedingungen beziehungsweise wurden deportiert und in einem der Konzentrationslager erschossen oder vergast. „Umschlagplatz“ (Foto) nannte man jene Stelle in Warschau, an der die Juden in Züge gepfercht und in die KZs verbracht wurden.



In der Proznastraße, die zum Warschauer Getto gehörte, sind ein paar Häuser stehen geblieben. Sie vermitteln einen Eindruck über die Lebensverhältnisse im Getto.

Am 28. September 1939 marschierten deutsche Truppen in Warschau ein und eine verheerende fünfjährige Besatzungszeit brach an. Der Terror der Besatzer traf von Anfang an auf einen entschiedenen Widerstand weiter Teile der Bevölkerung. Der organisierte Widerstand nahm verschiedene Formen an, von geheimen Bildungseinrichtungen sowie kleinen und großen Sabotagen bis zu Attentaten. Warschau war von Beginn der Besatzung an das Zentrum des „Unterirdischen Polnischen Staates“ mit der Geheimverwaltung der Londoner Exilregierung und der Heimatarmee. Nach der Besetzung Warschaus durch die deutsche Wehrmacht wurden die Juden der Stadt und der Umgebung seit dem November 1940 im Warschauer Getto – dem größten jüdischen Getto im besetzten Europa – eingesperrt, von wo mindestens 300.000 jüdische Bürger Warschaus deportiert und ermordet wurden. 1941 wurde für Juden die Gettopflicht eingeführt und das Verlassen des Gettos sowie jegliche Hilfe für die jüdischen Warschauer unter Todesstrafe gesetzt. Gleichwohl konnten die Organisation Żegota sowie viele Privatleute hunderte Juden vor dem Tod retten. Am 18. April 1943 kam es zum Aufstand im Warschauer Getto unter der Führung von Mordechaj Anielewicz und Marek Edelman, als Reaktion auf die Liquidierung des Gettos durch die SS. Am 8. Mai 1943 nahmen sich die meisten jüdischen Anführer im

Versteck in der Ulica Miła 18 das Leben. Einigen jüdische Einheiten (unter anderem Marek Edelman) gelang die Flucht zum polnischen Untergrund. Eine Folge des Gettoaufstandes war, dass von der SS ein ganzes Stadtviertel niedergebrannt und die meisten der überlebenden Juden im KZ Treblinka ermordet wurden.



Foto: Vegetieren im Jüdischen Ghetto. Unbeschreibliches Leid vor den Augen der Weltöffentlichkeit.



Foto: SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender Michael Müller und Landesgeschäftsführer Rüdiger Scholz legen Kränze am Mahnmal des Aufstandes im Jüdischen Ghetto nieder.



An den Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt am 7. Dezember 1970 erinnert heute auf dem nach ihm benannten Platz eine Tafel, die Gerhard Schröder während seines Besuches in Warschau eingeweiht hatte.

Der Warschauer Aufstand, getragen von der polnischen Heimatarmee, begann am 1. August 1944 unter der Führung von Tadeusz Bór-Komorowski. Er war die größte Erhebung gegen die Okkupanten im besetzten Europa während des Zweiten Weltkrieges. Fast die gesamte verbliebene Stadtbevölkerung beteiligte sich an den Kriegshandlungen, deren Ziel ein von Hitlerdeutschland und der Sowjetunion unabhängiges Polen sein sollte. In den ersten Augusttagen wurden die polnischen Medien und eine Pfandfinderpost wiederhergestellt und die Erhebung hatte zu-

nächst Erfolg, als sich die deutschen Truppen aus weiten Teilen der Innenstadt zurückziehen mussten. Aufgrund mangelnden Nachschubs jedweder Form kam der Aufstand schnell in eine kritische Situation. Die der Wehrmacht zu diesem Zeitpunkt weit überlegene Rote Armee war am rechten Weichselufer stehen geblieben und leistete dem Widerstand keine Unterstützung. Außerdem verweigerten die Sowjets den Westalliierten Flugplätze, von denen aus sie mehr Hilfsgüter und Waffen hätten einfliegen können. Die Heimatarmee musste am 2. Oktober 1944 kapitulieren. Im Warschauer Aufstand, der überwiegend durch Einheiten der Waffen-SS niedergeschlagen wurde, kamen fast 200.000 polnische Soldaten und Zivilisten ums Leben. Als Repressalie wurde die Mehrzahl der noch vorhandenen Warschauer Gebäude auf dem linken Weichselufer von den deutschen Truppen planmäßig gesprengt und vollkommen zerstört. Die überlebende Bevölkerung wurde in Konzentrationslager oder zur Zwangsarbeit deportiert. 85 Prozent der Bausubstanz wurde zerstört.



Foto: Kranzniederlegung und Schweigeminute am Mahnmal des Warschauer Aufstandes durch die Landesvorstandsmitglieder der SPD Dr. Eckehard Wildegans und Horst Porath.



85 Prozent der Bausubstanz von Warschau wurde zerstört. Das Gebiet des Jüdischen Gettos wurde dem Erdboden gleichgemacht. Lediglich diese Kirche blieb stehen und steht heute noch. Grund für den Erhalt: Die Nazis brauchten einen Aussichtsturm. Ein banaler Grund erhielt diese Kirche. Um sie herum ist eine neue Stadt entstanden. Nicht jeder Straßenzug wurde original rekonstruiert. Die den Nazis folgenden Kommunisten hatten eigenen Vorstellungen von Stadtgestaltung. Diese unterschieden sich nicht erheblich. Breite Aufmarschalleen mussten gebaut werden, um die Paraden abhalten zu können. Um den monumentalen Kulturpalast herum brauchte man Platz, damit sich der Arbeiter- und Bauernstaat präsentieren konnte. Die Polen waren jedoch für die Sowjets alles andere als willfährige Partner.



Beim Schicksal Warschaus und Polens darf also die Rolle der Sowjetunion nicht unberücksichtigt gelassen werden. Polen verschwand schon einmal von der europäischen Landkarte, und das wäre, hätte Hitlers Terrorkrieg Erfolg gehabt, wieder geschehen. Die stärkere Linie zeigt Polen vor dem Überfall Deutschlands, die schwächere Polen heute. Das was Polen nach dem Krieg im Westen von Deutschland zugeschlagen bekommen hat, ist vergleichsweise gering zu dem, was sich die Sowjetunion im Osten abgeschnitten hat. Der Warschauer Aufstand (1. August bis 3. Oktober 1944) wäre erfolgreich gewesen, wenn die bereits vor Warschau liegende Rote Armee eingegriffen hätte. Den Polen war aber klar, dass sie sich aus eigener Kraft von den deutschen Okkupanten befreien mussten, um nicht unter die Herrschaft der Sowjets zu geraten. Genau aber das war das Interesse Stalins. Also ließ er die Warschauer Widerstandskämpfer systematisch von der Wehrmacht umbringen und vertrieb erst diese, als die Polen endgültig am Boden lagen. Die Zeit, die für Polen folgte, war alles andere als das Leben in einem freien Land.



Foto: Die Sowjetunion setzte Zeichen in Form des Kulturpalastes, eines Gebäudes, das es in gleicher Bauweise siebenmal in Moskau gibt. Bauen „dürften“ die Polen das „Geschenk“ Stalins natürlich selbst. Vor dem Palast fanden während der Zeit des Kommunismus die üblichen Paraden statt. Kaum irgendwo anders wird der Sieg des Kapitalismus über den Kommunismus so deutlich wie hier. Wo sich früher zwangsweise die Menschen zu Paraden versammeln mussten, stehen heute große Einkaufsmärkte, an denen aber zum Glück weder ALDI noch LIDL steht.

4

Die Rote Armee marschierte am 17. Januar 1945 in eine Ruinenstadt ohne Einwohner ein. Die befreite Bevölkerung kam zum großen Teil nach Warschau zurück. Den Soldaten der Heimatarmee blieb jedoch eine Rückkehr verwehrt. Viele mussten emigrieren. Die Stadtverwaltung wurde von der sich bildenden kommunistischen Partei eingesetzt. Bald wurde der Beschluss gefasst, Warschau detailgetreu wieder aufzubauen. 1945 wurde ein Fonds für den Wiederaufbau Warschaus gegründet. Bereits im Februar 1945 nahm eine Kommission unter der Leitung von Roman Piotrowski die ersten Rekonstruktionsarbeiten auf.



Die Altstadt (Foto oben 1945, Foto unten 2007), die Neustadt und die Krakauer Vorstadt wurden ab 1946 bis 1953 in einer als Meisterleistung gewürdigten historischen Rekonstruktion wieder aufgebaut und dafür als Weltkulturerbe der UNESCO ausgezeichnet.



Die Aufbauarbeiten stellen bis heute weltweit die größte geplante Rekonstruktion einer Bebauung dar. Gleichzeitig wurde auch die Bebauung der Straßenzüge Ulica Miodowa, Ulica Długa und Ulica Senatorska sowie der Plätze Plac Teatralny i Plac Bankowy rekonstruiert. Die Arbeiten orientierten sich dabei zu einem großen Teil an Gemälden des italienischen Malers Bernardo Bellotto (Canaletto), der im 18. Jahrhundert viele Stadtpanoramen Warschaus geschaffen hatte. 1947–1949 wurde unter Teilen der Altstadt der Tunnel der „Ost-West-Arterie“ gebaut. Heute ragen Wolkenkratzer in den Himmel über Warschau. Keine der großen internationalen Hotelketten fehlt um den Hauptbahnhof herum. 1971 entstand ein Komitee zum Wiederaufbau des Warschauer Königsschlosses unter der Leitung von Stanislaw Lorentz.



Der Wiederaufbau des Schlosses (Foto) wurde in den 1970er und 1980er Jahren durchgeführt. So lange hatte es gedauert, ehe die kommunistische Führung dem Druck der Bevölkerung nachgab und dem Wiederaufbau zustimmte. Allerdings gab sie keinen einzigen Zloty dazu, und so wurde das Schloss allein aus Spenden wieder aufgebaut.

Der Wiederaufbau Warschaws dauert auch heute noch an. In den nächsten Jahrzehnten sollen die Königsgärten rekonstruiert und der Brühl'sche und Sächsische Palast wiedererrichtet werden. Gleichwohl werden die allermeisten Gebäude des alten Warschaws nicht mehr neu entstehen können. Die heutigen Straßenzüge verlaufen weitgehend anders als vor 1939. Die reiche Sezessionsarchitektur der Ulica Marszałkowska und der Jerusalemer Alleen ist unwiederbringlich verloren. Mehrere Stadtteile entstanden im realsozialistischen Stil. Von 1952–1955 wurde der Warschauer Kulturpalast errichtet, das damals zweithöchste Gebäude Europas. Daneben wurden die Stadtviertel Marienstadt und MDM im realsozialistischen Stil (wieder)errichtet. Die Blütezeit dieser Stilrichtung in Polen datiert auf die Jahre von 1949 bis 1955 und verschmolz in ihrer Warschauer Abwandlung mit der polnischen Architektur der 1930er Jahre, die wiederum stark von dem Warschauer Klassizismus beeinflusst war.

1955 wurde in Warschau der Warschauer Pakt unter dem Diktat der Sowjetunion geschlossen. Im selben Jahr fand hier das Weltjugendfestival statt. Als Reaktion auf den Polnischen Oktober 1956 wurde Władysław Gomułka zum Ersten Parteisekretär ernannt; die Zeit des Stalinismus ging zu Ende. Gomułka hielt im selben Jahr am Defiladenplatz eine Rede vor über einer Million Menschen, die den ersehnten Umbruch einläuten sollte. Im März 1968 kam es zu einer Studentenrevolte, die von dem Verbot der Aufführung des Theaterstücks Ahnenfeier von Adam Mickiewicz in Warschau ausgelöst wurde. Dies war der Beginn des Endes der Ära Gomułka, der 1970 von Edward Gierek abgelöst wurde. Neben dem Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtskollegen 1965 war Willy Brandts Kniefall von Warschau am 7. Dezember 1970 vor dem Mahnmahl für den Ghettoaufstand 1943 einer der wichtigsten Eckpfeiler für die deutsch-polnische Aussöhnung. 1976 wurde in Warschau das KOR (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter) gegründet, aus dem später die Gewerkschaft Solidarność hervorgehen sollte, die am 10. November 1980 beim Wojewodschaftsgericht in Warschau registriert wurde. Entscheidende Bedeutung für den Untergang des Kommunismus hatte der Papsbesuch Johannes Paul II. am 2. Juni 1979 in Warschau, der mitursächlich für die Gründung der ersten unabhängigen Gewerkschaft im Ostblock war, sowie seine Messe vor über einer Million Warschauern auf dem Defiladenplatz im Jahr 1987. Mit der Ausrufung des Kriegsrechts durch General Jaruzelski am 13. Dezember 1981 wurde Warschau von motorisierten Spezialeinheiten mit Panzern und schwerem Kriegsgerät besetzt. Nach der Solidarność-Bewegung in den 1980er Jahren kam es 1988 zu den berühmten Gesprächen am Runden Tisch in Warschau, die im April 1989 zu den

ersten freien Wahlen in einem Warschauer Pakt-Staat führen. Die Sejm- und Präsidentschaftswahlen wurden von der Solidarność und Lech Wałęsa gewonnen.



Begegnet einem auf Schritt und Tritt in Warschau: Frederic Chopin (1810-1849). Foto: Denkmal in Warschau. Der Flughafen Warschau trägt den Namen des größten polnischen Komponisten, und auch das Hotel, in dem die 86-köpfige Gruppe der Gedenkstättenfahrt wohnte, heißt nach ihm.

Nach der immer wieder verheerenden Geschichte Polens, ist seit dem Ende des Kommunismus nun endlich wieder ein freies Land entstanden. Mit dem Gesetz über den Warschauer Verwaltungsaufbau vom 18. Mai 1990 wurde die Warschauer Selbstverwaltung wiedereingeführt und am 27. Mai 1990 wurde nach über 50 Jahren wieder ein Stadtparlament gewählt. Zum Präsidenten von Warschau wurde Stanisław Wyganowski gewählt, der bereits seit Januar 1990 diese Funktion vorläufig innehatte. Am 7. April 1991 wurde nach einem halben Jahrhundert die Warschauer Wertpapierbörse als zweite Kapitalmarktinstitution dieser Art in einem ehemaligen Ostblockstaat wiedereröffnet, die sich in den folgenden Jahren zu der führenden Börse in Ostmitteleuropa entwickelte. Sie bekam – was durchaus auch Symbolcharakter hatte – ihren Sitz in dem Gebäude der ehemaligen Polnische Vereinigte Arbeiterpartei und zog später in ein neu errichtetes Gebäude an den Ujazdowski-Alleen. 1994 wurden elf Stadtteile aus dem Stadtgebiet gebildet und 1995 wurde das erste Teilstück der U-Bahn in Betrieb genommen. 2002 wurde das Gesetz über den Warschauer Verwaltungsaufbau modernisiert, so dass Warschau wieder eine einheitliche Gemeinde der Woiwodschaft Masowien mit 18 Untereinheiten wurde. In den 1990er Jahren entstanden viele moderne Wolkenkratzer und Bürogebäude im Zentrum und Stadtteil Wola, und Warschau wurde zum führenden Finanzzentrum in Ostmitteleuropa.

Die Stadt beansprucht den Titel „größte Baustelle Europas“, denn in der Innenstadt sind in den letzten Jahren viele Läden, Einkaufszentren, Bürohochhäuser und Freizeitmöglichkeiten geschaffen worden. Warschau hat sein Blockbauten-Image abgelegt und ist nun neben Frankfurt, London, Rotterdam und Paris die „höchste“ Stadt Europas. Warschau ist der größte Investitionsschwerpunkt in Polen. Die Arbeitslosigkeit liegt mit ca. 5% Prozent weit unter dem polnischen Durchschnitt von 15%. In der Stadt entstehen neue Bürohochhäuser, beispielsweise der 1999 fertiggestellte 208 m hohe „Warsaw Trade Tower“, die dem 234 m hohen „Kulturpalast“ (erbaut 1955) in der Skyline den Platz streitig machen. Warschau ist Sitz verschiedener Universitäten, darunter der Warschauer Universität und der Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität. 1,7 Millionen Menschen leben heute in Warschau, rechnet man jedoch die Orbitalstädte wie Pruszków.

Grodzisk, Mazowiecki, Żyrardów, Wołomin, Otwock, Legionowo u.a. dazu, so umfasst der Großraum Warschau rund 3,5 Mio. Einwohner.

Warschau ist heute eines der wichtigsten Verkehrs-, Wirtschafts- und Handelszentren Mittel- und Osteuropas und auch von großer politischer und kultureller Bedeutung. In der Stadt befinden sich zahlreiche Universitäten, Theater, Museen und Baudenkmäler. Das Stadtgebiet Warschau gliedert sich in insgesamt 18 Stadtbezirke („Dzielnice Warszawy“), unter denen Śródmieście (Stadtmitte) die eigentliche Innenstadt ausmacht.

Und, das darf man nicht vergessen, Warschau ist die Partnerstadt von Berlin. Was jedoch die Verkehrsverbindungen zwischen den beiden Städten anbelangt, so ist das Wort katastrophal nicht übertrieben. Mit dem Pkw benötigt man ca. 8 Stunden, mit einem Reisebus über 10. Von Autobahn keine Spur, man holpert übers Land. Wann endlich wird zwischen den beiden Metropolen eine Autobahn für eine vernünftige Verbindung sorgen?



Diese Frage stellte der SPD-Vorsitzende Michael Müller dem Generalsekretär der Schwesterpartei SLD, Grzegorz Napieralski (stehend), beim politischen Gespräch während des Besuchs der Berliner Gruppe in Warschau. Der Stettiner Abgeordnete, der unter den schlechten Anbindungen selbst oft leidet, versprach, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass nicht nur die politischen und menschlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland verbessert werden, sondern auch die verkehrstechnischen. An dem Gespräch, in dem es um aktuelle politische Fragen nach der Wahl in Polen ging, nahm auch der Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau, Dr. Peter Hengstenberg (2.v.r.) teil. Die Bedeutung der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland wurde von ihm besonders hervorgehoben. Die letzten beiden Jahre unter der Herrschaft der inzwischen weltbekannten Zwillinge waren für diese Beziehungen sehr schädlich. Unter dem neuen Ministerpräsidenten Tusk hoffen alle auf eine deutliche Verbesserung.

Übrigens: Die Bahn, wenn sie nicht gerade streikt, schafft die Strecke Berlin-Warschau von etwa 600 km in 5 ½ Stunden. Das ist der bequemste Weg, obwohl man einschränkend sagen muss, dass die polnischen Züge zwar dem üblichen europäischen Standard entsprechen, was nicht zwangsläufig der der Deutschen Bahn ist. Die Teilnehmer der Gedenkstättenfahrt hatten Glück bei der Anreise, denn da wurde noch nicht gestreikt. Bei der Rückfahrt am 16. November endete die Fahrt in Frankfurt/Oder. Von da ab herrschte Chaos, das die Bahn nicht in den Griff bekam. Überfüllte Ersatzbusse, kaum verkehrende Regionalbahnen. Die Bahn hätte zumindest dafür sorgen müssen, dass bei internationalen Zügen die Kunden auch nach Hause kommen. Die Teilnehmer der Gedenkstättenfahrt konnten sich jedoch auf die Regie ihres eigenen Reiseveranstalters verlassen, der vorsorglich zwei Busse nach Frankfurt schickte, um sie abzuholen.

Rechnet man die Zeit zusammen, die man benötigt, um nach Warschau zu fliegen, kann man auch gleich mit dem Zug fahren. Eine gute Stunde braucht die 8.40-Uhr-Maschine von Berlin nach Warschau, wenn sie fliegt, was nicht immer erfolgt. Fällt sie aus, kann es einen ganzen Tag dauern, ehe LOT und LUFTHANSA die Passagiere nach Warschau bringen. Die Rückflüge versetzen die Passagiere in die Anfänge der Fliegerei. Ewig dauert es, bis der Flughafenbus seine Rundfahrt beendet hat und endlich das Flugzeug erreicht. Eine Propeller-Maschine wartet auf die Gäste. Mit ohrenbetäubendem Lärm knattert das Gerät ebenso lange über den Flughafen zurück zur Startposition. Über 80 Minuten sitzt man in einer engen Kabine und fliegt Richtung Berlin. Jede Verbindung von Berlin nach Hamburg ist komfortabler. In Berlin angekommen zeigt sich, was der ständige Ausbau des Flughafens Tegel angerichtet hat. Zu dem Nebenterminal kommen die Taxis nur schubweise, besonders schön bei Regen, denn ein Dach fehlt natürlich. Von Schlangestehen versteht hier auch niemand etwas. Nicht der Reihe nach, sondern jeder, der ein ankommendes Taxi erwischt, steigt ein. Das Recht des Stärkeren und Schnelleren obsiegt.

Trotz der Widrigkeiten des Hinkommens, sollte man demnächst einmal einen Besuch in Warschau einplanen, allein schon wegen der Städtepartnerschaft, die mit Leben erfüllt werden muss. Warschau ist eine moderne und attraktive Stadt, in der es Spaß macht, umherzulaufen. Man sollte als Deutscher dieser Stadt demütig begegnen. Nicht von den Nachkriegsgenerationen, aber in deutschem Namen wurde unserem Nachbarn und vor allem dessen Hauptstadt unvergleichliches Leid angetan. Die Warschauer spüren, dass die Deutschen des 21sten Jahrhunderts andere Menschen sind, von denen sie nichts zu befürchten haben. Die Beziehungen zu Polen sind die wichtigsten in Europa. Es muss immer wieder daran erinnert werden, was zwischen 1933 und 1945 in Polen geschah. Das heutige Russland wäre gut beraten, wenn es die Aufarbeitung der Geschichte genauso intensiv betriebe, wie Deutschland. Russland ist ein ungeliebter Nachbar, der sich noch für sehr viel entschuldigen muss. Für einen russischen Präsidenten gäbe es viele Orte, an denen ein Kniefall nötig wäre. Die Kowalskis und die Schmidts hingegen sind auf dem richtigen Wege.

Besuch in Majdanek



Es war ein bitterkalter Novembertag, als 86 Deutsche aus Berlin Majdanek-Lublin besuchten. Einer von vielen Orten des Schreckens in Polen, an dem Deutsche Menschen anderer Nationalitäten und Glaubensrichtungen wahllos ermordeten. Mehr als 7.000 Orte gab es auf dem so genannten Reichsgebiet und in den okkupierten Ländern, an denen verschiedenartige Lager eingerichtet wurden. Diese Lager nur einen Zweck, Menschen zu ermorden. Während man in Deutschland die Herrenrasse züchtete, rottete man anderswo ganze Städte und Landstriche aus.

Ein Ort des Schreckens wie diesen zu besuchen, ist kein leichter Gang. Aber, er muss getan werden. Immer und immer wieder. Das ist nicht Selbstquälerei, sondern Wachhalten einer Geschichte, die sich nie wiederholen darf. Vor allem sind Gedenkstättenfahrten auch eine Verneigung vor den zahllosen unschuldigen Opfern. Kein Volk hat das Recht, ein anderes wegen seines Glaubens zu vernichten.



Spuren der Vernichtung in Majdanek. Dosen, in denen sich das hochgiftige Zyklon B befand. Natürlich wussten die Hersteller nicht, dass ihr Schädlingsbekämpfungsmittel auch gegen Menschen eingesetzt werden könnte. Die Degesch (Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung), eine Tochter von Degussa und I.G. Farben, stellte Zyklon B her. Die Umsatzzahlen stiegen und niemand wunderte sich über die Vermehrung von Schädlingen im Deutschen Reich, für die das Produkt eigentlich gedacht war. Die Nazis jedoch hatten eine eigene Ansicht darüber, was Schädlinge sind.



Kranzniederlegung in Majdanek, einem der unzähligen Tatorte in Polen. Wir wissen, dass es immer mehr Menschen in diesem Lande gibt, die die eigene Geschichte gern ausblenden würden. Die Neonazis bezeichnen Gedenkstättenfahrten als „Rituale der Antifaschisten“. Sie verharmlosen und verleugnen die Geschichte, behaupten sogar, dass der Holocaust nur eine jüdische Erfindung sei. Es muss in Deutschland viel mehr Geld zur Verfügung gestellt werden, um nicht nur Jugendlichen, sondern auch Erwachsenen die Verbrechen der Vorfahren vor Augen zu halten. So wichtig es ist, an die DDR als einen Unrechtsstaat zu erinnern, so wichtig ist es auch, die Zeit davor nicht aus den Augen zu verlieren. Hitler-Deutschland und DDR sind nicht vergleichbar. Es sind zwei unterschiedliche Gebilde, die nur gemein haben, dass sie auf demselben deutschen Boden standen. Und noch eine Gemeinsamkeit gibt es: Beide Systeme dürfen sich auf deutschem Boden nie wiederholen. Und so wird der Paper Press e.V. auch weiterhin Gedenkstättenfahrten anbieten. Ab Dezember stehen unter www.gedenkstaettenfahrten.de die Projekte für das Jahr 2008.

Bericht: Ed Koch – mit Textteilen von Wikipedia
Fotos: Jürgen Köster, Andreas Schwager, Ed Koch, Lothar Duclos

65ste Antifaschistische Stadtrundfahrt durch Tempelhof



Zur 64sten Antifaschistischen Stadtrundfahrt im Frühjahr tauchten vor dem Tempelhofer Parkfriedhof und an anderen Stellen der Rundfahrt ungebettete „Gäste“ auf. Diese hatten sich (natürlich) nicht für die Rundfahrt angemeldet und wollten auch nicht an ihr teilnehmen. Zu groß wäre wohl die Gefahr gewesen, etwas lernen zu können, das nicht in ihr verblendetes Weltbild passt. Einige Neonazis der NPD postierten sich wie Wegelagerer und schauten einfach nur zu und machten Fotos. Die Polizei hatte Wind davon bekommen und rückte mit Einsatzkräften an. Diese hielten die Neonazis auf Distanz zu den Teilnehmer/innen der Fahrt. Am Samstag, dem 27. Oktober 2007 fand die 65ste Fahrt statt. Die Polizei begleitet erneut die Fahrt, aber von der NPD ließ sich dankenswerter Weise diesmal niemand sehen. Dafür hatten sie im Voraus die Laternen- und Verkehrszeichenmasten vor dem Ausgangspunkt der Fahrt, dem Tempelhofer Parkfriedhof, mit ihren ebenso bunten wie platten Stickers bepflanzt. Alle Aufkleber wurden vor Beginn der Fahrt entfernt. Während der Rundfahrt kam es zu keinerlei Belästigungen durch Neonazis.



Und so konnte Ruth Zastrow (links) von der Lichtenrader Geschichtswerkstatt auf dem Evangelischen Friedhof Lichtenrade ungestört davon berichten, was in diesem eher unauffälligen Berliner Ortsteil im so genannten Dritten Reich geschah.

Die Geschichtswerkstatt unterstützt seit Jahrzehnten die Antifaschistischen Stadtrundfahrten, die seit 1980 der Paper Press e.V. regelmäßig durchführt. 42 Interessenten hatten sich diesmal angemeldet.

Fast 50 Punkte im Bezirk Tempelhof, die irgendeine Bedeutung während der Hitler-Diktatur hatten, fanden 1979/1980 Jugendlichen aus dem Jugendclub Bungalow am Mariendorfer Damm heraus und stellten die Antifaschistische Stadtrundfahrt durch ihren Bezirk zusammen. Unterstützt wurden sie damals von zwei Zeitzeugen, die in Mariendorf lebten und das KZ Sachsenhausen überlebten: Emil Ackermann, der vor einigen Jahren verstarb, und Wolfgang Szepansky, der 97-jährig noch heute die Fahrten begleitet.

Tschechien (Seiten E 129 – E 130)

01) Umfrage: "Eid-Bewegung" und Kommunisten im Aufwind

Seit Juni ist die politische Landschaft in Tschechien durch die jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament in Bewegung geraten. Ihre Ergebnisse haben die Innenpolitik erschüttert, sei es durch den Erfolg außerparlamentarischer Parteien und Bewegungen, oder durch das enttäuschende Abschneiden der Regierungsparteien. Auch die siegreiche ANO-Bewegung sorgte für Aufsehen, indem sie zusammen mit der ungarischen Fidesz-Partei von Viktor Orbán und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) eine neue Fraktion im Europäischen Parlament bildete. Nach den Europawahlen haben die politischen Akteure im Lande mit den Vorbereitungen für die Regional- und Senatswahlen begonnen, die vom 20. bis 21. September stattfinden werden. Wie haben sich die jüngsten Ereignisse auf das aktuelle Wahlmodell des Meinungsforschungsinstituts NMS für Juli ausgewirkt?



Die rechtspopulistische "Eid-Bewegung" (Přísaha) würde den Einzug ins Abgeordnetenhaus problemlos schaffen.- Bild: Přísaha

Das Meinungsforschungsinstitut NMS beobachtete in ihrer jüngsten Umfrage drei Phänomene, die sich auf die tschechische Innenpolitik mittel- und langfristig auswirken werden:

1) Die ANO-Bewegung hätte die Wahlen im Juli gewonnen. Seit dem Frühjahr beobachten wir jedoch einen leichten Rückgang der Unterstützung für die Partei, der wie bei der SPD mit der wachsenden Unterstützung außerparlamentarischer Parteien zusammenhängt.

Seite E 130 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

2) Das aktuelle Wahlmodell bestätigt den Trend steigender Präferenzen für die Eid-Bewegung, der zusammen mit den Kommunisten (KSČM) immer noch von ihren starken Kampagnen für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni profitiert.

3) Die wirtschaftsliberale Partei TOP'09, die seit langem unter der 5%-Hürde für den Einzug in das Parlament lag, würde aus eigener Kraft in die Abgeordnetenkommer einziehen. In den kommenden Monaten wird man sehen, ob TOP'09 tatsächlich beginnt, ihr Wahlpotenzial besser zu nutzen und seine Chancen auf eine Rückkehr in die Abgeordnetenkommer aus eigener Kraft zu bestätigen.

Das aktuelle Wahlmodell vom Juli 2024:

Partei	Wahlbündnis	Juli 2024	Wahl 2021
ANO		28,2%	27,1%
	Spolu	(19,7%)	27,8%
	Piraten+STAN	(19,2%)	15,6%
ODS		11,3%	Spolu
STAN		10,1%	Piraten+STAN
Piraten		9,1%	Piraten+STAN
Přísaha		7,2%	4,7%
SPD		6,8%	9,6%
KSČM		5,6%	3,6%
TOP'09		5,2%	Spolu
KDU-ČSL		3,2%	Spolu
Svobodní		3,2%	2,8%*
SocDem		3,2%	4,7%**

*) im Wahlbündnis mit Trikolóra und Soukromníci

***) 2021 unter dem alten Kürzel ČSSD angetreten

Quelle: NMS

<https://www.powidl.info/politik/umfrage-eid-bewegung-und-kommunisten-im-aufwind>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 50, 2024

Wien, am 21. August 2024

Ukraine (Seiten E 131 – E 119)

01) Kursk-Änderung.

Die ukrainische Offensive markiert ein neues Kapitel des Krieges, doch Ziele und Erfolgsaussichten bleiben weiter unklar. Wie reagiert Moskau?

Von Alexey Yusupov

13.08.2024



Region Kursk: Russisches Militärgerät wird zum Einsatz in Russland gebracht.- picture alliance / Associated Press

Kursk, der Name hat einen besonderen Klang in Russland. Vor genau 24 Jahren ereignete sich eine der ersten großen Katastrophen der Putin'schen Regierungszeit – das Atom-U-Boot „Kursk“ sank in der Barentssee, alle Besatzungsmitglieder starben. Heute ist es die Namensgeberin, die Regionalhauptstadt Kursk, die seit fast einer Woche die Nachrichten dominiert. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg befindet sich die reguläre Armee eines verfeindeten Staates auf russischem Boden, dazu auch noch mit Panzern und unweit der Ortschaften der kolossalen Panzerschlacht der Roten Armee gegen die Wehrmacht im Jahre 1943.

Der Ukraine ist mit ihrer Kursk-Belgorod-Operation bereits jetzt, auch kommunikativ, eine wirkungsvolle Überraschung gelungen. Das Eindringen eines substanziellen ukrainischen Truppenverbands auf das russische Territorium wird begleitet von einer effektiven Desinformationskampagne. So kursierte eine Zeit lang im russischen Internet ein Deepfake-Video des Kursker Gouverneurs, der seine Bürger dazu aufzurufen schien, sich zur Vaterlandsverteidigung einzufinden und Milizen zu bilden. Es gibt auch gestellte und geschauspielerte Aufnahmen, zum Beispiel das Selfie-Video eines „Lokalbewohners“, der von Gesprächen mit ukrainischen Besatzungssoldaten berichtet und von Vorbereitungen für ein „Referendum zum Beitritt zur Ukraine“. Offiziell wird dabei von Kiew wenig bis gar nichts kommuniziert, was den erwünschten Effekt verstärkt. Die Ukraine hat die Reaktion auf die Prigoschin-Revolte genau beobachtet und weiß, dass fehlende Vorbereitung der russischen Beamten, allgemeine Verwirrung vor Ort und Funkstille von oben ihre besten Verbündeten sind.

Die Ukraine hat die Reaktion auf die Prigoschin-Revolte genau beobachtet.

Die russische Regierung ist erwartungsgemäß überrumpelt. Der Grenzschutz wie auch die unterstützenden Armeeeinheiten waren grundsätzlich für die Möglichkeit ukrainischer Grenzübertritte sensibilisiert, aber doch eigentlich nur im Ausmaß der letztjährigen Aktionen des „Russischen Freiwilligenkorps“, einer Formation unter der Patronage des ukrainischen Militärgeheimdienstes. Es handelte sich dabei vor allem um öffentlichkeitswirksame, in den Sozialen Medien dokumentierte Nadelstiche, ausgeführt von ein paar Dutzend Soldaten und ohne weitere militärische Relevanz. Diesmal sind ukrainische Soldaten und Material in Divisionsstärke beteiligt – ein Versagen der russischen Aufklärung und ein Beleg dafür, dass das drohnenübersättigte „gläserne Gefechtsfeld“ an der unmittelbaren russisch-ukrainischen Kontaktlinie keine Garantie gegen solche Coups bedeutet.

Die Lage bleibt unübersichtlich: Moskau schweigt lange, verbreitet verfrühte Entwarnungen. Präsident Wladimir Putin erklärte schlussendlich den Abwehrkampf zu einer „antiterroristischen Operation“ und mandatierte den Inlandsgeheimdienst FSB zu einer Art polizeilichem Kriegsrecht. Die Devise lautet: den gegnerischen Erfolg bloß nicht größer machen. Derweil sind Hunderttausende russischer Grenzbewohner auf der Flucht oder evakuiert; sie berichten von der Untätigkeit der örtlichen Behörden; Fernsehsendungen verbreiten bis zur letzten Minute beruhigende Lügen („Es handelt sich nur um kleine Aufklärungstrupps der Ukrainer“) statt überlebenswichtige Informationen (Adressen der Notunterkünfte im Landesinnern, Hinweise auf Evakuierungsrouten, Packlisten).

Russland versinkt im Kriegs- und Informationsnebel.

Auch das *Blame Game* beginnt prompt: Die an der Grenze stationierten Kadyrow-Kämpfer schieben die Schuld in die Schuhe des Verteidigungsministeriums, örtliche Beamte verweisen auf das Schweigen im föderalen Zentrum, die Reste der Wagner-Truppen melden sich aus Mali und bitten um rasche Wiedereinsetzung an der ukrainischen Grenze. Ausgerechnet in derselben Woche beginnt die russische digitale Zensurbehörde mit der lange geplanten großflächigen Abschaltung von YouTube – weiterhin die wichtigste Informationsquelle für Millionen von Menschen. Russland versinkt im Kriegs- und Informationsnebel.

Doch auch die erfolgreichsten Überraschungen wirken nur kurz, das ist ihre Natur. Nach einer Woche wissen wir zwar immer noch nicht, welche Ziele genau die Ukrainer verfolgen, man kann aber die unterschiedlichen Effekte der Operation bereits bewerten. Da wären zunächst die kommunikativen Ziele des Unterfangens: Neben der sicherlich sehr notwendigen Selbstvergewisserung der ukrainischen Streitkräfte und Gesellschaft –man ist nicht vollends im quälenden Ermüdungskampf gefangen – sendet die Operation auch mehrere Signale an Russland. Die Bevölkerung der Grenzbezirke auf der russischen Seite soll noch mehr als zuvor spüren: Der Krieg kommt nach Hause, der Kreml kann seine Sicherheitsversprechen nicht halten. Das ist tatsächlich eine wirksame Message, denn der Beschuss von Belgorod und anderer grenznaher Orte in der Vergangenheit haben die dortige Bevölkerung sehr wohl in Krisenstimmung versetzt.

Das ist allerdings – wie schon früher bei Drohnenangriffen auf Moskau – keineswegs in einer kreml- und kriegskritischen Haltung gemündet. Als Reaktion startete Moskau im Frühjahr mit der Charkiw-Operation den Versuch, die ukrainische Artillerie zu verdrängen und damit russische Dörfer und Städte aus ihrer Reichweite zu rücken. Gleichwohl ist diese Entwicklung sehr lokal. Russinnen und Russen in anderen Landesteilen bleibt das Leid ihrer Landsleute an der ukrainischen Grenze fern und egal – dafür ist die Zensur in den russischen Medien zu stark und der Grad der Dissoziation und der gesellschaftlichen Kälte,

Seite E 133 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

den das Regime Putins bewusst pflegt, zu hoch. Nur wer Verwandte und Freunde in den Grenzbezirken hat und wer mit ihnen spricht, weiß es aus erster Hand: Der Krieg ist schon längst in Kernrussland angekommen, nicht erst seit einer Woche.

Anders sieht es allerdings mit der Verlagerung der menschlichen Verluste auf der russischen Seite hin zu Wehrdienstleistenden aus, die vorrangig zur Grenzsicherung eingesetzt werden. Hier könnte die ukrainische Operation eine manifeste Auswirkung auf die Stimmung in Russland entfalten. Es gibt bereits namentlich bekannte Tote unter den im Schnitt 20-jährigen Angehörigen der grenznah stationierten russischen Regimenter. Über die letzten zweieinhalb Jahre hat der Kreml sehr darauf geachtet, den Einsatz der Wehrdienstleistenden an der Front zu vermeiden beziehungsweise als Fehler aufzuklären. Der absolute Großteil der Rekrutierungen entfällt auf Ältere (um die 40-Jährige), Gefangene, Veteranen, Neueingebürgerte, Polizisten und [Silowiki](#) aus anderen Branchen sowie Söldner.

Der Gesellschaftsvertrag – gemäß dem die russische Armee zwar viele junge Menschen einzieht, sie aber aus Auslands- und Kriegseinsätzen heraushält und nach Ende ihrer Dienste weitestgehend unbeschadet den Familien wieder zurückgibt – hält sogar über die gesetzliche Lage hinaus. Nicht mal in den annektierten Gebieten der Ukraine findet man gegenwärtig Wehrdienstleistende. Dabei sind diese Territorien nach russischer Rechtsauffassung ja inländisch und damit für die Einsätze der Wehrdienstpflichtigen geeignet. Sollten im Zuge der ukrainischen Operation viele weitere von ihnen sterben, würde das die Soldatenmütterbewegung wie auch die Sozialen Medien elektrisieren, so etwas lässt sich selbst im heutigen Russland nicht effektiv geheim halten.

Schlussendlich bleibt die Frage, ob das Ganze auch ein Signal an Wladimir Putin senden soll.

Schlussendlich bleibt die Frage, ob das Ganze auch ein Signal an Wladimir Putin senden oder sogar Vorbereitungen für diplomatische Bemühungen um das Ende des Krieges einläuten soll. Kann das Ganze in einem Gebietsaustauschangebot Kiews enden? Das erscheint gegenwärtig fraglich. Für eine tatsächliche Besatzung müsste das blitzartige Vordringen der ukrainischen Streitkräfte einen massiven Folgeeinsatz von ukrainischen Soldaten und Material nach sich ziehen. Das russische Militär zieht seit drei Tagen bereits unterschiedliche Reserven in der Region Kursk zusammen, die weiterhin deutlich umfangreicher als auf der ukrainischen Seite sind. Und übrigens müssen die bisher an der Front im Donbass kämpfenden russischen Einheiten nur marginal Kapazitäten und Ressourcen abgeben, ihre Vorwärtsbewegung ist keineswegs zum Stillstand gekommen.

Auch ist es angesichts seines Führungsstils fraglich, dass Wladimir Putin sich nun eher verhandlungsbereit zeigen würde als zuvor. Womöglich will der Kremlchef zunächst seine Position der Stärke wiederherstellen, ehe er den Überraschungserfolg des ukrainischen Präsidenten Volodymyr Selenskij und des ukrainischen Oberbefehlshabers Oleksandr Syrskij mittels Verhandlungen würdigen würde. In seiner heutigen Regierungskonsultation zeigt er sich militant: Es könne keine Gespräche mit einem Staat geben, der „russische Zivilisten und Atomkraftwerke angreift“.

Noch ist die Lage dynamisch, und daher lässt sich kein Fazit ziehen. Die ukrainische Offensive markiert ein neues Kapitel des Krieges, sieht aber gleichzeitig bisher nicht wie ein Game-Changer aus. Trotzdem kann man der Ukraine anrechnen, Russland und die Welt daran erinnert zu haben, dass man eben nicht beides haben kann – den Krieg im Nachbarland und den Frieden zu Hause.



Alexey Yusupov, Berlin

Alexey Yusupov leitet das Russlandprogramm der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor war er Büroleiter der FES in Myanmar, Afghanistan und Kasachstan. Außerdem unterstützt er politische Akteure als Berater und Moderator.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/kursk-aenderung-7703/?utm_campaign=de_40_20240813&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Mut zum Lückeschließen.

Koordinierte Bemühungen zum Beenden des Krieges in der Ukraine gibt es bislang nicht. Höchste Zeit, dieses Manko zu beheben

Von Christos Katsioulis & Walter Kemp

05.08.2024



Können die Hauptakteure der internationalen Gemeinschaft ein gemeinsames Format finden, um über das Ende des Krieges zu beraten? - picture alliance / Ikon Images/ Stuart Kinlough

In der Europäischen Union sorgten die „Friedensmissionen“ des aktuell amtierenden Ratsvorsitzenden Viktor Orbán zuletzt für Unruhe. Die Diskussion drehte sich vor allem um die Frage, wer für die EU spricht und inwiefern dergleichen Reisen von der Union [abgestraft werden sollten](#). Was dabei jedoch oft übersehen wurde, ist die Tatsache, dass Orbán die

Seite E 135 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Rolle als „Friedensfürsten“ nur deshalb ausfüllen konnte, weil [international ein Vakuum existiert](#). Seit mehr als zwei Jahren tobt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Bemühungen um Frieden haben noch keine koordinierte Form gefunden.

Nach dem Scheitern der bilateralen Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine in Istanbul gab es eine Reihe von Ad-hoc-Initiativen. Italien präsentierte ebenso wie China oder Brasilien einen Friedensplan, selbst der Papst soll sich um Frieden bemüht haben. Der [multilaterale Gipfel im schweizerischen Bürgenstock](#) setzte sich klugerweise nicht zum Ziel, Frieden zu schaffen, sondern vielmehr einen Prozess hin zum Frieden anzustoßen. Aber verbunden war das alles nicht miteinander.

Denn zwischen den einzelnen Bemühungen und Friedensplänen sowie den überwältigenden Friedenskonferenzen mit einer Vielzahl von teilnehmenden Staaten und Organisationen klafft eine Lücke: Es fehlt eine stetige und flexiblere Struktur, in der die wichtigsten Stakeholder regelmäßig zusammenkommen. Daher braucht es eine internationale Kontaktgruppe zur Bearbeitung des Krieges Russlands gegen die Ukraine. Diese würde sich im Rahmen der Resolution der UN-Generalversammlung bewegen, die ein Jahr nach Beginn des Krieges alle Staaten und internationalen Organisationen aufgefordert hatte, diplomatische Bemühungen um einen fairen und anhaltenden Frieden zu unterstützen.

Eine Kontaktgruppe ist kein Allheilmittel und wird auch nicht in wenigen Monaten Frieden schaffen. Sie kann aber die relevanten internationalen Akteure koordinieren, gemeinsame Positionen zwischen den Friedensplänen herausarbeiten und die Konfliktparteien gemeinsam adressieren. Dabei arbeitet sie nach unverbindlichen Regeln und dient allein dem Zweck der Koordinierung, Kooperation und Kohäsion in der jeweiligen Konfliktsituation. Gleichzeitig machen internationale Kontaktgruppen die Dringlichkeit des Konflikts bewusst. Sie können gerade in Zeiten wachsender geopolitischer Spannungen die interessierten Großmächte an einen Tisch bringen und damit allein schon eine deeskalatorische Wirkung entfalten.

Aufgaben für eine solche Kontaktgruppe gibt es genug: Die Vorstellung gemeinsamer Initiativen ist ebenso wichtig wie die Ermöglichung eines Dialogs der Konfliktparteien. Sie kann politischen Druck auf die Konfliktparteien ausüben, um Verhandlungen zu beginnen. Nicht zuletzt kann eine internationale Kontaktgruppe kleinere Schritte anstoßen, die zu einer Verbesserung der Lage für die Zivilbevölkerung beitragen. Sie könnte Zurückhaltung bei Angriffen auf zivile Infrastruktur ebenso zu einem Thema internationaler Diskussionen machen wie die Sicherung der Nuklearanlagen.

Grundsätzlich sollten die beiden Konfliktparteien nicht Teil der Kontaktgruppe sein.

Damit dies in der aktuellen Lage zwischen Russland und der Ukraine greift, in der vor allem Russland viele der oben aufgeführten Aspekte offensichtlich missachtet, kommt der Zusammensetzung der Gruppe eine entscheidende Rolle zu. Deswegen muss zwischen der Kontaktgruppe und den Konfliktparteien unterschieden werden. Der Fehler des Normandieformats, bei dem Russland mit am Tisch saß, weil es nominell nicht Konfliktpartei war, sollte nicht wiederholt werden. Grundsätzlich sollten die beiden Konfliktparteien nicht Teil der Kontaktgruppe sein, da es sich dabei nicht um ein Verhandlungsformat handelt. Stattdessen sollten sie bei Bedarf in einem Zusatzformat entweder individuell oder als +2 hinzugezogen werden, wenn es sinnvoll erscheint. Damit sitzen beide nicht mit am Tisch, sind aber dennoch nicht ausgeschlossen. Eine solche Formel könnte die Frage der Teilnahme aller Parteien, die schon in Bürgenstock für Zwietracht gesorgt hatte, elegant umschiffen.

Damit die Kontaktgruppe genügend politischen Einfluss mitbringt, muss sie entsprechend besetzt werden. Der Kern sollte aus den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats (mit Ausnahme Russlands) bestehen. Dazu sollte Deutschland als europäische Zentralmacht ebenso dazugenommen werden wie die Türkei, die weiterhin gute Beziehungen zu beiden Kriegsparteien pflegt und den erfolgreichen Getreidedeal mit ausgehandelt hat. Die globale Dimension sollte aber nicht nur durch die fünf permanenten Mitglieder des UN-Sicherheitsrats widergespiegelt werden, zusätzlich dazu sollten auch die BRICS-Staaten Teil der Kontaktgruppe sein. Damit säßen neben China auch Indien, Brasilien und Südafrika mit am Tisch. Zusätzlich könnte es ebenso sinnvoll sein, die Schweiz als neutrales Land hinzuzunehmen, die zudem eine hohe Expertise in Konfliktmediation mitbringt. Sie könnte in dieser nicht ganz leicht handhabbaren Konstellation von neun plus zwei Staaten zudem die Rolle als *Facilitator* übernehmen.

Damit diese Gruppe als Format funktionieren kann, bietet es sich an, dass die Beteiligten Sondergesandte ernennen, die sich hauptsächlich um diesen Konflikt kümmern und als Ansprechpersonen sowohl intern als auch extern fungieren können. Dazu braucht es eine enge Verbindung zu multilateralen Organisationen. Entsprechend kann die UN einen *Special Advisor* benennen (keinen Sonderbeauftragten), der die Arbeit der Kontaktgruppe mithilfe des UN-Sekretariats unterstützen kann. Eine ähnliche Funktion könnte auch die OSZE übernehmen, die einerseits über langjährige Erfahrung in der Ukraine verfügt und gleichzeitig ihre Rolle als zentrale Organisation für europäische Sicherheit damit ein Stück weit ausfüllen kann.

Die Vorbereitungen dafür sollten bald beginnen, denn das Zeitfenster bis zu den Wahlen in den USA ist nicht sehr groß.

Mit all den Konjunktiven und hypothetischen Gruppenzusammensetzungen wird deutlich, wie schwierig es sein wird, eine solche Gruppe funktional zu gestalten und mit ihr einen tatsächlich konstruktiven Einfluss auf die bislang zerfledderten und unkoordinierten Friedensinitiativen auszuüben. Damit es so weit kommen kann, muss aber zuerst eine massive politische Hürde genommen werden: Die Initiative für eine solche Kontaktgruppe muss gemacht und mit politischem Kapital unterfüttert werden. Die Vorbereitungen dafür sollten bald beginnen, denn das Zeitfenster bis zu den Wahlen in den USA ist nicht sehr groß. Zumindest das Wahlergebnis muss für die endgültige Bildung einer solchen Gruppe ohnehin abgewartet werden.

Danach bietet sich entweder eine Initiative durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen an, alternativ könnte ein solcher Impuls auch von einer kleinen Gruppe von Staaten kommen, die das Ziel eines baldigen fairen Friedens teilen. Ein gemeinsamer Impuls von Deutschland, Südafrika und der Türkei könnte beispielsweise erfolgsversprechend sein. Darin finden sich vermutlich sowohl die beiden Konfliktparteien als auch die NATO und die BRICS ausreichend repräsentiert. Eine dritte Möglichkeit wäre eine diplomatische Initiative der finnischen Regierung, die 2025 den OSZE-Vorsitz innehaben wird und die eine solche Kontaktgruppe zum zentralen Projekt ihres Vorsitzes machen könnte. Damit gäbe es eine zukunftsweisende Idee, die 50 Jahre nach der Verabschiedung der Helsinki-Schlussakte das Ziel eines nachhaltigen europäischen Friedens in den Blick nehmen und anzugehen versuchen würde.

Die Kooperation beider Kriegsparteien mit einer solchen Kontaktgruppe wäre dabei Vorbedingung dafür, dass dieses Format einen Mehrwert bieten könnte. Aber angesichts der aktuellen militärischen Pattsituation und beiderseitigen Ermüdung ist es durchaus vorstellbar, dass eine dergestalt besetzte Gruppe eine gesichtswahrende Möglichkeit anbietet, offene Fragen anzugehen. Die immer wieder zitierte Reifung des Konflikts – die

Seite E 137 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

notwendig sei, damit beide Seiten Verhandlungen als gangbaren Weg ansähen – kann mit der Bildung einer Kontaktgruppe vielleicht beschleunigt werden. Gleichzeitig stünde damit ein Format bereit, sobald der Bedarf an stärkerer internationaler Koordination auftritt.

Die Fortsetzung des Krieges und die Gefahr einer weiteren Eskalation des Konflikts zwischen Russland und dem Westen betrifft eine Vielzahl internationaler Akteure, auch und gerade die Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und der BRICS. Je eher sie ein gemeinsames Format finden, um über das Ende des Krieges beziehungsweise die Vermeidung der Eskalation des Konflikts zu sprechen, desto besser. Denn sonst bleibt die Bühne politischen Illusionskünstlern wie Viktor Orbán überlassen, der Frieden als Vehikel für seine Eigenvermarktung missbraucht.



Christos Katsioulis, Wien

Christos Katsioulis leitet das Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden der Friedrich-Ebert-Stiftung in Wien. Zuvor leitete er die Büros der FES in London, Athen und Brüssel.



Walter Kemp

Walter Kemp ist Kommunikationsdirektor bei der Global Initiative Against Transnational Organized Crime und Senior Strategy Advisor beim Geneva Centre for Security Policy. Zuvor hatte er leitende Positionen bei der OSZE inne und war Vizepräsident des International Peace Institute. Er schreibt über europäische Sicherheit und lehrt an der Diplomatischen Akademie in Wien.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/mut-zum-lueckeschliessen-7693/?utm_campaign=de_40_20240806&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Serbien (Seiten E 139 – E 146)

01) Mine des Anstoßes.

Um den grünen Wandel voranzutreiben, unterstützt die EU ein Lithium-Projekt in Serbien. Die Bevölkerung will aber nicht zur Bergbau-Kolonie werden

Von Nikola Burazer

15.08.2024



Protest gegen Lithium-Mine in Belgrad: Das angeschlagene Image der EU leidet weiter.-
picture alliance/Reuters/Djordje Kojadinovic

Ein Lithium-Bergbauprojekt ist das derzeit alles beherrschende Thema in der serbischen Politik. Seit Wochen kommt es deswegen zu zahlreichen Protesten. Schätzungen zufolge beteiligten sich daran bis zu 120 000 Menschen allein in Belgrad. Bei einer Protestaktion allein gingen kürzlich rund 40 000 Bürgerinnen und Bürger in der Hauptstadt auf die Straße. Sie blockierten eine Autobahn sowie die beiden großen Bahnhöfe der Stadt bis zum Morgengrauen, als die Bereitschaftspolizei einschritt und mehrere Aktivistinnen und Aktivisten verhaftete. Dies wiederum löste weitere Proteste aus, bei denen die Freilassung der Inhaftierten gefordert wurde. Die Proteste brachten Umwelt- und zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Oppositionsparteien mit unterschiedlichen ideologischen Hintergründen zusammen, die alle ein gemeinsames Ziel verfolgen: Es gilt, das umstrittene Lithium-Bergbauprojekt im westserbischen Jadar-Tal zu stoppen. Die Opposition will daraus Profit schlagen und tatsächlich könnte das Projekt eine gewaltige Herausforderung für die Regierung von Aleksandar Vučić werden.

Kritisiert wird ebenfalls, dass die EU das umstrittene Bergbauvorhaben offen unterstützt. Am 19. Juli besuchten Bundeskanzler Olaf Scholz und EU-Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič Belgrad anlässlich einer Konferenz zum Thema Rohstoffe. Das wichtigste Ergebnis war dabei die Unterzeichnung eines sogenannten *Memorandum of Understanding* (MoU). Darin wird eine „strategische Partnerschaft zu nachhaltigen Rohstoffen, Batterie-

Wertschöpfungsketten und Elektrofahrzeugen“ [zwischen der Europäischen Union und Serbien](#) bekräftigt. Darüber hinaus wurden weitere Absichtserklärungen zwischen Serbien und diversen Unternehmen, darunter dem deutschen Autobauer Mercedes-Benz, unterzeichnet. Das MoU zwischen der EU und Serbien steht ganz klar im Zusammenhang mit der geplanten Lithium-Mine im Jadar-Tal, die vom internationalen Bergbaukonzern Rio Tinto erschlossen werden soll. Serbiens Präsident Vučić begrüßte das Projekt als eine große wirtschaftliche Chance für das Land. [Scholz bezeichnete die Mine](#) ebenfalls als ein „gutes Projekt für Serbien“ sowie „ein wichtiges europäisches Projekt und einen Beitrag zur Souveränität Europas“.

Hinter dem rosigen Werben für eine serbisch-europäische oder serbisch-deutsche Partnerschaft verbergen sich mehrere unschöne Entwicklungen.

Es ist nicht sonderlich überraschend, dass deutsche Politikerinnen und Politiker und EU-Beamte ein solches Projekt unterstützen. Schließlich würde damit sichergestellt, dass die wichtige Ressource Lithium, die für den grünen Wandel in der EU unerlässlich ist, in unmittelbarer Nähe der Union abgebaut wird. Allerdings verbergen sich hinter dem rosigen Werben für eine serbisch-europäische oder serbisch-deutsche Partnerschaft mehrere unschöne Entwicklungen und berechtigte Bedenken, sowohl im Umwelt- als auch im politischen Sinne.

Befürworterinnen des Bergbauprojekts, darunter Vučić selbst, betonen, die Gefahr von Umweltschäden könne minimiert werden. Kritiker hingegen sind der Ansicht, die Mine werde zweifellos enorme Schäden verursachen, die durch vergleichsweise bescheidene wirtschaftliche Gewinne nicht zu rechtfertigen seien. Tatsächlich sind die potenziellen Umweltauswirkungen des Lithiumabbaus im Jadar-Tal noch nicht komplett absehbar. Dennoch befürchten viele in Serbien, dass die Mine vor allem die Flüsse Drina, Sava und Donau irreparabel schädigen und verschmutzen könnte. Die Auswirkungen wären in großen Teilen des Landes zu spüren. Gegnerinnen und Gegner des Projekts monieren auch, eine solche Mine werde gerade in Serbien und nicht in Deutschland oder anderen EU-Mitgliedstaaten angestrebt, weil die Umweltstandards und Auflagen in dem Balkanland niedriger sind. Man fürchtet, Serbien könnte zu einer umweltverschmutzenden „Bergbau-Kolonie“ der EU werden.

Aufgrund dieser Bedenken wird der Lithiumabbau in Serbien kontrovers diskutiert. [In Umfragen](#) spricht sich die Mehrheit gegen die Mine im Jadar-Tal aus: 55 Prozent der serbischen Bevölkerung sind demnach dagegen, lediglich 25 Prozent dafür. Dabei ist anzumerken, dass der Widerstand *trotz* der klaren Unterstützung der Regierung für das Projekt besteht – und das in einem Umfeld, in dem die politische Führung die öffentliche Meinung üblicherweise nach ihren eigenen Vorstellungen formen kann, da sie die große Mehrheit der Mainstream-Medien kontrolliert. Somit könnte das Bergbauprojekt tatsächlich zum Problem für die Regierung werden. Frühere Proteste gegen den Lithiumabbau in den Jahren 2021 und 2022 hatten sich bereits zu den bisher erfolgreichsten Protestaktionen während der Regierungszeit von Vučić entwickelt. Die Demonstrationen waren damals von Gesetzesänderungen ausgelöst worden, von denen Gegner des Lithiumabbaus annahmen, dass sie mit dem geplanten Projekt in Jadar zusammenhängen. Letztendlich sah sich die Regierung gezwungen, die Änderungen rückgängig zu machen und das Vorhaben vorerst auf Eis zu legen.

Die Union und Deutschland fördern das in Serbien umstrittene Projekt.

Die Proteste waren unter anderem deshalb so erfolgreich, weil es selbst unter den Anhängerinnen und Anhängern der Regierungsparteien Anzeichen für Widerstand gegen

die geplante Lithium-Mine gab. Auch damals nährten sich die Proteste sowohl aus Umweltbedenken als auch aus der nationalistischen Angst, vom Westen „kolonisiert“ oder durch die potenzielle Abhängigkeit gar existenziell bedroht zu werden. Ironischerweise warnen regierungsnahen Medien seit zwölf Jahren vor einer solchen „Kolonialisierung“ Serbiens durch den Westen. Nachdem das Rio-Tinto-Projekt 2022 also gestoppt worden

war, konnte es im Juli 2024 wieder aufgenommen werden, nachdem das Verfassungsgericht die frühere Entscheidung der Regierung annulliert hatte. Dies spricht freilich Bände über den Zustand des Rechtsstaats in Serbien. Zeitgleich kam es darüber hinaus zum besagten *Memorandum of Understanding* mit der EU. Die Union und Deutschland fördern damit das in Serbien umstrittene Projekt.

Wie bereits erwähnt, ist die Unterstützung der EU und ihrer Mitgliedstaaten für das Bergbauprojekt verständlich, denn dadurch soll der „grüne Wandel“ ebenso wie die EU-Wirtschaft gestärkt werden. Es ist auch nachvollziehbar, dass Brüssel mit einer Stärkung der Partnerschaft zwischen der EU und Serbien sowie mit wirtschaftlichen Chancen für Serbien selbst wirbt – schließlich könnte der Mine eine ganze Wertschöpfungskette mit Lithiumverarbeitungsanlagen, Autobatteriefertigungen und E-Auto-Fabriken folgen.

Die EU kann es sich nicht erlauben, die Frage der Demokratie in Serbien um ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen willen zu ignorieren.

Dennoch muss die EU bei diesem Projekt vorsichtig vorgehen. Sie kann es sich nicht erlauben, die Frage der Demokratie in Serbien – und damit faktisch auch die Aussichten des Landes auf eine zukünftige EU-Mitgliedschaft – um ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen willen zu ignorieren. Besorgniserregend war dahingehend der Besuch von Scholz und Šešćović am 19. Juli, der auf eine Periode schwerwiegender Rückschritte bei demokratischen Standards in Serbien folgte. Hinzu kommt die bisweilen heftige Anti-EU- und insbesondere Anti-Deutschland-Propaganda in Serbien. Während des Besuchs ging Scholz in keiner Weise auf diese Themen ein, während Šešćović lediglich sagte, das *Memorandum* sei ein Beweis für den Wunsch der EU, Serbien so schnell wie möglich in die Union zu integrieren.

Dieser Ansatz spiegelt die viel kritisierte Politik einer *Stabilitokratie* wider – die Vorliebe der EU für Stabilität und die Verteidigung der eigenen Partikularinteressen auf dem Westbalkan, auch wenn dies auf Kosten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vor Ort geht. Die Europäische Union verschließt damit effektiv die Augen vor den Demokratiedefiziten und lobt die (faktisch nicht vorhandenen) Fortschritte auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft. Sie erkaufte sich in gewisser Weise Gefälligkeiten in der Region, ohne dass dies dem Fortschritt der jeweiligen Länder auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft tatsächlich zugutekommen würde.

In Serbien selbst dürfte Scholz' und Šešćovićs Besuch dem ohnehin angeschlagenen Image der EU weiter geschadet haben. Denn nun dürften selbst Menschen mit einer pro-europäischen und pro-westlichen Einstellung enttäuscht sein: Sie beobachteten gerade, wie hochrangige deutsche und EU-Politiker ein für die Umwelt potenziell katastrophales Projekt unterstützen und gleichzeitig die Augen vor den Demokratie- und Rechtsstaatsproblemen im Land zu verschließen scheinen.

Die serbische Regierung ihrerseits wird sicherlich wissen, wie sie das Beste aus der Situation machen kann: Indem sie eine vermeintlich EU-feindliche Opposition auf der Straße duldet und sich gleichzeitig mit dem Versprechen, die Mine zu öffnen, das Wohlwollen der

Seite E 142 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

EU-Spitzen erkaufte, hofft sie, Kritik an den demokratischen Institutionen im Land zu entgehen. Paradoxe Weise kann sie sich darüber hinaus als wichtige EU-Verbündete in der Region profilieren. Die Haltung ist kalkuliert: Denn Serbiens Führung signalisiert ansonsten immer wieder in Richtung Brüssel, dass man auch Alternativen habe und deswegen nicht allzu viel Druck auf Belgrad ausgeübt werden sollte. So wird die *Stabilitokratie* weiter gestärkt. Nichts weniger als die serbische Zukunft als EU-Mitglied steht so in akuter Gefahr.

Aus dem Englischen von Tim Steins



Nikola Burazer, Belgrad

Nikola Burazer ist Politikwissenschaftler, Journalist, Programmdirektor des *Center for Contemporary Politics* und Herausgeber des Webportals *European Western Balkans*.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/mine-des-anstosses-7709/?utm_campaign=de_40_20240816&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Putins trojanisches Pferd.

Serbien nähert sich stärker Russland und China an. Der Beitrittskandidat ist auf Kollisionskurs mit der EU – Belgrad braucht eine neue Außenpolitik

Von Srdjan Cvijic

30.07.2024



Demonstration in Belgrad: Russlands Präsident Wladimir Putin wird von manchen Serben verehrt.- *picture alliance/AP/Darko Vojinovic*

[Read article in English](#)[Читать статью по-русски](#)

Im Jahr 2024, fast ein Vierteljahrhundert nach dem letzten großen Balkankonflikt, ist Serbien noch immer in der katastrophalen Politik des ehemaligen Präsidenten Slobodan Milošević verfangen. Diese Politik hatte in den 1990er Jahren zur gewaltsamen Auflösung Jugoslawiens und schließlich zum Verlust der De-facto-Souveränität der früheren autonomen Provinz Kosovo geführt. Die serbische Außenpolitik, die noch immer stark von der Kosovo-Frage diktiert wird, bringt Serbien unweigerlich auf Kollisionskurs mit seinem erklärten Ziel der EU-Mitgliedschaft.

Zu Beginn der Regierungszeit von Präsident Aleksandar Vučić stand die serbische Außenpolitik noch im Zeichen des Ausgleichs zwischen Ost und West. Seit den [gefälschten Wahlen im Dezember 2023](#) bewegt Serbien sich jedoch immer stärker auf Russland und China zu. Belgrads außenpolitischer Ansatz wird zwar offiziell als Strategie zur Verteidigung der nationalen Interessen Serbiens dargestellt, dient aber vor allem dazu, die Eigeninteressen der Regierungspartei zu sichern – also internationale Unterstützung zu erlangen, um das amtierende Regime so lange wie möglich an der Macht zu halten. Wie andere Ministerien und unabhängige staatliche Institutionen zuvor ist auch die serbische Außenpolitik vom aktuellen Regime gekapert worden. Die zwölf Jahre Vučić-Herrschaft zeigen, dass ein außenpolitischer Kurswechsel nur unter einer neuen demokratischen Regierung zustande kommen kann.

Seite E 144 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Um eine wirkliche Alternative zum derzeitigen Regime zu schaffen, müssen die demokratischen Kräfte in Serbien eine außenpolitische Strategie entwickeln, die vor allem vier Kernthemen gezielt in den Fokus rückt: Kosovo, die zukünftige EU-Integration des Landes, Serbiens Platz in der europäischen Sicherheitsarchitektur und die Beziehungen zu anderen Ländern des westlichen Balkans.

Erstens: Mit Blick auf den Kosovo sollte die künftige serbische Regierung einen kompletten Neustart der Normalisierungsgespräche mit Pristina einleiten. Das setzt zunächst ein Ende des permanenten Säbelrasselns durch die von der Regierung Vučić getragene antialbanische Propaganda voraus. Um nachhaltige Ergebnisse zu erzielen, müssen die Normalisierungsgespräche in guter Absicht geführt werden und ein von gegenseitigem Vertrauen geprägtes Klima schaffen. Anders als die jetzige Regierung sollte eine neue Regierung bei den Verhandlungen gegenüber möglichen nationalistischen Bestrebungen im Kosovo äußerste Zurückhaltung üben. Zur Normalisierung gehört auch, dass alle von den früheren serbischen Regierungen getroffenen Vereinbarungen eingehalten werden – dass Serbien sich also nicht der Mitgliedschaft des Kosovo in internationalen Organisationen widersetzt – auch nicht dessen künftiger EU-Mitgliedschaft.

Voraussetzung für eine vollständige Normalisierung ist zudem die Bereitschaft, große innenpolitische Risiken einzugehen.

Voraussetzung für eine vollständige Normalisierung ist zudem die Bereitschaft, große innenpolitische Risiken einzugehen. Die Unabhängigkeit des Kosovo *de jure* anzuerkennen, wird weder heute noch in absehbarer Zeit für irgendeine politische Kraft in Serbien hinnehmbar sein. Eine formelle Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien zu fordern, würde für das Land daher eine unnötige Demütigung bedeuten und Belgrads EU-Integrationskurs dauerhaft ausbremsen. Das stellt die EU natürlich vor eine enorme Herausforderung, weil sie bisher den Grundsatz vertritt, keine neuen Mitglieder mit ungelösten Territorial- und Souveränitätsansprüchen aufzunehmen.

Zweitens: Ein weiterer Hinderungsgrund für die künftige EU-Mitgliedschaft Serbiens ist seine fehlende Bereitschaft, sich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU anzuschließen. Serbien steht in Europa nach wie vor isoliert da und weigert sich, als Reaktion auf den Angriff gegen die Ukraine Sanktionen gegen Putins Russland zu verhängen. Dass die EU und die USA Belgrads Weigerung, sich an den Sanktionen zu beteiligen, stillschweigend akzeptieren, liegt vor allem an [Serbiens Munitionsexporten in die Ukraine](#). Die Außenpolitik eines künftigen demokratischen Serbiens muss auf der Erkenntnis aufbauen, dass die Anpassung an die EU-Außenpolitik nicht nur eine formale Vorbedingung für Fortschritte in den Beitrittsgesprächen darstellt, sondern auch geboten ist, um die nationalen Interessen anderer Staaten zu schützen. Es muss zwingend vermieden werden, dass Serbien von der Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten als Putins trojanisches Pferd in Europa wahrgenommen wird.

Wenn Serbien sich nicht an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik anpasst, müsste es dafür die Schwächung seiner Verhandlungsposition gegenüber der Regierung in Pristina in Kauf nehmen. Aufgrund des [Abkommens von Belgrad](#) stehen die Gespräche über die Normalisierung der Beziehungen zum Kosovo nicht mehr unter der Schirmherrschaft der UN, sondern der EU. Auf die russische oder chinesische Karte zu setzen, bringt Serbien, das weiterhin den EU-Beitritt anstrebt, daher kaum Vorteile. Viel wichtiger wäre es für Belgrad, die Beziehungen zu seinen europäischen und amerikanischen Verbündeten zu intensivieren, von denen viele auch Mitglieder der NATO sind.

Drittens: Aufgrund der NATO-Bombardements von 1999 ist das Verhältnis zwischen Belgrad und dem Militärbündnis vorbelastet. 2007 erklärte das serbische Parlament das Land in einer Resolution zum militärisch neutralen Staat. Die Zeit hat die Wunden in der Bevölkerung bislang nicht heilen können. Paradoxerweise lehnen die Serben die NATO-Mitgliedschaft ihres Landes heute wesentlich entschiedener ab als in den Jahren nach der Bombardierung. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die regierungsnahen Medien (die über 90 Prozent der Presselandschaft ausmachen) seit Vučićs Machtübernahme im Jahr 2012 die Bevölkerung permanent mit antiwestlicher Propaganda überschütten. Dadurch ist die jüngere Generation deutlich rechter und antiwestlicher eingestellt als die Generation ihrer Eltern.

Auf die russische oder chinesische Karte zu setzen, bringt Serbien kaum Vorteile.

Vor diesem Hintergrund ist ein formeller Beitritt Serbiens zum transatlantischen Militärbündnis politisch nicht denkbar, auch wenn es im nationalen Interesse des Landes liegen mag, dem Block beizutreten. Eine neue Regierung in Serbien könnte dieses Problem dadurch lösen, dass sie die – im Rahmen des Berliner Prozesses bereits bestehende – regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Westbalkanländern auf den Bereich der Verteidigung auszuweiten beginnt. Die Bildung eines regionalen Militärbündnisses brächte allen Ländern in der Region Sicherheitsgarantien. Vor allem aber würde eine solche Allianz den anderen Ländern die Sicherheit bieten, dass von der künftigen Regierung in Belgrad keine Gefahr ausgeht. Außerdem käme Serbien dadurch indirekt unter den Sicherheitsschirm der NATO und Europas.

Viertens: In den Beziehungen zu den anderen Westbalkanländern steht jede Regierung in Belgrad politisch in der Pflicht, die Interessen der in diesen Ländern lebenden serbischen Gemeinschaften zu wahren und die wirtschaftlich dominante Rolle Serbiens in der Region aufrechtzuerhalten. Dafür sollte eine neue demokratische Regierung in Serbien die auf den Namen „Serbische Welt“ (*Srpski svet*) getaufte Politik des jetzigen Regimes aufgeben. Diese hat – ähnlich wie die nationalistische Politik Großserbiens in den 1990er Jahren – nicht nur den Beziehungen zu den Nachbarstaaten, sondern auch den in diesen Ländern lebenden Serben geschadet.

Seit dem Zerfall Jugoslawiens ist Serbien immer wieder versucht, sich dem revisionistischen Wunsch hinzugeben, alle Serben sollten wieder in einem gemeinsamen Staat leben. Belgrad muss sich jedoch von dem Gedanken verabschieden, die international anerkannten Grenzen in der Region verschieben zu wollen, weil dies zwangsläufig zu einem neuen Krieg führen würde. Nur die EU kann den Serben ein gemeinsames politisches Dach anbieten. Am besten kann Serbien dieses Ziel erreichen, wenn es mit den Hauptstädten der Nachbarländer zusammenarbeitet – und nicht nur mit dort aktiven Parteien, die mit dem serbischen Nationalismus sympathisieren.

Serbien muss sich von den Altlasten der Vergangenheit lösen und eine außenpolitische Strategie entwickeln, die auf Normalisierung, Zusammenarbeit und Integration setzt. Nur so kann das Land eine stabile, friedliche und zukunftsorientierte Position in Europa und auf dem westlichen Balkan einnehmen.

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Srdjan Cvijic, Brüssel

Srdjan Cvijic ist Politikwissenschaftler, *Senior Policy Analyst* bei der *Open Society Foundation* in Brüssel und Mitglied der *Balkans in Europe Policy Advisory Group*. Er beschäftigt sich mit den Außenbeziehungen der Europäischen Union und ist Experte auf dem Gebiet der Demokratisierung.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/putins-trojanisches-pferd-7656/?utm_campaign=de_40_20240730&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Frankreich (Seiten E 147 bis E 150)

01) Macron gehen die Optionen aus.

Will Frankreich die Regeln der Eurozone einhalten, drohen schmerzhaft Sparmaßnahmen. Die rechte Opposition frohlockt

Von Yanis Varoufakis

06.08.2024



Flucht vor dem politischen Stillstand? Der französische Präsident Macron besucht die Olympischen Spiele in Paris.- *picture alliance/Eibner-Pressefoto/Roger*

Das politische Patt in Frankreich spiegelt ein wirtschaftliches Dilemma wider, das im Rahmen der bestehenden europäischen Struktur unlösbar ist. Nach vier Jahren pandemiebedingter fiskalischer Lockerung sind die Regeln der Eurozone wieder in Kraft und verlangen von Paris eine Welle strenger Sparmaßnahmen, die keine Partei – auch nicht die von Präsident Emmanuel Macron – umsetzen kann oder will. Das ist der Hauptgrund, warum Macron eine [Parlamentswahl angesetzt hat, von der er wusste](#), dass er sie verlieren würde.

Dass die Europäische Kommission mit stillschweigender Unterstützung der Europäischen Zentralbank Frankreich schmerzhaft Sparmaßnahmen auferlegen wird, steht aus einem einfachen Grund außer Frage: Deutschland tut sich dasselbe bereits selbst an, obwohl sein Haushalt und sein Schuldenstand sehr viel kleiner sind als die Frankreichs. Aufgrund der strikten Einhaltung der „Schuldenbremse“, die das jährliche Defizit, gedrängt durch das deutsche Bundesverfassungsgericht, auf 0,35 Prozent des BIP begrenzt, haben Bundeskanzler Olaf Scholz und Finanzminister Christian Lindner Deutschland auf einen harten Sparkurs gesetzt. Eine Entscheidung, die höchstwahrscheinlich ihre politische Karriere beenden wird. Sie haben dies getan, um ein vergleichsweise geringes Defizit von 2,5 Prozent des BIP auszugleichen, in einer Zeit, in der Deutschland eigentlich dringend mehr Investitionen in die Infrastruktur benötigt. Wie sollten sie da ihren jeweiligen Parteien erklären, dass sie ein französisches Defizit von 5,5 Prozent – und steigend – tolerieren würden? Das können sie nicht, also tun sie es auch nicht.

Seite E 148 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Frankreich kann mit einer Form des Drucks rechnen, die direkt aus dem Eurokrisen-Drehbuch der Europäischen Kommission und der EZB stammt.

Frankreich kann mit einer Form des Drucks rechnen, die direkt aus dem Eurokrisen-Drehbuch der Europäischen Kommission und der EZB stammt. Negative Kommentare aus Brüssel werden die Inhaber französischer Anleihen beunruhigen. Der Zinssatz, den Frankreich zahlen muss, um seine öffentliche Schuldenlast von 3,1 Billionen Euro zu refinanzieren, wird langsam steigen, und damit auch die Sorgen darüber, ob die EZB dem Land zu Hilfe eilen wird. Lindner hat die EZB in einem Kommentar, der in Frankreich auf heftige Kritik stieß, davor gewarnt, das kürzlich angekündigte „Instrument zur Absicherung der geldpolitischen Transmission“ (TPI) zur Rettung der Franzosen zu nutzen. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass der deutsche Finanzminister seinen Kommentar nicht als Ausgangspunkt einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung verstanden hat.

Der TPI-Rettungsmechanismus wurde von der EZB angekündigt, um die von der Pandemie zerrütteten Nerven zu beruhigen. Er soll auf Länder mit übermäßig hohen Defiziten wie Frankreich angewendet werden, aber nur, wenn diese Länder die von Brüssel diktierten Sparmaßnahmen akzeptieren. Politisch toxisch wird er in Frankreich, weil selbst bei einer Zustimmung der neuen Regierung zu einem derartigen Sparkurs es keine Garantie gäbe, dass sich der französische Haushalt wieder reibungslos innerhalb der von der EU festgelegten Grenzen einpendeln würde: Jede regelkonform handelnde französische Regierung steht vor einer schrecklichen Aussicht – von politischem Chaos (da Sparmaßnahmen von zwei Dritteln der Nationalversammlung vehement abgelehnt werden) ohne die Garantie für eine Rückkehr zu fiskalischer Solidität (da Sparmaßnahmen das Wachstum dämpfen).

Das war schon lange vor den Europawahlen im Juni absehbar. Ihr Ergebnis überzeugte Macron davon, dass angesichts der derzeitigen institutionellen Regeln der EU, die er zuvor erfolglos zu ändern versucht hatte, politisch nur zwei Wege möglich seien. Ein Weg wäre, seiner wichtigsten Widersacherin, Marine Le Pen, zuzufügen, was Alexis Tsipras 2015 angetan wurde, dem ehemaligen Syriza-Vorsitzenden in Griechenland: sie eine Regierung bilden zu lassen, die dann gezwungen wäre, sich zwischen einem Konflikt mit der EU und der Akzeptanz der Auflagen zu entscheiden – wobei Macron Le Pen zu Letzterem drängen würde.

Der zweite Weg war der, [für den sich die Wähler entschieden haben](#): Ein vierfach gespaltenes Parlament, das unter wachsendem fiskalischem Druck letztlich eine Große Koalition hervorbringen würde – bestehend aus Macrons Partei, den Resten der Republikaner und jenen Mitgliedern der linksgerichteten Neuen Volksfront, die bereit sind, sich von Jean-Luc Mélenchons *La France insoumise* zu lösen. (Eine weitere, schlechtere Option wäre eine technokratische Regierung, deren Haushalt durch präsidiale Dekrete verhängt würde.)

Macron wird für die durch Sparmaßnahmen verursachte Unzufriedenheit verantwortlich gemacht werden.

Selbst wenn all das so klappt, wie Macron es sich vorgestellt hat, wird er für die durch Sparmaßnahmen verursachte Unzufriedenheit verantwortlich gemacht werden. Le Pen wird behaupten, ein undemokratischer Präsident habe ihr den Sieg gestohlen, und ihr eigener Präsidentschaftswahlkampf wird an Fahrt gewinnen. Der Erfolg von Macrons wohlkalkuliertem Plan könnte sein Vermächtnis von dem eines „Populistentöters“ zu dem eines arroganten Präsidenten machen, der den Ultrarechten den Weg zum Sturm auf den Élysée-Palast geebnet hat.

Warum mangelt es den französischen Eliten derart an anständigen Optionen? Die Antwort lieferte am 23. März 1964 der damalige westdeutsche Wirtschaftsminister Kurt Schmücker, als sein französischer Amtskollege Valéry Giscard d'Estaing eine sofortige Währungsunion zwischen Frankreich und Deutschland vorschlug. Schockiert versuchte Schmücker, Giscard zu warnen, dass er damit ungewollt vorschläge, dass Frankreich seine Souveränität über den französischen Haushalt aufgeben solle. Er hatte Recht. Aus welchem Grund sollte Kanada je eine Währung mit den USA teilen, oder Neuseeland mit Australien – trotz der jeweiligen tiefen wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zwischen diesen Ländern?

Eine Währungsunion ist nur zwischen Volkswirtschaften mit ähnlichen Handelsbilanzen und ähnlichen Kapitaleinsatzniveaus tragfähig.

So sehr sich die europäischen Eliten bemühen, diese Realität zu ignorieren: Sie können es nicht. Eine Währungsunion ist nur zwischen Volkswirtschaften mit ähnlichen Handelsbilanzen und ähnlichen Kapitaleinsatzniveaus tragfähig. Eine Währungsunion zwischen Deutschland und den Niederlanden wäre tragfähig – wenn auch nicht unbedingt nützlich –, weil beide große Handelsüberschüsse und Volkswirtschaften mit hohem und gleichmäßig verteiltem Kapitaleinsatz haben. Deutschland und Frankreich hingegen sind so verschieden wie Tag und Nacht. Im Mai – einem typischen Monat – wies Frankreich ein Handelsdefizit von acht Milliarden Euro auf, Deutschland dagegen einen Überschuss von 25 Milliarden Euro. Zudem hat Frankreich zwar einige hochentwickelte Industrien, doch bleibt seine Wirtschaft zwischen Stadt und Land gespalten, wobei Letzteres durch hohe Arbeitsintensität und geringe Kapitalintensität gekennzeichnet ist.

Es gibt drei Möglichkeiten, wie derart unterschiedliche Volkswirtschaften innerhalb eines Binnenmarktes bleiben können. Die erste: mittels einer ordentlichen Föderation, die auf einer Fiskalunion aufbaut – der Weg, den Macron den Deutschen erfolglos vorgeschlagen hat. Die zweite Option ist eine allmähliche Währungsabwertung für Frankreich – ein Weg, den Macron und der Rest des politischen Zentrums geschworen haben, nicht zu beschreiten. Damit bleibt nur noch die dritte Option: eine permanente Sparpolitik, die die Hauptursache des heutigen politischen Patts ist.

Es ist eine düstere Ironie, dass Macron durch seine Weigerung, über eine föderale Lösung zu verhandeln, und dadurch, dass er dabei die zweitbeste Option, eine Rückkehr zum Franc, als Plan B benutzte, das politische Zentrum in Richtung seiner schlechtesten Option gedrängt hat. Eine Entscheidung, die die Wahrscheinlichkeit einer Präsidentschaft Le Pens in naher Zukunft deutlich erhöht.

© Project Syndicate

Aus dem Englischen von Jan Doolan



Yanis Varoufakis, Athen

Yanis Varoufakis ist Wirtschaftsprofessor an der Universität von Athen. Er war von Januar bis Juli 2015 Finanzminister Griechenlands. Im Februar 2016 gründete er mit anderen Mitstreitern die Bewegung DiEM25.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/macron-gehen-die-optionen-aus-7695/?utm_campaign=de_40_20240806&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Großbritannien (Seiten E 151 bis E 161)

01) Wie man den Populisten ihre Lieblingswaffe wegnimmt.
Um den Rechten den Wind aus den Segeln zu nehmen, muss sich
Großbritanniens Premier Keir Starmer ernsthaft mit dem Thema
Einwanderung befassen

Von Robert F. Worth

16.08.2024



picture alliance / Anadolu | Ioannis Alexopoulos Spannungen in der britischen Gesellschaft gab es bereits vor den rechten Krawallen der letzten Tage.

Die abstoßenden rechtsgerichteten Krawalle der vergangenen Woche in Großbritannien bringen Premierminister Keir Starmer in eine schwierige Lage: Er und seine neue *Labour*-Regierung müssen sich mit der allgemeinen Sorge über die Einwanderung befassen, die die Unruhen mit ausgelöst hat – nicht wegen, sondern trotz der Aktionen und Behauptungen der Randalierer.

Die in den letzten Tagen [um sich greifende Gesetzlosigkeit](#) ändert nichts an der Tatsache, dass die britische Regierung seit Jahren Fehler im Umgang mit der Einwanderung macht. Jahrelang ließ sie gegen den Widerstand der Bevölkerung Migrantinnen und Migranten in Rekordhöhe legal wie auch illegal einreisen und erließ dann verfehlte Maßnahmen wie zum Beispiel den missglückten Versuch, sie nach Ruanda ausfliegen und ihre Asylverfahren dort abwickeln zu lassen. Die Zahl der Migranten, die in kleinen Booten den Ärmelkanal überqueren, wobei manche von ihnen kentern und zu Tode kommen, steigt weiter an und löst quer durch die politischen Lager Scham und Betroffenheit aus.

Starmer, der seit einem Monat in *Downing Street No. 10* residiert, kann dafür natürlich nicht verantwortlich gemacht werden. Aber wenn er es nicht schafft, die Kanalüberquerungen und das gefühlte Integrationsversagen in den Griff zu bekommen, werden die Populisten, die schon in den Startlöchern stehen, bald eine härtere Gangart einlegen. Erst vergangenen

Seite E 152 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Monat hat Nigel Farages Partei *Reform UK* bei den Parlamentswahlen 14 Prozent der Stimmen eingefahren – was vor allem seinem Versprechen zu verdanken ist, die Einwanderung „einzufrieren“.

Auslöser der Unruhen Ende Juli war eine schreckliche Messerattacke in Nordengland, bei der mehrere Kinder getötet wurden. Die Eltern des in Großbritannien geborenen Tatverdächtigen sind Einwanderer aus Ruanda. Die Proteste, angeheizt durch Falschmeldungen über den mutmaßlichen Mörder, schlugen schnell in Gewalt um. In mehreren Städten und Gemeinden Englands und Nordirlands wütete der Mob, plünderte, legte Feuer und lieferte sich Straßenschlachten mit Gegendemonstranten. Hunderte von Menschen wurden verhaftet. Auf Medienbilder gewalttätiger Gruppen, die Moscheen angriffen, reagierten Indonesien, die Vereinigten Arabischen Emirate und andere Staaten mit warnenden Appellen an ihre Landsleute, sich fernzuhalten – zumindest in den Augen einiger britischer Bürgerinnen und Bürger eine beschämende Umkehrung der Normalität.

Die Protestierenden und ihre Online-Verbündeten gaben ihre Aktionen als Ausdruck des Volkszorns über die jahrzehntelange unkontrollierte Einwanderung und ihre angeblichen Folgen aus: dschihadistische Anschläge, Messerstechereien sowie [sexueller Missbrauch durch pakistanische Grooming Gangs](#). „Aufruhr ist die Sprache der nicht Gehörten“, zitierte ein konservativer Kommentator Martin Luther King Jr. in einem Kontext, den der verstorbene Reverend wohl nie gebilligt hätte.

Die allgemeine Angst vor Einwanderung war eines der Hauptthemen bei den britischen Parlamentswahlen im Juli.

Denn eigentlich handelte es sich bei den gewalttätigen Ausschreitungen zu einem großen Teil um opportunistisches „rechtsradikales Rowdytum“, wie Starmer es formulierte. Die Regierung hat zu Recht einige derjenigen verhaften lassen, die die Falschbehauptung verbreiteten, der Tatverdächtige der Messerstecherei sei ein muslimischer Asylbewerber. Wie bei anderen Gewaltausbrüchen in allen Teilen der Welt zeigte sich einmal mehr, dass Fake News im Internet soziale Gräben auf perfide Weise vertiefen können.

Spannungen gab es allerdings schon vorher, und bei den Krawallen ging es um mehr als nur um Online-Provokationen von einer Handvoll Rowdys. Einige der in den vergangenen Tagen veröffentlichten Videos zeigen bärtige Muslime, die bewaffnet durch die Straßen zogen, „Allahu Akbar“ skandierten und mit den Protestlern aneinandergerieten. In Birmingham griffen maskierte Männer, die palästinensische Flaggen schwenkten, eine Kneipe an und verprügelten einen Mann, der vor der Kneipe stand. *Sky News* unterbrach seine Live-Übertragung, nachdem mehrere maskierte Männer eine Reporterin eingekesselt und ihr und ihrem Kamerateam Flüche und pro-palästinensische Slogans entgegengebrüllt hatten.

Die Randalen folgten auf eine lange Reihe von Zusammenstößen – unter anderem auf migrantenfeindliche Proteste in Irland sowie auf gewalttätige Auseinandersetzungen mit zugewanderten Roma in Leeds im vergangenen Monat. Wäre das alles in einem anderen Teil der Welt passiert, hätte man wohl – wie einige Fachleute anmerkten – von einem ethnischen Konflikt gesprochen.

Die allgemeine Angst vor Einwanderung war eines der Hauptthemen bei den britischen Parlamentswahlen im Juli. Die Konservativen wurden bei den Wahlen unter anderem abgestraft, weil sie versprochen hatten, „die Boote zu stoppen“, wie der ehemalige Premierminister Rishi Sunak es nannte, und dieses Versprechen nicht einlösen konnten. Laut Luke Trypt, Großbritannien-Chef des Thinktanks *More in Common*, zählt die

Einwanderung zusammen mit den Lebenshaltungskosten und dem angeschlagenen nationalen Gesundheitswesen zu den drei größten Sorgen der britischen Allgemeinheit. Selbst nach den Ausschreitungen gaben 58 Prozent der Befragten bei einer YouGov-Umfrage an, dass sie mit denen sympathisieren, die in der vergangenen Woche friedlich gegen die britische Einwanderungspolitik protestiert haben (über die Randalierer äußerte die Mehrheit sich ablehnend).

Eine zielgerichtetere Politik würde das chaotische britische Asylverfahren reformieren und im besten Fall für einen besseren Umgang mit der Eingliederung von Neuankömmlingen sorgen. Aus den Reihen der *Labour*-Partei wurde bereits die Forderung laut, die Einwanderung zu beschränken; die jährliche Nettozuwanderung von zuletzt 600 000 oder mehr Menschen sei unhaltbar. Starmer hat auch versprochen, gegen die Schlepperbanden vorzugehen, die Migrantinnen und Migranten über den Ärmelkanal schleusen. Mehr Transparenz in der Frage, was die Regierung politisch unternimmt, könnte dazu beitragen, Verschwörungstheorien über die Verdrängung der Einheimischen zu entkräften. Sunder Katwala, Direktor des Thinktanks *British Future*, ist der Meinung, Großbritannien könne für die Integration von Neuankömmlingen mehr tun und zum Beispiel Anreize für deren Einbindung in lokale Vereine und Netzwerke schaffen und ihnen helfen, nach ihrer Ankunft schnell Englisch zu lernen.

Teile der britischen Bevölkerung hatten nachvollziehbarerweise das Gefühl, dass ihr Land sich in einem beunruhigenden Tempo verändere.

Großbritanniens offizielle Bemühungen, die Einwanderung zu steuern, waren in den vergangenen Jahrzehnten wenig konsequent. 1968 wettete der *Tory*-Politiker Enoch Powell in einer Ansprache, die als *Rivers of Blood*-Rede in die Annalen einging, gegen die Bedrohung durch Massenmigration. Eine Umfrage ergab damals, dass die britische Bevölkerung ihm zu 74 Prozent zustimmte. Wenig später ergriff die Regierung restriktivere Maßnahmen.

Doch knapp 30 Jahre später begann die Regierung von Tony Blair wesentlich mehr Migrantinnen und Migranten aufzunehmen – teils aus wirtschaftlichen Gründen, teils aufgrund der EU-Politik der offenen Grenzen. Blair trug auch dazu bei, dass sich ein stärker multikulturell ausgerichtetes Selbstverständnis von Großbritannien als Mosaik ethnischer und religiöser „Gemeinschaften“ herausbildete. Dementsprechend versuchte man den Eindruck zu erwecken, die neue Einwanderungswelle in Großbritannien sei nichts Neues, sondern nur das jüngste Kapitel „unserer Migrationsgeschichte“, wie es auf einer staatlich geförderten Website heißt.

Dieses Narrativ stimmte leider nicht mit den Realitäten überein. In den ersten Jahren dieses Jahrhunderts kamen in einem einzigen Jahr mehr Einwanderer nach Großbritannien als im gesamten Zeitraum von 1066 bis 1950. Der plötzliche demografische Wandel war nicht nur quantitativ, sondern auch in seiner Zusammensetzung gewaltig: Viele Neuankömmlinge gehörten nichteuropäischen Kulturen und Religionen an. Teile der britischen Bevölkerung hatten nachvollziehbarerweise das Gefühl, dass ihr Land sich in einem beunruhigenden Tempo verändere.

Doch die britische Reaktion beschränkte sich größtenteils darauf, das Problem zu ignorieren und das Beste zu hoffen – selbst dann noch, als einige Länder Nordeuropas, die sich mit zu Kriminalitätsschwerpunkten gewordenen Enklaven von Neuzuwanderern auseinandersetzen mussten, zu einem rigideren Kurs übergingen. 2019 bezog Tony Blair

Seite E 154 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

seltenerweise selbst gegen den Multikulturalismus Position und forderte, Migranten müssten gezwungen werden, sich besser in die britische Gesellschaft zu integrieren. Und warum? Um genau jene „rechtsextreme Bigotterie“ zu verhindern, die in letzter Zeit zutage tritt.

Die Randalierer haben ihrem vermeintlichen Anliegen einen schlechten Dienst erwiesen, indem sie es mit Gewalt verknüpften, aber das sollte Starmer nicht davon abhalten, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. „Wenn die Menschen das Gefühl haben, dass sie ignoriert werden, kehren sie den etablierten politischen Parteien den Rücken, und das läuft am Ende auf eine viel drakonischere Einwanderungspolitik hinaus“, so Tryl.

Das mag wie Erpressung klingen. Aber die Unruhen sollten uns daran erinnern, dass das Thema Einwanderung überall die Lieblingswaffe der Populisten ist – auch für Donald Trump, der für den Fall seiner Wiederwahl verspricht, Millionen von Einwanderern ohne Papiere deportieren zu lassen. Starmer hat jetzt die Chance, ihnen diese Lieblingswaffe aus der Hand zu nehmen.

© The Atlantic

Aus dem Englischen von Christine Hardung



Robert F. Worth, Washington

Robert Forsyth Worth ist ein amerikanischer Autor und Journalist, er schreibt unter anderen für das *New York Times Magazine* und *The Atlantic*. Er ist Autor von *A Rage for Order*, einem preisgekrönten Buch über die arabischen Aufstände von 2011.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/wie-man-den-populisten-ihre-liebblingswaffe-wegnimmt-7710/?utm_campaign=de_40_20240816&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) „Es handelt sich um paramilitärische Einheiten“.
Eine rechte Gewaltwelle erschüttert Großbritannien. Michèle Auga in London über Desinformation, rechte Influencer und die soziale Lage im Königreich

Interview

Die Fragen stellten [Alexander Isele](#) und [Konstantin Hadži-Vuković](#).

08.08.2024



Rechte Hooligans nutzen vermehrt Internetplattformen als Werkzeug.-*picture alliance / Associated Press / Danny Lawson*

Die Fragen stellten [Alexander Isele](#) und [Konstantin Hadži-Vuković](#).

Großbritannien wird von einer Welle der Gewalt erschüttert, Bilder von rechten Mobs, die Moscheen und Migranten angreifen und Jagd auf alles „Unbritische“ machen, gehen um die Welt. Wie ist die Situation im Land?

Die Zivilgesellschaft und die Politik sind geschockt. Großbritannien hat anstrengende Monate hinter sich mit [vorgezogenen Neuwahlen, einer Wahlkampagne und einem Regierungswechsel](#). Eigentlich brauchten alle eine Pause. Mitten in das ersehnte Sommerloch platzten nun diese Nachrichten. Das Thema Migration war von vielen Menschen lange nur noch an dritter Stelle der wichtigsten Themen genannt worden. Die Wirtschaft und der Nationale Gesundheitsdienst schienen wichtiger. Obwohl es berechnete Fragen zum Thema Einwanderung gibt, ist sich die breite Öffentlichkeit einig, dass es nun auf eine perfide Art und Weise missbraucht wurde. Wie es weitergeht, ist schwer vorherzusagen. Die BBC hat mindestens 30 weitere Demonstrationen identifiziert, die von rechtsextremen Aktivisten in ganz Großbritannien geplant sind, aber es ist unklar, wie viel Unterstützung diese haben werden.

Im Internet finden sich auf den üblichen Plattformen zahlreiche Gerüchte und Desinformationen. Es gibt Hinweise, dass diese teilweise aus dem Ausland gestreut werden. Was ist da dran?

Britische Teroexperten sind sich einig: Die Analyse der Sozialen Medien zeigt ein klares Muster von Einflussnahme, die die Menschen dazu bringen soll, nicht nur zu protestieren und sich zu versammeln, sondern auch mit Gewalt, Brandstiftung und Meuchelmord vorzugehen. Es hat in den letzten Monaten immer wieder Messerattacken auf britischen Straßen gegeben. Erst im April war dabei ein 14-jähriger schwarzer Junge ums Leben gekommen. Niemals hatte der berechtigte Protest dagegen jedoch dieses Ausmaß erreicht. In diesem Fall hat ein obskures, mit Russland verbundenes Fake-News-Outlet den Täter von Southport als 17-jährigen angeblich muslimischen Asylbewerber bezeichnet, der vor einem Jahr in einem der Boote über den Ärmelkanal angekommen sei. *Channel3 Now* ist eine Website, die sich zwar als seriöser amerikanischer Nachrichtendienst ausgibt, aber Behauptungen aufgrund von Spekulationen verbreitete.

Britische Teroexperten sind sich einig: Die Analyse der Sozialen Medien zeigt ein klares Muster von Einflussnahme.

Der angebliche Tätername wurde von Tausenden mit Russland verbundenen Konten aufgegriffen und dann von russischen Staatsmedien wiederholt. Ein mit der Hooligan-Organisation *English Defence League* verbundener Influencer rief daraufhin zu landesweiten Protesten auf. Sein Video wurde über eine Million Mal angesehen. Der Inhalt ist eindeutig volksverhetzend. Die Analyse auch kleinerer öffentlicher Telegram-Gruppen ergab, dass die Falschmeldung ein großes Publikum erreichte, darunter auch ganz normale Menschen ohne jegliche Verbindung zu rechtsextremen Gruppen. Da viele der rechtsextremen Aktivisten bis vor kurzem auf der Plattform X gesperrt waren, riefen Nutzer über lokale Telegram- und Facebook-Seiten spontan zu Protesten vor örtlichen Moscheen auf. Grafiken und Memes wanderten von dort zu TikTok, X und Facebook und wurden weit verbreitet. Besonders verbreitet sind auch Live-Videos. Darin wird eine „polizeiliche Unterdrückung friedlicher Demonstranten, die über die Ermordung weißer Kinder besorgt sind“, beschrieben, was für einen Solidarisierungseffekt sorgen sollte. Diese Live-Berichtersteller standen alle in direkter Verbindung zur *English Defence League*. Auf X wurde für Stimmung gesorgt, aber die Strippenzieher saßen ganz woanders, zum Beispiel im Urlaub auf Zypern.

Nigel Farage, dessen Partei *Reform UK* nun mit fünf Sitzen im Unterhaus vertreten ist, goss ebenfalls Öl ins Feuer. Er griff Premierminister Keir Starmer an und behauptete fälschlicherweise, Starmer habe alle friedlich protestierenden Bürger als rechtsradikal bezeichnet. Das führte dazu, dass der Hashtag „Starmer“ überall auf den Plattformen dominierte und es gar nicht mehr um die Gewalt ging. Es schien fast so, als würde man versuchen, den Begriff „rechtsextrem“ zu normalisieren und ihn zum Synonym für den durchschnittlichen *Reform*-Wähler zu machen. Die meisten Posts kamen von Pro-*Reform*-Konten, bei zwei Dritteln von ihnen waren die Inhalte kopiert, eingefügt und sehr oft geteilt worden, obwohl diese Konten nicht viele Follower haben. Datenanalysten fanden auch sehr viele KI-Konten, die die Desinformationskampagne gepusht haben. Eine ehemalige Mitarbeiterin der Muttergesellschaft von Cambridge Analytica, der Organisation, die für die Brexit-Kampagne genutzt wurde, schien ebenfalls involviert zu sein.

Woher kommt die Gewaltbereitschaft in Teilen der britischen Gesellschaft?

Es ist deutlich geworden, dass die Akteure, die hinter der *English Defence League* stehen, bewusst provozieren und Gewalt auslösen wollten. John Denham, Innenminister unter Blair, verglich deren Taktik mit dem Agieren der [*British Union of Fascists*](#) in den 1930er Jahren. Die heutige Struktur der Hooligan-Szene ist ein idealer Nährboden für diese Form von Mobilisierung. Man benötigt keine formalisierte Mitgliederstruktur mehr, sondern steuert die Sozialen Medien über eine Handvoll Influencer.

Seite E 157 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 851 vom 29.08.2024

Das Gefährliche an dieser Entwicklung ist, dass es sich mittlerweile um paramilitärische Einheiten handelt, die strategisch vorgehen.

Es gibt zahlreiche Untersuchungen über den sozialen Hintergrund der vornehmlich weißen jungen Männer, ihr niedriges Bildungsniveau, die Funktion von Gewalt zur Stärkung des Selbstwertgefühls oder die Rolle von Alkohol. Während es früher jedoch nur Schlägertruppen waren, planen sie heute ihre Aktionen und sind sowohl finanziell als auch international vernetzt. Das Gefährliche an dieser Entwicklung ist, dass es sich mittlerweile um paramilitärische Einheiten handelt, die strategisch vorgehen. Der Staat kann nur mit präventiver Polizeiarbeit, mit sozialen Programmen zur Deradikalisierung und mit einer konsequenten Strafverfolgung dagegen vorgehen. Stattdessen hat das jahrelange Sparprogramm der letzten Regierung die Sozial- und Polizeiarbeit behindert. Entscheidungsträger bei der Polizei sprechen davon, dass ihnen 3,2 Milliarden Pfund fehlten, um effektive Verbrechensbekämpfung leisten zu können.

Die soziale Lage im Land hat sich seit 2010 radikal verschlechtert. Mehr als einer von fünf Menschen im Vereinigten Königreich, 14,4 Millionen Menschen, ist von Armut betroffen. Fast drei von zehn Kindern leben in Armut. Insbesondere alleinerziehende Mütter sowie Schwarze, Asiaten und andere ethnische Minderheiten sind stark von Armut betroffen. Bei den Ausschreitungen sah man jedoch keine alleinerziehenden Mütter oder arme Schwarze, sondern sehr viele junge weiße Männer.

Die Zahl der über den Ärmelkanal kommenden Flüchtlinge ist trotz strikter Asylpolitik der Tories in den letzten Jahren drastisch gestiegen. Das Land wird immer wieder von ethnisch motivierten Auseinandersetzungen und Ausschreitungen von Migranten heimgesucht. Gibt es abseits der rechtsextremen Gewalt nicht auch eine legitime Unzufriedenheit in großen Teilen der Bevölkerung mit der Migrationspolitik?

Unter den Tories war es nicht möglich, die Frage von Einwanderung als Sachthema zu diskutieren. Das Thema wurde unter anderem in der Brexit-Kampagne instrumentalisiert und als [Wahlkampfthema missbraucht](#). Wohl kaum ein anderes Thema lässt sich so sehr nutzen, um von Problemen abzulenken, etwa dem Rückgang staatlicher Finanzierung für den Bau von Sozialwohnungen oder von fehlenden Jobs aufgrund einer ausbleibenden Industriestrategie. Fakt ist, dass die Einwanderzahlen aus Europa zurückgegangen sind und dass die aus dem Commonwealth zugenommen haben. Ursache hierfür ist der Brexit. Die Ausschreitungen richteten sich jedoch nicht gegen weiße Schweden oder Franzosen, sondern sind eindeutig rassistisch motiviert.

Fakt ist, dass die Einwanderzahlen aus Europa zurückgegangen sind und dass die aus dem Commonwealth zugenommen haben. Ursache hierfür ist der Brexit.

Wie im Lehrbuch haben die Tories und mit ihr die britische Demokratie seit 2010 eine stetige Entwicklung hin zum Populismus durchlaufen und die Frage von Identität zu einem Schlüsselthema gemacht. Wir haben viele Jahre gesehen, in denen der Kulturkampf gepflegt wurde. Ehemalige Berater von Boris Johnson werfen den Tories vor, mit ihrer Sprache Hass geschürt zu haben. Die Hassrede habe sich dabei nicht nur gegen Migranten gerichtet, sondern auch gegen andere Minderheiten. Insofern wächst die Angst auf allen Seiten.

Die Ausschreitungen sind der erste große Test für den neuen Premierminister Keir Starmer. Wie will er die Lage beruhigen?

Starmer ist ehemaliger Generalstaatsanwalt und hat Erfahrungen mit den Unruhen von 2011. Rechte Fernsehsender wie *GB News* bemühten sich, ihm Aussagen zu Geflüchteten oder zur „political correctness“ abzurufen, doch er äußerte sich wenig zu den kultur- und identitätspolitischen Kämpfen. Genau das scheint auch jetzt seine Strategie zu sein. Anstatt auf die vorgeschobenen Argumente der Gewalttäter einzugehen, stellt er ihre Herkunft aus der Hooligan-Szene in den Vordergrund und benennt die Strippenzieher. Er griff unter anderem auch Elon Musk an. Starmer hat eine Art Taskforce ins Leben gerufen, Urlaubssperren für Polizisten verhängt und 130 zusätzliche Einheiten mit über 2 000 Polizisten aufgestellt. „Take back our Streets“ war Schwerpunkt von *Labour* im Wahlprogramm. Der wahre Gegner scheint aber in den Sozialen Medien zu sitzen.



Michèle Auga, London

Michèle Auga leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung im Vereinigten Königreich und Irland. Zuvor leitete sie die Referate Subsahara-Afrika und Westeuropa/Nordamerika der FES in Berlin sowie die FES-Büros in Mali, den Palästinensischen Gebieten und bei den Vereinten Nationen in New York.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/es-handelt-sich-um-paramilitaerische-einheiten-7697/?utm_campaign=de_40_20240808&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Gerechter Wandel.

Die britische Stahlindustrie erhalten und das Klima schützen: Gelingt der neuen Labour-Regierung die Quadratur des Kreises?

Von Chaitanya Kumar

30.07.2024



Entscheidet sich im Stahlwerk in Port Talbot die Zukunft der britischen Stahlindustrie? - pa / Construction Photography | Photo Library Wales

Das Vereinigte Königreich steht am Anfang einer sehr spannenden Ära. Über 150 Jahre, nachdem das Land die industrielle Revolution mit dem Aufkommen der Kohle in Gang gesetzt hatte, wird 2024 das letzte Kohlekraftwerk stillgelegt. Nach jahrzehntelangem Anstieg der Kohlenutzung ist diese plötzlich rapide zurückgegangen, da CO₂-Steuern und erneuerbare Energien diese schmutzige Energiequelle – wahrscheinlich für immer – aus dem System gedrängt haben.

Das ist zwar ein Grund zum Feiern, aber das Land muss auch auf die unangenehme Geschichte zurückblicken, wie frühere Regierungen mit den Hunderttausenden von Arbeitern umgingen, die die britische Kohleindustrie aufrechterhielten. Die berüchtigten Streiks der Bergleute unter der Thatcher-Regierung vor 40 Jahren haben in den ehemaligen Bergbaugemeinden tiefe Narben hinterlassen, die bis heute spürbar sind. Ein Musterbeispiel für einen sehr schlecht organisierten Wandel, der die wirtschaftlichen Ansichten einer ganzen Generation prägte.

Während das Land auf Kurs zu einem Netto-Null-Übergang ist, taucht das Erbe aus der Vergangenheit wieder auf. Im Fokus steht vor allem das Stahlwerk in der walisischen Stadt Port Talbot. Dort wird über die Zukunft der britischen Stahlherstellung entschieden. Die Zukunft dieses Stahlwerks, das sich im Besitz des indischen Mischkonzerns TATA befindet, ist ein Vorbote für Großbritanniens neuen Versuch einer industriellen Strategie. Gegen einen großzügigen Zuschuss in Höhe von 500 Millionen Pfund (knapp 600 Millionen Euro) der gerade abgewählten konservativen Regierung hat sich das Unternehmen verpflichtet, die Stahlproduktion umzustellen: von der Produktion von Eisenerz mittels Kokskohle auf die Herstellung von Stahl aus Metallschrott in [Lichtbogenöfen](#).

Das führt zu einem gewaltigen Stellenabbau: Fast 3 000 der insgesamt 8 000 Beschäftigten werden dieses Jahr ihren Arbeitsplatz verlieren, zukünftig werden möglicherweise noch weitere Stellen abgebaut werden. TATA behauptet, dass der Betrieb der riesigen Hochöfen täglich einen Verlust von einer Million Pfund bedeutet. Zudem wolle das Unternehmen den Übergang Großbritanniens zu „Netto-Null“ unterstützen. Verständlicherweise setzen die Gewerkschaften sich zur Wehr und schlagen eigene, von den Arbeitskräften selbst geleitete Pläne für den Übergang vor. Die gerade mit einem Erdrutschsieg gewählte *Labour*-Regierung findet sich nun mitten in diesen Auseinandersetzungen wieder. Sie hat versprochen, sofort neue Verhandlungen mit TATA aufzunehmen, um die Stellen in Port Talbot zu sichern, ohne den Übergang zu gefährden. Sollte ihr das gelingen, würde sie damit einen enorm wichtigen Präzedenzfall für andere Wirtschaftssektoren schaffen, auf die in den nächsten Jahren ebenfalls erhebliche Umbrüche zukommen.

Die Situation stellt den neuen Wirtschaftsminister Jonathan Reynolds, der für diese Verhandlungen zuständig ist, vor drei interessante Herausforderungen. Zum einen muss er sein Wahlversprechen umsetzen, die Arbeiterschaft zu schützen und mittels weiterer staatlicher Zuschüsse in Höhe von 2,5 Milliarden Pfund eine „Job-Garantie“ zu erwirken. Zweitens muss er aber auch dafür sorgen, dass das Unternehmen wettbewerbsfähig bleibt und drittens darf er den Netto-Null-Übergang nicht in Gefahr bringen. Diese drei Herausforderungen sind miteinander verknüpft. Es bestehen berechtigte Bedenken, dass der Erhalt der Herstellung von Primärstahl durch öffentliche Zuschüsse nur eine Industrie künstlich stütze, die im Vergleich zu den Industrien in Schweden, Spanien und den USA nicht wettbewerbsfähig sei. Gleichzeitig läuft der Vorschlag der Gewerkschaft, der einen Ausbau der Hochofenanlagen vorsieht, möglicherweise der Dringlichkeit des Übergangs zum Klimaschutz zuwider.

Die Binnennachfrage nach Stahl wird in Großbritannien innerhalb dieses Jahrzehnts um ein Viertel des heutigen Bedarfs steigen.

Hier erfordert die Quadratur des Kreises eine klare industrielle Strategie, mit der die Wettbewerbsvorteile Großbritanniens ausgeschöpft werden und langfristig ein Markt für grünen Stahl gesichert wird. Die Binnennachfrage nach Stahl wird in Großbritannien [innerhalb dieses Jahrzehnts](#) um ein Viertel des heutigen Bedarfs steigen. Das ist in erster Linie auf den Bedarf an neuen Infrastrukturen für erneuerbare Energien zurückzuführen. Um diesen Bedarf wettbewerbsfähig decken zu können, ist eine ähnliche Unterstützung erforderlich, wie sie in anderen Ländern für die Stahlproduktion geleistet wird, beispielsweise in den USA durch das Gesetz zur Reduzierung der Inflation, den *Inflation Reduction Act*. Manch einer argumentiert, dass eine Verstaatlichung der Stahlindustrie es dem Land effektiver ermöglichen würde, eine Industriestrategie zu entwickeln, die unabhängig von den Entscheidungen privatwirtschaftlicher Unternehmen ist. Aber auch das ist keine kostenlose Alternative und die selbst auferlegten haushaltspolitischen Zwänge der *Labour*-Partei machen dieses Szenario derzeit wenig attraktiv.

Zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme müssen die politischen Maßnahmen eine gemeinsame Hebelwirkung entfalten. Ein robuster Mechanismus zur Anpassung der Kohlenstoffgrenzen, der die Verlagerung von CO₂-Emissionen verhindert; Kapitalsubventionen oder Steuergutschriften, um Anreize für private Investitionen in neue Infrastruktur zu schaffen; langfristige Verträge über saubere Energien für billigen Strom und Abnahmeverträge mit öffentlichen und privaten Kunden, mit denen Kapitalkosten reduziert werden können. Hebel dieser Art auf Nachfrage- und Angebotsseite werden von entscheidender Bedeutung für die Umgestaltung der britischen Stahlindustrie sein. In den

USA und in der EU wurden bereits Maßnahmen dieser Art eingeführt, um noch vor 2030 eine Welle von Projekten zur Herstellung grünen Stahls in Gang zu setzen. Das könnte Großbritannien möglicherweise vom Markt drängen.

Wenn Großbritannien einen Wettbewerbsvorteil hat, dann [ist es die Tatsache, dass das Land sehr viel Metallschrott erzeugt](#) und die jetzigen Standorte bereits über die zusätzliche Infrastruktur wie Netzanbindungen verfügen. Lichtbogenöfen zur Herstellung von Eisenschwamm mit Wasserstoff ist die Zukunft des grünen Stahls – und Großbritannien ist gut aufgestellt, diese Gelegenheit zu nutzen. Der internationale Thinktank *Energy Transitions Commission* schätzt, dass ein staatlicher Zuschuss von 30 Prozent für ein neues Projekt mit Wasserstoff, Eisenschwamm und Lichtbogenöfen zusammen mit einem Kohlenstoffpreis von 100 Pfund pro Tonne und einer Prämie für die Abnahme [die Herstellung von grünem Stahl in Großbritannien sehr wirtschaftlich machen könnte](#). Entscheidend wird auch sein, sicherzustellen, dass die industriellen Abnehmer von den billigen erneuerbaren Energien profitieren, da der Strombedarf rapide ansteigen und sich verfünffachen könnte, wenn alle Hochöfen in Lichtbogenöfen umgewandelt werden. Allerdings sind die Energiepreise in Großbritannien beträchtlich höher – im Durchschnitt zeitweise [bis zu 80 Prozent teurer als in anderen europäischen Ländern](#) –, was die Kosten für die Stahlproduktion natürlich in die Höhe treibt.

Es ist unwahrscheinlich, dass dieser Übergang in einer solchen Geschwindigkeit erfolgt, dass alle heutigen Arbeitsplätze erhalten werden können. Aber genau so, wie sich die Stahlindustrie entwickelt, müssen sich auch die Arbeitskräfte entwickeln. Ein Bericht des Fachbereichs Wirtschaft der Universität Leeds macht deutlich, dass die Arbeiterschaft in der Industrie dem grünen Übergang optimistisch entgegensieht [und ihn als eine Gelegenheit für Arbeitsplatzsicherheit und industrielle Wettbewerbsfähigkeit begreift](#). Entscheidend dabei ist jedoch die Umschulung und Weiterqualifizierung der Arbeitskräfte, damit sie mit den neuen Technologien umgehen und sich an neue Rollen anpassen können.

Das Versprechen der neuen *Labour*-Regierung, die britische Stahlindustrie zu erhalten und auszubauen, ist begrüßenswert. Aber es wird weit mehr als staatliche Investitionen erfordern, wenn die Branche langfristig nachhaltig und wettbewerbsfähig sein soll.

Aus dem Englischen von Ina Goertz



Chaitanya Kumar, London

Chaitanya Kumar leitet die Arbeit der *New Economics Foundation* zum *Green New Deal*, zu *Just Transition* und zu anderen Umweltprogrammen. Zuvor war er Leiter der Klima- und Energiepolitik bei *Green Alliance* in Großbritannien und davor in Neu-Delhi Leiter der Südasiens-Kampagnen von *350.org*.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/gerechter-wandel-7681/?utm_campaign=de_40_20240730&utm_medium=email&utm_source=newsletter